

WIRTSCHAFTLICHE RATIONALITÄT - GESELLSCHAFTLICHE IRRATIONALITÄT

Die "Verdrängung" gesellschaftlicher Aspekte
durch die bürgerliche Ökonomie

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Grades eines
DOKTORS DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin

Vorgelegt von
Diplom - Volkswirt
Bernd Senf
aus Bad Elster

Berlin, 10. Juli 1972



Digitized by the Internet Archive
in 2026

WIRTSCHAFTLICHE RATIONALITÄT - GESELLSCHAFTLICHE IRRATIONALITÄT

**Die "Verdrängung" gesellschaftlicher Aspekte
durch die bürgerliche Ökonomie**

Inaugural-Dissertation

**zur Erlangung des Grades eines
DOKTORS DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin**

**Vorgelegt von
Diplom - Volkswirt
Bernd Senf
aus Bad Elster**

Berlin, 10. Juli 1972

Diese Dissertation ist Teil einer umfassenderen Arbeit, deren Veröffentlichung für 1973 vorgesehen ist.



Gedruckt mit Genehmigung des Fachbereichs für
Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität
Berlin.

Fachbereichsratsvorsitzender: Prof. Dr. F. W. Selchert

Referent: Prof. Dr. Klaus-Peter Kisker

Korreferent: Prof. Dr. Hajo Riese

Tag der mündlichen Prüfung: 10.7.1972

GLIEDERUNG

Seite

Einleitung

1

ERSTER TEIL:

Zur Problematik der Konsistenz bzw.
Inkonsistenz gesellschaftlicher Zielsysteme 14

I. Modelle für konsistente und inkonsistente
Zielsysteme 18

II. Die Problematik der Entstehung, Erzeugung
und Lenkung von Motivationen 30

III. Elementare Bedürfnisse als Maßstab
gesellschaftlicher Irrationalität 41

ZWEITER TEIL:

Die Behandlung des Konsistenz- und
Motivationsproblems in der bürgerlichen
Ökonomie 44

I. ADAM SMITH (1723-1790)

1) Darstellung des SMITHschen Systems 44

2) Kritische Beleuchtung des SMITHschen
Systems im Hinblick auf die Konsistenz-
und Motivationsproblematik 56

II. DAVID RICARDO (1772-1823) 64

	<u>Seite</u>
III. JOHN STUART MILL (1803-1873)	70
IV. KARL MARX (1818-1883)	79
V. Das Neoklassische Theoriegebäude	97
1) Grenznutzenschule und Haushaltstheorie	97
2) Grenzproduktivitätstheorie	118
3) Die Lehre vom ökonomischen Gleichgewicht	138
a) Die Theorie vom totalen Konkurrenz- gleichgewicht	140
b) Theorie vom partiellen Gleichgewicht	146
4) Die Wohlstandsökonomik	152
VIII. Die Wettbewerbskonzeption des Neoliberalismus	203
IX. Die Theorie vom funktionsfähigen Wettbewerb	217
X. Die Finanzwissenschaft	230
Cost-Benefit-Analyse	234
XI. Die Theorie der externen Effekte	243

WIRTSCHAFTLICHE RATIONALITÄT -
GESELLSCHAFTLICHE IRRATIONALITÄT

DIE "VERDRÄNGUNG" GESELLSCHAFTLICHER ASPEKTE DURCH DIE
BÜRGERLICHE ÖKONOMIE

EINLEITUNG:

Der moderne Kapitalismus ist gekennzeichnet durch ein ständiges Anwachsen der Rationalität innerhalb der mikroökonomischen Produktionseinheiten (Unternehmen, Konzerne). Die Betriebswirtschaftslehre arbeitet mit zunehmendem Erfolg an der Entwicklung von Methoden, die den Unternehmen zur optimalen Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Zielsetzung (maximale Rentabilität o. ä.) dienen sollen. Damit scheint das Problem allen Wirtschaftens, nämlich der sparsame Einsatz knapper Produktionsfaktoren für eine Produktion zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, immer besser gelöst zu werden.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse indes geben in diesem Punkt zu intensivem Nachdenken Anlaß: Auf der einen Seite ein Ausstoß an materiellen Gütern in noch nie dagewesenem Ausmaß, der sich für einige Gruppen in Überfluß und Verschwendung widerspiegelt; auf der anderen Seite die nicht abnehmende oder gar sich vergrößernde Kluft zwischen Arm und Reich - sowohl innerhalb kapitalistischer Länder als auch vor allem im Verhältnis zwischen kapitalistischen Ländern und Entwicklungsländern. Auf der einen Seite ein mindestens absolut steigender ökonomischer Wohlstand auch für breitere Schichten der Bevölkerung in kapitalistischen Ländern, auf der

anderen Seite ein ungeheures Anwachsen von psychischen Erkrankungen, die sich u.a. in Neurosen, Psychosen und psychosomatisch bedingten Krankheiten niederschlagen, sowie eine zunehmende Brutalisierung, die immer wieder auf Entladung drängt. Die Symptome sind weitgehend bekannt, und das Bedauern und die Sorge um diese Entwicklung werden allenthalben geäußert. Die ökonomischen Wissenschaften, sowohl die Volkswirtschaftslehre als auch die Betriebswirtschaftslehre, betrachten diese Erscheinungen allerdings als außerhalb ihres Erkenntnisgegenstandes liegend. Sie haben sich zur Aufgabe gestellt, nur rein ökonomische Fragen zu untersuchen und andere Probleme den anderen Disziplinen wie Soziologie, Psychologie usw. zu überlassen. Wenn es jedoch zutrifft, daß die angedeuteten Symptome in einem ursächlichen Zusammenhang stehen zur Konstruktion des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, dann kann eine Wirtschaftswissenschaft die Augen vor derartigen gesellschaftlichen Erscheinungen nicht verschließen und die Zuständigkeit an andere Disziplinen verweisen, die ihrerseits keinen Zugang zum Verständnis wirtschaftlicher Mechanismen vermitteln. - Im übrigen scheint uns die Auffassung, daß eine Gesellschaft unter "rein ökonomischem Gesichtspunkt" untersucht werden könne, von vornherein verfehlt, da die wesentlichen ökonomischen Grundbegriffe wie Preis, Knappheit, Sozialprodukt sowie die Begriffe rational, effizient, optimal jeweils nur im Verhältnis zu sehen sind zu den irgendwie zu definierenden menschlichen Bedürfnissen - eine Kategorie, die ohne Berücksichtigung der Psychologie bzw. Sozialpsychologie gar nicht zu definieren ist. - Da der Inhalt dieser ökonomischen Grundbegriffe unzureichend reflektiert ist, scheint uns die gesamte sog. BÜRGERLICHE ÖKONOMIE ein Gebäude ohne Fundament zu sein, dessen

Ergebnisse - insgesamt gesehen - nicht dazu beitragen können, ein fundamentales Problem der Menschheit lösen zu helfen: nämlich die Natur zu nutzen für eine zunehmend bessere Befriedigung menschlicher (individueller und gesellschaftlicher) Bedürfnisse bzw. für einen möglichst weitgehenden Abbau menschlichen Leids.

Die folgende Abhandlung macht den Versuch, dieses Dilemma der bürgerlichen ökonomischen Wissenschaften in seinen Grundzügen aufzudecken und gleichzeitig einen anderen Ansatz zu wählen, der nicht von vornherein dazu verurteilt ist, vor den Irrationalitäten kapitalistischer Systeme wissenschaftlich zu kapitulieren. Im Mittelpunkt dieser Abhandlung steht demnach gerade das Problem, das - wie zu zeigen sein wird - von der bürgerlichen Ökonomie systematisch ausgeklammert wurde: das Verhältnis zwischen einzelwirtschaftlicher Rationalität und gesamtgesellschaftlicher Irrationalität. M.a.W.: Wieso und unter welchen Bedingungen kann bei Verfolgung einzelwirtschaftlicher Rationalität ein gesamtwirtschaftlich bzw. gesellschaftlich irrationales Ergebnis entstehen? Wieso und unter welchen Bedingungen kann eine Vergrößerung einzelwirtschaftlicher Rationalität gar zu einer wachsenden gesellschaftlichen Irrationalität beitragen, anstatt diese abzubauen?

Ein solcher Zusammenhang kann offenbar nur dann gegeben sein, wenn sich die einzelnen Wirtschaftssubjekte in ihren Handlungsweisen an Zielen orientieren, die in irgendeiner Form im Widerspruch zu übergeordneten gesellschaftlichen Zielen stehen. Damit stellt sich die Frage nach der Konsistenz von Zielsystemen innerhalb kapitalistischer Systeme. Hierin eingeschlossen ist das

Problem der Erzeugung und Lenkung von Motivationen auf bestimmte Ziele (bzw. Unterziele) hin. Zentrale Begriffe innerhalb des Zielsystems marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme sind die Begriffe "Rentabilität" bzw. "Gewinn". Es wird zu untersuchen sein, inwieweit das Unterziel der Rentabilität innerhalb kapitalistischer Systeme in einem konsistenten oder inkonsistenten Zusammenhang steht zu gesellschaftlichen Zielen.

Zur Klärung der angeschnittenen Probleme ist es unabdingbar, eine Umschreibung dessen zu leisten, was als "gesellschaftliche Irrationalität" bezeichnet werden soll. Bleibt es der Willkür jedes Einzelnen überlassen, was er als gesellschaftlich rational oder irrational ansieht, oder gibt es objektive (d.h. unabhängig von individuellen Anschauungen existierende) Maßstäbe für gesellschaftliche Irrationalität? Die bürgerliche Ökonomie - oder ganz allgemein: die wissenschaftstheoretische Richtung des Neopositivismus - hat sich längst auf Abstinenz in Sachen Werturteil eingeschworen und sich damit der Möglichkeit begeben, die Ziele bestehender Systeme wissenschaftlich zu durchleuchten und zu beurteilen. Eine solche Kapitulation erscheint uns verfrüht und ungerechtfertigt. Wenn es aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht möglich sein wird, wissenschaftlich objektiv abzuleiten, was gesellschaftliche Rationalität ist (weil es wohl mehrere denkbare Rationalitäten geben wird), so scheint uns doch eine objektive Ableitung dessen, was als "gesellschaftliche Irrationalität" anzusehen ist, in Form einer Negativabgrenzung möglich zu sein.

Der einzig denkbare objektive Maßstab für die Irrationalität eines Systems scheint uns in der Triebnatur des Menschen (zu unterscheiden von der gesellschaftlich be-

dingten und geformten Triebstruktur!) zu liegen. Aussagen über die Triebnatur des Menschen sind keine Werturteile, sondern sind prinzipiell der wissenschaftlichen Erforschung zugänglich. Meine Abhandlung macht den Versuch, Ergebnisse derjenigen Wissenschaft, die sich mit der Triebnatur des Menschen befaßt - nämlich der auf SIGMUND FREUD zurückgehenden und von WILHELM REICH weiterentwickelten Psychoanalyse - für die Definition von "gesellschaftlicher Irrationalität" nutzbar zu machen.

Die Psychoanalyse hat einerseits diejenigen Mechanismen aufgedeckt, die - auf dem Weg über verschiedene Formen der Triebunterdrückung - aus der amorphen Triebnatur (Triebenergie) eine bestimmte Triebstruktur im Individuum prägen und damit die Triebenergien in bestimmter Weise kanalisieren bzw. bestimmte Charakterstrukturen heranbilden. (Aus dieser Erkenntnis scheint zu folgen, daß das Individuum durch die Gesellschaft in jeder beliebigen Weise formbar ist.) Auf der anderen Seite - und dies ist in diesem Zusammenhang die wichtigere Erkenntnis - hat die Psychoanalyse jedoch aufdecken können, daß das Individuum bestimmte Formen der Triebunterdrückung nicht "ungestraft" hinnimmt, sondern daß es eine bestimmte Prägung seiner Triebstruktur mit bestimmten (scheinbar in keinem Zusammenhang damit stehenden) Symptomen beantwortet, unter denen es entweder selbst oder seine Umwelt zu leiden haben. Hierzu zählen sämtliche Formen von Neurosen (einschließlich Hysterien), Psychosen, psychosomatische Erkrankungen sowie Charakterzüge, die zu (von den Umständen her nicht gerechtfertigter) destruktiver Aggressivität und zu Sado-Masochismus (im psychoanalytischen Sinn eines kritiklosen Unterwerfens unter Autoritäten und der gleichzeitigen Freude an Grausamkeiten gegenüber Schwächeren) neigen.

Diese Symptome sind Ausdruck der Tatsache, daß sich die Triebnatur des Menschen gegen bestimmte Formen und gegen bestimmte Ausmaße an Triebunterdrückung zur Wehr setzt, zum seelischen (und/oder körperlichen) Leid der Individuen selbst bzw. zum Leid der Umwelt, die mit den destruktiven Aktionen bzw. Reaktionen psychisch deformierter leben (bzw. sterben) muß. Aus der Tatsache, daß die menschliche Triebnatur auf bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse in der Weise reagiert, daß sich die nach Entfaltung drängende Energie in Destruktion umkehrt, glauben wir, einen objektiven Maßstab für "gesellschaftliche Irrationalität" ableiten zu können. Die Irrationalität eines Gesellschaftssystems ist demnach daran zu messen, inwieweit es seinen Individuen Triebverzicht auferlegt, die über das für das menschliche Zusammenleben objektiv notwendige Maß hinausgehen. (Das objektiv notwendige Maß steht dabei in engem Zusammenhang mit dem Stand der Produktivkräfte.) Damit ist impliziert, daß jede Gesellschaft vom Individuum Triebverzicht fordern muß. Was aber entscheidend bleibt, sind Art und Ausmaß der Triebverzicht im Verhältnis zum erreichten Stand der Produktivkräfte.

Unter Berücksichtigung der angedeuteten Erkenntnisse erscheint es uns möglich, einen groben Maßstab zu entwickeln, der es erlaubt, konkrete Wirtschaftssysteme nicht nur unter "rein ökonomischem Aspekt" (den es unseres Erachtens gar nicht geben kann) zu durchleuchten, sondern daraufhin zu überprüfen, inwieweit "die Wirtschaft" tatsächlich in den Dienst menschlicher (individueller und gesellschaftlicher) Bedürfnisse gestellt ist bzw. diesen (aus der Triebnatur des Menschen abgeleiteten) Bedürfnissen widerspricht. M.a.W.: Ökonomische Ziele werden nicht mehr als Ziele, sondern als Mittel zur Erreichung von

Zielen verstanden, wobei die letzteren nicht willkürlich gesetzt werden können, sondern mit der menschlichen Triebnatur in größtmöglicher Übereinstimmung zu stehen haben. Die Einbeziehung der menschlichen Triebnatur (und die Kenntnis darüber, daß sie auf bestimmte Unterdrückung mit Destruktion reagiert) liefert unseres Erachtens einen objektiven Maßstab, um ein konkretes ökonomisches System einer wissenschaftlichen Kritik zu unterziehen, die nicht von vornherein systemimmanent bleibt und sich nicht mit einem ökonomischen Zielsystem abfindet, das möglicherweise eine Hauptursache für gesellschaftliche Irrationalität bildet.

Zur Behandlung der angeschnittenen Probleme wird sich meine Arbeit in folgende Teile gliedern (von denen allein die beiden ersten Teile als wirtschaftswissenschaftliche Dissertation eingereicht werden):

- 1) Im ersten Teil wird versucht, die Problemstellung der Konsistenz eines gesellschaftlichen Zielsystems zu formulieren, in die die Problematik der Entstehung bzw. Erzeugung von Motivationen eingeschlossen ist, die sich auf bestimmte Ziele (Unterziele) lenken bzw. gelenkt werden. Dabei wird herausgearbeitet, daß ein System - selbst wenn es konsistent und funktionsfähig ist - nicht als "gesellschaftlich rational" bezeichnet werden kann, wenn es den "existenziellen Bedürfnissen" der Menschen widerspricht. (Worin die "existenziellen Bedürfnisse" bestehen, wird im dritten Teil eingehend dargestellt.)
- 2) Im zweiten Teil wird untersucht, inwieweit die verschiedenen Zweige der bürgerlichen Ökonomie dieses Konsistenzproblem einschließlich der Frage nach den Motivationen

und den Bedürfnissen behandelt bzw. vernachlässigt haben. Hierbei können lediglich diejenigen Theorien berücksichtigt werden, die für ihre jeweilige Epoche bzw. für die Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie richtungsweisend waren:

- a) der klassische Liberalismus: SMITH, RICARDO, J.St. MILL.
- b) MARX (als Kritiker der bürgerlichen Ökonomie).
- c) Grenznutzentheorie und Grenzproduktivitätstheorie (MENGER, JEVONS, WALRAS; J.B. CLARK).
- d) Theorie vom totalen Konkurrenzgleichgewicht auf mikroökonomischer Basis (WALRAS).
- e) Mikroökonomische Partialanalyse (MARSHALL).
- f) Wohlfahrtsökonomik.
- g) Der KEYNESianismus und die Entwicklung zur Makroökonomie.
- h) Betriebswirtschaftslehre.
- i) Neoliberalismus.
- k) Theorie des funktionsfähigen Wettbewerbs (KANTZENBACH).
- l) Finanzwissenschaft einschließlich Cost-Benefit-Analyse.
- m) Theorie der externen Effekte.

Es wird versucht zu zeigen, daß die oben skizzierte Problemstellung der Konsistenz eines gesellschaftlichen Zielsystems im klassischen Liberalismus zunächst (im Sinn des Konkurrenzmodells) tendenziell als gelöst angesehen wurde (SMITH), daß aber bei zunehmend sich verschärfenden Widersprüchen der Glaube an die Konsistenz

des kapitalistischen Systems mehr und mehr schwand. Während jedoch die späteren Klassiker die sich verschärfenden Widersprüche als mehr oder weniger unabänderlich (RICARDO) oder als systemimmanent auflösbar (J.St. MILL) ansahen, führte MARX die sich immer mehr abzeichnende Inkonsistenz des Systems auf das Grundprinzip kapitalistischer Produktionsweise zurück, daß privates Kapital nur zum Zwecke seiner eigenen Vermehrung (Verwertung) eingesetzt wird. Die Durchleuchtung des hieraus sich ergebenden Widerspruchs zwischen wirtschaftlicher Rationalität und gesellschaftlicher Irrationalität und die sich daraus herleitende fundamentale Kritik am Kapitalismus erreichte mit MARX ihren Höhepunkt.

Die hierauf einsetzende Schaffung eines Begriffsapparats und die Zugrundelegung bestimmter methodischer Prinzipien, wie sie sich im Anschluß an MARX in der bürgerlichen Ökonomie mehr und mehr durchsetzte, kann schließlich - wie zu zeigen sein wird - gedeutet werden als eine konsequente Verdrängung des Konsistenzproblems und damit auch eine "Verdrängung gesellschaftlicher Aspekte". Besondere Bedeutung gewinnen in diesem Zusammenhang die immer konsequenter vollzogene Trennung in Mikroökonomie und Makroökonomie sowie die Trennung in "Wissenschaft" und "Politik" zum Zwecke der Ausklammerung der Werturteilsproblematik.

- 3) Der dritte Fall (der über die wirtschaftswissenschaftliche Dissertation hinausgeht, aber zusammen mit veröffentlicht wird) bringt eine Einführung in die für diesen Zusammenhang wesentlichen Erkenntnisse der Psychoanalyse, insbesondere der psychoanalytischen Trieblehre (FREUD), der psychoanalytischen Charakterologie (FROMM, ABRAHAM, REICH) sowie der von REICH entwickelten sog.

Sexualökonomie und der Analytischen Sozialpsychologie (FROMM). Dabei wird u.a. herausgearbeitet, daß die Verdrängung von Konflikten (wie sie in der Konfrontation der Triebwelt mit einer triebfeindlichen Umwelt entstehen) keine Lösung dieser psychischen Konflikte herbeiführt, sondern vielmehr destruktive Tendenzen in den verschiedensten Erscheinungsformen erzeugt und irrationale (über das Bewußtsein nicht mehr kontrollierbare) Verhaltensweisen hervorbringt. Diese Verhaltensweisen (Abwehrmechanismen) können zwar kurzfristig das "psychische Gleichgewicht" aufrechterhalten, indem sie das Bewußtwerden verdrängter Konflikte verhindern; langfristig jedoch läßt sich das Gleichgewicht nur bewahren auf Kosten einer zunehmenden Neurotisierung des Individuums ("neurotisches Gleichgewicht") als Ergebnis der Unterdrückung existenzieller menschlicher Triebbedürfnisse. - Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse erscheint die Gleichsetzung von Bedürfnissen mit Konsumbedürfnissen, wie sie der gesamten bürgerlichen Ökonomie zugrundeliegt, sowie die Annahme rationalen Handelns von Konsumenten und Wählern bzw. der Naturbedingtheit bestimmter Motivationen in einem stark veränderten Licht.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen und unter Verwendung einiger Gedanken von A. MITSCHERLICH und R. REICHE wird schließlich eine Umschreibung dessen formuliert, was unter "gesellschaftlicher Irrationalität" zu verstehen sein soll.

- 4) Im Mittelpunkt des vierten Teils steht die Untersuchung gesellschaftlich irrationaler Tendenzen, wie sie sich im modernen Kapitalismus im Zuge der Verfolgung wirtschaftlicher Rationalität ergeben. Ausgangspunkt der Überlegungen ist eine analytische Zergliederung der zentralen Zielgröße kapitalistischer Systeme: der Rentabilität. Dabei

werden einerseits die Zwänge aufgezeigt, denen jedes privatkapitalistische Unternehmen im Hinblick auf die Erzielung von Rentabilität unterworfen ist, zum anderen werden die irrationalen Tendenzen herausgearbeitet, die sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen durch die Verfolgung des Unterziels "Rentabilität" ergeben. Zu diesen irrationalen Tendenzen gehört u.a. die Tatsache, daß auch die Wissenschaften immer mehr in den Sog privater Kapitalverwertungsinteressen geraten sind, so daß die Durchleuchtung der Inkonsistenz kapitalistischer Systeme weitgehend zum wissenschaftlichen Tabu geworden ist. Besondere Bedeutung kommt auch der Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen ökonomischen und psychischen Zwängen zu, die es schließlich verständlich erscheinen lassen, daß sich die Irrationalität des Systems mehr und mehr in außerökonomischen Symptomen niederschlägt - wie etwa der zunehmenden psychischen und psychosomatischen Erkrankung bzw. Brutalisierung der Menschen innerhalb kapitalistischer Systeme.

Unter Verwendung der Gedanken von BARAN und SWEEZY wird aufgezeigt, daß die im entwickelten Kapitalismus latent vorhandenen Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals zwar immer wieder haben hinausgeschoben werden können (so daß die Funktionsfähigkeit des Systems - nicht zuletzt durch zunehmende staatliche Eingriffe - im wesentlichen aufrechterhalten bzw. wiederhergestellt werden konnte), daß jedoch die Maßnahmen zur Systemstabilisierung zunehmend gesellschaftlich irrationale Züge annehmen: Im Zuge dieses Prozesses werden die Individuen in ihrer Psychstruktur in einer Weise geformt, die sie zwar (mit relativ wenigen Ausnahmen) funktionsfähig macht für das möglichst reibungslose Funktionieren des ökonomischen Systems privater Kapitalverwertung, die sie aber gleich-

zeitig in die Destruktion treibt. Die psychischen Mechanismen wirken dabei so, daß die Unterdrückung existenzieller menschlicher Bedürfnisse, wie sie das System privater Kapitalverwertung mit sich bringt, gerade auch von denjenigen gestützt wird, die unter dieser Unterdrückung leiden. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang denjenigen Mechanismen zu, die eine allgemeine Verinnerlichung des Rentabilitätsdenkens bewirken und auf diese Weise die Individuen emotionell an ein irrationales System binden.

In Analogie zum psychischen Mechanismus von Verdrängung und Abwehr zur Aufrechterhaltung eines individuellen neurotischen Gleichgewichts wird die Entwicklung des Spätkapitalismus schließlich gedeutet als ein Prozeß zur Aufrechterhaltung eines "systemneurotischen Gleichgewichts", das zwar durch bestimmte Abwehrmechanismen die Verdrängung gesellschaftlicher Konflikte ermöglicht, aber in dialektischem Zusammenhang damit die Destruktion immer weiter vorantreibt; eine Destruktion, die sich gesellschaftlich entweder nach außen (in Form von Kriegen) oder nach innen (Brutalisierung, Erkrankung der Gesellschaft) entladen muß. Gleichzeitig werden im Zuge der sich verstärkenden Abwehrmechanismen zunehmend gesellschaftliche Energien (materieller, intellektueller und psychischer Art) verschlungen, die der Gestaltung und Entfaltung menschenwürdigerer Lebensbedingungen entzogen werden.

Unsere Abhandlung kommt zu dem Schluß, daß als Ausweg aus dieser Entwicklung nur eine Alternative bleibt: Die zunehmende Einsicht, daß es sich bei bestimmten gesellschaftlichen Erscheinungen um Abwehrmechanismen zur Verdrängung gesellschaftlicher Konflikte handelt, und das

intensive Bemühen, die verdrängten Konflikte ins Bewußtsein zu heben, d.h. "die Verdrängung aufzuheben". "Für die Wirtschaftswissenschaft bedeutet das vor allem: Die Vorstellung von der Konsistenz zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen nicht als gegeben zu unterstellen, sondern als Problem in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung zu rücken. Das heißt: sich ungeschminkt mit dem Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Rationalität und gesellschaftlicher Irrationalität auseinanderzusetzen und ein theoretisches Instrumentarium zu entwickeln bzw. anzuwenden, das die Existenz dieses Widerspruchs transparent macht und einen Beitrag leisten kann zur Schaffung einer gesellschaftlichen Praxis, in der dieser Widerspruch aufgehoben ist." (B.S.)

ERSTER TEIL:

ZUR PROBLEMATIK DER KONSISTENZ BZW. INKONSISTENZ GESELLSCHAFTLICHER ZIELSYSTEME

Jede Gesellschaft ist charakterisiert durch das Zusammentreffen von Handlungen einzelner Individuen, die in ihrer Summe zu einem bestimmten - gesellschaftlichen - Ergebnis führen. Die verschiedenen Gesellschaften unterscheiden sich durch die Art und Weise, an welchen Zielen und Wertvorstellungen die Handlungen der einzelnen orientiert sind, wie die Handlungen der einzelnen zu einander in Beziehung stehen und wie durch die Gesellschaft, ihre Institutionen, ihre Moral usw. bestimmte Verhaltensmuster in den einzelnen erzeugt werden.

Die Handlungsweisen erstrecken sich auf die verschiedensten Bereiche menschlichen Daseins. Von wirtschaftlichen Handlungsweisen wird im allgemeinen dann gesprochen, wenn sie sich auf den Einsatz knapper Produktionsfaktoren (einschließlich menschlicher Arbeitskraft) zum Zwecke besserer Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bzw. zum Abbau menschlichen Leids beziehen. Wirtschaften wird damit verstanden als zielgerichtetes Handeln.

Solange jedes Individuum - wie im Modell der Robinson-Crusoe-Wirtschaft - selbst entscheidet, was es für sich produzieren will, welche Methoden es dabei anwendet, wie es seine Zeit in Arbeitszeit und Freizeit aufteilt, welche Zeit es für die Produktion unmittelbarer Konsumgüter und welche für die Herstellung von Investitionsgütern aufwenden soll, solange m.a.W. Konsumtions- und Pro-

duktionsentscheidungen in einer Person zusammenfallen und Verteilungsprobleme gar nicht auftreten können, ist auch das Problem der Abstimmung verschiedener individueller Handlungsweisen zur Erreichung eines bestimmten Ziels nicht gegeben.

Ganz anders für den Fall, daß sich das Wirtschaften in Form gesellschaftlicher Arbeitsteilung vollzieht und den einzelnen Individuen unterschiedliche Funktionen zufallen: Hier wird es zu einem wesentlichen Problem, an welchen Zielen sich die wirtschaftliche Tätigkeit der Individuen ausrichten soll, wie sich die unterschiedlichen Funktionen auf die einzelnen Individuen verteilen, in welcher Weise die Handlungsweisen der Individuen auf einander abgestimmt werden und woher die Individuen die Motivation bekommen, eine bestimmte Funktion auszufüllen und in bestimmter Weise zu handeln. - Bei der angeschnittenen Frage handelt es sich um ein ganz allgemeines Problem gesellschaftlichen Handelns: Überall dort, wo mehrere Individuen arbeitsteilig an der Erreichung eines übergeordneten Ziels arbeiten, stellt sich die Frage nach einer sinnvollen Angliederung des Oberziels in einzelne Unterziele, deren Verfolgung durch die einzelnen Individuen in der Summe zur Erreichung des Oberziels beiträgt; m.a.W.: das angestrebte Oberziel muß in Teile, in Einzelinformationen zerlegt werden, die den einzelnen Individuen Orientierungspunkte für ihr eigenes Handeln (Unterziele) an die Hand geben. (An anderer Stelle haben wir den Vergleich einer Partitur verwendet, aus der den einzelnen Orchesterspielern jeweils nur die Noten für ihr eigenes Instrument an die Hand gegeben werden.) (1)

(1) Vgl. Senf, Die Bedeutung ökonomischer Hebel in kapitalistischen und sozialistischen Systemen, in: B.Senf/D. Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen - eine kritische Einführung, Bd. 2, Bonn-Bad Godesberg 1971, S. 20 f, 27 f

Dieses Problem der Auffächerung eines Oberziels in Teilziele wird im folgenden als "Konsistenzproblem" bezeichnet. Das Problem besteht darin, das Oberziel derart in Unterziele aufzufächern und Kriterien für die Erfüllung der Unterziele zu formulieren, daß die Erfüllung dieser Kriterien in der Summe aller Einzelhandlungen gleichbedeutend ist mit der Erreichung des Oberziels. Demgemäß wird als "konsistentes Zielsystem" ein solches System von Oberziel und Unterzielen definiert, bei dem die Erreichung des Oberziels automatisch dann gewährleistet ist, wenn die einzelnen Unterziele erreicht werden.

Neben dem Orchesterbeispiel lassen sich eine Fülle anderer Beispiele anführen, bei denen dieses Konsistenzproblem gegeben ist: Das Oberziel der Installierung von Verkehrsampeln besteht z.B. darin, den Verkehr zu regeln und Zusammenstöße zu vermeiden. Die Kriterien für die Verwirklichung der Unterziele sind dann erfüllt, wenn die Autos bei grün fahren und bei rot anhalten. Konsistent ist das Zielsystem dann, wenn die Ampeln so geschaltet sind, daß jeweils nur eine Richtung freie Fahrt hat und der Verkehr bei Einhaltung der Verkehrsregeln möglichst gut fließt.

In einem größeren Rahmen stellt sich dieses Problem in dem Modell einer Zentralverwaltungswirtschaft: hier gilt es, den Gesamtplan für eine Wirtschaft in eine Vielzahl von Unterzielen aufzugliedern, um zunächst den einzelnen Branchen, darin den einzelnen Unternehmen, dort den einzelnen Abteilungen bis hin zum einzelnen Individuum Orientierungspunkte für die jeweils zur Erfüllung des Gesamtplans erforderlichen Handlungen vorzugeben. Konsistent ist ein solches Zielsystem dann, wenn die Planvorgaben so auf einander abgestimmt sind, daß - bei

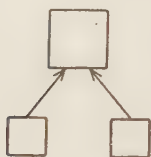
Erfüllung der Planvorgaben - die einzelnen Produktionsstufen quantitativ und qualitativ gerade das produzieren, was von den jeweils nachgelagerten Stufen für die Erstellung des geplanten Endprodukts benötigt wird.

Daß das Konsistenzproblem nicht automatisch gelöst wird, bedarf keiner Frage. (2) Die Verfolgung von Unterzielen führt dann nicht zur Erreichung des Oberziels, wenn die Kriterien für die Erfüllung der Unterziele nicht im Einklang mit dem Oberziel stehen: Wenn die Notenblätter der Orchesterspieler vertauscht sind oder Druckfehler enthalten, führt das "fehlerfreie" Abspielen vom Blatt nicht zum partiturgemäßen Klang; wenn die Verkehrsampeln falsch geschaltet sind und z.B. auf einer Kreuzung allen Richtungen grün anzeigen, führt die Einhaltung der Verkehrsregeln (bei grün: freie Fahrt) dennoch zu Zusammenstößen; wenn die Auffächerung des Gesamtplans einer Zentralverwaltungswirtschaft fehlerhaft ist, führt die exakte Einhaltung der Planvorgaben dennoch nicht zum geplanten Gesamtergebnis.

(2) Auf diese Problematik weist z.B. P.A. BARAN hin, wenn er schreibt, daß es unzulässig sei, "aus der Rationalität einzelner Teile, wie groß sie auch immer sein mag, Rückschlüsse auf die Gesamtrationalität des Systems zu ziehen." P.A. BARAN, Zur politischen Ökonomie der geplanten Wirtschaft (edition Suhrkamp 277), Frankfurt/Main 1969² (1968¹), S. 30

I. Modelle für konsistente und inkonsistente Zielsysteme:

Die folgenden Modelle sollen dazu dienen, das Problem der Konsistenz und Inkonsistenz von Zielsystemen transparent zu machen und einige Begriffe und graphische Symbole einzuführen, die es uns später erlauben werden, die Problematik der aufgeworfenen Fragestellungen klarer herauszuarbeiten. Die Symbole und Begriffe sollen im folgenden kurz erläutert werden:



Konsistente Beziehung zwischen Unterzielen und Oberziel

Abb.1

Das große Quadrat in Abb. 1 symbolisiert ein Oberziel, die beiden kleinen Quadrate stellen zwei Unterziele dar. Die beiden Pfeile bedeuten, daß die Erreichung der beiden Unterziele in der Summe identisch ist mit der Verwirklichung des Oberziels. Anders ausgedrückt: Der Grad der Verwirklichung des Oberziels ergibt sich aus der einfachen Addition der Verwirklichung der Unterziele. Es handelt sich um ein "konsistentes zweistufiges Zielsystem". "Zweistufig" deshalb, weil das Oberziel lediglich in Unterziele aufgefächert ist, diese Unterziele aber ihrerseits nicht weiter in Unterziele aufgegliedert sind.

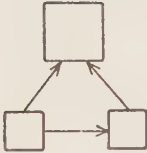


Abb. 2a

Positiver externer Effekt
eines Unterziels

Abb. 2a stellt modellhaft einen Fall dar, in dem die Verfolgung des einen Unterziels die Erreichung des Oberziels nicht nur direkt, sondern auch indirekt über eine Beeinflussung des anderen Unterziels beeinflusst. Es liegt hier der Fall eines "externen Effekts", genauer: einer "external economy" vor. Als Beispiel wäre der Fall zu nennen, wo zwei Unternehmen an der Erstellung eines Gesamtprodukts mitwirken und die Abfallprodukte des einen Unternehmens vom anderen als Produktionsfaktoren genutzt werden können.

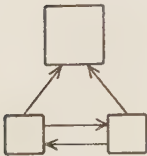
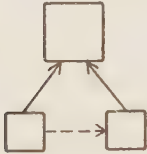


Abb. 2b

Wechselseitig positive externe
Effekte beider Unterziele

In Abb. 2b strahlt der positive Effekt nicht nur in eine Richtung, sondern ist wechselseitig: Die Verfolgung der

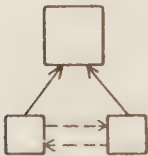
Unterziele trägt nicht nur direkt zur Erreichung des Oberziels bei, sondern indirekt dadurch, daß auch jeweils die Erreichung des anderen Unterziels erleichtert wird.



Negativer externer Effekt
eines Unterziels

Abb.3a

Abb. 3a stellt den entgegengesetzten Fall dar, wo die Verfolgung eines Unterziels sich bremsend (negativ) auf die Erreichung des anderen Unterziels auswirkt ("external diseconomy"). Der negative Einfluß wird symbolisiert durch den gestrichelten Pfeil (lauter Minuszeichen!). Über die Stärke dieses Einflusses ist zunächst nichts gesagt; die Pfeile sollen lediglich qualitative Aspekte darstellen.



Wechselseitig negative externe
Effekte beider Unterziele

Abb.3b

Abb. 3b stellt entsprechend den Fall dar, wo bei Verfolgung eines Unterziels jeweils der Erreichung des anderen Unterziels entgegenwirkt, und zwar in wechselseitiger Abhängigkeit.

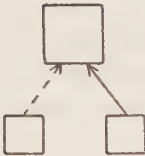


Abb. 4a

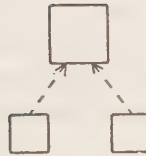


Abb. 4b

Teilweise bzw. vollständig inkonsistente Zielsysteme

In Abb. 4a wirkt die Verfolgung des einen Unterziels direkt der Erreichung des Oberziels entgegen. Abb. 4b stellt den Fall dar, wo die Verfolgung jedes einzelnen Unterziels der Erreichung des Oberziels entgegenwirkt. In beiden Fällen handelt es sich um ein "inkonsistentes Zielsystem".

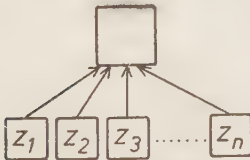


Abb. 5

Aufgliederung eines Oberziels
in n Unterziele

Es bedarf keiner Erläuterung, daß die eben skizzierten Elemente von Zielsystemen beliebig miteinander kombiniert und zu komplexen Zielsystemen ausgebaut werden können. Zum einen kann ein Oberziel in mehr als zwei Unterziele aufgegliedert sein (Abb. 5), wobei sowohl im Verhältnis der Unterziele zum Oberziel wie auch im Verhältnis der Unterziele zueinander sämtliche aufgeführten

denkbaren Varianten auftreten können. - Zum andern können die Unterziele ihrerseits weiter aufgegliedert werden, so daß sich ein "hierarchisches Zielsystem" nicht mehr nur aus zwei, sondern aus beliebig vielen Stufen ergeben kann. Dieser Fall ist andeutungsweise in Abb. 6 dargestellt.

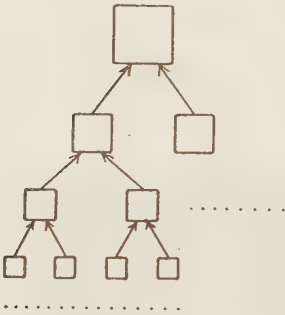


Abb. 6

Mehrstufiges hierarchisches Zielsystem

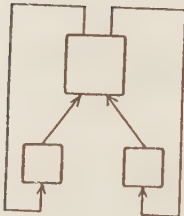


Abb. 7

Rückgekoppeltes konsistentes Zielsystem

Gegenüber den bisher skizzierten Modellen wirkt in Abb. 7 die Erreichung des Oberziels auf die Verwirklichung der Unterziele zurück: es handelt sich um ein "rückgekoppel-

tes konsistentes Zielsystem". Als Beispiel sei ein Modell genannt, in dem zwei Unternehmen an der Erstellung des Sozialprodukts mitwirken. Je mehr sie produzieren, umso größer wird das Sozialprodukt (als Oberziel) umso mehr können sie davon investieren, und umso größer kann infolgedessen das Sozialprodukt in der Zukunft sein.

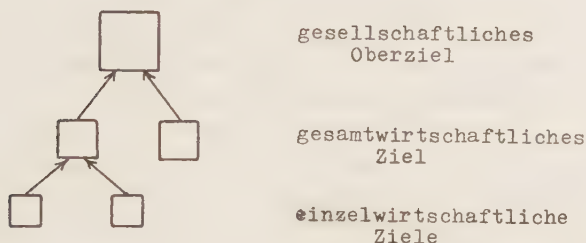


Abb. 8

Konsistentes gesellschaftliches Zielsystem

Für unsere weiteren Überlegungen wollen wir ein dreistufiges Zielsystem zugrundelegen, in welchem das Verhältnis zwischen einzelwirtschaftlichen (betriebswirtschaftlichen), gesamtwirtschaftlichen (volkswirtschaftlichen) und gesellschaftlichen Zielen dargestellt werden soll. Abb. 8 zeigt ein konsistentes gesellschaftliches Zielsystem. Wenn als Zielgröße auf betrieblicher Ebene die Rentabilität angenommen wird und auf der Ebene der Gesamtwirtschaft die Größe des realen Sozialprodukts (bzw. eine möglichst hohe Wachstumsrate des realen Sozialprodukts), symbolisiert das skizzierte Modell einen Zusammenhang, in dem die gesellschaftlichen Ziele umso

besser verwirklicht werden, je größer das Sozialprodukt ist. Das Sozialprodukt wird wiederum umso größer, je erfolgreicher die einzelnen Unternehmen nach Rentabilität streben. - Wir wollen diesen Zusammenhang mit anderen Worten formulieren: eine Steigerung der einzelwirtschaftlichen Rationalität führt zu erhöhter gesamtwirtschaftlicher Rationalität und vergrößert auf diesem Weg die gesellschaftliche Rationalität. Unter "Rationalität" verstehen wir also zunächst nichts anderes als die maximal mögliche Verwirklichung einer vorgegebenen Zielsetzung (formale Rationalität).

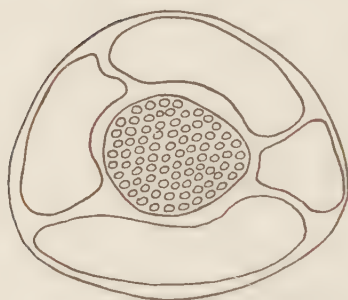


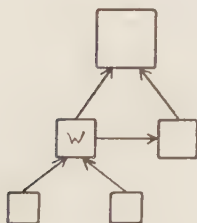
Abb. 9

Modell für ein konsistentes gesellschaftliches Zielsystem:
einzelwirtschaftliche - gesamtwirtschaftliche - gesellschaftliche Rationalität.

An anderer Stelle (3) haben wir eine andere Darstellungsform dieses Problems gewählt (Abb. 9). Der Durchmesser der kleinen Kreise symbolisiert das Ausmaß an einzel-

(3) Vgl. B. Senf/D. Timmermann, Bd. 2, S. 22ff

wirtschaftlicher Rationalität. Die Fläche des diese Kreise umschliessenden großen "Kreises" symbolisiert die gesamtwirtschaftliche Rationalität. Zusammen mit anderen - außerökonomischen - gesellschaftlichen Zielen, deren Verwirklichung jeweils durch die übrigen vier eingegrenzten Flächen symbolisiert wird, bildet sie das erreichte Ausmaß an gesellschaftlicher Rationalität, die durch den alles umschließenden "Kreis" dargestellt wird. Man kann sich die einzelnen kleinen und großen "Kreise" räumlich vorstellen als Zellen oder Ballons mit unbegrenzt dehnbaren Wänden; unter diesen Bedingungen führt das "Aufblasen" der kleinen Ballons (Steigerung der einzelwirtschaftlichen Rationalität) automatisch zu einer Ausdehnung des großen Ballons, der alle anderen einschließt: der gesellschaftlichen Rationalität.



Gesamtwirtschaftliche Rationalität strahlt positiv auf andere gesellschaftliche Ziele aus.

Abb.10

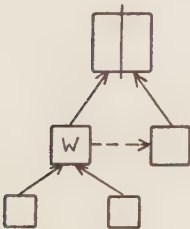
In Abb. 9 steigt die gesellschaftliche Rationalität bei vergrößerter einzelwirtschaftlicher Rationalität deshalb an, weil gesamtwirtschaftliche Rationalität ein gesellschaftliches Ziel neben anderen - außerökonomischen - Zielen ist. M.a.W.: Es handelt sich um ein Bün-

del gesellschaftlicher Ziele, die - jedenfalls im skizzierten Modell - von einander unabhängig sind und wo die bessere Verwirklichung eines dieser Ziele schon dann die gesellschaftliche Rationalität erhöht, wenn die Verwirklichung der anderen Ziele davon unberührt bleibt. - Wäre diese Unabhängigkeit der Ziele des gesellschaftlichen Zielbündels gegeben, so könnte man ohne weiteres von "rein ökonomischer Zielsetzung" sprechen, und das wissenschaftliche Interesse des Ökonomen brauchte sich lediglich darauf zu konzentrieren, Mittel zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Rationalität zu entwickeln.

Dieselbe Einschränkung wäre auch dann zulässig, wenn zwar ein gewisser Zusammenhang besteht zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlicher Rationalität einerseits und den außerökonomischen gesellschaftlichen Bereichen andererseits, wenn aber dieser Zusammenhang lediglich durch positiv gerichtete Impulse charakterisiert wäre, die vom ökonomischen Teilbereich auf die anderen Bereiche ausstrahlen. Abb. 10 stellt einen solchen Fall schematisch dar. Ein solcher Zusammenhang wird z.B. dann unterstellt, wenn argumentiert wird, daß eine Verbesserung des Bildungs- oder Gesundheitswesens ein steigendes Sozialprodukt zur Voraussetzung habe (und daß ein steigendes Sozialprodukt auch zu einer Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitswesens führe).

Problematisch wird eine rein ökonomische Betrachtung schon dann, wenn die vom ökonomischen Bereich auf andere Bereiche ausstrahlenden Impulse nicht positiv, sondern negativ gerichtet sind (Abb. 11). Selbst unter der Voraussetzung, daß gesamtwirtschaftliche Rationalität ein selbständiges Teilziel des gesellschaftlichen Zielbündels

ist (was in Abb. 11 durch die "Trennwand" im Oberziel angedeutet werden soll), führt eine Steigerung der gesellschaftlichen Rationalität nicht mehr automatisch zu einer Steigerung der gesellschaftlichen Rationalität, weil die Erreichung anderer Ziele des gesellschaftlichen Zielbündels hierdurch beeinträchtigt wird. (Diese Überlegung führt unmittelbar in die Problematik der Bewertung unterschiedlicher Ziele im Fall eines Zielkonflikts, die an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden soll.) Weder eine rein ökonomische Betrachtung noch eine isolierte Betrachtung derjenigen Disziplinen, die sich mit dem betreffenden gesellschaftlichen Teilbereich befassen, können unter diesen Bedingungen zur Lösung des gesellschaftlichen Rationalitätsproblems beitragen.

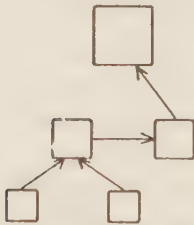


Gesamtwirtschaftliche Rationalität strahlt negativ auf andere gesellschaftliche Ziele aus.

Abb. 11

Noch problematischer ist eine rein ökonomische Betrachtung dann, wenn gesamtwirtschaftliche Rationalität gar nicht als selbständiges Teilziel eines gesellschaftlichen

Zielbündels gesehen wird, sondern lediglich als Mittel zur Erreichung anderer gesellschaftlicher Ziele. (Abb. 12 stellt diesen Fall schematisch dar. Zwischen gesamtwirtschaftlicher Rationalität und gesellschaftlicher Rationalität besteht keine direkte Verbindung mehr, sondern nur eine indirekte auf dem Weg über die Beeinflussung anderer gesellschaftlicher Ziele.) Solange gewährleistet ist, daß die vom ökonomischen Bereich auf andere Bereiche ausgehenden Impulse positiv gerichtet sind, wäre eine rein ökonomische Betrachtung unbedenklich. In dem Augenblick jedoch, wo dieser Zusammenhang nicht automatisch sichergestellt ist, müssen gegen eine solche isolierte Betrachtungsweise schwerste Bedenken angemeldet werden. Vergrösserte einzelwirtschaftliche Rationalität - selbst wenn sie zu einer Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Rationalität führt - könnte unter diesen Bedingungen (Abb. 13) die gesellschaftliche Rationalität vermindern bzw. gesteigerte gesellschaftliche Irrationalität nach sich ziehen. Verkürzt läßt sich dieser Zusammenhang wie in Abb. 14 darstellen: es handelt sich um ein inkonsistentes gesellschaftliches Zielsystem.



Gesamtwirtschaftliche Rationalität
als Mittel zur Erreichung anderer
gesellschaftlicher Ziele.

Abb. 12

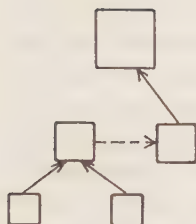


Abb. 13

Gesamtwirtschaftliche Rationalität strahlt negativ auf das gesellschaftliche Ziel, dem sie dienen soll.

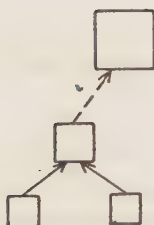


Abb. 14

Inkonsistentes gesellschaftliches Zielsystem

Die eben skizzierten Ausführungen machen deutlich, daß der Beitrag, den die ökonomischen Wissenschaften zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten können, ganz wesentlich von der Antwort auf die Frage abhängt, in welchem Verhältnis die einzelwirtschaftlichen Ziele zu anderen gesellschaftlichen Zielen stehen, ob den ökonomischen

mischen Zielen ein selbständiger Charakter oder nur der Charakter eines Mittels zur Erreichung außerökonomischer Ziele zukommt und welcher Art die Impulse sind, die eventuell von der Verfolgung und Erreichung ökonomischer Ziele auf andere gesellschaftliche Bereiche ausstrahlen. Es erscheint deshalb wesentlich, das Selbstverständnis der bürgerlichen ökonomischen Wissenschaft auf diese Problematik hin zu überprüfen. M.a.W.: Es wird zu untersuchen sein, in welcher Weise die verschiedenen Ausprägungen der bürgerlichen Ökonomie auf diese Problematik eingegangen sind und ihre Rechnung getragen haben bzw. inwieweit sie das Konsistenzproblem aus der Betrachtung ausgeklammert oder als gelöst vorausgesetzt haben.

II. Die Problematik der Entstehung, Erzeugung und Lenkung von Motivationen

Durch die vorangegangenen Ausführungen mag der Eindruck entstanden sein, als sei die Konsistenz eines gesellschaftlichen Zielsystems sowohl notwendige als auch hinreichende Bedingung für die bestmögliche Lösung gesellschaftlicher Probleme - vorausgesetzt, die Oberziele seien vorgegeben. Eine derartige Schlußfolgerung ist ohne Zweifel vorschnell: Sie vernachlässigt die fundamentale Bedeutung der Motivationen: Ein konsistentes Zielsystem trägt dann in keiner Weise zur Erreichung eines Oberziels bei, wenn bei den Individuen keinerlei Motivation zur Verfolgung der entsprechenden Unterziele besteht. Die besten Notenblätter nützen nichts, wenn kein Orchesterspieler motiviert ist, von ihnen abzuspielen oder nach ihnen einzuüben. Die richtige Schaltung der Verkehrsampeln nützt nichts, wenn kein Verkehrsteil-

nehmer motiviert ist, sich nach ihnen zu richten. Der bis ins letzte Detail aufgefächerte Plan einer Zentralverwaltungswirtschaft nützt nichts, wenn niemand motiviert ist, sich an die Planvorgaben zu halten.

M.a.W.: Ein Zielsystem mag zwar konsistent sein, aber dennoch nicht "funktionieren", weil den Individuen die Motivationen fehlen, die Unterziele zu verwirklichen. Von der "Funktionsfähigkeit eines Zielsystems" wollen wir dementsprechend erst dann reden, wenn bei den Individuen die Motivation zur Erreichung der Unterziele vorhanden ist. (Dabei ist es zunächst unbeachtlich, auf welche Weise diese Motivationen entstanden sind oder hervorgerufen werden.) Während ein konsistentes System nicht automatisch auch funktionsfähig ist (wenn nämlich die Motivationen fehlen), wollen wir von einem funktionsfähigen System nur dann sprechen, wenn es auch konsistent ist. - Wird also die bestmögliche Erreichung eines Oberziels - d.h. ein funktionsfähiges System - angestrebt, so ist als notwendige Bedingung die Existenz (bzw. Schaffung) von Unterzielen erforderlich, die in konsistentem Verhältnis zum Oberziel stehen, und als hinreichende Bedingung die Existenz (bzw. Erzeugung) von Motivationen bei den Individuen, die auf größtmögliche Verwirklichung der Unterziele gerichtet sind.

In Abb. 15/16 sollen diese Gedanken symbolisch veranschaulicht werden: Abb. 15 bedeutet, daß die Motivationen in Richtung auf die Verwirklichung der Unterziele gering ist, während sie in Abb. 16 groß sein sollen. (Da an dieser Stelle lediglich qualitative Aspekte herausgearbeitet werden sollen, ist es nicht erforderlich, einen Maßstab für die Messung der Motivationen anzugeben - ebenso, wie es zulässig ist, von "grau" und "schwarz" zu reden, ohne genau anzugeben, wo grau aufhört

und schwarz anfängt.) Man kann sich - bildlich gesehen - die Unterziele als Querschnitt durch abgeschlossene Gefäße (Zylinder), gefüllt mit einer komprimierbaren Flüssigkeit oder einem Gas (symbolisiert durch die weiße Fläche in den kleinen Quadraten) vorstellen, wobei jeweils ein Kolben (dunkle Fläche) den Inhalt mehr oder weniger zusammendrückt und dadurch einen mehr oder weniger starken Druck in Richtung auf das Oberziel (Pfeile) erzeugt.

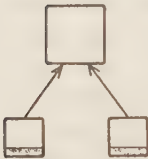


Abb.15

Geringe Motivation zur Realisierung
der Unterziele

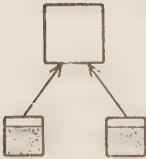


Abb.16

Hohe Motivation zur Realisierung
der Unterziele

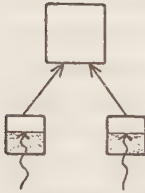


Abb.17

Stimulierung der Motivationen zur Realisierung der Unterziele

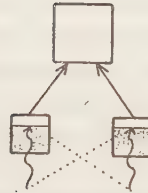


Abb.18

Konsistentes Zielsystem mit wechselseitiger Stimulierung

Es sind Fälle denkbar, in denen eine Motivation zwar nicht automatisch vorhanden ist, in denen sie aber durch bestimmte Maßnahmen, durch bestimmte Belohnungen und Bestrafungen (Anreize und Sanktionen) hervorgerufen werden kann. In den Fällen, wo das Zustandekommen einer Motivation eines unmittelbaren äußeren Anstoßes bedarf, wollen wir von "Stimulierung" sprechen. Das Auftreten äußerer Stimuli zur unmittelbaren Erzeugung einer Motivation soll durch geschwängelte Pfeile (Abb. 17) dargestellt werden. Über die Art der Stimulierung ist damit noch nichts gesagt. Es kann sich hierbei um materielle Anreize handeln ebenso wie um irgendwelche Zwangsmaßnahmen. Entscheidend ist zunächst nur, daß diese Stimulierung das Individuum veranlaßt, in Richtung auf die Verwirklichung des Unterziels hinzuwirken.

Bezüglich der Art und Weise, wie diese Wirkung erzielt wird, wollen wir begrifflich zwei Fälle unterscheiden:

einmal den Fall, wo die Individuen bereits bestimmte Motivationsstrukturen besitzen, die lediglich bestimmter äußerer Stimuli bedürfen, um bestimmte Reaktionen hervorzurufen. Hierbei wollen wir von "statischer Stimulierung" sprechen, statisch in dem Sinn, daß die vorhandene Motivationsstruktur zugrunde gelegt und nicht auf deren Veränderung hingewirkt wird. Dem gegenüber steht der Fall, in dem es sich um die Formung oder Umformung von Motivationsstrukturen handelt, um das Individuum z.B. empfänglich zu machen für bestimmte - bisher unwirksame - Stimuli oder gar "aus sich heraus" zu Handlungen zu veranlassen, die nicht jedesmal eines äußeren Anstoßes bedürfen. Eine derartige Stimulierung - gleichgültig, ob sie von einer Gesellschaft oder von bestimmten Gruppen bewußt oder unbewußt eingesetzt wird - wollen wir "dynamische Stimulierung" nennen. Was wir in Abb. 17 dargestellt haben, soll lediglich die statische Stimulierung veranschaulichen.

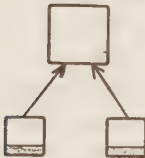
Abb. 18 stellt einen Fall dar, wo die Motivationen der einzelnen Individuen in Richtung auf ein Unterziel nicht unabhängig voneinander sind, sondern zueinander in wechselseitiger Beziehung stehen. Je mehr das einzelne Individuum motiviert ist und sich (bei gleichen Fähigkeiten) einen Vorsprung erarbeitet, umso stärker wird das andere Individuum angespornt (stimuliert) - und umgekehrt. Die gepunktete Linie in Abb. 18 stellt jeweils die Verbindung her zwischen der Motivation des einen und der Stimulierung des anderen. Als Beispiel wäre der Wettbewerb in seiner allgemeinsten Form anzuführen.

Wie bereits weiter oben dargelegt, reicht die Konsistenz eines Zielsystems allein nicht aus, um die Erreichung des Oberziels zu gewährleisten. Sind die zusätzlich er-

forderlichen Motivationen in Richtung auf die vorgegebenen Unterziele nicht oder nicht ausreichend vorhanden, so kann es im Sinne der Erreichung des Oberziels sinnvoll werden, andere Unterziele zu formulieren, die eine gewisse Inkonsistenz des Zielsystems bedeuten, zu deren Verwirklichung jedoch größere Motivationen vorhanden sind. M.a.W.: Es kann ein Konflikt auftreten zwischen der Konsistenz des Zielsystems und den zum Funktionieren des Systems erforderlichen Motivationen. Als Beispiel sei das Modell einer Zentralverwaltungswirtschaft genannt, die klar definierte Oberziele formuliert hat und den Plan im Sinne dieser Oberziele detailliert und konsistent auffächert in einzelne Planvorgaben, so daß für das einzelne Individuum nicht der geringste Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum bleibt. Wenn man annimmt, daß die Individuen angesichts einer solchen Situation nicht die geringste Motivation verspüren, ihre Planvorgaben zu erfüllen, kann es im Sinne des Gesamtplans sinnvoll werden, den Individuen bzw. Gruppen einen gewissen Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum einzuräumen, um ihre Motivationen zu erhöhen. Auf diese Weise entstehen zwar fast zwangsläufig Abweichungen gegenüber dem ursprünglich konsistent aufgefächerten Plan, deren negative Auswirkungen auf das Oberziel jedoch kompensiert werden können durch das Ergebnis der vergrößerten Motivationen.

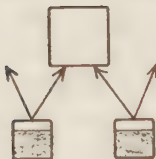
Das Kriterium für die "formale Rationalität eines Zielsystems" kann demnach weder allein in der Konsistenz noch allein in dem Ausmaß an Motivation bei jeweils vorgegebenen Unterzielen liegen, sondern allein im Ergebnis des Zusammenwirkens beider Einflußfaktoren auf das Oberziel. In gewisser Weise handelt es sich hierbei um eine Art multiplikative Verknüpfung beider Faktoren: Wenn die

Motivationen gleich Null sind, ist die größtmögliche Konsistenz überflüssig; wenn keinerlei Konsistenz (d.h. völlige Inkonsistenz) vorliegt, nützen die stärksten Motivationen nichts, wenn es um die Erreichung des Oberziels geht. Das Optimum, die größte Rationalität des Zielsystems, liegt im Falle eines solchen Konflikts irgendwo zwischen beiden Polen.



Konsistentes System mit
geringer Motivation

Abb.19a



Umformulierung der Unterziele und
Steigerung der Motivation bei
Aufrechterhaltung der Konsistenz

Abb.19b

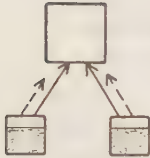


Abb. 19c

Umformulierung der Unterziele und
Steigerung der Motivation auf
Kosten der Konsistenz.

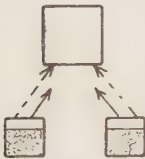


Abb. 19d

Umformulierung der Unterziele und
Verlust der Konsistenz durch
Steigerung der Motivation

Die Abbildungen 19a-d sollen diese Problematik noch einmal schematisch darstellen. Abb. 19a zeigt zwar ein konsistentes Zielsystem, aber nur ein geringes Ausmaß an Motivationen. - Durch Umformulierung der Unterziele steigen in Abb. 19b zwar die Motivationen, aber ein Teil der dadurch entstehenden "Energie" wird nicht auf das Oberziel gelenkt (wirkt aber auch nicht direkt der

Erreichung des Oberziels entgegen). Dies ist erst in Abb. 19c der Fall, wo dennoch die positiven Auswirkungen auf das Oberziel diejenigen Impulse übersteigen, die hemmend auf die Erreichung des Oberziels wirken (dargestellt durch die gestrichelten - negativen - Pfeile). - Abb. 19d symbolisiert einen Fall, wo durch Umformulierung der Unterziele die Motivationen gegenüber 19a zwar angestiegen sind, aber die Verbindung zwischen Unterzielen und Oberziel die Verwirklichung des Oberziels mehr verhindert als fördert. Dieser Tatbestand soll dadurch deutlich werden, daß die negativen Pfeile länger sind als die positiven.

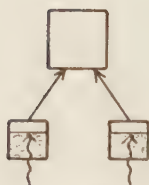


Abb.20

Anhebung der Motivation durch
Stimulierung - unter Beibehal-
tung der Unterziele

Angeichts eines solchen möglichen Dilemmas erhebt sich die Frage, ob nicht unter Beibehaltung der Konsistenz des Zielsystems die Motivationen der Individuen dennoch auf die vorgegebenen Unterziele (Abb. 19a) gelenkt werden können, indem bestimmte Stimulierungsmethoden (statischer oder dynamischer Art) eingesetzt werden (Abb.20). Die Beantwortung dieser Frage darf keinesfalls allein davon abhängig gemacht werden, inwieweit eine entspre-

chende Stimulierung möglich ist, sondern hat unbedingt davon auszugehen, in welcher Weise sich die Stimulierungsmethoden auf die Individuen als Ganze bzw. auf die Gesellschaft als Ganze auswirken. Wenn es sich um die Konstruktion (oder die Aufrechterhaltung) eines Ziel- und Motivationssystems einer Gesellschaft handelt und wenn Wirtschaften verstanden wird als Einsatz knapper Produktionsfaktoren mit dem Ziel einer besseren Befriedigung menschlicher Bedürfnisse (bzw. eines zunehmenden Abbaus menschlichen Leids), so können nicht Stimulierungsmethoden gerechtfertigt werden, die das menschliche Leid in einem unnötig hohen Ausmaß tendenziell vergrößern ("unnötig" gegenüber denkbaren Alternativen). M.a.W.: Da die Anwendung bestimmter Methoden nicht losgelöst gesehen werden kann von menschlichen Bedürfnissen bzw. von menschlichem Leid, können die Methoden nicht als reine Mittel behandelt werden, wenn das Ziel seinerseits die bestmögliche Befriedigung menschlicher Bedürfnisse oder der größtmögliche Abbau menschlichen Leids ist. - Solange nicht nachgewiesen ist, daß die Anwendung bestimmter Methoden, z.B. Stimulierungsmethoden, den Bedürfnissen der Menschen mehr zuwiderläuft, als das Ergebnis des Produktionsprozesses den menschlichen Bedürfnissen entgegenkommt, solange können die Ziele nicht losgelöst von den Mitteln formuliert werden.

Abb. 21 soll diese Problematik schematisch verdeutlichen: Das gesellschaftliche Oberziel soll aus zwei Unterzielen bestehen: Sozialproduktsmaximierung und psychische Gesundheit. Die Stimulierung der Individuen erfolgt in Richtung der wirtschaftlichen Unterziele. Im dargestellten Modell wird angenommen, daß die Stimulierung zwar erfolgreich in Richtung auf wirtschaftliche Ziele hin wirkt, daß sie aber die psychische Gesundheit (die an dieser Stelle nicht

näher definiert werden soll) beeinträchtigt. (Dieser Zusammenhang soll durch die gestrichelten Verbindungslinien symbolisiert werden.) Inwieweit "die Wirtschaft" bzw. die in ihr angewandten Methoden zur Verwirklichung gesellschaftlicher Ziele beitragen, kann unter diesen Bedingungen nicht einfach aus der Höhe (und der Verteilung) des Sozialprodukts abgelesen werden und auch nicht aus der Qualität der produzierten Güter, sondern nur unter Berücksichtigung sämtlicher wesentlichen "Nebenwirkungen" auf andere gesellschaftliche Bereiche.

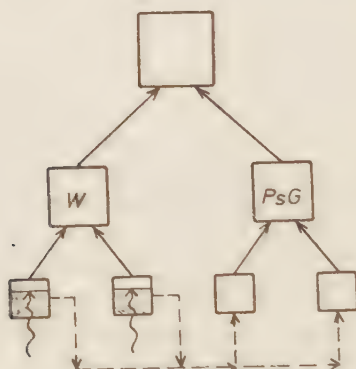


Abb. 21

Stimulierung in Richtung ökonomischer Unter-
ziele mit negativen Auswirkungen auf außer-
ökonomische gesellschaftliche Unterziele

127. Beziehungen zwischen dem Individuum, der Gesellschaft und der Wirtschaft

Maner sind wir davon ausgegangen, daß die bestmögliche Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bzw. der größtmögliche Abbau menschlichen Leids ausdrücklich in das gesellschaftliche Oberziel eingegangen sind. Unter diesen Bedingungen konnte gezeigt werden, daß die Vernachlässigung der Wirtschaft, die durch Vernachlässigung in Richtung auf wirtschaftliche Ziele auftreten, nicht zulässig ist. Abb. 22a legt einen anderen Fall zugrunde. Das gesellschaftliche Oberziel soll in der "Stabilität des Wirtschaftssystems" bestehen, und die Max. vorteilen der Individuen in den verschiedenen Bereichen (z.B. als Wirtschaftsobjekt, als Staatsbürger) sollen so gefördert werden, daß sie ein systemgefeindliches Verhalten hervorbringen. Wir wollen den "Idealfall" annehmen, daß dies gelingt. Ist damit die höchste Rationalität eines Gesellschaftssystems verwirklicht? Keinesfalls! Jedenfalls dann nicht, wenn nachgewiesen werden kann, daß entweder die zur Zielerreichung angewandten Methoden oder das Ziel selbst im Widerspruch zu elementaren menschlichen Bedürfnissen stehen bzw. menschliches Leid mehr versprechen als abtun. Wir wollen an dieser Stelle lediglich hypothetisch formulieren: wenn es elementare menschliche Bedürfnisse gibt, die sich nur zum Leid des Individuums oder seiner Umgebung zurückschlagen lassen, wenn ein Zielsystem - und sei es noch so konsistent und funktionsfähig - nicht als rational bezeichnet werden, wenn es diesen elementaren Bedürfnissen in einem nicht erforderlichen Ausmaß widerspricht - dann jedenfalls nicht, wenn der Begriff "rational" so etwas wie "vernünftig", "erstrebenswert" impliziert ist.

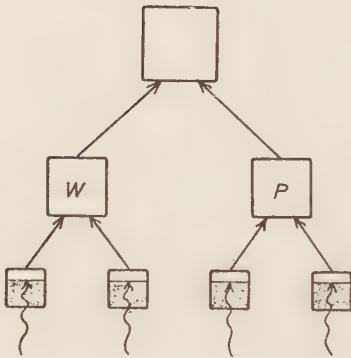


Abb. 22a

Stimulierung in Richtung
auf gesellschaftliches
Gleichgewicht

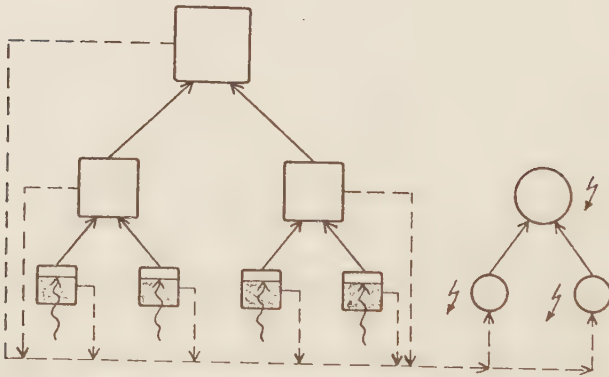


Abb. 22b

Verletzung elementarer Bedürfnisse "trotz"
gesellschaftlichen Gleichgewichts

Abb. 22b stellt den skizzierten Fall dar. Die Kreise symbolisieren elementare menschliche Bedürfnisse, die außerhalb des Zielsystems mit dem Oberziel "gesell-

schaftliche Stabilität" stehen und deren Erfüllung von verschiedenen Seiten (sowohl den Methoden als auch den Ergebnissen) negativ beeinflusst wird. Man kann sich bildlich die elementaren Bedürfnisse als die Warnlampen des Systems vorstellen, die umso stärker aufleuchten, je mehr das System diese Bedürfnisse unterdrückt. Um im Bild zu bleiben: Je heller die Warnlampen aufleuchten (was nicht gleichbedeutend damit sein muß, daß dies von der Gesellschaft auch gesehen wird), umso größer ist die Irrationalität des Gesellschaftssystems.

Damit haben wir die Problematik der Konsistenz gesellschaftlicher Zielsysteme und der Entstehung bzw. Erzeugung von Motivationen in ganz groben Zügen angeschnitten. Wenn Wirtschaften aufgefaßt wird als zielgerichtetes Handeln zur besseren Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bzw. zum Abbau menschlichen Leids, so hat sich Wirtschaftswissenschaft in irgendeiner Form mit den angeschnittenen Problemen auseinanderzusetzen: mit der Frage, was menschliche Bedürfnisse (bzw. menschliches Leid) sind, und mit der Frage, wie das Zielsystem einer Wirtschaft bzw. Gesellschaft konstruiert ist (bzw. konstruiert sein sollte), um das angestrebte Ziel zu erreichen; und sie hat sich auseinanderzusetzen mit der Frage nach den Motivationen, ihren Beziehungen zum Zielsystem, der Möglichkeit ihrer Formung und den Wirkungen, die sich aus dieser Formung in außerökonomischen Bereichen ergeben.

Im folgenden Teil dieser Arbeit wird untersucht, inwieweit die wesentlichen Theorien der bürgerlichen Ökonomie diese Problematik gesehen, sich mit ihr auseinandergesetzt und in welcher Weise sie diese Fragen gelöst oder beantwortet haben.

ZWEITER TEIL:

DIE BEHANDLUNG DES KONSISTENZ- UND MOTIVATIONSPROBLEMS IN DER BÜRGERLICHEN ÖKONOMIE

I. Adam Smith (1723-1790)

1) Darstellung des Smithschen Systems

Ausgangspunkt der theoretischen Überlegungen von A. SMITH - dem Begründer des sog. klassischen wirtschaftlichen Liberalismus - ist die Frage nach dem Wesen und den Ursachen des Reichtums eines Landes. (4) Das Ziel der Gesellschaft sieht er vor allem darin, einen möglichst hohen Wohlstand für alle ihre Mitglieder zu erreichen, wobei Wohlstand gleichgesetzt wird mit materieller Produktion. (5) Voraussetzung für die Wohlstandssteigerung jedes einzelnen ist demnach eine Steigerung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, des "Reichtums der Nation". Seine Überlegungen sind zu sehen vor dem Hintergrund der sich entwickelnden Industrialisierung im England des 18. Jahrhunderts, die durch eine manufakturkapitalistische Produktionsweise geprägt war, sowie vor dem Hintergrund des Kampfes zwischen aufstrebendem Bürgertum und dem Feudalismus, der bis dahin den Staaten ihr Gepräge gegeben hatte.

Im Gegensatz zu den Physiokraten, die unter dem Feudalismus die Quelle des Reichtums in der landwirtschaftlichen Urproduktion sahen und insoweit den Grund und Boden, der

4) Vgl. G. Stavenhagen, Geschichte der Wirtschaftstheorie (1951), Göttingen 1964¹, S. 53

5) Vgl. A. Smith, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, London 1776, deutsch: Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, (Forts. S. 45)

sich in Händen der Feudalschicht befand, als einzigen produktiven Faktor anerkannten, sah SMITH die Quelle des Reichtums letztlich in der menschlichen Arbeit begründet. (6) "Die Arbeit, welche jede Nation jährlich verrichtet, ist der Fonds, der sie ursprünglich mit allen von ihr jährlich verbrauchten Notwendigkeiten und Bequemlichkeiten des Lebens versorgt." (7) Das Hauptproblem lag für ihn demnach in der Frage nach den Möglichkeiten einer Steigerung der Arbeitsproduktivität. Hierbei fiel der möglichst ungehemmten Entfaltung der Arbeitsteilung eine hervorragende Bedeutung zu. In eindringlicher Weise versucht SMITH, anhand des Beispiels einer Stecknadelfabrik die Vorteile eines arbeitsteilig gegliederten Produktionsprozesses deutlich zu machen und daraus die Forderung abzuleiten, alle Hemmnisse für eine ungehinderte Arbeitsteilung abzubauen. Als notwendige Voraussetzung hierfür betrachtete er die Entfaltung freier Märkte, an denen sich die Preise (Zinsen, Löhne) nach Angebot und Nachfrage frei einspielen.

Eine Arbeitsteilung ohne das Vorhandensein eines Marktes war für SMITH nicht denkbar, da zum einen allein der Markt dem einzelnen Anbieter Informationen darüber liefern könne, wo Knappheiten und wo Überfluß bestehen und

Forts. 5) Sammlung sozialwiss. Meister, 3 Bände, Bd. I Jena 1923³, Bd. II Jena 1923², Bd. III Jena 1923, S. 20

6) Vgl. S. Wendt, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Berlin 1968², S. 53

Vgl. Stavenhagen, S. 53

7) A. Smith, Einl.

in welchen Bereichen es sich für den einzelnen lohnt zu produzieren. Zum anderen aber könne sich der einzelne nur dann spezialisieren, wenn er für seine Einkünfte am Markt alle diejenigen Güter erwerben kann, die er aufgrund seiner Spezialisierung nicht selbst herstellen können. "Beide Einrichtungen, sowohl Markt und Arbeitsteilung, können jedoch ihren Zweck nur erfüllen, wenn die uneingeschränkte Freiheit aller wirtschaftlich Handelnden Menschen verwirklicht ist, was nach SMITH nichts anderes bedeutet, als daß alle Menschen sich von Selbstinteresse, vom natürlichen Streben, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, leiten lassen können. Dieses ausschließlich durch das Selbstinteresse bestimmte Handeln ist derart, daß es sich, auch wenn der wirtschaftlich handelnde Mensch gar nicht an das Interesse der Allgemeinheit denkt, zum Vorteil der Allgemeinheit auswirkt ... Die unsichtbare Hand der Vorsehung trägt nach SMITH dafür Sorge, daß das Selbstinteresse auch stets als stärkster Hebel des Gesamtinteresses wirkt."

(8)

Das Eigentumsrecht ist für ihn die Voraussetzung dafür, daß jeder Eigentümer seinen Interessen nachgehen kann: "Das Eigentumsrecht, das jeder an seiner eigenen Arbeit besitzt, ist im höchsten Grade heilig und unverletzlich."

(9) Den Inhalt dieses Rechts sieht SMITH darin, daß jeder sein Eigentum (einschließlich seiner Arbeitskraft) nach seinen eigenen Vorstellungen im Produktionsprozeß einsetzen bzw. verwerten kann. Der Unternehmer müsse dementsprechend die Freiheit erhalten, darüber zu entschei-

8) G. Stavenhagen, S. 54

9) A. Smith, Abschn. 5, S. 20

den, wen er für welche Verwendung einstelle: "Das Urteil, ob er (der Arbeiter) geeignet ist, beschäftigt zu werden, kann man ruhig der Umsicht der Unternehmer überlassen, deren Interesse sehr davon berührt ist." (10)

Die Entwicklung der Arbeitsteilung sieht SMITH zunächst nicht als das "Ergebnis menschlicher Weisheit", sondern als eine "allmähliche Folge einer gewissen Neigung der menschlichen Natur" (11), nämlich des Hangs zum Tausch. In Verbindung mit der weiteren Annahme vom natürlichen Selbstinteresse, das sich im egoistischen Streben nach der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage äußert, gelangt SMITH zu der konsequenten Folgerung, daß ein System geschaffen werden müsse, das diesen "natürlichen" Veranlagungen des Menschen entspricht und in einer Weise zur Entfaltung kommen läßt, die der Gesamtheit und damit jedem einzelnen möglichst große Vorteile bringt: das System der freien Konkurrenz.

Die Tatsache, daß SMITH "der Preislehre in seinem gesamten Lehrgebäude eine dominierende Stellung (einräumt)" (12) und diese zum grundlegenden Erklärungsprinzip seines ganzen Systems erhebt, ist darauf zurückzuführen, daß er "erkennt, daß sich das Geschehen auf den Märkten in Preisen ausdrückt. Er sah auch, daß die Preise Gütererzeugung und Güterabsatz regeln." (13) Es lag ihm daran aufzuzeigen, daß ein funktionierender Konkurrenzmechanismus automatisch für einen strukturellen Aus-

10) A. Smith, S. 159

11) A. Smith, S. 20

12) G. Stavenhagen, S. 53

13) S. Wendt, S. 35

gleich zwischen Angebot und Nachfrage führen müsse, und daß zweitens auch langfristig gewährleistet sei, daß die Produktivität auf dem Weg über Investitionen ständig erhöht werde, falls der Zins sich frei einspielen könne.

Bei der Untersuchung der Bestimmungsgründe der Preise unterschied SMITH zwischen langfristig sich durchsetzenden Tendenzen und kurzfristig wirksam werdenden Schwankungen. Die langfristigen Tendenzen der Preisentwicklung werden nach seiner Auffassung bestimmt durch die Produktionskosten ("natürlicher Preis"), während die tatsächlichen "Marktpreise" aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage erklärt werden. Dabei zeigt SMITH auf, daß die Marktpreise kurzfristig zwar vom "natürlichen Preis" abweichen können, aber durch diese Abweichung immer wieder Kräfte ausgelöst werden, die den Marktpreis in Richtung auf den "natürlichen Preis" hin korrigieren. "Den natürlichen Preis versucht A. SMITH ursächlich zu erklären, indem er auf eine wertbildende Substanz zurückgriff ... Als Quelle des wirtschaftlichen Wohlstands erschien die Arbeit auch der letzte Maßstab des wirtschaftlichen Werts zu sein ... Aber nur im Urzustand der menschlichen Wirtschaft, in dem es weder dem Werte nach verselbständigte Produktionsmittel noch Privateigentum an Grund und Boden gab, konnte die Arbeit als wertbildende Substanz unmittelbar Ausdruck des natürlichen Werts der durch sie hergestellten Waren sein. In der geschichtlich gegebenen Wirtschaft, die Privateigentum an Grund und Boden kennt und in der von Menschen hergestellte Produktionsmittel verwendet werden, muß nach Meinung A. SMITHs in den "natürlichen Preis" der Ware auch eine Entschädigung für die Mitwirkung dieser beiden Produktionsfaktoren eingerechnet werden. Der natürliche Preis wird unter diesen Umständen durch die gesamten Produktionskosten

bestimmt, die sich aus Arbeitslohn, Kapitalzins und Grundrente zusammensetzen." (14)

Der Konkurrenzmechanismus funktioniert nun in der Vorstellung von SMITH in der Weise, daß dort, wo eine Nachfrage nach einem Gut, aber kein ausreichendes Angebot vorhanden ist, der Marktpreis aufgrund der bestehenden Knappheiten in die Höhe geht und somit die Produktionskosten übersteigt. Der hierbei auftretende Gewinn sei nun ein Ansporn, die Produktion dieses Gutes auszudehnen, sei es durch schon im Markt befindliche Anbieter oder durch neue Anbieter, die die Produktion dieses Gutes aufnehmen und in den Markt eintreten könnten. Den Anreiz hierfür sah SMITH in dem "natürlichen" egoistischen Hang der Individuen, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Das hierdurch vergrößerte Angebot würde auf die Dauer die Marktpreise bis auf die Produktionskosten (den "natürlichen Preis") hinunterdrücken, so daß sich eine weitere Ausdehnung der Produktion nicht mehr lohnt. Umgekehrt würde ein Angebotsüberhang den Marktpreis kurzfristig unter den "natürlichen Preis" drücken, weil andernfalls die produzierten Güter keinen Absatz finden. Auf diese Weise entstünde für einige Anbieter (deren Produktionskosten am höchsten sind) ein Verlust, der sie zur Produktionseinschränkung bzw. zum Ausscheiden aus dem Markt zwingen würde. Ein auf diese Weise verringertes Angebot würde den Marktpreis wieder anheben und in Richtung auf den "natürlichen Preis" bewegen. Damit Sorge das Gewinnstreben der einzelnen bzw. die Furcht vor finanziellen Verlusten automatisch dafür, daß im Großen und Ganzen nur solche Güter produziert werden, die auch abgesetzt werden können, und daß die

14) S. Wendt, S. 35/36

Anbieter ihre Kosten so niedrig wie möglich halten, um mindestens vorübergehend einen möglichst hohen Gewinn erwirtschaften zu können.

Mit dem geschilderten Mechanismus wäre allerdings noch nicht geklärt, daß das System sich auch langfristig selbst regelt und in Richtung auf einen immer höheren Wohlstand tendiert. Diese These versucht SMITH zu untermauern, indem er den Zusammenhang zwischen Einkommen, Sparen, Investieren, erhöhter Arbeitsnachfrage und Bevölkerungswachstum beleuchtet: Die aufgrund der Arbeitsteilung ermöglichte Produktionssteigerung bzw. Einkommenssteigerung setze die einzelnen Individuen - ange-reizt durch die Höhe des Zinses - verstärkt in die Lage, Teile ihres Einkommens zu sparen. Den gesparten Geldern steht eine Nachfrage nach gesparten Geldern (Kredite) von seiten derjenigen gegenüber, die mit Hilfe von Krediten Investitionen vornehmen, ihren Produktionsapparat ausdehnen oder modernisieren und auf diese Weise höhere Gewinne machen wollen. Der Zins regule hierbei nicht nur den globalen Ausgleich zwischen Sparen und Investieren (und Sorge damit für eine Kompensation des durch Sparen entstandenen Nachfrageaussagefalls), sondern er bewirke auch strukturell, daß das Kapital jeweils an die Stelle der höchsten Verwertungs-(Verzinsungs-)möglichkeit fließe, also dorthin, wo sich unter Einsatz von Kapital die höchsten Gewinne erzielen lassen. Die zur Investition verwendeten Ersparnisse "stellen Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften dar und halten die Reallöhne über dem Existenzminimum. Unter dem Einfluß des Fortpflanzungstriebes reagiert das Arbeitsangebot, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, auf den Lohnanreiz, so daß die potentiellen Investitionsgelegenheiten durch wachsende Beschäftigung realisiert werden kön-

nen. Damit erhöhen sich die Lohneinkünfte und die Marktnachfrage über das Ausgangsniveau, wodurch sich neue Investitionschancen ... ergeben." (15) Das Ergebnis dieses dynamischen Prozesses sah SMITH in einer ständigen Steigerung des Wohlstandes, der allen Beteiligten zugutekommen würde. "Erreichung des Wohlstandes ist aber identisch mit Realisierung der Interessen der bürgerlichen Menschen. Das Ziel der bürgerlichen Gesellschaft sieht SMITH darin, Wohlstand für alle ihre Mitglieder zu erreichen. Mit diesem gesellschaftlichen Stadium sei die menschliche Natur im bürgerlichen Sinn realisiert." (16)

Die vorangegangenen Ausführungen mögen ausreichen, um deutlich werden zu lassen, daß die Überlegungen von SMITH sowohl das Konsistenzproblem wie auch das Motivationsproblem implizit und explizit zum Gegenstand haben, ohne sich freilich dieser Terminologie zu bedienen. Das Konsistenzproblem stellt sich für SMITH in der Weise, daß er als gesellschaftliches Oberziel die größtmögliche Steigerung des Wohlstands unterstellt und ein Zielsystem in Form des Konkurrenzsystems postuliert, in dem die Unterziele in der maximalen Verfolgung des Eigeninteresses, d.h. der Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Situation, besteht - oder anders ausgedrückt: in der Maximierung des Geldeinkommens, sei es nun als Arbeiter, als Grundbesitzer oder als Unternehmer. Auf seinen Seiten sah er das Kriterium für

15) A. Lowe, Politische Ökonomie, Frankfurt/M., 1965, S. 197

16) Mensch und Wirtschaft, Zur Kritik der Auffassung des Menschen in der bürgerlichen politischen Ökonomie (Autorenkollektiv: Haak, W./Lauterbach, H. u.a.), Berlin (DDR) 1967, S. 29
Vgl. A. Smith, S. 20

die bestmögliche Erfüllung der Unterziele in der Erhöhung des erwirtschafteten Gewinns; denn nur derjenige konnte Gewinn machen, der einerseits kostengünstig produzierte und andererseits Marktlücken aufspürte, d.h. sich an der Nachfrage orientierte. Gewinn und Verlust wurden damit zum Gradmesser einzelwirtschaftlicher Rationalität, die als Beitrag zur gesellschaftlichen Rationalität (nämlich der maximalen Steigerung des Wohlstands) angesehen wurde. SMITH war davon überzeugt, im Konkurrenzsystem ein konsistentes Zielsystem entdeckt zu haben, das in Richtung auf die Erreichung des von ihm nicht in Frage gestellten Oberziels wirke.

Funktionsfähig konnte ein solches System nur dann sein, wenn auch das Problem der Motivation gelöst war. +)

+) Daß im SMITHschen System sowohl Konsistenz- als auch Motivationsprobleme implizit behandelt werden, wird - wenngleich in anderer Terminologie - auch von LOWE gesehen: "So kommen wir schließlich zu dem bedeutungsvollen Ergebnis, daß SMITHs theoretische Konstruktion auf einer instrumentalischen Basis beruht. Stetiger Fortschritt in Richtung auf die Maximierung des Reichtums, an dem alle produktiven Schichten der Wirtschaftsgesellschaft teilhaben, wird als das Makroziel stipuliert, auf dessen Erreichung alle produktiven Anstrengungen gerichtet sind. Der spiralförmige Wachstumspfad, die Verhaltensregeln, die seine Verfolgung sichern, das Etremalmotiv, das diesen Regeln zugrundeliegt, schließlich und nicht zuletzt das institutionelle Milieu, in dem allein diese Verhaltensregeln und diese Motive sich behaupten können, alle diese Tatsachen sind mehr als Tatsachen. Sie sind gleichzeitig die Mittel für einen Zweck, einen Zweck, den der Philosoph SMITH dem Ökonomen SMITH vorschreibt als den terminus ad quem für seine Untersuchung und den der Ökonom SMITH dem "Staatsmann oder Gesetzgeber" als Maxime für seine politischen Entscheidungen empfiehlt." (17)

Die Lösung bestand für SMITH darin, daß er bestimmte Motivationen als naturgegeben unterstellt (den "Hang zum Tausch", das "natürliche Selbstinteresse"). Insofern mußte lediglich nach Unterzielen gesucht werden, die einerseits diesen "natürlichen" Motivationen freien Lauf ließen, zugleich aber in einem konsistenten Zusammenhang zum Oberziel der maximalen Wohlstandssteigerung standen. SMITH erkannte zwar, daß bestimmte Fertigkeiten des Individuums durch seine soziale Umwelt geformt werden: "Der bürgerliche Mensch ist nach SMITH ein Produkt der besonderen Verhältnisse der Berufsgruppen, in die er hineingeboren wird." (18) Daß aber z.B. das egoistische Streben nach materiellem Wohlstand oder der "Hang zum Tausch" ebenfalls nur Produkte gesellschaftlicher Verhältnisse sein können, klammert SMITH von vornherein aus. Damit wird deutlich, daß SMITH das Problem der Formung von Motivationsstrukturen, d.h. das Problem der dynamischen Stimulierung, nicht gesehen hat. (Eine "statische Stimulierung" war in seinem System insofern enthalten, als die einzelnen aufgrund des Eigentumsrechts frei über die Verwendung der erwirtschafteten Mittel entscheiden konnten bzw. im umgekehrten Fall durch Verluste dadurch bestraft wurden, daß sie diese Verluste persönlich zu tragen hatten. Diese Stimulierung knüpft sich jedoch an angeblich natürliche Motivationsstrukturen. Die "Natur" des Menschen glaubte SMITH bereits dadurch erkannt zu haben, daß sich bei den Menschen seiner Zeit Verhaltensweisen feststellen ließen, die auf die Verfolgung des wirtschaftlichen Eigeninteresses gerichtet waren.

Wir wollen versuchen, daß SMITHsches System in unser im ersten Teil entworfenes Gedankenschema einzuordnen: Während in einem System ohne freie Konkurrenz und ohne Garan-

tie des Eigentumsrechts nach SMITH Auffassung für den einzelnen keine Motivation besteht, wirtschaftliche Aktivität zu entfalten (Abb. 23a), und insofern keine Tendenz zur Erhöhung des Gesamtprodukts entsteht, könnte eine Umgestaltung des Systems in Richtung freie Konkurrenz die latent vorhandenen und "natürlichen" Motivationen mobilisieren. Neben der (impliziten) Formulierung der Unterziele ("produziere möglichst sparsam und möglichst viele Güter, die sich absetzen lassen") ist hierzu ein System von Belohnungen und Bestrafungen erforderlich, daß die Handlungen in Richtung Unterziele in einer Weise honoriert, die die Motivationen stimuliert. Ausgehend von dem wirtschaftlichen Eigeninteresse erfolgt die Belohnung dadurch, daß der einzelne die erwirtschafteten Gewinne frei verwenden kann und die Gewinne umso höher ausfallen, je mehr der einzelne in Richtung auf die Verwirklichung des Unterziels hinarbeitet. (Dieser Zusammenhang durch die gepunktete Rückkopplungsschleife in Abb. 23b dargestellt: Je besser das Unterziel erreicht wird, umso größer wiederum die Stimulierung in Richtung Unterziel.)

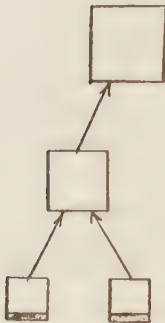


Abb. 23 a

Die Vorstellungen von SMITH:
ohne Privateigentum und Kon-
kurrenz keine Motivationen.

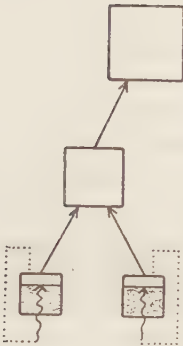


Abb. 23 b

Die Vorstellungen von SMITH:
Stimulierung der Motivationen
durch Privateigentum und Kon-
kurrenz.

Implizit stecken im SMITHschen System einige weitere Rückkopplungsschleifen: Je höhere Gewinne der einzelne erwirtschaftet, umso leichter wird für ihn in Zukunft die Verwirklichung des Unterziels. Dies kommt in Abb. 23c zum Ausdruck durch die kleinen, durchgezogenen Rückkopplungsschleifen. - Darüberhinaus wird der Zusammenhang unterstellt, daß bei steigendem Sozialprodukt insgesamt für die Volkswirtschaft mehr gespart und damit auch mehr investiert werden kann (was durch die mittelgroßen Schleifen dargestellt werden soll). Schließlich führt nach SMITH ein so hervorgerufener wachsender Wohlstand zu einer Vermehrung der Bevölkerung, wodurch wiederum sowohl steigende Produktion als auch steigender Absatz möglich sein werde (große Rückkopplungsschleife).

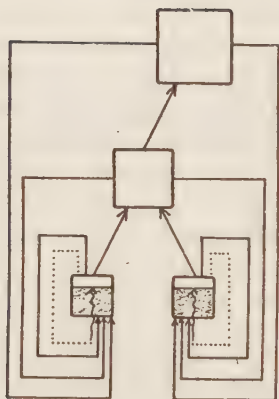


Abb. 23 c

Die Vorstellungen von SMITH
über die Konsistenz des kapitalistischen Systems.

2) Kritische Beleuchtung des SMITHschen Systems im Hinblick
auf die Konsistenz- und Motivationsproblematik:

Der erste Einwand gilt der impliziten Gleichsetzung von wirtschaftlichem Wohlstand und gesellschaftlicher Rationalität. Damit unterstellt SMITH einen Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen, wie wir ihn in Abb. 8, 9, 10 oder 12 schematisch dargestellt haben. Daß die Verfolgung wirtschaftlicher Ziele und die dabei angewandten Methoden im Konkurrenzsystem in Widerspruch geraten könnten zu anderen gesellschaftlichen Zielen, ist in Abb. 11 dargestellt.

schaftlichen Zielen, spielt in den SMITHschen Überlegungen praktisch keine Rolle. ⁺⁾ Einen Zusammenhang wie in Abb. 13, 14, 19c, d oder 22b schließt er damit von vornherein aus. Dieser eingegrenzte Blickwinkel mag aus seiner Zeit heraus verständlich sein, wo es in erster Linie darum ging, das materielle Elend eines Großteils der Bevölkerung zu beseitigen und die lebensnotwendigsten materiellen Güter zu produzieren. Ein Anspruch auf Allgemeingültigkeit für alle historischen Epochen oder für alle Kulturbereiche kann freilich aus einem derartig begrenzten Ansatz nicht abgeleitet werden. Nichtsdestoweniger hat die spätere sog. neoklassische Theorie - wie noch zu zeigen sein wird - unter starker Verwendung der SMITHschen Gedanken versucht, eine "reine Theorie" zu entwickeln und in ein formales Gewand zu kleiden, die gerade diesen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erhebt.

Die Vorstellung dessen, worin das Wesen der menschlichen Bedürfnisse besteht, geht bei SMITH offensichtlich dahin, daß die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse umso größer wird, je mehr sich das Individuum kaufen kann. (Selbst wenn diese Annahme zuträfe, müßte jedoch hervorgehoben werden, daß nur derjenige seine Bedürfnisse befriedigen kann, der im Besitz von Kaufkraft ist.)

⁺⁾ Nur ganz vereinzelt finden sich bei ihm Stellen, die auf eine gewisse Skepsis darüber schließen lassen, ob die Konsistenz zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen automatisch gegeben ist, wenn er z.B. hinweist auf "jene, die vom Profit leben" und darauf, daß die Profitrate "immer in den Ländern am höchsten ist, die am schnellsten ihrem Ruin entgegengehen." (19)

Daß daneben andere, vielleicht wichtigere Bedürfnisse des Menschen existieren, deren Befriedigung durch die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen mehr oder weniger stark eingeschränkt wird, bzw. daß der Mensch sich seiner fundamentalen Bedürfnisse vielleicht deshalb nicht bewußt wird, weil er von der Gesellschaft und ihren Normen in einer Weise geformt wird, die ihn zu diesem Bewußtsein nicht kommen läßt, diese Problematik hat SMITH nicht gesehen.

Was bei SMITH nur implizit in seinen Überlegungen enthalten ist, wird in der späteren neoklassischen Theorie klar formuliert. Insofern erscheint es sinnvoller, die kritische Auseinandersetzung insbesondere mit dieser Theorie zu führen. Es wird sich zeigen, daß manche Annahmen zwar für die SMITHsche Zeit verständlich waren, daß sie aber zur Zeit der Entwicklung der neoklassischen Theorie sowohl aus Gründen der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse wie auch im Hinblick auf neu hinzugekommene wissenschaftliche Erkenntnisse (z.B. Soziologie, Psychoanalyse) immer fragwürdiger geworden sind.

Was bezüglich der Vorstellungen über die menschlichen Bedürfnisse gilt, trifft in noch stärkerem Maße auf die Annahmen über die Motivationen zu. Spätestens die Psychoanalyse hat die Mechanismen aufgedeckt, deren Auswirkungen schon von MARX herausgearbeitet worden waren: die Mechanismen, die die Motivationsstrukturen der Individuen (und ihr Bewußtsein) formen und die in engem Zusammenhang stehen mit der Struktur der Gesellschaft, die ihrerseits Wandlungen unterliegt. SMITH hingegen klammert durch die Annahme von den angeborenen Verhaltensweisen alle diejenigen Überlegungen aus, die sich z.B. auf die Frage beziehen, inwieweit die bürger-

liche Gesellschaft bzw. das Konkurrenzsystem erst bestimmte Motivationen und Charakterstrukturen formt, die dann als Rechtfertigung für die Schaffung oder Aufrechterhaltung des Systems herangezogen werden. Was ebenso ausgeklammert wird, ist die Frage nach den Nebenwirkungen bestimmter Motivationen (des wirtschaftlichen Egoismus, des Konkurrenzstrebens) auf andere gesellschaftliche Bereiche. Indem SMITH - uns insbesondere seine Epigonen einschließlich der Neoklassiker - diese Frage ausklammern, erfüllen sie eindeutig eine systemstabilisierende Funktion - gleichgültig, ob ihnen selbst eine derartige Absicht bewußt war oder nicht.

Diese systemstabilisierende Funktion wird auch in der Wertlehre SMITHs deutlich, in der als "natürlicher Preis" die Summe der Produktionskosten (Lohnkosten, Kapitalzinsen, Grundrente) definiert wird. Indem er Zins und Grundrente als "natürliche" Bestandteile des Werts betrachtet und als Entschädigung für das Bereitstellen von Kapital bzw. Grund und Boden ansieht, erhebt er gleichzeitig ein Gesellschaftssystem mit Privateigentum an Produktionsmitteln (einschließlich Grund und Boden) in den Rang einer natürlichen, d.h. unabänderlichen Ordnung. Daß die Bereitstellung von Produktionsmitteln auch ohne Privateigentum (nämlich gesellschaftlich) erfolgen könnte und daß in einem solchen Fall die "Entschädigung" nicht in die Hände weniger Produktionsmittelleigner fließen würde, sondern der Gesamtheit zugute kommen könnte, wird von SMITH überhaupt nicht als Möglichkeit in Betracht gezogen. Es wird nur eine Alternative gesehen: entweder werden die Eigentümer der Produktionsmittel durch entsprechende Entschädigung (Zins, Grundrente) motiviert, ihre Produktionsmittel einzusetzen, oder aber die anderen müssen auf die Verwendung von Kapital und Boden verzichten.

Ein weiterer Einwand richtet sich gegen das SMITHsche Verständnis von der Aussagekraft der Gewinne als den Kriterien, die die Erfüllung der Unterziele des gesellschaftlichen Zielsystems angeben sollen. So richtig es ist, daß nur derjenige Gewinne machen kann, der sich an der Nachfrage orientiert und im Vergleich zur Konkurrenz möglichst kostengünstig produziert, und so wenig zur damaligen Zeit Phänomene wie Marktvermachtung und Konsummanipulation voraussehbar waren, die - wie noch zu zeigen sein wird - die Aussagekraft von Gewinnen erheblich beeinträchtigen können, so sehr hätte bereits SMITH erkennen müssen, daß die Nachfrage kein getreues Abbild der in der Gesellschaft vorhandenen Bedürfnisse ist, sondern ein Abbild, das (abgesehen von den schon vorgebrachten Einwänden) umso mehr verzerrt ist, je ungleichmäßiger die Verteilung der Kaufkraft, d.h. die Einkommens- und Vermögensverteilung ist. Indem er aber die Aufteilung der Gesellschaft in Klassen, in diejenige der Arbeiter, der Grundbesitzer und der Kapitalisten, als natürlich unterstellte, mußte er auch eine Honorierung derjenigen als natürlich ansehen, die für die Nachfrage und damit für die Kaufkräftigen produzierten und nicht so sehr für die Bedürftigen, aber Kaufkraftschwachen. - Ein Berufen auf die Ergebnisse dieser Theorie (bzw. eine formalisierte Neuauflage in Form der neoklassischen Theorie) mußte demgemäß in Zeiten, in denen die sozialen Gegensätze immer stärker hervortraten und bereits Züge von Marktvermachtung zu erkennen waren, zunehmend fragwürdig erscheinen.

Eines dürfte durch die kurzen kritischen Bemerkungen zur Frage der Konsistenz- und Motivationsproblematik im SMITHschen System deutlich geworden sein: So sehr es zunächst schien, als habe SMITH mit dem System der freien

Konkurrenz auf der Basis des Privateigentums ein konsistentes, funktionierendes und an den Bedürfnissen der Menschen orientiertes gesellschaftliches Zielsystem entworfen - die zugrundeliegenden Annahmen über Bedürfnisse, Motivationen und Gesellschaftsstruktur sind (in historischen Dimensionen betrachtet) derart relativ, daß die Ergebnisse keinesfalls auf alle historischen Epochen und auf alle Kulturbereiche übertragen werden können - und dies gar noch mit dem Anspruch, den Bedürfnissen der Menschen in optimaler Weise gerecht zu werden. Indem SMITH - und mit ihm seine Epigonen bis hin zu den Neoklassikern - die zugrundeliegenden Annahmen nicht als historisch relativ, sondern als absolut annehmen, negieren sie entweder die historischen Wandlungen oder betrachten die vorhandene Gesellschaftsstruktur als die höchste und letzte Stufe geschichtlicher Entwicklung. "Somit hat es Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr." (20) "In der Negierung der Weiterentwicklung des bürgerlichen Menschen kommt SMITHs Klassenstandpunkt zum Ausdruck. Er ist wie alle Vertreter der klassischen bürgerlichen Ökonomie der Auffassung, daß die bürgerliche Gesellschaft die ewige Gesellschaftsordnung, das Endziel der gesellschaftlichen Entwicklung sei. Eine Entwicklung über sie hinaus gibt es nicht." (21)

Gegenüber den bisherigen Einwendungen, die sich - wie zu zeigen sein wird - in verstärktem Maße gegen die neoklassische Theorie und größtenteils auch gegen die KEYNESsche Theorie erheben lassen, erscheint die auf

20) K. Marx/F. Engels, 2, Werke (MEW), Berlin (DDR) 1956, IV, S. 139

21) Mensch und Wirtschaft, S. 33

KEYNES zurückgehende - üblicherweise gegen die klassische Theorie vorgebrachte - Kritik von weniger grundsätzlicher Bedeutung. Genannt sei z.B. der Einwand, daß der Zinsmechanismus nicht automatisch einen Ausgleich zwischen Sparen und Investieren herbeiführe, weil sowohl Spar- als auch Investitionsentscheidungen wesentlich von anderen Größen beeinflusst würden: dem Einkommen bzw. den Gewinnerwartungen. Es ist allerdings anzunehmen, daß in Zeiten praktisch unbegrenzter Absatzmöglichkeiten (die zur Zeit der aufkommenden Industrialisierung praktisch gegeben waren) ^{x)}, die Gewinnerwartungen ohnehin positiv waren und der Zins tatsächlich eine entsprechende Rolle spielen konnte. Auch das später von KEYNES eingeführte spekulative Element des Hortens dürfte z.Zt. von SMITH (wo Konjunkturschwankungen noch ein unbekanntes Phänomen waren und insofern ein Zurückhalten von Liquidität allenfalls Zinsverluste, nicht aber Spekulationsgewinne eingebracht hätte) keine entscheidende Rolle gespielt haben. - Eben- sowenig war zu dieser Zeit eine zunehmende Konzentration und Marktvermachtung und damit die Ausschaltung des Konkurrenzmechanismus voraussehbar, genausowenig wie die Ausschaltung des Lohnmechanismus durch das Aufkommen der Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Die Tatsache, daß diese Gesichtspunkte in der SMITHschen Theorie nicht enthalten sind, kann SMITH kaum zum Vorwurf gemacht werden. Daß eine Korrektur dieser Theorie und eine Berücksichtigung veränderter Bedingungen allerdings erst 160 Jahre später (durch KEYNES) erfolgte, zeigt nur allzu

x) Die erste zyklische Wirtschaftskrise trat erst 1825 auf, und die Krise von 1815 konnte "auf besondere politische Ereignisse zurückgeführt werden." (Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, S. 79)

deutlich die fatale Auswirkung des Versuchs, allgemeingültige Theorien auf historisch relativen Voraussetzungen aufzubauen. Wir werden später auf die Frage zurückkommen, warum auf seiten der bürgerlichen Ökonomie bis zu KEYNES immer wieder der Versuch gemacht wurde, die klassische Theorie zu stützen, anstatt die veränderten Bedingungen und die neuen Erkenntnisse aus benachbarten Gebieten frühzeitig zu berücksichtigen, und inwiefern und warum die Korrektur durch KEYNES noch stärker an der historisch relativen Oberfläche steckenbleibt, ohne freilich den Anspruch auf Allgemeingültigkeit ("Allgemeine Theorie"!) aufzugeben.

Für unseren Zusammenhang bleibt immerhin festzuhalten, daß das SMITHsche System einen - wenn auch in der historischen Anwendung begrenzten - Versuch darstellt, das Konsistenzproblem eines gesellschaftlichen Zielsystems unter Berücksichtigung der (fälschlicherweise als naturgegeben unterstellten) Motivationen und unter Zugrundelegung eines (aus seiner Zeit heraus verständlichen) gesellschaftlichen Oberziels zu lösen. Dieser umfassende Ansatz in der Fragestellung gerät in der nachfolgenden Entwicklung der bürgerlichen Ökonomie mehr und mehr aus dem Blickfeld theoretischer Betrachtung: "Von da an bietet die theoretische Entwicklung den eigenartigen Anblick einer fortschreitenden Auflösung des ursprünglichen Systems." (22)

II. DAVID RICARDO (1772-1823)

Bereits beim zweiten großen Vertreter der klassischen bürgerlichen Ökonomie, RICARDO, ist eine Einschränkung der Fragestellung und damit eine Abkehr von der Konsistenz- und Motivationsproblematik zu verzeichnen: durch ihn "erhielt die von SMITH begründete Lehre des klassischen Systems eine ausgesprochen theoretische Ausrichtung. Das strebte RICARDO vor allem durch eine Einschränkung des Problemkreises an, indem er der Frage nach den Ursachen und dem Wesen der Reichtumsbildung nicht mehr nachging und zum Gegenstand der theoretischen Untersuchung ausschließlich das Problem der Einkommensverteilung machte ... Diese Untersuchung führte er auf einer rein theoretischen Ebene durch, auf der der ursprüngliche sozialphilosophische, naturrechtliche Hintergrund nicht mehr sichtbar war und auf der in abstrakter Präzisierung die für die Verteilung des Volkseinkommens relevanten Elemente des ökonomischen Geschehens herausgearbeitet werden sollten." (23)

Es zeugt vom Selbstverständnis der bürgerlichen ökonomischen Wissenschaften, wenn diese Verarmung in der Fragestellung konkreter historischer Bedingungen von einem führenden Kenner der Theoriegeschichte nicht als beklagenswerte Selbstbeschränkung, sondern vielmehr als Fortschritt in der Entwicklung der theoretischen Nationalökonomie gedeutet wird: Obwohl von STAVENHAGEN betont wird, "daß es schließlich kaum einen Bestandteil seiner (Ricardos) theoretischer Gedankengänge gibt, dem nicht erwiesene Mängel und logische Unrichtigkeiten anhaften", hebt er den "Vorzug" hervor, "daß RICARDO seine theore-

23) G. Stavenhagen, S. 62

tischen Erkenntnisse als eigenes System entwickelt, das seinen Ansatz nicht auf sozialphilosophischen und ethischen Prinzipien gründet, sondern das vielmehr seine Eigenständigkeit aus der logischen Notwendigkeit theoretischer Zusammenhänge herleitet ... Diese Betrachtungsweise hat seit RICARDO in zunehmender Weise das theoretische Denken der Wirtschaftswissenschaft beherrscht."

(24) STAVENHAGEN versucht sogleich, die Kritik an einem derartigen Vorgehen zu entkräften: "Dieses Bestreben hat bekanntlich RICARDO den Vorwurf eingebracht, wirtschaftsfremde Ergebnisse zu erarbeiten. Ein solcher Vorwurf muß jedoch mehr oder weniger jede theoretische Konzeption treffen, da jede Theorie von der Wirklichkeit abstrahiert, und ist daher nur dann berechtigt, wenn die Abstraktion von der Wirklichkeit so weit getrieben wird, daß ihr überhaupt kein Erkenntniswert mehr zukommt."

(25) Solange Wirtschaften verstanden wird als Produktion für menschliche Bedürfnisse, sind wir freilich geneigt, einen strengeren Maßstab für die Brauchbarkeit einer Theorie anzulegen: nämlich inwieweit sie sich überhaupt mit dem Problem auseinandergesetzt hat, was menschliche Bedürfnisse sind, und inwieweit sie Maßstäbe entwickelt hat, die es erlauben, ein konkretes Wirtschaftssystem danach zu beurteilen, in welchem Ausmaß es im Dienst menschlicher Bedürfnisse steht bzw. ihnen widerspricht.

Im Gegensatz zu SMITH nimmt RICARDO im Hinblick auf die Entwicklung der Wirtschaft einen außerordentlich pessimistischen Standpunkt ein, mindestens, was die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, d.h. die Entwicklung der Löhne

24) G. Stavenhagen, S. 73

25) G. Stavenhagen, S. 73

angeht. Zu diesem pessimistischen Standpunkt gelangt er aufgrund seiner Theorie von der Grundrente: Da zur Ernährung der wachsenden Bevölkerung immer mehr Boden in Bearbeitung genommen werden müsse und die Bodenqualitäten unterschiedlich seien, sind zur Erstellung gleicher Mengen und Qualitäten landwirtschaftlicher Produkte je nach Bodenqualität unterschiedliche Aufwendungen erforderlich. Da andererseits die Absatzpreise gleicher Produkte im wesentlichen gleich seien und eine Höhe erreichen müßten, die auch die Aufwendungen der Produktion auf dem schlechtesten - zur Deckung des Gesamtbedarfs aber gerade noch erforderlichen - Bodens decken, würde bei den Eigentümern der besseren Böden ein Überschuß der Erlöse über die Kosten entstehen: die sog. Differentialrente. Je stärker die Bevölkerung wachse, umso mehr müßten zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zunehmend schlechtere Böden in Betrieb genommen werden, was zu einer Kostensteigerung und damit zu einer Verteuerung der Nahrungsmittel auf der einen Seite und zu einem Anwachsen der Grundrente auf der anderen Seite führe. Hieraus leitet RICARDO die pessimistische Prognose ab, daß sich die Lage der Arbeiter nicht verbessern könne, und zwar deswegen, "weil auf den Lohn nur ein verhältnismäßig kleinerer Teil des Arbeitsergebnisses entfällt, wenn die Grundrente steigt." (26)

Wir wollen die Verteilungstheorie RICARDOS hier nicht in Einzelheiten darstellen und auch nicht kritische Einwendungen gegen einzelne Punkte vorbringen. (27) Worum es in diesem Zusammenhang geht, ist die Tatsache, daß RICARDO scheinbar losgelöst von historischen Bedingungen,

26) S. Wendt, S. 42

27) Vgl. hierzu G. Stavenhagen, S. 67 ff, A. Kruse, Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien, Berlin 1959⁴, S. 70 ff

indem er "sein gesamtes System auf dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag aufbaut" (28), mit einer scheinbar "logischen Notwendigkeit" (STAVENHAGEN) zu theoretischen Ergebnissen kommt, die ein Ansteigen der Grundrente als gerechtfertigt und naturnotwendig erscheinen lassen. Die implizite Annahme, die seiner "abstrakten" Theorie zugrundeliegt und die einen durch und durch historischen Bezug hat, bleibt der Einsicht STAVENHAGENS und anderer Geschichtsschreiber allerdings verborgen: die Annahme nämlich, daß das Privateigentum an Grund und Boden unterstellt wird und daß die Grundbesitzer zur Nutzung ihres Bodens nur dann motiviert werden, wenn ihnen eine entsprechende Grundrente gezahlt wird. - Daß in einem System mit Gemeineigentum an Grund und Boden zwar auch zunehmend schlechtere Böden in Bearbeitung genommen werden müssen, daß aber die aufgrund unterschiedlicher Bodenqualität in unterschiedlicher Höhe anfallende "Grundrente" nicht in die Hände weniger Grundeigentümer, sondern in einen gesellschaftlichen Fonds fließen könnte, eine solche Alternative hat weder RICARDO noch seine Epigonen überhaupt nur in Erwägung gezogen.

Dadurch, daß die von RICARDO abgeleiteten Zusammenhänge als naturnotwendig hingestellt werden, erfüllt auch seine Theorie - mindestens in einer derartigen Interpretation - eine systemstabilisierende Funktion: das Privateigentum an Grund und Boden wird als unantastbar unterstellt; das Elend der Arbeiter wird nicht als Ergebnis eines bestimmten Gesellschaftssystems gedeutet, sondern als Naturnotwendigkeit interpretiert. RICARDO selbst freilich verstand seine Theorie nicht als Beweis einer völlig zwangsläufigen Entwicklung, sondern vielmehr als ein

28) A. Lowe, S. 205

ideologisches Mittel im Kampf des damaligen Industriebürgertums gegen die Landaristokratie: "RICARDO vertrat in diesem Kampf eindeutig die Interessen der Industriebourgeoisie. Er kämpfte für einen hohen Profit und gegen eine hohe Rente." (29) Indem er nachwies, daß bei steigenden Nahrungsmittelpreisen (und steigender Grundrente) auch die zur Sicherung des Existenzminimums erforderlichen Löhne steigen müßten, machte er deutlich, daß steigende Grundrenten letztlich auf Kosten der Profite gehen müßten. "Hierin sieht RICARDO die ökonomische Grundlage für den Klassengegensatz zwischen Industriebourgeoisie und Landaristokratie, die letztenendes zu einer Hemmung der Entwicklung der Produktivkräfte des Kapitalismus führten." (30) Die politischen Folgerungen, die RICARDO aus den Ergebnissen seiner Theorie zog, lagen freilich nicht in einer Forderung nach Vergesellschaftung etwa von Grund und Boden, sondern nach Abschaffung der damals bestehenden Getreidezölle in England: Durch die Einfuhr billigen Getreides sollte zum einen eine Senkung der Lebensmittelpreise herbeigeführt und auf diese Weise (über eine Niedrighaltung der Löhne) eine Steigerung der Profite ermöglicht werden, zum zweiten eine - in gleicher Richtung wirkende - Steigerung des Exports industrieller Güter.

Wir kommen zu dem Ergebnis, daß RICARDO das Konsistenzproblem, was noch im Mittelpunkt des SMITHschen Systems stand, praktisch aus den Augen verloren hat und es ihm nicht mehr darum geht, für die *S c h a f f u n g* eines Systems auf der Grundlage der freien Konkurrenz und des

29) Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen (Übersetzung aus dem Russischen), (Internationales Aufbaukollektiv), Düsseldorf 1965, S. 73

30) Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, S. 77

Privateigentums an Grund und Boden und Produktionsmitteln einzutreten, um das gesellschaftliche Oberziel der Wohlstandssteigerung für alle zu erreichen, sondern lediglich um den theoretischen "Nachweis", daß bestimmte sich schon damals abzeichnende Fehlentwicklungen ^{x)} eines inzwischen etablierten Systems naturgesetzlich und unabänderlich seien bzw. allenfalls durch eine Senkung der Getreidezölle hinausgezögert werden könnten. Indem RICARDO jedoch aufzeigte, daß zwischen Arbeitern und Industriebürgertum einerseits und zwischen Industriebürgertum und Landaristokratie andererseits ein Klassen Gegensatz bestand, erweckte er zumindest nicht - wie SMITH - den Eindruck, als sei das Konsistenzproblem in einer Konkurrenzwirtschaft auf der Basis des Privateigentums automatisch gelöst. Dadurch allerdings, daß er seine scheinbar abstrakte Theorie auf impliziten - historisch relativen - Voraussetzungen aufbaut (Eigentumsordnung, Konkurrenzwirtschaft, Erwerbstrieb) und es unterläßt, historische Alternativen aufzuzeigen, erweckt er gleichzeitig den fatalistischen Eindruck, als sei die Lösung des Konsistenz- und Motivationsproblems im Sinne eines Abbaus gesellschaftlicher Irrationalität von vornherein unmöglich.

+) "In dieser Zeit vollzog sich der Übergang von der Manufaktur zur Fabrikindustrie, von der Handarbeit zur maschinellen Großproduktion ... Diese Periode läßt auch die kapitalistischen Widersprüche schärfer hervortreten: Die tägliche Arbeitszeit stieg auf 13-14 Stunden, der Reallohn sank fortlaufend, Frauen und Kinder wurden in zunehmendem Maße und zu niedrigen Löhnen in den Produktionsprozeß einbezogen." (31)

III. JOHN STUART MILL (1803-1873)

Ein derart fatalistischer Standpunkt, wie er noch bei RICARDO vorliegt, kann bei J. St. MILL, "der die theoretischen Ansichten seiner Vorgänger überprüfte und in systematischer Weise zusammenfaßte" (32) und der "in gewissem Sinn als der Vollender der klassischen Schule angesehen werden (kann)" (33), nicht mehr festgestellt werden. "Die Beobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen veranlaßte ihn, die Möglichkeit, echte Gesetze der Verteilung aufzustellen, skeptisch zu beurteilen. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Verteilung der Güter wesentlich durch gesellschaftliche Tatbestände, gesellschaftliche Gewohnheiten und gesellschaftliche Machtverteilung bestimmt sei." (34) MILL unterscheidet allerdings zwischen Gesetzen, die die "Produktion von Vermögen" beeinflussen, und solchen, die die "Verteilung des Vermögens" betreffen. Während er die Verteilung als veränderlich bzw. veränderbar ansieht, spricht er den Gesetzen, denen die Produktion unterliegt, den Charakter physikalischer Wahrheiten zu, weil der Einwirkung der Menschen auf die Bedingungen der Produktion enge Grenzen gesetzt seien. (35) Aus dieser Einstellung folgt konsequent, daß sich seine sozialreformerischen Vorschläge ausschließlich auf Eingriffe in die Verteilung bezogen: "Seine auf die Verteilung gerichteten Verbesserungsvorschläge für die liberale Wirtschaft zeigen deutlich den Einfluß französischer und britischer Sozialisten seiner Zeit. Seine Reformen richteten sich auf die Ersetzung

32) G. Stavenhagen, S. 87

33) A. Kruse, S. 98

34) S. Wendt, S. 48

35) Vgl. G. Stavenhagen, S. 90

des individuellen Lohnsystems durch die Kooperation der Arbeiter, auf die Wegsteuerung des unverdienten Wertzuwachses beim Boden und auf den Eingriff des Staates in die private Vermögensanhäufung durch Beschränkung des Erbrechts." (36)"Er wies insbesondere den Gewerkschaften bei dem Bestreben, den Lohn auf die Dauer zu heben, eine wichtige Aufgabe zu." (37)

Die Tatsache, daß MILL die Gestaltungsmöglichkeiten lediglich im Bereich der Verteilung, nicht aber im Bereich der Produktion sah und der Produktionssphäre eine Naturgesetzlichkeit unterstellte, dürfte nicht ohne Einfluß auf die spätere Entwicklung der bürgerlichen Ökonomie geblieben sein: Insoweit sich die spätere Theorie überhaupt mit Eingriffen in den Wirtschaftsablauf befaßte, lagen die Schwerpunkte eindeutig im Bereich der Verteilung (sei es auf dem Weg über Einkommensumverteilung oder über Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer), während Eingriffe in die Produktions- (und Investitions-)entscheidungen und in den Marktmechanismus praktisch tabuisiert wurden. Damit wird die Problematik der Qualität dessen, was eine Volkswirtschaft produziert und was in das Sozialprodukt eingeht sowie die Problematik der bei der Produktion angewandten Methoden und ihrer Auswirkungen auf außerökonomische Bereiche systematisch aus der Betrachtung ausgeklammert. Worum es letztlich nur noch geht, ist die Frage, wie das schon Produzierte (dessen Zustandekommen angeblich einer Naturgesetzlichkeit unterliegt) unter die Mitglieder der Gesellschaft verteilt wird.

Wir stellen also fest, daß sich MILL zwar von der SMITHschen Vorstellung distanziert, daß eine freie Konkurrenz automatisch den Wohlstand *a l l e r* anhebt, und eben-

36) A. Kruse, S. 99

37) A. Kruse, S. 103

so von der These RICARDOS, daß die Verelendung der Arbeiter einer naturgesetzlichen Entwicklung unterliege; insofern bedeuten die Überlegungen von MILL einen ungeheuren Fortschritt, indem sie die Bedeutung gesellschaftlicher Machtfaktoren für die Verteilung deutlich werden lassen. Dadurch aber, daß er die Korrekturmöglichkeiten lediglich im Bereich der Verteilung sieht, läßt er - wie alle seine Vorgänger - die Produktionsverhältnisse als solche unangetastet.

Die Inkonsistenz eines sich selbst überlassenen Systems der freien Konkurrenz auf der Basis des Privateigentums besteht für ihn lediglich in Hinblick auf die ungleichmäßige Verteilung. Daraus ist zu schließen, daß das Konsistenzproblem von MILL als gelöst angesehen würde, wenn durch gezielte Eingriffe und durch das Entstehen starker Gewerkschaften die Verteilung zugunsten der Arbeiter verbessert werden könnte. Eine solche Betrachtung des Konsistenzproblems muß jedoch als einseitig und unzureichend bezeichnet werden, weil sie auf impliziten Annahmen aufbaut, die nicht von vornherein für allgemeingültig akzeptiert werden können: Einmal die Annahme, daß sich die Produktion (deren Ergebnis schließlich verteilt oder umverteilt werden soll) automatisch an den Bedürfnissen der Individuen und der Gesellschaft orientiert. Hierin steckt nicht nur eine Annahme über das Funktionieren des Marktmechanismus, sondern auch die Annahme, daß die Nachfrage ein treues Abbild der menschlichen Bedürfnisse ist und daß die in der Produktion angewandten Methoden nicht im Widerspruch zu menschlichen Bedürfnissen stehen - oder jedenfalls nicht so stark, daß dies nicht durch das Ergebnis der Produktion und der Verteilung wieder aufgewogen würde. - Schließlich ist

eine implizite Annahme darüber enthalten, daß die durch die Umverteilung schlechter Gestellten - deren Privateigentum an Produktionsmitteln ja nicht ange-tastet wird - dennoch bereit sind, die Produktionsmit-tel einzusetzen.

Es wird zu zeigen sein, daß diese impliziten Annahmen keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben können und daß sie umso fragwürdiger werden, je stärker die preisverzerrende Wirkung von Marktmacht ist, je stärker die gesellschaftliche Machtposition der Produktionsmit-teileigner ist, je unmenschlicher die in der Produktion angewandten Methoden sind und je größer der Anteil an Verschleißproduktion wird, die dennoch ihren Absatz fin-det.

MILLS Einfluß auf die spätere Entwicklung der ökonomi-schen Theorie ist vor allem auch methodologischer Art: Aus der Erkenntnis heraus, daß bestimmte wirtschaftliche Abläufe eine historische Relativität besitzen und sich mit der Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen wandeln, daß aber andererseits die Tendenzen dieser Wandlungen nicht ohne weiteres voraussehbar seien, fol-gerte er, daß die Gesellschaftswissenschaften mindestens hypothetisch untersuchen sollten, wie sich veränderte gesellschaftliche Bedingungen auf bestimmte Abläufe auswirken würden. "Durch fortgesetzte Variation der ein-zelnen Ursachen der gesellschaftlichen Erscheinungen (könne man) eine so weitreichende Erkenntnis von den Ursachenzusammenhängen erarbeiten, daß man schließlich doch zur Aufstellung von exakten Gesetzmäßigkeiten kom-men könne." (38) - Gegen ein solches Vorgehen wären dann

38) G. Stavenhagen, S. 89

keine grundsätzlichen Einwendungen zu machen, wenn das gedanklich-hypothetische Durchspielen von Alternativen in jeder konkreten Situation ergänzt würde durch die Überprüfung der Realitätsnähe der unterstellten Hypothesen, durch Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Veränderungen bzw. durch die Untersuchung, warum bestimmte hypothetische Möglichkeiten (z.B. aufgrund gesellschaftlicher Machtverteilung) nicht (oder noch nicht) realisierbar sind. Bedenklich wird diese Methode jedoch dann, wenn sie in einer Weise ausgelegt wird, wie es STAVENHAGEN tut, wenn er schreibt: "Mit ihr (mit dieser Methode) liegt die ausdrückliche Anerkennung vor, daß die Einsichten der Theorie mit der wirklichen Wirtschaft nicht übereinstimmen, da die Menschen in dieser nicht so handeln, wie es die theoretische Forschung durch ihre Annahme unterstellt." (39) Genau diese Interpretation ist aber bezeichnend für die Art und Weise, wie die methodologischen Überlegungen von MILL mißdeutet und insbesondere von der späteren neoklassischen Theorie herangezogen wurden, um eine immer stärkere Entfernung der ökonomischen Theorie von der Realität zu rechtfertigen.

Daß MILL selbst eine derartige Interpretation fernlag, wird deutlich aus seinen Betrachtungen darüber, daß die menschlichen Verhaltensweisen nicht einfach (hypothetisch) als gegeben und naturgesetzlich unterstellt werden können, sondern als von der Gesellschaft und ihren Institutionen geprägt verstanden werden müssen. Er hob ausdrücklich hervor, daß eine befriedigende Motivationstheorie einen ent-

39) G. Stavenhagen, S. 89

scheidenden Beitrag zum Verständnis sozialer Vorgänge leisten könne, und plädierte für die Schaffung einer speziellen wissenschaftlichen Disziplin, einer "Wissenschaft von der Bildung des Charakters", die in Übereinstimmung mit den allgemeinen Gesetzen der Psychologie stehen sollte, um "die besondere Art des Charakters zu bestimmen ..., die von den jeweiligen physischen und moralischen Verhältnissen erzeugt wird." (40) Dabei käme es nicht so sehr darauf an, "die Umstände eines einzelnen Falles jemals so genau zu kennen, daß wir die sich in diesem Fall ergebenden Charaktereigenschaften mit Sicherheit voraussagen vermöchten ... Es reicht (vielmehr) schon aus zu wissen, daß gewisse Faktoren * die Tendenz aufweisen, einen bestimmten Effekt hervorzurufen." (41) Genau diese Aufgabe ist später Gegenstand der Psychoanalyse bzw. der psychoanalytischen Charakterologie geworden. Die Bemerkung von LOWE im Anschluß an das Zitat von MILL: "Leider ist MILLs Programm noch immer nicht verwirklicht, und wir besitzen heute keine Motivationstheorie, aus der wir mittels deduktiver Schlüsse allgemeingültige Prognosen ableiten können" (42) erscheint uns ungerechtfertigt, weil sie - wie wir meinen - an den Ergebnissen der psychoanalytischen Charakterologie vorbeigeht.

MILLs Auffassungen über die Formbarkeit des menschlichen Charakters bzw. der Motivationen gingen sogar soweit, daß er die Möglichkeit sah, "in der Richtung einer Ände-

40) J. St. Mill, 3, System der deduktiven und induktiven Logik, Leipzig 1884/85, 6.B, 2. u. 5. Kap.

41) Zitat nach A. Lowe, S. 87

42) A. Lowe, S. 87

rung starker, selbstsüchtiger, aus Macht entsprungener Gefühlsvorgänge" (43) zu wirken, und daß das "Interesse am Gemeinwohl", wenn die erforderlichen psychologischen und institutionellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, in gleicher Weise wie das Egoismusprinzip eine wirksame Triebfeder menschlicher Handlungen bilden kann. (44) - Sogar die Institution des Privateigentums sah er schließlich nicht mehr als unveränderlich an, wenn ihm in seiner Selbstbiographie vorschwebt, "die geistige individuelle Freiheit des Handelns mit einem gemeinsamen Eigentumsrecht ... zu verbinden." (45)

So wird deutlich, daß J. St. MILL - dessen Verdienst häufig (46) nur darin gesehen wird, daß er die ökonomischen Gedanken seiner Zeit zusammenfaßte - mindestens in Ansätzen weit über diese Gedanken hinausgegangen ist. Weder war er von der Konsistenz eines freien Konkurrenzsystems überzeugt (wie SMITH) noch von der Naturgesetzmäßigkeit der Verelendung der Arbeiter (wie RICARDO). Sondern er erblickte die Möglichkeit und Notwendigkeit einer

43) J. St. Mill, 1, Principles of Political Economy with Some of Their Applications to Social Philosophy, London 1848¹ (1871⁷, Neudruck 1965). Hier nach der deutschen Ausgabe: Grundsätze der politischen Ökonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie, Sammlung sozialwiss. Meister, I.Bd. Jena 1924², II.Bd. Jena 1921 (auf Grund der Ausgabe letzter Hand von 1871), B.4, K 7 § 1

44) J. St. Mill, 2, Selbstbiographie, Stuttgart 1874, S. 194

45) J. St. Mill, 2, Selbstbiographie, S. 103

46) z.B. von S. Wendt, S. 47

Beeinflussung mindestens der Verteilung. Darüberhinaus unterschied er sich wesentlich von seinen Vorgängern in der Auffassung über die Motivationen: Das wirtschaftliche Selbstinteresse, der Erwerbstrieb, das Konkurrenzstreben bedeuteten für ihn keine natürlichen Veranlagungen des Menschen, sondern er verstand sie als Produkte einer bestimmten Gesellschaft, einer bestimmten historischen Epoche, und damit als veränderlich.

Damit zeichnete sich eine Entwicklung der politischen Ökonomie ab, die nicht mehr in erster Linie für die Schaffung oder Aufrechterhaltung eines freien Konkurrenzsystems auf der Basis des Privateigentums plädierte, sondern auf dessen Veränderung hinwirkte. Diese Entwicklung "hat nicht wenig dazu beigetragen, die klassische Volkswirtschaftslehre in Mißkredit (bei wem? B.S.) zu bringen und das Aufkommen des theoriefeindlichen Historizismus zu begünstigen." (47) Was KRUSE lediglich registriert, versucht W. HOFMANN auf tiefere Ursachen zurückzuführen, wenn er über das Verhältnis der klassischen Ökonomie zur damaligen gesellschaftlichen Entwicklung schreibt: "Die Unbefangenheit der wissenschaftlichen Untersuchung (der frühen Klassiker) wurde freilich auf eine harte Probe gestellt, als dem heroischen Aufschwung des frühen Bürgertums die Konsolidierung der neuen Ordnung folgte, als der verklarte Ausblick der Aufklärung und des klassischen Liberalismus auf eine neue, tätige, vernunftgeordnete Gesellschaft verfinstert wurde, als vor dem glänzenden Horizont der Geschichte sich die fahlen Wände der Fabriken schoben und die Arbeiterfrage als das Gespenst der Zukunft ihr bedrohliches Haupt erhob. Soweit die Ökono-

47) A. Kruse, S. 104

mie sich ihrer Zeit weiter stellte, mußte sie nun zur kritischen Wissenschaft werden. An dieser Aufgabe ist sie gescheitert. Oder vielmehr: Sie hat alsbald aufgehört, sich eine solche Aufgabe zu stellen. Seit rund einem Jahrhundert hat die Nationalökonomie den Charakter einer gesellschaftlichen Rechtfertigungslehre angenommen." (48)

48) W. Hofmann, 3, Universität, Ideologie und Gesellschaft (edition suhrkamp 261), Frankfurt/M. 1968, S. 118

IV. KARL MARX (1818-1883)

Die sich bei MILL abzeichnende Entwicklung der politischen Ökonomie zu einer kritischen Wissenschaft erreichte ihren Höhepunkt durch die umfassenden Arbeiten von MARX und ENGELS. Während MILL die Produktionsverhältnisse in seinen Überlegungen im wesentlichen unangetastet ließ und die Gesetze der "Produktion des Vermögens" als Naturgesetze betrachtete, rückte MARX gerade die Produktionsverhältnisse in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen: Aufgrund seines historischen Studiums erkennt er nicht nur die Veränderlichkeit der Produktions- bzw. Eigentumsverhältnisse und damit auch die historische Relativität der kapitalistischen Produktionsweise, sondern er widersprach vor allem der These von den angeblich natürlichen Veranlagungen des Menschen, etwa dem egoistischen Streben nach wirtschaftlichem Erfolg. Dieser Auffassung stellt er unter Hinzuziehung einer Fülle historischen Materials die These entgegen, daß das Bewußtsein, daß die Motivationen der Menschen Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse seien, die ihrerseits im wesentlichen durch die Produktionsverhältnisse geprägt werden: "In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte

Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt." (49)

Der Prozeß, wie sich gesellschaftliche Verhältnisse in dem Bewußtsein der Individuen niederschlagen und dieses Bewußtsein formen, wurde von MARX nur in groben Zügen herausgearbeitet. Aufgrund seiner historischen Studien über die Entwicklung der Produktionsverhältnisse, über die Entwicklung von Ideologien und über die Entwicklung der Verhaltensweisen und Motivationen der Menschen glaubte er, einen deutlichen Zusammenhang zwischen diesen Phänomenen aufgedeckt zu haben. Den Mechanismus freilich, wie gesellschaftliche Ideologien, wie die gesellschaftliche Moral in der Psyche des Einzelnen verankert werden, wie sie die Psychostruktur und damit die Motivationsstruktur formen und wie sie das Bewußtsein des Individuums bestimmen, diesen Mechanismus kannte MARX im einzelnen nicht. Aus seinen Beobachtungen kam er lediglich zu dem Schluß, daß ein solcher Mechanismus existieren müsse. Erst der Psychoanalyse ist es gelungen, diesen Mechanismus im einzelnen aufzudecken und damit die These von der gesellschaftlichen Bedingtheit des Bewußtseins, des Charakters, der moralischen Gefühle, der Motivationen, der menschlichen Ziele voll zu bestätigen.

"Es ist in der Tat einer der großen Unterschiede zwischen MARX und den meisten Schriftstellern des 18. und 19. Jahrhunderts, daß er den Kapitalismus nicht als das Ergebnis

49) K. Marx, MEW, Bd. 13, S. 8 f

der menschlichen Natur und die Motive des Menschen im Kapitalismus nicht als universale Motive des Menschen betrachtete. Die Absurdität der Ansicht, daß MARX den Trieb nach höchstem Profit für das tiefste Motiv im Menschen gehalten hat, wird umso deutlicher, wenn man sich klarmacht, daß MARX einige sehr direkte Aussagen über die menschlichen Antriebe gemacht hat. Er unterschied zwischen konstanten oder "feststehenden Trieben", die "unter allen Umständen bestehen und die von den sozialen Bedingungen nur in Form und Richtung verändert werden können", und den "relativen Trieben", die "ihren Ursprung nur einem bestimmten Typ der sozialen Organisation verdanken." MARX setzte voraus, daß Geschlechtstrieb und Hunger unter die Kategorie der "feststehenden" Triebe fällt, aber es ist ihm nie eingefallen, den Trieb nach maximalem ökonomischem Gewinn als konstanten Trieb anzusehen." (50) Durch die Unterscheidung zwischen "feststehenden" und "relativen" Trieben entwickelte MARX wiederum eine Vorstellung, die erst von der Psychoanalyse bestätigt werden konnte. Daß aber gerade der Umlenkung bzw. Zurückdrängung (und damit Aufstauung) der "feststehenden" Triebe eine ungeheure Bedeutung für die Formung von Psychostrukturen zukommt, hat MARX nicht einmal geahnt. Die umwälzenden - von den Gesellschaftswissenschaften bis heute kaum beachteten Erkenntnisse hat erst die Psychoanalyse hervorgebracht.

50) K. Marx, MEGA, I.Abt. B.5, S. 596

Nach E. Fromm: Das Menschenbild bei Marx - Mit den wichtigsten Teilen der Frühschriften von Karl Marx -, Frankfurt/M. 1969³ (1963¹), S. 23/24

Indem Marx weder die Motivationen noch die Produktionsverhältnisse als naturgegeben unterstellt, sondern gerade deren Verknüpfung erkennt, wird es für ihn - im Gegensatz zu seinen Vorgängern - zu einer Hauptaufgabe, die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf das Bewußtsein der Individuen bzw. auf die gesellschaftlichen Ideologien zu untersuchen: "Die Nationalökonomien gehen von dem Faktum des Privateigentums aus, sie erklären uns dasselbe nicht. Sie fassen den materiellen Prozeß des Privateigentums, den es in Wirklichkeit durchmacht, in allgemeine, abstrakte Formeln, die ihr dann als Gesetze gelten. Sie begreift diese Gesetze nicht, d.h. sie weist nicht nach, wie sie aus dem Wesen des Privateigentums hervorgehen. Die Nationalökonomie gibt uns keinen Aufschluß über den Grund der Teilung von Arbeit und Kapital, von Kapital und Erde. Wenn sie z.B. das Verhältnis des Arbeitslohnes zum Profit des Kapitals bestimmt, so gilt ihr als letzter Grund das Interesse der Kapitalisten; d.h. sie unterstellt, was sie entwickeln soll. Ebenso kommt überall die Konkurrenz hinein. Sie wird aus äußeren Umständen erklärt. Inwiefern diese äußeren, scheinbar zufälligen Umstände nur Ausdruck einer notwendigen Entwicklung sind, darüber lehrt uns die Nationalökonomie nichts. Wir haben gesehen, wie ihr der Austausch selbst als ein zufälliges Faktum erscheint. Die einzigen Räder, die die Nationalökonomie in Bewegung setzt, sind die Habsucht und der Krieg unter den Habsüchtigen, die Konkurrenz." (51)

Wenn die Ökonomen sagen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse - die Verhältnisse der bürgerlichen Produktion -

51) K. Marx: Manuskript "Die entfremdete Arbeit", MEGA (XXII), nach E. Fromm, S. 87

natürlich sind, so geben sie damit zu verstehen, daß es Verhältnisse sind, in denen die Erzeugung des Reichtums und die Entwicklung der Produktivkräfte sich gemäß den Naturgesetzen vollzieht. Damit sind diese Verhältnisse selbst von dem Einfluß der Zeit unabhängige Naturgesetze ... Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr; es hat eine Geschichte gegeben, weil feudale Einrichtungen bestanden haben und weil man in diesen feudalen Einrichtungen Produktionsverhältnisse findet, vollständig verschieden von denen der bürgerlichen Gesellschaft, welche die Ökonomen als natürliche und demgemäß ewige angesehen wissen wollen." (52)

Anstatt die Arbeitsteilung auf der Basis des Privateigentums und des Konkurrenzsystems sowie die Motivationen der Individuen als gegeben und unabänderlich hinzunehmen, untersucht MARX, wie die kapitalistische Produktionsweise auf die Psyche der Menschen einwirkt: "Mit der Verwertung der Sachenwelt nimmt die E n t - w e r t u n g der Menschenwelt in direktem Verhältnis zu ... Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein fremdes Wesen, als eine von dem Produzenten unabhängige Macht gegenüber ... Je mehr der Arbeiter sich ausarbeitet, umso mächtiger wird die fremde, gegenständliche Welt, die er sich gegenüber schafft, umso ärmer wird er selbst, seine innere Welt, umso weniger gehört ihm zu eigen." (53)

52) K. Marx, MEW IV, 1959, S. 139 f

53) K. Marx: Die entfremdete Arbeit, nach E. Fromm, S. 88 f

Dadurch, daß dem Menschen jede innere Beziehung zu seiner Tätigkeit fehle, wenn er sich auf eine stumpfsinnige, fremdbestimmte Tätigkeit spezialisiert hat, dadurch, daß allein das zählt, was sich am Markt verwerten läßt, und auch der Mensch nur insofern zählt, als er etwas einbringt, dadurch, vor allem, daß die Konkurrenz, das Gegeneinander der Menschen, ihr Streben und ihr Denken beherrscht, durch all diese Erscheinungen würde der Mensch nicht nur in seinen schöpferischen Fähigkeiten verkümmern und sich selbst entfremdet werden, sondern sich auch zunehmend von seinen Mitmenschen entfremden. Diese "Entfremdung des Menschen" bringt MARX in unmittelbaren Zusammenhang mit der Existenz des Privateigentums, d.h. der privaten Aneignung der Produktionsmittel, die im Widerspruch stehe zur gesellschaftlichen, d.h. arbeitsteiligen Produktion. "Der Widerspruch zwischen der faktischen Vergesellschaftung der Produktion und der Zersplitterung in die Privatinteressen der Privateigentümer durchkreuzt die Kontrolle der Produzenten (d.h. derjenigen, die an der Produktion mitwirken, B.S.) über die Bewegung der Produkte, unterwirft die Erzeugung der Eigenmächtigkeit der Erzeugnisse, verzerrt die menschliche Gesellschaft in eine Gesellschaft, in welcher die Dinge diktieren, in welcher die Werke ihren Schöpfer, den Menschen, wie etwas ihnen Fremdes, eine fremde Welt geschichtlicher "Naturgesetze", unerkennbarer Schicksalsmächte, gebieterischer Institutionen, riesiger Fetische, gegenüberstehen." (54)

54) E. Fischer, Was Marx wirklich sagte, Wien-München-Zürich, 1968, S. 46

"Das Privateigentum hat uns so dumm und einseitig gemacht, daß ein Gegenstand erst der unsrige ist, wenn wir ihn haben, er also als Kapital für uns existiert, oder von uns unmittelbar besessen, gegessen, getrunken, an unserem Leib getragen, von uns bewohnt etc., kurz g e b r a u c h t wird ... An die Stelle aller physischen und geistigen Sinne ist daher die einfache Entfremdung a l l e r dieser Sinne, der Sinn des H a b e n s getreten." (55)

Die vergiftende Wirkung, die das Privateigentum und das damit in Zusammenhang stehende Konkurrenzstreben nach MARXs Ansicht auf die Gesellschaft hat, kommt auch in folgenden Worten zum Ausdruck: "Jeder Mensch spekuliert darauf, dem anderen ein n e u e s Bedürfnis zu schaffen, um ihn zu einem Opfer zu zwingen, um ihn in eine neue Abhängigkeit zu versetzen und ihn zu neuen Weisen des Genusses und damit des ökonomischen Ruins zu verleiten ... Mit der Masse der Gegenstände wächst daher das Reich der fremden Wesen, denen der Mensch unterjocht ist, und jedes neue Produkt ist eine neue Potenz des wechselseitigen Betrugs und der wechselseitigen Ausplünderung. Der Mensch wird umso ärmer als Mensch, er bedarf umso mehr des Geldes, ... und die Macht des Geldes fällt gerade ins umgekehrte Verhältnis als die Masse der Produktion, d.h. seine Bedürftigkeit wächst, wie die Macht des Geldes zunimmt." (56) Als hätte MARX einen Kommentar geschrieben zu dem, was heute "Konsummanipulation" oder "Konsumterror" genannt wird!

55) K. Marx, Privateigentum und Kommunismus, nach E. Fromm, S. 118

56) K. Marx, Bedürfnis, Produktion, Arbeitsteilung, nach Fromm, S. 125

Während MARX die Entfremdung als das allgemeine Merkmal einer Produktion auf der Basis des Privateigentums und der damit verknüpften arbeitsteiligen Tauschwirtschaft ansieht, kommt dieses Phänomen für MARX am deutlichsten zum Ausdruck in der Lage des Lohnarbeiters, "in dem, der seine Arbeitskraft als Ware verkauft, in seiner Beziehung zum Arbeitsprodukt, zum Arbeitsprozeß und zu sich selbst." (57) Wenn MARX von "Ausbeutung der Arbeiterklasse" sprach, bedeutete dies für ihn nicht ausschließlich die materielle Ausbeutung aufgrund niedriger Löhne, sondern ganz allgemein die krasse Form der Entfremdung, die zu seiner Zeit am deutlichsten in der Lage der Arbeiter hervortrat, die aber mit der Beseitigung des materiellen Elends, d.h. mit einer besseren Verteilung des Einkommens und Vermögens, keineswegs behoben würde: "Eine gewaltsame Erhöhung des Arbeitslohn ... wäre also nichts als eine bessere Salarierung (Entlohnung, B.S.) der Sklaven und hätte weder dem Arbeiter, noch der Arbeit ihre menschliche Bestimmung und Würde erobert. Ja selbst die Gleichheit der Saläre ... verwandelt nur das Verhältnis des jetzigen Arbeiters zu seiner Arbeit in das Verhältnis aller Menschen zur Arbeit. Die Gesellschaft wird dann als abstrakter Kapitalist gefaßt." (58) Aus diesem Zitat wird deutlich, daß die MARXsche Kritik am Kapitalismus nicht mit dem Hinweis darauf zu entkräften ist, daß es dem Arbeiter inzwischen viel besser gehe als zur Zeit MARXs oder daß der Arbeiter zunehmend an der Vermögensbildung beteiligt werde.

57) E. Fischer, Was Marx wirklich sagte, S. 44

58) K. Marx, Die entfremdete Arbeit, nach Fromm, S. 98

"Für den jungen MARX war die Verelendung des Arbeiters gleichbedeutend mit seiner Entfremdung. Das Produkt seiner Arbeit tritt ihm als fremde und gebieterische Ware entgegen; ohne Produktionsmittel wird er von einem anderen, vom Besitzer der Produktionsmittel, in das Räderwerk der Produktion geworfen; er leistet die Arbeit, nicht um ein Bedürfnis zu befriedigen, sondern weil ihm in der Welt der Warenproduktion nichts anderes übrigbleibt. Sein Elend wächst daher, gleichgültig wie hoch sein Lohn ist, mit dem Ausmaß und der Bedeutung seiner Arbeit. Je mehr Reichtümer er erzeugt, desto ärmer wird er, ob sein Lohn nun steigt oder fällt. Auch der höhere Lohn verhilft dem Arbeiter nicht zu menschlicher Würde." +) (59)

Während einerseits der Arbeiter gezwungen sei, seine Arbeitskraft an die Eigentümer von Produktionsmitteln zu verkaufen, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, und seine ständigen stimulierten Bedürfnisse zu befriedigen, bleibe den Eigentümern der Produktionsmittel im

+) Der Begriff "Entfremdung des Menschen" mag zu emotionsbeladen und zu unwissenschaftlich klingen, als daß sich mit ihm wissenschaftliche Aussagen über das kapitalistische System machen ließen. Aber auch dieser scheinbar nicht genügend exakte Begriff, dessen Inhalt MARX mehr umschrieben als definiert hat, scheint mir durch die Psychoanalyse nicht nur einen konkreten Inhalt erfahren zu haben, sondern darüber hinaus auch eine detaillierte Aufdeckung der Zusammenhänge, die eine Entfremdung des Menschen von seiner Natur, d.h. von seinen natürlichen Entfaltungs- und Empfindungsmöglichkeiten, herbeiführen. Die *N e u r o s e* z.B. als das Symptom einer Entfremdung des Menschen von sich selbst (indem der neurotische Mensch Zwangshandlungen bzw. Zwangsvorstellungen unterliegt, gegen die er wehrlos ist, bzw. indem seine Genußfähigkeit stark herabgesetzt ist), sondern auch Entfremdung vom Mitmenschen: Neurotische Menschen isolieren sich - soweit es ihnen möglich ist - von der Umwelt, bzw. reagieren gesteigert aggressiv. Wir kommen auf diese Zusammenhänge im dritten Teil im einzelnen zurück.

Konkurrenzkampf gar nichts anderes übrig, als auf eine ständig neue Verwertung ihres Kapitals hinzuwirken, weil sie andernfalls im Konkurrenzkampf erdrückt würden. Hieraus entstünde eine Entwicklung, die die Arbeiter und Kapitalisten gleichermaßen von der Herrschaft des Kapitals abhängig mache: "Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird. Der Klage über die physische und geistige Verkümmern, vorzeitigen Tod, Tortur der Überarbeit, antwortet es: Sollte diese Qual uns quälen, da sie unsere Lust (den Profit) vermehrt? Im Großen und Ganzen hängt dies aber auch nicht vom guten oder bösen Willen des einzelnen Kapitalisten ab. Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend." (60)

Selbst wenn sich die Arbeiter aufgrund steigender Löhne mehr kaufen können, sei es Illusion anzunehmen, daß ihre Bedürfnisse hierdurch besser befriedigt werden - ganz abgesehen von den Opfern, von dem Leid, das sie bereits im Arbeitsprozeß zur Erzielung ihres Lohnes haben auf sich nehmen müssen: "Obgleich also die Genüsse der Arbeiter gestiegen sind, ist die gesellschaftliche Befriedigung, die sie gewähren, gefallen im Vergleich mit den vermehrten Genüssen des Kapitalisten, die dem Arbeiter unzugänglich sind, im Vergleich mit dem Entwicklungsstand der Gesellschaft überhaupt. Unsere Bedürfnisse und Genüsse entspringen aus der Gesellschaft, wir messen sie daher an der Gesellschaft; wir messen sie nicht an

60) K. Marx, Das Kapital, NEGA B. 23, S. 285

den Gegenständen ihrer Befriedigung. Weil sie gesellschaftlicher Natur sind, sind sie relativer Natur."

(61)

Alle die genannten Erscheinungen führt MARX auf den immanenten Zwang des privaten Kapitals zurück, sich ständig wieder zu verwerten, d.h. durch den Einsatz im Produktionsprozeß einen möglichst hohen Profit zu erwirtschaften, um diesen wiederum in den Produktionsprozeß einzusetzen. Dieser Zwang bringe zwar - wie wir heute sagen würden - eine hohe Effizienz hervor, aber die dabei angewandten Methoden sowie die hergestellten Waren selbst ließen den Menschen immer mehr verkümmern, immer mehr zum Sklaven des Produktionsprozesses werden: "Es bedingt eine Akkumulation von Kapital entsprechend Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich eine Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert." (62)

"Nicht die Abtötung der Sinne, sondern ihre Vermenschlichung, nicht Verkümmern des Körperlichen zugunsten des Geistigen oder umgekehrt, sondern die Entwicklung aller Leistungs- und Genußfähigkeiten, nicht materielle und seelische Verarmung, sondern allseitige Aneignung

61) K. Marx, Lohnarbeit und Kapital, MEGA, B.6, S. 412

62) K. Marx, Das Kapital, MEGA 23, S. 680

der Welt und ihrer Möglichkeiten, nicht "Vermassung" und Entpersönlichung, sondern die Vielfalt der Individualität in freiwilliger Gemeinschaft - das war die gesellschaftliche Zielsetzung des jungen wie des alten MARX." (63) Da er zu der Auffassung gelangt war, daß das kapitalistische System die Entfaltung dieser Möglichkeiten verhindert, sah er dieses System als unmenschlich an, betrachtete er es als ein System, das den fundamentalen Bedürfnissen der Menschen - und zwar nicht nur der Arbeiter - widerspricht. Welches die fundamentalen Bedürfnisse der Menschen sind, konnte er nur andeuten, und ebenso, wie sich die Menschen entwickeln und entfalten könnten, wenn ihren fundamentalen Bedürfnissen entsprochen würde. MARX konnte sich zwar auf die Geschichte berufen, in deren Verlauf unterdrückte und scheinbar unfähige Klassen, nachdem sie sich aus ihrer Unterdrückung befreit hatten, immer wieder ungeheure Fähigkeiten entwickelt haben: aber jede Aussage über eine mögliche Entfaltung der Menschen in der Zukunft und unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen konnte solange als unbewiesene Behauptung abgelehnt werden, wie nicht im einzelnen die Mechanismen aufgedeckt waren, die den Menschen (aufgrund psychischer Deformierung) um seine Entfaltungsmöglichkeiten bringen, und wie nicht (z.B. psychoanalytische Therapie) nachgewiesen war, daß derselbe Mensch zur Entfaltung z.B. seiner schöpferischen und geistigen Kräfte sowie zur gesteigerten Empfindungsfähigkeit gelangen kann, wenn nur die seine fundamentalen Bedürfnisse zurückdrängenden Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Indem die Psychoanalyse diesen Mechanismus entdeckt und indem sie diesen Nachweis

63) E. Fischer, Was Marx wirklich sagte, S. 24

geliefert hat, widerlegt sie alle Behauptungen, die die MARXschen Zielvorstellungen von der Entwicklung eines nicht entfremdeten, schöpferischen Menschen als Utopie mit dem Hinweis zurückweisen, daß diese "utopischen Vorstellungen" an der "Natur des Menschen" vorbeigehen.

MARX hat in seinem Werk nicht nur die Unmenschlichkeit des Kapitalismus herauszuarbeiten versucht, sondern auch eine Theorie darüber aufgestellt, daß dieses System in immer schärfere Widersprüche geraten werde, die sich zunehmend in wirtschaftlichen Krisen äußern und das System schließlich zum Zusammenbruch treiben würden. (Neben der "Menschlichkeit" des Systems stellt er damit noch zusätzlich dessen langfristige "Funktionsfähigkeit" in Frage.) Im Zusammenhang damit entwickelt er eine Revolutionstheorie, die davon ausgeht, daß aufgrund der immer deutlicher hervortretenden Unmenschlichkeit, die sich auch in einer zunehmenden Verelendung der Arbeiter widerspiegelte, das Bewußtsein der Arbeiterklasse zunehmend stärker werde und schließlich auf einen revolutionären Umschwung im Sinne einer Änderung des kapitalistischen Systems in Richtung auf eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel hindränge.

Wir wollen uns auch mit den Theorien von Marx hier nicht im einzelnen auseinandersetzen. Im Zusammenhang mit unserer Fragestellung, der Konsistenz- und Motivationsproblematik - können wir jedoch feststellen, daß MARX bei weitem den umfassendsten Ansatz zur Lösung dieses Problemkomplexes geleistet hat. Von seinen Vorgängern unterscheidet er sich nicht nur darin, daß er das gesellschaftliche Ziel nicht allein in einer Wohl-

standssteigerung sieht. Es ist ein Gedanke, der bei MARX immerwiederkehrt: Das materielle Leben ist zwar die Grundlage, nicht aber der Zweck menschlicher Existenz." (64) Was ihm vielmehr vorschwebt, ist eine Gesellschaft, in der die Entfremdung des Menschen abgebaut wird und in der der Mensch zur vollen Entfaltung seiner schöpferischen und geistigen Kräfte gelangen kann. Indem MARX den Begriff "Entfremdung" prägt, schwebt ihm gleichzeitig die Vorstellung des nicht entfremdeten Menschen vor.

In Verbindung mit den Erkenntnissen der Psychoanalyse kann der entfremdete Mensch gedeutet werden als ein Mensch, dessen elementare Bedürfnisse in einer Weise zurückgedrängt sind, daß er mehr oder weniger schwere psychische Deformierungen hat erleiden müssen, die ihn in seinen Entfaltungsmöglichkeiten verkrüppelt haben. Damit formuliert MARX nicht nur ein irgendwie geartetes Oberziel, sondern ein solches, das den elementaren menschlichen Bedürfnissen (und nicht den aus ihrer psychischen Verkümmern hervorgebrachten Bedürfnissen) entspricht, d.h. ihnen nicht entgegengerichtet ist.

Vor allem betrachtet er das kapitalistische System nicht einseitig - wie seine Vorgänger - im Hinblick auf den materiellen Output und dessen Verteilung, sondern durchleuchtet insbesondere die diesem Prozeß zugrundeliegenden Produktionsverhältnisse und die von ihnen ausgehenden Wirkungen auf die Psyche, auf das Bewußtsein der Menschen. Das Problem der Motivationen sieht MARX demnach nicht allein unter dem Gesichtspunkt, wie stark die Menschen in Richtung auf bestimmte Unterziele arbei-

64) E. Fischer, Was Marx wirklich sagte, S. 40

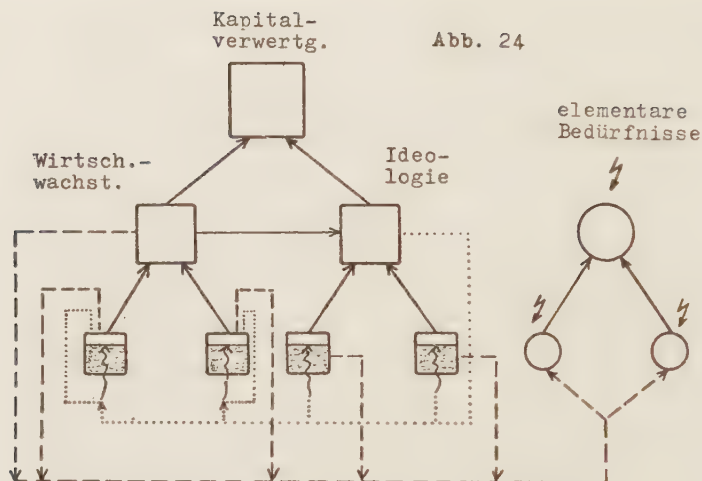
ten, sondern vor allem unter dem Aspekt, wie sich diese Motivationen auf die Menschen als Ganze ("Entfremdung") und auf die Gesellschaft als Ganze ("Brutalisierung") auswirken bzw. wodurch derartige Motivationen überhaupt erzeugt werden. Dabei bleibt er nicht stecken in einem Psychologismus, der alle gesellschaftlichen Erscheinungen ausschließlich aus der Psyche der Menschen erklären will, sondern deckt gerade die Wechselwirkung zwischen den Produktionsverhältnissen und dem Bewußtsein der Menschen auf. Damit hat er das, was wir "dynamische Stimulierung" genannt haben (also die Heranbildung von Motivationsstrukturen) ausführlich behandelt und durch seine historischen Studien zu untermauern versucht. Daß die Menschen auf die "statische Stimulierung" des Gewinnanreizes reagieren, betrachtet er nur als das Ergebnis der vorangegangenen gesellschaftlich bedingten Heranbildung eines bestimmten Bewußtseins, d.h. auch bestimmter Motivationsstrukturen. Der statischen Stimulierung gab MARX in der langfristigen Betrachtung insofern eine Bedeutung, als sie die schon eingeleitete Verformung der Motivationsstrukturen immer weiter vorantreibt und insofern die Entfremdung der Menschen immer stärker werden lasse.

Will man aus den umfassenden MARXschen Gedanken allein die Fragestellung der Konsistenz- und Motivationsproblematik herausdestillieren, so ließe sich die MARXsche Interpretation des kapitalistischen Systems auffassen als ein Zielsystem, dessen tatsächliches Oberziel die maximale Kapitalverwertung ist und dessen Unterziele (Rentabilitätssteigerung) so formuliert sind, daß sie in bezug auf dieses Oberziel konsistent sind. Funktionsfähig wird dieses System - zumindest über einen gewissen Zeit-

raum hinweg - dadurch, daß es in den Individuen Motivationen erzeugt (bzw. auf schon früher erzeugten Motivationsstrukturen aufbaut), die die Handlungen der Individuen in Richtung auf die Unterziele hin ausrichten. Hierbei spielen nicht nur die unmittelbaren Anreize (Privateigentum, freie Verfügbarkeit über erzielte Gewinne, höhere Löhne) bzw. die unmittelbaren Zwänge (der Zwang, sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen, das Ausgeliefertsein gegenüber ständig neu geweckten Kaufbedürfnissen) eine entscheidende Rolle, sondern in der langfristigen Entwicklung vor allem die Moral, die Gesetze, die Institutionen, die Erziehung, kurz: die Ideologie. Alles zusammen stimuliert die Individuen in Richtung auf das Unterziel Rentabilitätssteigerung. Aber nicht nur das materielle Ergebnis dieses Produktionsprozesses, die Güter und die Art der Güter, sondern auch die Nebenwirkungen der zur Produktion angewandten Methoden (z.B. Konkurrenzkampf, Raubbau gegenüber der Natur und gegenüber den Arbeitskräften) ständen in einem immer stärker werdenden Gegensatz zu den eigentlichen, fundamentalen Bedürfnissen der Menschen. Um in unserem Bild, das eine modifizierte Darstellung von Abb. 22b darstellt (s. Abb. 24), zu bleiben: Die genannten Erscheinungen, die im Widerspruch zu elementaren menschlichen Bedürfnissen stehen, bringen die Warnlampen der Gesellschaft zunächst noch gar nicht, aber je stärker sie auftreten, umso mehr zum Leuchten. (Den unterdrückten Klassen geht "ein Licht auf".) Indem sich die Unterdrückten ihrer Unterdrückung bewußt werden, setzen sie nach MARX eine Veränderung des Systems in Gang: eine revolutionäre Umwälzung der Produktionsverhältnisse, eine Beseitigung des kapitalistischen Systems. Damit wäre nach MARX die notwendige (nicht die

hinreichende!) Bedingung für den Aufbau einer menschlicheren Gesellschaft geschaffen.^{+))}

^{+))} Eine andere Möglichkeit scheint uns freilich nicht ausgeschlossen: Daß die Unterdrückten durch den Prozeß der Unterdrückung so blind geworden sind, daß sie - um im Bild zu bleiben - das immer stärker werdende Aufleuchten der Warnlampe nicht bemerken. In der Psyche des Individuums gibt es einen analogen Vorgang, dessen kurze Darstellung verdeutlichen könnte, was in diesem Zusammenhang gemeint ist: Eine auf Triebunterdrückung zurückgehende Verdrängung des Sexualtriebs ist - wie später im einzelnen dargelegt wird - die Ursache von Neurosen. Der unter einer Neurose leidende Mensch kann sich aus seiner Situation entweder befreien, indem er sich in der psychoanalytischen Therapie der Ursachen des verdrängten Konflikts bewußt wird und sich daraufhin seine Psychostruktur umwandelt, oder er wehrt das Bewußtwerden des Konflikts immer mehr ab, verschlingt hierbei immer mehr psychische Energien, wird aggressiv gegen alle, die in ihm in irgendeiner Weise Assoziationen an seinen verdrängten Konflikt wecken, gerät in eine immer stärkere Neurose, deren Lösung im Extremfall der Selbstmord oder die Flucht in Alkohol und Drogen ist, was im Extremfall zur Ruinierung des eigenen Körpers führt. Oder aber der Konflikt bricht an anderer Stelle durch in Form von psychosomatischen Erkrankungen, deren extreme Auswirkung der Tod, d.h. die eigene Zerstörung ist. - Ähnlich, wie ein Individuum die Folgen der Unterdrückung auf grundsätzlich zwei verschiedene Weisen beantworten kann (entweder durch Bewußtwerden des Konflikts, und der dadurch ermöglichten Befreiung; oder durch eine immer stärkere Verdrängung, die das Individuum entweder destruktiv handeln läßt oder es in letzter Konsequenz selbst zerstört), ähnlich könnten die möglichen Reaktionen einer Gesellschaft auf die in ihr stattfindende Unterdrückung ausfallen: Entweder werden die gesellschaftlichen Konflikte bewußt, und es wird der Versuch gemacht, sie rational zu bewältigen, oder aber die vorhandenen Konflikte werden immer mehr aus dem Bewußtsein verdrängt; der hierzu erforderliche "Abwehrmechanismus" (Ideologie, Polizeiapparat usw.) verschlingt Energien, die schließlich mehr zur Destruktion benötigt werden als zur rationalen Bewältigung des Konflikts und zum Aufbau einer Gesellschaft, die mehr im Einklang zu den elementaren Bedürfnissen der Menschen steht. Wird schließlich - aufgrund etwa des militärischen Gleichgewichts - die Abreaktion vom inneren, verdrängten Konflikt immer schwieriger, so bleibt als Ausweg nur die innere Zerstörung, der innere Zerfall, die Erkrankung aller Mitglieder Gesellschaft.



Die gesellschaftspolitische Sprengkraft der MARXschen Lehre ist nicht zu übersehen. Was seine Vorgänger als naturnotwendig hinnahmen oder ganz aus ihrer Betrachtung ausklammerten, war bei MARX in den Mittelpunkt der Untersuchung gerückt und als veränderlich hingestellt worden: Das kapitalistische System und die sich in diesem System entwickelnden Widersprüche zwischen den Klassen sowie die daraus folgenden Widersprüche zwischen den Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen bzw. der Gesellschaft und ihrer Realisierung. Es wird interessant sein aufzuzeigen, welche Entwicklung die bürgerliche Ökonomie im Anschluß an MARX genommen, inwiefern sie sich mit der MARXschen Kritik sowohl an der Nationalökonomie als auch am Kapitalismus auseinandergesetzt bzw. welche Vorstellungen und Erklärungen der wirtschaftlichen Zusammenhänge sie der MARXschen Lehre entgegengesetzt hat.

V. DAS NEOKLASSISCHE THEORIEGEBÄUDE

1) GRENZNUTZENSCHULE UND HAUSHALTSTHEORIE

Die Entstehung der Grenznutzenschule in den Siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts fällt in eine Zeit, wo die Entfaltung des Kapitalismus der freien Konkurrenz eine Verelendung der Arbeiter und zunehmend Wirtschaftskrisen hervorgebracht hatte und wo die Arbeiter seit dem Kommunistischen Manifest und anderen Schriften von MARX und ENGELS "nicht mehr blindlings gegen die Symptome der Ausbeutung (kämpften), sondern ... sich neben ihrer ökonomischen Forderung die Aufgabe (stellten), die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen und die sozialistische ... Gesellschaft zu errichten." (65) Während die grundlegenden Gedanken der Grenznutzentheorie bereits 1854 von H. H. GOSSEN (66) formuliert wurden, aber zu dieser Zeit keinerlei Resonanz fanden, baute sich auf den Werken von CARL Menger (1871) (67), STANLEY JEVONS (1871) (68) und LÉON WALRAS (1874) (69) ein ganzes Lehrgebäude auf,

65) Mensch und Wirtschaft, S. 101

66) H.H. Gossen, Hefte, Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, Berlin 1927³ (Braunschweig 1854¹)

67) C. Menger, 1, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Wien und Leipzig 1923² (Wien 1871¹)

68) Jevons, St., The Theory of Political Economy, London 1871¹, 1931⁵, Hier in Anlehnung an die deutsche Übersetzung: Die Theorie der politischen Ökonomie, Jena 1923 (auf Grund der 4. englischen Auflage)

69) L. Walras, Eléments d'économie politique pure, Lausanne-Paris-Basel 1874/77 (1900⁴), Hier nach dem Neudruck von 1952

das der Entwicklung der bürgerlichen ökonomischen Theorien ein entscheidendes Gepräge gab. ^{x)} Sie lieferten nicht nur die Grundlage für die spätere Theorie des

x) Daß sich die Grenznutzentheorie gerade in dieser Zeit durchsetzte, ist in marxistischer Betrachtungsweise kein Zufall, sondern erklärt sich aus den gesellschaftlichen Verhältnissen dieser Zeit: "Die Grenznutzenschule setzte sich also durch, weil für die Bourgeoisie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein objektives Bedürfnis nach einer solchen Theorie bestand. Die Form, in der die Grenznutzenschule Theorie betrieb, gestattete tatsächlich, alle Brücken zur klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie abzubrechen." (70) "Das gelang ihr dadurch, daß sie "das" Individuum in den Mittelpunkt all ihrer "ökonomischen Erörterungen" stellte, womit sie gleichzeitig der sozialdemagogischen Aufgabe dadurch Rechnung tragen konnte, daß sie den Eindruck erweckte, als ob die Wohlfahrt des Menschen das oberste Ziel ihrer Forschung sei und die "ökonomischen" bzw. "gesellschaftlichen" Beziehungen durch die ideellen Eigenschaften des Menschen bedingt seien. Vom Individuum ausgehend war es ihr möglich, alle "ökonomischen Phänomene" subjektivistisch und psychologisch zu interpretieren." (71) - KRUSE glaubt, das Aufkommen und Durchsetzen der Grenznutzenschule auch ohne gesellschaftliche Hintergründe erklären zu können: "Zu einer Zeit, als die Psychologie als Erfahrungswissenschaft neu begründet wurde, glaubten einige Nationalökonomten, die psychologischen Gesetzmäßigkeiten zur Grundlage der Güterbewertung machen zu müssen. Die Verkündung einer subjektivistischen Werttheorie erschien den Zeitgenossen (welchen? B.S.) wie eine Offenbarung, als ein Aufdecken einer bisher unbekannten Wahrheit; es war, als habe eine wissenschaftliche Revolution stattgefunden." (72) Warum sich nach Aufkommen der Psychoanalyse, deren Entdeckungen viel fundamentaler waren, nicht wiederum eine Wandlung der ökonomischen Theorie vollzogen hat, vermag KRUSE freilich nicht zu erklären.

70) Mensch und Wirtschaft, S. 105

71) Mensch und Wirtschaft, S. 104

72) A. Kruse, Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien, S.

Haushalts, die im Zusammenhang mit dem Modell vom totalen Konkurrenzgleichgewicht eine wesentliche Stütze der Konzeption von der Konsumentensouveränität darstellt; darüberhinaus bildet sie auch das Fundament nahezu der gesamten Wohlfahrtsökonomik und in gewissem Sinn auch (zumindest, was die Annahme rationalen Verhaltens angeht) das Fundament der Vorstellung von der Wählersouveränität in der modernen "bürgerlichen politischen Ökonomie". Durch die Tatsache, daß die Vorstellung von der Konsumentensouveränität und der Wählersouveränität häufig zur ideologischen Rechtfertigung eines marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems herangezogen wird, gewinnt die Grenznutzentheorie auch aus heutiger Sicht eine hervorragende Bedeutung. (73)

Die Vertreter der Grenznutzenschule gehen davon aus, daß die wirtschaftlichen Erscheinungen und Abläufe ihre letzte Ursache in der Psyche der Menschen, in der "bedürftigen Menschennatur" haben. Hierin sehen sie den Schlüssel zum Verständnis aller volkswirtschaftlichen Fragen. Insofern kommt den psychologischen Überlegungen, die der Grenznutzentheorie zugrunde liegen, eine zentrale Rolle für das Verständnis und für die Beurteilung der aus ihr abgeleiteten Folgerungen zu. Da das psychologische Fundament der Grenznutzenschule bis heute von den bürgerlichen ökonomischen Wissenschaften im wesentlichen unkorrigiert übernommen und sogar noch auf den politischen Bereich (Wählersouveränität) übertragen wurde, wird es erforderlich werden, gerade diesen Teil der Theorie einer genaueren Betrachtung zu unterziehen und mit den Ergebnissen der um die Jahrhundertwende sich entwickelnden Psychoanalyse zu konfrontieren.

73) Vgl. hierzu insbesondere H. Albert: 3, Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied und Berlin 1967

MENGER geht davon aus, daß der Mensch aufgrund seiner physiologischen Natur immer wieder von verschiedenartigen und verschieden abgestuften Gefühlen (Lüsternheit, Aufregung, Unbehagen, Schmerz, Depressionen, Mattigkeit, Angst usw.) erregt werde, die in ihm den Drang nach Beseitigung der empfundenen Unlustgefühle, das Streben nach Rückkehr zum "Zustand der inneren Harmonie" (74) erzeugen. Diesen Drang nennt MENGER den *T r i e b*. "Entsprechend der Verschiedenheit der Unlustgefühle und Störungen des normalen Lebensgefühls und ihrer Intensität sollen auch die Triebe des Menschen nach Art und Intensität verschieden sein. Diese Triebe sowohl als auch die Mittel zu ihrer Befriedigung, so betont MENGER, sind unabhängig davon, ob die Menschen die Genußgefühle kennen, die ihre Befriedigung mit sich bringen." (75) Wenn sich der Mensch bewußt wird, daß er seine Unlust auf bestimmte Weise beseitigen könnte, entsteht in ihm "der Drang, uns der zur Stillung unseres Triebes als tauglich erachteten Dinge zu bemächtigen und dieselben auf uns wirken zu lassen." (76) Diese unmittelbaren Bedürfnisse des Menschen würden ergänzt durch seine Fähigkeit zur Voraussicht, die eine künftige "harmonische Entwicklung der Menschennatur" gestatte. (77) "Die ursprünglichsten bzw. konsitutiven Faktoren der menschlichen Wirtschaft werden deshalb erstens in den Bedürfnissen "des"

74) C. Menger, 1, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, S. 1/2

75) Mensch und Wirtschaft, S. 115

76) C. Menger, 1, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, S. 2

77) C. Menger, 1, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, S. 4

Menschen, und zweitens in den von der Natur unmittelbar dargebotenen Gütern gesehen. Daraus wird nun die Aufgabe für die Theoretische Forschung abgeleitet, diese ursprünglichsten, konsitutiven Faktoren der menschlichen Tätigkeit zu erforschen, auf deren Grundlage jene Gesetze erkannt werden können, nach denen sich die komplizierten Erscheinungsformen der Volkswirtschaft entwickeln." (78)

Diese konstitutiven Faktoren, dieses "wichtigste psychologische Gesetz der subjektivistischen Wertlehre", wurde im "Gesetz des abnehmenden Grenznutzens" gesehen (79), das bereits GOSSEN formuliert hatte: "Die Größe eines und desselben Genusses nimmt, wenn wir mit der Bereitung des Genusses ununterbrochen fortfahren, fortwährend ab, bis zuletzt Sättigung eintritt." (80) Hinzu trat das sog. 2. GOSSENSche Gesetz vom Ausgleich der Grenznutzen, das besagt, daß die knappe Zeit (bzw. das knappe Geld) eines Individuums so auf die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten verteilt wird, daß in einem Prozeß des Herantastens an ein Optimum zunächst diejenigen Verwendungen bevorzugt werden, die den höchsten Nutzenzuwachs mit sich bringen, und daß auf diejenigen Verwendungen verzichtet wird, die den geringsten Nutzenentgang nach sich ziehen, bis schließlich ein Ausgleich aller Grenznutzen (pro Zeit- bzw. Geldeinheit) hergestellt ist. Die "Entdeckung" dieses "psychologischen Gesetzes" wurde von GOSSEN selbst auf eine Stufe gestellt mit der Entdeckung der Gesetze

78) Mensch und Wirtschaft, S. 116

79) A. Kruse, Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien, S. 184

80) H. H. Gossen, Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, S. 4/5

der Planetenbewegungen durch KOPERNIKUS. x)

Die gerade skizzierte subjektivistische Nutzentheorie ist für unseren Zusammenhang deshalb von Bedeutung, weil sie u.a. - wie schon erwähnt - die Grundlage liefert für die Entwicklung der Haushaltstheorie. Es ist hier nicht der Platz, die Haushaltstheorie bzw. ihre Entwicklung im einzelnen darzustellen. Für uns ist lediglich interessant, welche Annahmen die Haushaltstheo-

x) "Was einem Kopernikus zur Erklärung des Zusammenseins der Welten im Raum zu leisten gelang, das glaube ich für die Erklärung des Zusammenseins der Menschen auf der Erdoberfläche zu leisten. Ich glaube, daß es mir gelungen ist, die Kraft, und in großen Umrissen das Gesetz ihrer Wirksamkeit zu entdecken, welche das Zusammensein der Menschen möglich macht, und die Fortbildung des Menschengeschlechts unaufhaltsam bewirkt. Und wie die Entdeckungen jenes Mannes es möglich machten, die Bahnen der Weltkörper auf unbeschränkte Zeit zu bestimmen, so glaube ich mich durch meine Entdeckung in den Stand gesetzt, dem Menschen mit untrüglicher Sicherheit die Bahn zu bezeichnen, die er zu wandeln hat, um seinen Lebenszweck in vollkommener Weise zu erreichen." (81)

81) H. H. Gossen, Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, S. V

rie zugrundelegt bezüglich der Motivationen und bezüglich des Wesens der Bedürfnisse; welche Rolle diese Theorie im gesamten neoklassischen Theoriegebäude einnimmt und welchen Beitrag dieses Theoriegebäude zur Problematik der Konsistenz gesellschaftlicher Zielssysteme leistet.

Die Haushaltstheorie unterstellt (in Anlehnung an die subjektivistische Nutzentheorie), daß das Individuum (bzw. der Haushalt als Entscheidungseinheit) klare Nutzenvorstellungen hat und bestrebt ist, seinen Nutzen zu maximieren. Die Entscheidungen des Haushalts beziehen sich dabei einerseits auf das Abwägen zwischen dem Nutzen der Freizeit und dem Nutzen des durch Arbeit verdienten Geldes bzw. der dafür kaufbaren Güter. Arbeit wird dabei von vornherein als Nutzenentgang, als "Arbeitsleid" aufgefaßt, und das Individuum wird lediglich dadurch zur Arbeit motiviert, daß es sich für das verdiente Geld Güter kaufen kann, die allein (neben der Freizeit = Nichtarbeit) ihm einen Nutzen spenden können. Ebenso wird unterstellt, daß sich das Individuum völlig frei - aus sich heraus - zum "Anbieten seiner Arbeitskraft" entscheidet und darüberhinaus auch noch die Freiheit besitzt, seine Arbeitskraft seinen Wünschen anzupassen. Daß es sogar in der Lage ist, die Bedingungen am Arbeitsplatz zu beeinflussen, wird implizit dadurch unterstellt, daß es zwischen verschiedenen Arbeitgebern wählen kann. Das Individuum besitzt sogar die Freiheit abzuwägen, ob es seine Arbeitskraft als Unselbständiger an einen Arbeitgeber verkauft oder ob es sich selbständig macht und Unternehmer wird. Das auf irgendeine Weise erzielte

Einkommen (oder aus irgendwelchen Quellen stammende Vermögen) wird nun vom Individuum "optimal" auf verschiedene Verwendungen, d.h. z.B. auf den Kauf verschiedener Güter, verteilt. Hierbei wird vorausgesetzt, daß das Individuum nicht nur über alle Güter und deren Preise informiert ist, sondern auch darüber, welchen Nutzen ihm jedes einzelne Gut spenden wird. Nicht nur das - das Individuum hat auch ganz klare Vorstellungen über seine persönlichen Präferenzen. Es ist zwar nicht in der Lage, zahlenmäßig (kardinal) den Nutzen jedes einzelnen Gutes bzw. jeder Güterkombination zu bestimmen (diese Annahme der kardinalen Meßbarkeit des Nutzens wurde zwar ursprünglich unterstellt, später aber fallengelassen), aber es kann angeben, ob ihm eine bestimmte Güterkombination einen größeren oder kleineren Nutzen vermittelt als eine andere Güterkombination (ordinale Meßbarkeit). Und diese Präferenzvorstellungen, die ihren formalen Ausdruck in dem von PARETO entwickelten Indifferenzkurvensystem finden, bilden sich unabhängig in jedem Individuum, individuell und subjektivistisch, losgelöst vom gesellschaftlichen Zusammenhang, in den das Individuum gestellt ist.

Darüberhinaus wird unterstellt, daß das Individuum alle die Informationen (über die Güter, deren Preise, deren Qualitäten, über den individuellen Nutzen und die individuelle Präferenzordnung) so verarbeiten kann, daß es die optimale, und das heißt: die nutzenmaximierende Güterkombination herausfindet, die es mit seinem Einkommen kaufen kann, und daß es - nachdem diese Kombination ermittelt ist - tatsächlich in der Weise "rational" handelt, daß es diese Güterkombination realisiert. -

Aber nicht nur das Abwägen zwischen den Gütern, die das Individuum j e t z t kauft, sondern auch das Abwägen zwischen Konsum jetzt und Sparen erfolgt "rational", indem das Individuum abwägt zwischen dem Nutzenentgang des vorübergehenden Konsumverzichts und dem Nutzen der für das Sparen erhaltenen Zinsen. - Es wird schließlich unterstellt, daß das, was hier in sukzessiver Folge dargestellt wurde (erst das Abwägen zwischen Arbeitszeit und Freizeit, dann zwischen Konsum und Sparen, dann zwischen den verschiedenen Konsummöglichkeiten) vom Individuum in einem simultanen Entscheidungsprozeß bewältigt wird. x) xx)

x) W. HOFMANN sieht in diesem Vorgehen der Theorie eine "ideologische Vereinheitlichung der Gesellschaft", indem dem Individuum "aller Erfahrung der Geschichtswissenschaft sowie der Ethnologie zum Trotz ein streng rechenhaftes, rationales Kalkül, ein ständiges Abwägen von Vorteil und Nachteil der verschiedenen Alternativen unterstellt" und es damit auf eine Stufe mit dem Idealtypus des kapitalistischen Unternehmers gestellt wird. (82)

xx) G. KADE hat die der Haushaltstheorie zugrundeliegenden formalen Axiome auf einen kurzen Nenner gebracht:
"a) Informationsaxiom: Die introspektive Information garantiert die Existenz einer Präferenzordnung. -
b) Reaktionsaxiom: Die Indifferenzkurven (bzw. Indifferenzgebilde) sind stetig und differenzierbar. -
c) Rationalitätsaxiom: Der Entscheidungsprozeß besteht in der Maximierung einer Nutzenindexfunktion." (83)

82) W. Hofmann, 3, Universität, Ideologie und Gesellschaft, S. 126

83) G. Kade, Die Grundannahmen der Preistheorie - Eine Kritik an den Ausgangssätzen der mikroökonomischen Modellbildung, Berlin und Frankfurt 1962, S. 145

Indem sich nun alle Individuen (bzw. Haushalte) optimal im Sinne ihrer individuellen Nutzenmaximierung entscheiden und z.B. bei einem bestimmten Preis eines Gutes eine bestimmte Menge davon nachfragen, ergibt sich aus der Addition aller nachgefragten Mengen eines Gutes in Abhängigkeit von dessen Preisen eine Nachfragekurve, die gedeutet wird als die Summe einzelner rationaler und optimaler Entscheidungen der Individuen in ihrer Eigenschaft als Konsumenten. Bei jedem Punkt auf dieser Nachfragekurve gehen - so gesehen - "die Pläne der Haushalte in Erfüllung". (84) Damit scheint es gelungen, die Nachfrage als den Ausdruck der Summe von individuellen Bedürfnissen nachzuweisen und allein eine solche Produktion gerechtfertigt erscheinen zu lassen, die sich an der Nachfrage orientiert; m.a.W.: eine Produktion, die ihren Absatz, die "ihren Markt" findet. Den Unternehmen wird in dieser Theorie lediglich die Funktion zugewiesen, für die Bedienung der Nachfrage zu sorgen. - Wenn nun der Konkurrenzmechanismus dafür sorgt, daß sich nur diejenigen Unternehmen im Markt halten können, die sich einerseits an der Nachfrage orientieren, andererseits so kostengünstig arbeiten, daß sie nicht von der Konkurrenz aus dem Felde geschlagen werden, dann scheint der theoretische Nachweis gelungen zu sein, daß in einer Marktwirtschaft die Konsumentensouveränität verwirklicht sei, daß sich die Produktion

84) Vgl. E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, 3 Bände, - Band 2, Tübingen 1965¹⁰

an den Bedürfnissen der Individuen ausrichtet und gleichzeitig die Produktionsfaktoren so sparsam wie möglich eingesetzt werden. Damit wird deutlich, daß die Haushaltstheorie das Fundament eines Theoriekomplexes ist, der scheinbar den Beweis dafür liefert, daß eine kapitalistische Wirtschaft geeignet ist, das gesellschaftliche Oberziel der maximalen Bedürfnisbefriedigung und der größtmöglichen Freiheit der Individuen zu verwirklichen. Das Konsistenzproblem wird dadurch "gelöst", daß den Haushalten das Unterziel der Nutzenmaximierung und den Unternehmen das Unterziel der Gewinnmaximierung vorgegeben wird; das Motivationsproblem findet seine "Lösung" darin, daß die Individuen von sich heraus nach Nutzenmaximierung streben (das ist ihre "natürliche" Veranlagung), und daß die Unternehmer dadurch zur Gewinnmaximierung veranlaßt werden, daß es Privateigentum an Produktionsmitteln und freie Verfügbarkeit über die entstandenen Gewinne gibt(bzw. die Sanktion des Konkurses bei dauerhaften Verlusten).

Wenn wir im folgenden eine Kritik der Haushaltstheorie vornehmen, dann immer im Hinblick darauf, ob und in welcher Weise eine Widerlegung der einen oder anderen Annahme Konsequenzen hat für die Beurteilung des auf diesem Fundament aufgebauten Theoriegebäudes bzw. der daraus abgeleiteten Folgerungen bezüglich des Konsistenzproblems. Wir halten es für müßig, die Kritik einer Theorie an einzelnen Punkten anzusetzen, ohne die Relevanz der betreffenden Punkte für die gesamte Theorie bzw. die aus ihr direkt und indirekt abgeleiteten Schlußfolgerungen zu reflektieren. Genauso wie es im Produktionsprozeß leicht substituierbare und schwer

substituierbare Produktionsfaktoren gibt, genauso lassen sich in einem Theoriegebäude einzelne Bausteine leicht, andere Bausteine aber nur schwer oder überhaupt nicht ersetzen, soll nicht das ganze Gebäude einschließ- lich der daraus abgeleiteten Folgerungen zusammenbre- chen. Wir wollen in diesem Zusammenhang künftig von "marginaler Kritik" und "essentieller Kritik" sprechen, wobei unter "essentieller Kritik" eine solche verstan- den wird, die an den tragenden Säulen einer Theorie bzw. eines Theoriegebäudes rüttelt, während "marginale Kritik" sich mehr auf nicht essentielle Details der Theorie bezieht. (Ein Urteil darüber, was als essentiell- le Kritik aufzufassen ist, kann im Einzelfall freilich erst dann gefällt werden, wenn der Theorie ein bestimm- tes (explizites oder implizites) Erkenntnisinteresse zugrundeliegt.

Aufgrund der Tatsache, daß die Haushaltstheorie im Zusam- menhang mit dem neoklassischen Theoriegebäude zur Stützung der Vorstellung von der Konsumentensouveränität in einer Marktwirtschaft herangezogen wird, können wir das hinter der Haushaltstheorie stehende Erkenntnisinter- esse nicht allein darin erblicken, das Verhalten der Haushalte zu untersuchen, sondern vielmehr darin, die Lösung des Konsistenzproblems in einer Marktwirtschaft theoretisch zu fundieren. x)

x) So gesehen handelt es sich z.B. beim Streit um die Substituierbarkeit oder Nichtsubstituierbarkeit, um die beliebige Teilbarkeit oder Unteilbarkeit der Güter lei- diglich um "marginale Kritik". Sie wäre nur dann "essen- tiell", wenn das Erkenntnisinteresse allein oder haupt- sächlich darin bestehen würde, die Haushaltstheorie mit Hilfe der Differentialrechnung formalisieren zu können - ein Ziel, was tatsächlich nur bei unendlicher Teilbarkeit und Substituierbarkeit erreicht werden kann. Wenn frei- lich das Erkenntnisinteresse der Formalisierbarkeit so- weit geht, daß realitätsferne Annahmen deshalb zugrunde- gelegt werden, weil nur die eine Formalisierung erlauben, so erscheint uns ein solches Vorgehen mit einem kriti- schen Verständnis von Gesellschaftswissenschaft unverein- bar.

Einer der essentiellen Punkte der Haushaltstheorie ist das Verständnis der Bedürfnisse, die in den Präferenzstrukturen der Haushalte zum Ausdruck kommen. Ein anderer essentieller Punkt ist das angeblich rationale Verhalten der Haushalte (bzw. der Individuen). Zunächst muß betont werden, daß die zugrundeliegenden Präferenzstrukturen des Individuums einem außenstehenden Beobachter (jedenfalls heute noch) unzugänglich sind. Auf einer solchen Basis ist es unbeweisbar, daß ein Individuum "rational" handelt in dem Sinne, daß es - gemessen an seinen Präferenzstrukturen - seinen Nutzen maximiert. Man kann allenfalls die Annahme rationalen Verhaltens u n t e r s t e l l e n, um aus den Handlungen des Individuums (z.B. seinen Kaufentscheidungen) Rückschlüsse auf die zugrundeliegenden Präferenzen zu ziehen (wie das die behaviouristische Theorie der Wahlakte tut, die auf diese Weise empirisch die Präferenzstrukturen von Individuen ermitteln will). Hiermit ist freilich die Frage nicht beantwortet, ob das Individuum tatsächlich rational handelt; vielmehr ist das Problem, welches zu lösen ist, zuvor als Voraussetzung (!) in die Theorie eingegangen. Eine auf diese Weise ermittelte Präferenzstruktur sagt freilich nicht das geringste mehr darüber aus, ob die Handlungen des Individuums tatsächlich seinen Bedürfnissen entsprechen, oder ob es sich nicht vielmehr um höchst irrationale Äußerungen gehandelt hat.^{x)}

x) H. ALBERT spricht in diesem Zusammenhang von einer allgemeinen Tendenz der Neoklassiker, die Theorie gegen die Erfahrung zu "immunisieren", und nennt dieses Vorgehen "Modellplatonismus". (85) "Die theoretische Nationalökonomie neoklassischen Stils scheint also in ganz merkwürdiger Weise soziologische Problemstellungen mit relativ soziologiefreien Problemlösungen zu verbinden. Sie scheint gegen das Eindringen soziologischer und sozialpsychologischer Erkenntnisse immun zu sein." (86) Aus marxistischer Sicht hat dieses Vorgehen eine bestimmte gesellschaftliche Funktion: "In der Grenznutzentheorie wird das Bestreben besonders deutlich, der marxistischen Theorie eine für den Kapitalismus ungefährliche Lehre entgegenzusetzen. Die Grenznutzentheorie bedient sich dabei methodologischer Prinzipien, die auf dem subjektiven Idealismus fußen.

Wenn man also glaubt, mit Hilfe der behaviouristischen Wahlhandlungstheorie ⁺) und der darauf aufbauenden empirischen Ermittlung von Präferenzfunktionen die Haushaltstheorie abgesichert zu haben, so mag das bezüglich des formalen Apparats, in den diese Theorie eingekleidet wurde, richtig sein; bezüglich der aus der Haushaltstheorie abgeleiteten Schlußfolgerungen im Hinblick auf die Konsumentensouveränität ist es zweifellos falsch. Denn wenn nicht mehr gewährleistet ist, daß die Handlungen eines Individuums tatsächlich seinen Bedürfnissen entsprechen (z.B. weil das Individuum von außen gesteuert wird oder inneren Zwängen unterliegt und so - wie im Fall eines Neurotikers - zu irrationalen Handlungen getrieben wird), kann die Menschlichkeit eines Systems nicht mehr allein mit dem Hinweis darauf untermauert werden, daß sich in diesem System die Produktion an der Nachfrage orientiert. (Viel entscheidender zur

x) - Forts. von S. 109 -

Sie negiert die entscheidende Rolle der Produktion völlig und schaltet die sozialen Beziehungen der Menschen aus der ökonomischen Betrachtung aus." (87)

85) H. Albert, ³Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied und Berlin 1967, S. 338 ff

86) H. Albert, ³, Marktsoziologie und Entscheidungslogik, S. 333

87) Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, S. 204

⁺) Die offensichtliche Schwäche dieser Theorie zeigt sich schon daran, daß ein verändertes Kaufverhalten bei gleichgebliebenen Preisen nicht eindeutig interpretiert werden kann. Entweder - so sagt die Theorie - hat sich in der Zwischenzeit die Präferenz des Individuums geändert (was aber nicht überprüfbar ist !), o d e r aber das Individuum hat tatsächlich irrational gehandelt. Für welche Lösung man sich entscheidet, wird jedem einzelnen überlassen. Und da schließlich nicht sein kann, was nicht sein darf, wird ein irrationales Verhalten von vornherein ausgeschlossen, weil es ja ein Zeichen eines "gestörten Verhältnisses zur Umwelt" wäre. Dabei wird per definitionem ausgeschlossen, was gerade in zunehmendem Maße das Problem kapitalistischer Gesellschaften geworden ist: Die Neurotisierung der Individuen unter den Verhältnissen dieses Systems. Wir kommen im einzelnen auf diese Frage zurück.

Beurteilung des Systems wird z.B. die Frage, in welchem Ausmaß es die Menschen erst neurotisch macht.) Insofern ist die Kritik an der Annahme über rationales Verhalten der Individuen eine essentielle Kritik. Gelingt diese Kritik, so handelt es sich nicht um einen unter vielen anderen Kritikpunkten, den man getrost registrieren, ansonsten aber sogleich zur Tagesordnung des Ausbaus des bestehenden Theoriegebäudes übergehen kann, sondern um eine Kritik, die am Fundament des Theoriegebäudes rüttelt und das ganze Gebäude (nicht bezüglich seines formalen Apparats, sondern seiner inhaltlichen Aussagen) ins Wanken bringen kann. - Mit Hilfe der psychoanalytischen Erkenntnisse erscheint eine derartige Kritik möglich zu sein. Die Psychoanalyse hat den ungeheuren Anteil des Irrationalen bei menschlichen Verhaltensweisen aufgedeckt und erklärt. Ihre Erkenntnisse scheinen geeignet, um eine essentielle Kritik des Haushaltstheorie sowie der aus ihr direkt und indirekt abgeleiteten Schlußfolgerungen zu fundieren, einschließlich der Vorstellung von der Souveränität von Konsument und Wähler bzw. von der Vorstellung über die Lösung des Konsistenz- und Motivationsproblems in einer marktwirtschaftlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Abgesehen davon, daß dem Individuum schon rein physiologisch (aufgrund begrenzter Hirnkapazitäten) nicht möglich ist, alle Informationen aufzunehmen, zu speichern und zu verarbeiten, die zur Lösung seines Optimierungsproblems erforderlich wäre, und abgesehen davon, daß ihm schon rein zeitlich hierfür Grenzen gesetzt sind, zeigt die Psychoanalyse auf, daß psychische Vorgänge wesentlich daran beteiligt sind, die zur Verfügung stehenden Informationen abzuwehren bzw. irrational zu ver-

arbeiten; sie zeigt außerdem auf, daß das Ausmaß der Abwehr und der Fehlverarbeitung die Konsequenz einer umweltbedingten Formung bzw. Verformung der individuellen Psyche ist, ohne daß dem Individuum diese Einflüsse bewußt sind. Damit wird die Vorstellung der subjektivistischen Nutzentheorie, daß sich die Präferenzen im Individuum - losgelöst von gesellschaftlichen Bedingungen - bilden, als vordergründig und unhaltbar widerlegt. Nicht nur das - die Psychoanalyse hat die hervorragende Bedeutung des Unbewußten aufgedeckt und die Mechanismen, die im Individuum bestimmte Wertvorstellungen und Charaktereigenschaften formen. Wenn in der Theorie des Haushalts von Präferenzstrukturen die Rede ist und von rationalem Handeln, so baut diese Theorie offensichtlich nur auf dem auf, was in der Psychoanalyse "Bewußtsein" genannt wird. Eine derartige Theorie läßt sich - wie zu zeigen sein wird - mit der Entdeckung des Unbewußten in keiner Weise vereinbaren, es sei denn, sie beschränkt sich auf die behaviouristische Variante der Wahlhandlungstheorie. Aus einer derartigen Beschränkung jedoch irgendwelche Rückschlüsse auf die Bedürfnisse bzw. das Ausmaß ihrer Befriedigung zu ziehen, ist in grober Weise unzulässig.

Für uns bleibt an dieser Stelle festzuhalten, daß die Haushaltstheorie und die auf ihr aufbauenden Theorien oder Theoriegebäude von einer allzu vordergründigen Vorstellung über menschliche Bedürfnisse ausgehen, die durch die Erkenntnisse der Psychoanalyse längst überholt

sein sollte. x) Wir kommen auf diese Erkenntnisse im einzelnen im dritten Teil zurück. Aber auch bereits ohne Berücksichtigung der Psychoanalyse erscheinen die Annahmen der Haushaltstheorie bei näherer Betrachtung in einem höchst fragwürdigen Licht. Selbst wenn man (um das bereits angeschnittene Problem auszuklamern) annimmt, das Individuum sei sich über seine Bedürfnisse bewußt und habe vollständige Informationen, so unterliegt es doch in seinen Entscheidungen so erheblichen Restriktionen, daß man selbst ein "optimales" Verhalten seinerseits kaum als "Erfüllung seines Plans" bezeichnen kann. Die Restriktionen beginnen dort, wo das Individuum, das auf kein Vermögen zurückgreifen kann, gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen, um sich bzw. seine Familie zu ernähren. xx) Hierbei hat es sich bestimmten Arbeitsbedingungen (einschließlich der geregelten Arbeitszeit) zu unterwerfen, die sich nicht in erster Linie nach seinen Wünschen rich-

x) Indem die Grenznutzenschule die Konsumtion "aus einer physio-psychologischen Natur des Menschen (erklärt)", ... ist sie "unfähig, eine wissenschaftliche Vorstellung von den wirklichen ökonomischen Bedürfnissen, den Triebkräften und dem Inhalt des Strebens der Menschen einer Gesellschaft, seinen Ursachen und Gesetzen zu vermitteln." (88)

xx) W. HOFMANN bemerkt zu der von der Haushaltstheorie gemachten Annahme eines "freiwilligen Arbeitsangebots": "Vor allem bedurfte es hierbei freilich einer Umdeutung der Position der Unselbständigen: Erscheinen sie als Verbraucher, außerhalb des Arbeitsverhältnisses, da wo sie ihren Lohn veräußern, bereits als Quasiunternehmer in ihrem allgemeinen Trachten nach "Nutzenmaximierung", so wird ihnen ein unternehmerhaftes Verhalten nun auch da imputiert, wo sie ausschließlich verkaufen, wo sie ihr Arbeits-"Vermögen" einbringen ... Der Unselbständige wird damit als Herr seines Arbeitstages angesehen, fernab aller Wirklichkeit der modernen Betriebskooperation und der fremdgewiesenen Arbeit. (W. Hofmann, 3, Universität, Ideologie und Gesellschaft, S. 127)

88) Mensch und Wirtschaft, S. 121

Vgl. Bucharin, Die politische Ökonomie des Rentners, Hamburg 1926, S. 57 ff

ten (selbst wenn er zwischen verschiedenen Unternehmen wählen kann), sondern im wesentlichen an der Zielsetzung Gewinnmaximierung orientiert sind. Die Restriktionen bestehen darüberhinaus in den bildungsmäßigen Voraussetzungen, die das Individuum für die Berufsausübung mitbringt und die die Freiheit der Berufswahl faktisch in starkem Maße einschränken können. Schließlich sieht sich das Individuum bei der Auswahl einer Güterkombination der Restriktion seines Einkommens gegenüber, die entsprechend der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen sehr unterschiedlich ist. Alle diese Restriktionen (um nur einige zu nennen), ganz zu schweigen von den durch ständige Kaufanreize ausgeübten Zwängen, werden von der Haushaltstheorie übergangen oder heruntergespielt. Würden diese Restriktionen bewußt gemacht, so würde deutlich, daß die aus den Kaufentscheidungen der Haushalte hervorgehende Nachfrage ein höchst fragwürdiges Abbild der Bedürfnisse in einer Gesellschaft darstellen.

Aus diesen Überlegungen wird auch deutlich, daß die Verteilung der Einkommen und Vermögen ein weiterer essentieller Punkt der Haushaltstheorie ist: Die (Kauf-)Bedürfnisse der Individuen können sich nur in dem Ausmaß am Markt manifestieren, in dem das Individuum über Kaufkraft (aus Einkommen oder Vermögen) verfügt; eine an der Nachfrage orientierte Produktion würde demnach in erster Linie die (Kauf-)Bedürfnisse der Kaufkraftstarken berücksichtigen und weniger die Kaufbedürfnisse der Kaufkraftschwachen. Je krasser die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung, umso fragwürdiger würde demnach die Vorstellung von der Konsumentensouveränität, jedenfalls wenn damit impliziert ist, daß sich die Produktion an den Bedürfnissen **a l l e r** Individuen

der Gesellschaft orientiert. Im Fall einer ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung ließe sich die Schlußfolgerung von der Konsumenten-souveränität bzw. von der Lösung des Konsistenz- und Motivationsproblems nur dann aufrechterhalten, wenn nachgewiesen werden könnte, daß die bestehende Einkommensverteilung auf einer Art Naturgesetz beruht und daß eine Korrektur der so entstandenen Verteilung den gesamten Mechanismus des Wirtschaftsablaufs so beeinträchtigen würde, daß letztlich alle darunter zu leiden hätten. - Genau diesen Nachweis zu führen, hat sich J.B. CLARK, der Begründer der Grenzproduktivitätstheorie, zur Aufgabe gemacht. Die Grenzproduktivitätstheorie - mit ihren Implikationen und Folgerungen - ist demnach (ähnlich wie die Haushaltstheorie) nicht so isoliert, sondern nur im Gesamtkomplex des neoklassischen Theoriegebäudes zu verstehen. Sie stellt die andere tragende Säule dieses Gebäudes dar, ohne die die Folgerungen aus der Haushaltstheorie (insbesondere in bezug auf die Konsumententheorie) bruchstückhaft und angreifbar blieben.

Bevor wir uns der Grenzproduktivitätstheorie zuwenden, ist ein weiterer essentieller Kritikpunkt an der Haushaltstheorie anzuführen: Die einseitige Betonung der K o n s u m - Bedürfnisse. Die Haushaltstheorie unterstellt mit dieser Annahme einen Menschen, der überhaupt nur dadurch seine Befriedigung erhält, daß er sich Güter kaufen kann. Eine Befriedigung durch die Arbeit selbst oder durch eine schöpferische Entfaltung oder durch die Gemeinschaft mit anderen Menschen wird von vornherein ausgeschlossen. Was gilt, sind die kaufbaren Befriedigungsmöglichkeiten. Damit wird ein Menschenbild nicht nur zum Idealtypus erhoben, sondern als naturgegeben

unterstellt, das dem total entfremdeten Menschen im Sinne von **MARX** entspricht und - wenn die **MARX**sche Analyse zutrifft - der doch nichts anderes ist als das Produkt einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklung bzw. bestimmter Produktionsverhältnisse. - Auf die Begrenztheit dieser impliziten Annahme und auf die damit verbundenen impliziten Wertungen hat H. ALBERT hingewiesen, wenn er schreibt: "Die Kritik dieser Betrachtungsweise kann von der Tatsache ausgehen, daß der Verweis aller Zwecksetzungen in den Konsumbereich schon eine moralisch relevante Entscheidung impliziert, die die notwendige Neutralität des ökonomischen Denkens als ein Mißverständnis seiner Vertreter erscheinen läßt: nämlich die Entscheidung, die menschlichen Arbeitsbedingungen und die sozialen Beziehungen und Bereiche der Produktion lediglich einer instrumentalten Beurteilung zu unterwerfen, ihre selbständige moralische Bewertung aber damit auszuschalten. Die menschlichen Bedürfnisse, die sich innerhalb dieses Bereichs geltendmachen, hat man damit faktisch als irrelevant für die Beurteilung der Wirtschaft ausgeschlossen." (89)

Eine solche Betrachtungsweise leistet dem, was **MARX** "Warenfetischismus" nannte, geradezu Vorschub. Indem der einzige Zweck des Wirtschaftens letztlich in einer Steigerung der Konsumgüterproduktion gesehen wird und die Konsumbedürfnisse gleichgesetzt werden mit menschlichen Bedürfnissen überhaupt, erscheint nahezu jedes Mittel recht, sofern es nur zur Erreichung dieses Ziels beiträgt, also auch die Unterdrückung anderer (und für die psychische und somatische Gesundheit des Menschen u.U. wichtigerer) Bedürfnisse, also auch die geistige,

89) H. Albert, Marktsoziologie und Entscheidungslogik, S. 65

körperliche und psychische Verkrüppelung der Menschen, wenn sie nur dazu geeignet ist, die Produktionsmaschinerie in Gang zu halten und den Konsumgüterausstoß zu erhöhen. - Durch die Beschränkung auf die Konsumbedürfnisse hat nicht nur die Haushaltstheorie, sondern die gesamte bürgerliche Ökonomie - so will uns scheinen - eine geradezu fatale Eingrenzung ihrer Fragestellung vorgenommen, fatal vor allem deshalb, weil von den im Produktions- und Verteilungsprozeß angewandten Methoden direkte und indirekte Wirkungen auf die Individuen ausgehen dürften, die ihre psychische und somatische Gesundheit zunehmend untergraben und zu einer zunehmenden Brutalisierung der Gesellschaft insgesamt beitragen. ⁴ (Diese Zusammenhänge wären freilich im einzelnen herauszuarbeiten.)

2) GRENZPRODUKTIVITÄTSTHEORIE

Wie schon kurz angedeutet, bedurfte es zur Stützung der Vorstellung von der Konsumenten-souveränität einer zusätzlichen Theorie, die die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung gewissermaßen als das Ergebnis eines naturgesetzlich ablaufenden Vorgangs theoretisch untermauerte. J.B. CLARK, der Begründer der Grenzproduktivitätstheorie, spricht diesen Zweck seiner Theorie ganz deutlich aus, wenn er - unter deutlicher Anspielung auf die MARXsche Kritik - schreibt: "Die Anklage, die über der Gesellschaft schwebt, ist, daß sie "Arbeit ausbeute" (90). Wenn diese Beschuldigung erwiesen wäre, dann müßte jeder vernünftige Mensch Sozialist sein, und sein Bemühen, das System der Produktion zu verändern, wäre Ausdruck seines Gerechtigkeitsgefühls." (91) CLARK stellt sich zur Aufgabe, diese Anschuldigung zu prüfen. "Mit aller Schärfe stellt er die Frage nach der Existenzberechtigung des 'gegenwärtigen sozialen Systems' (des Kapitalismus) und behauptet, daß dieses Recht davon abhängt, ob das jeweilige 'soziale System' dem Gerechtigkeitsprinzip entspreche oder nicht und ob in ihm das gesellschaftliche Produkt gerecht oder ungerecht verteilt werde. Das Prinzip der Gerechtigkeit ist nach CLARK in folgender Grundregel verkörpert: 'Jedem kommt das zu, was er schafft.' Seine wichtigste Aufgabe sieht CLARK nun darin, zu 'beweisen', daß dieses höchste 'Prinzip der Gerechtigkeit' von der kapitalistischen

90) J.B. Clark, 2, The Distribution of Wealth. A Theory of Wages, Interest and Profits, New York and London 1899, Neudruck: New York 1956, S. 4

91) J. B. Clark, 2, zitiert nach: Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, S. 212

Wirklichkeit in jeder Hinsicht realisiert werde, da der Arbeiter das vollständige Produkt seiner Arbeit und der Kapitalist das 'Produkt' seines Kapitals erhält." (92) Damit läßt CLARK selbst keinen Zweifel an der apologetischen Intention seiner Theorie. Diese Intention kommt an verschiedenen Stellen seines Werks zum Ausdruck: "Es ist Zweck (!) dieses Werks zu zeigen, daß die gesellschaftliche Einkommensverteilung durch ein natürliches Gesetz (a natural law) geregelt wird; und daß dieses Gesetz, wenn es reibungslos wirkte, jedem Produktionsagenten soviel an Wohlstand zuweisen würde, wie er hervorbringt. Wie immer die Löhne im freien Verkehr zwischen den Einzelnen ausgehandelt werden mögen, die Lohnsätze, die aus solchem Markten hervorgehen, streben, wie hier postuliert werden soll, dem Teil des gewerblichen Produkts gleich zu werden, der auf die Arbeit zurückgeht. Und wie immer der Zins durch ein ähnliches freies Markten sich bildet, er neigt natürlicherweise dazu, dem Produktteil gleich zu werden, der allein auf das Kapital zurückzuführen ist." (93)

Was W. HOFMANN ganz allgemein formuliert hat, läßt sich besonders prägnant auf die Grenzproduktivitätstheorie übertragen: "Jede Theorie folgt in ihrer Fragestellung legitimerweise den Bedürfnissen der Zeit. Wo allerdings das Bedürfnis nicht die Frage, sondern das Ergebnis bestimmt, wo der Wunsch nach einem bestimmten Resultat sich des Forschens bemächtigt, da ist eine allgemeine Voraussetzung der Ideologisierung einer Lehre gegeben." x)

x) W. Hofmann, Universität, Ideologie und Gesellschaft, S. 119 f. - "Als Ideologie soll hier verstanden werden die Fehlmeinung mit gesellschaftlicher Adresse, der Irrtum mit Tendenz, und zwar mit sozial konservierender: eine Lehre, die objektiv im Sinne der Rechtfertigung einer gegebenen sozialen Ordnung wirkt - gleichgültig, wieweit ihre soziale Tendenz dem Meinenden selbst bewußt ist." (S. 120)

92) J.B. Clark, 2, nach Geschichte der ökonomischen Lehrmeinung, S. 212

93) J.B. Clark, The Distribution of Wealth, S. V, 2, nach Hofmann, S. 207

Ein derart allgemeiner Hinweis kann freilich eine ausführliche und tiefergehende Kritik an der Grenzproduktivitätstheorie nicht ersetzen, sondern allenfalls den Blick dafür schärfen, auf welche Punkte sich eine Kritik zu konzentrieren hat, will sie die systemstabilisierenden Implikationen der Theorie herausarbeiten.

Es ist hier wiederum nicht der Platz, die Grenzproduktivitätstheorie in allen Einzelheiten darzustellen. Wir wollen an dieser Stelle nur einige essentielle Annahmen und Schlußfolgerungen anführen, auf die sich die Kritik konzentrieren wird. Eine grundlegende Voraussetzung der Grenzproduktivitätstheorie ist zunächst die Annahme vom abnehmenden Grenzertrag nicht nur des Bodens, sondern auch des Kapitals und der Arbeit. Mit dieser Annahme überträgt CLARK das Prinzip des abnehmenden Grenznutzens ganz analog auf den Produktionsbereich: "So, wie Konsumgüter an Nutzen verlieren, wenn eine größere Anzahl von ihnen verfügbar gemacht wird, so werden Produktionsgüter oder bestimmte Kapitalformen immer weniger produktiv, wenn sie durch ein und dieselbe Person verwendet werden." (94) Zweitens unterstellt CLARK ein System mit vollständiger Konkurrenz auf allen Märkten, so daß für den einzelnen Unternehmer sowohl der Lohnsatz als auch der Zins bzw. die Bodenrente als gegeben betrachtet werden. Drittens unterstellt er das Streben der Unternehmer nach Gewinnmaximierung. Aus diesen Elementen entstand seine Theorie, die den Anspruch erhebt, Gesetze der Einkommens- und Vermögensverteilung innerhalb einer Volkswirtschaft abzuleiten.

94) J.B. Clark, The Distribution of Wealth, 2, S. 48
nach W. Hofmann, 2, S. 208

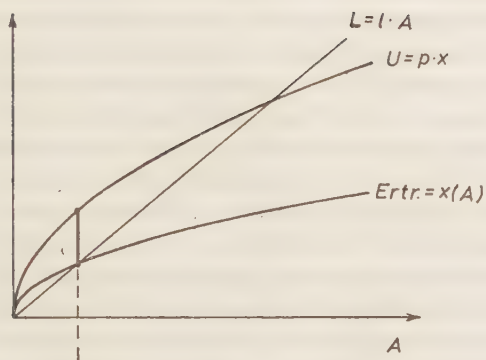


Abb. 25 a

Ausgangspunkt der Überlegungen sind die Abwägungen eines gewinnmaximierenden Unternehmens: Mit einem zunehmendem Einsatz eines Produktionsfaktors (bei Konstanz der anderen Faktoren) vermag der Unternehmer zwar mehr zu produzieren, aber nur mit einer unterproportionalen Zunahme (Abb. 25a: Ertragskurve). (Unterstellt werden hierbei demnach substitutive Beziehungen zwischen den Produktionsfaktoren.) Da für ihn die Absatzpreise als gegeben und

damit konstant angenommen werden, ergibt sich die Erlös-(Umsatz-)Kurve aus der Multiplikation der Ordinatenwerte der Ertragskurve mit dem Absatzpreis (in Abb. 25a ist ein Preis von $p = 2$ unterstellt). Bei diesem Schritt schleicht sich allerdings eine Annahme ein, die explizit gemacht werden sollte: die Annahme nämlich, daß sich das Unternehmen keinen Absatzproblemen gegenüber sieht (eine Annahme, die umso problematischer ist, je mehr das System als Ganzes Konjunkturschwankungen hervorbringt!), sondern seine Produktion in voller Höhe zum Konkurrenzpreis absetzen kann. Dieser hypothetischen Erlöskurve wird die Kostenkurve für den in seiner Einsatzmenge als veränderlich betrachteten Faktor (z.B. Arbeitskräfte) gegenübergestellt. Da sich der Lohnsatz laut Voraussetzung unabhängig vom einzelnen Unternehmen frei am Arbeitsmarkt einspielt und für jeden Arbeiter als gleich hoch unterstellt wird, ergibt sich ein linearer Verlauf der Arbeitskostenkurve (Lohnsummenkurve).

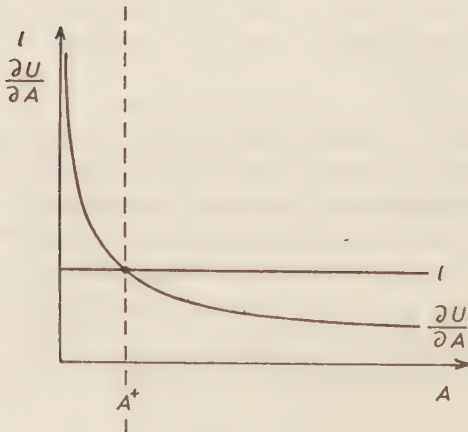


Abb. 25 b

Während nun - bei geringem Einsatz von Arbeitskräften - zunächst jeder zusätzlich eingestellte Arbeiter weniger kostet, als durch seinen Beitrag zusätzlich an Erlösen erwirtschaftet werden kann, kehrt sich dieses Verhältnis ab einem gewissen Punkt (aufgrund der abnehmenden Grenzproduktivität der Arbeit) in sein Gegenteil um: eine weitere Einstellung von Arbeitskräften würde den Unternehmer mehr kosten, als er dadurch zusätzlich an Erlösen erwirtschaften kann. Bis zu dem Punkt, wo das Verhältnis umschlägt, lohnt sich für ihn das Einstellen zusätzlicher Arbeitskräfte. In diesem Punkt, wo der zusätzliche Erlös (Grenzerlös) nicht mehr größer, sondern gleich wird den Grenzkosten der Arbeit (also dem Lohn⁴umsatz), liegt für den Unternehmer die gewinnmaximale Einsatzmenge an Arbeitskräften; graphisch also dort, wo die Steigung der Erlöskurve und der Arbeitskostenkurve gleich sind.

Solange der Verlauf beider Kurven als stetig angenommen wird, läßt sich die Lösung durch die mathematische Gleichsetzung der Steigungen (also der 1. Ableitungen der Funktionen) ermitteln, was graphisch in Abb. 25b erfolgt: Die fallende Kurve ist die 1. Ableitung der Erlös-(Umsatz-)Kurve, die Parallelen zur A-Achse sind jeweils 1. Ableitungen von Lohnkostenkurven (bei verschieden angenommenen Lohnsätzen). Bei einer Variierung der Lohnsätze (die sich in einer vertikalen Parallelverschiebung der Lohnsatzgeraden widerspiegelt) ergibt sich jeweils im Schnittpunkt (Gleichsetzung) mit der Grenzerlöskurve diejenige Arbeitsmenge, bei deren Einsatz der Unternehmer seinen Gewinn maximiert (unter Konstanz der anderen Faktoren).

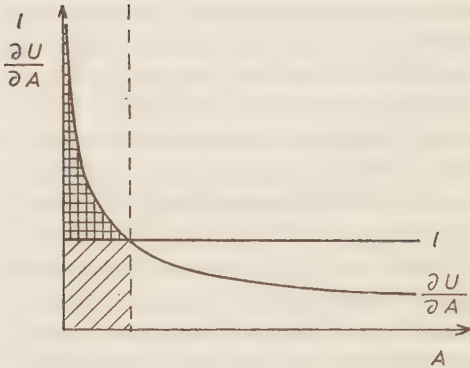


Abb. 25c

Abb. 25c greift als Beispiel einen bestimmten Lohnsatz l_1 heraus, bei dem sich die gewinnmaximale Arbeitseinsatzmenge A_1 ergibt. Die vom Unternehmer an die Arbeiter gezahlte Lohnsumme beträgt in diesem Fall $l_1 \cdot A_1$ und kommt graphisch in der Fläche des schräg schraffierten Rechtecks zum Ausdruck. Da der beim Einsatz von A_1 erzielte Gesamterlös durch die gesamte Fläche unterhalb der Grenzerlöskurve dargestellt

wird ^{x)}, ergibt sich unter Abzug der Lohnsumme ein Rest (karierte Schraffur). Dieser Rest sei die gerechte und notwendige Entlohnung der übrigen Produktionsfaktoren.

Was für ein einzelnes Unternehmen gelte, gelte in gleichem Maße für die gesamte Volkswirtschaft, für die CLARK die Existenz von drei Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, Boden) unterstellt. Jeder produktive Faktor werde gerade mit dem Betrag seines Grenzprodukts entlohnt: Je knapper also ein Faktor ist, je "schmerzlicher" seine Verringerung auf das gesamte Ergebnis auswirken würde, je schwerer er also substituiert werden könnte, umso höher ist sein Grenzprodukt, und umso höher muß er entsprechend entlohnt werden. Eine Entlohnung, die über das Grenzprodukt hinausgeht, ist deswegen nicht gerechtfertigt, weil sie bedeuten würde, daß einem Produktionsfaktor mehr zufällt (und zwar auf Kosten der anderen Produktionsfaktoren), als er zum Gesamtergebnis beigetragen hat. Eine Entlohnung unterhalb des Grenzprodukts wäre zwar denkbar, aber erstens "ungerecht", und zweitens würde sie die Bereitschaft des Produktionsfaktors, sich für den Einsatz im Produktionsprozeß anzubieten, herabmindern.

Würde diesem "Naturgesetz der Entlohnung nach der Grenzproduktivität" freier Lauf gelassen, so würde gewährleistet, daß die Produktionsfaktoren jeweils an den Ort

x) Diese Tatsache ist auf den mathematischen Zusammenhang zwischen Erlöskurve und Grenzerlöskurve zurückzuführen: Während die Grenzerlöskurve die 1. Ableitung der Erlöskurve ist, ergibt sich umgekehrt (aufgrund des mathematischen Zusammenhangs zwischen Differential und Integral) die Erlöskurve aus dem Integral der Grenzerlöskurve. Das Integral aber kommt graphisch in der Fläche unter einer Kurve zum Ausdruck.

ihrer produktivsten Verwendung fließen. So wäre es nach dieser Theorie unverantwortlich (volkswirtschaftlich betrachtet), Arbeiter in einem Unternehmen über den Betrag ihres Grenzprodukts hinaus zu entlohnen, anstatt sie an anderer Stelle einzusetzen, wo sie gebraucht werden, d.h. wo der durch ihren Einsatz ermöglichte Gewinn über den tatsächlichen Lohnkosten liegt.

Damit scheint die Grenzproduktivitätstheorie die Grundlage geliefert zu haben für die Lösung des Problems der "optimalen Allokation der Ressourcen": Das volkswirtschaftliche Optimum liegt dort, wo die Produktionsfaktoren so auf die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten verteilt sind, daß ein (mit den Faktorpreisen) gewogener Ausgleich der Grenzproduktivitäten aller Faktoren erreicht ist. In der Verwirklichung dieses Prinzips scheint damit auch die Lösung für das Problem der Konsistenz des gesellschaftlichen Zielsystems zu liegen. Gegenüber diesem scheinbaren Naturgesetz erscheinen gezielte menschliche Eingriffe nur mehr Schaden als Nutzen für die Volkswirtschaft und damit für die gesamte Gesellschaft anrichten zu können. CLARK unerläßt es auch nicht, auf die fatalen Auswirkungen des Versuchs hinzuweisen, die Einkommensverteilung z.B. auf dem Weg über Streiks ändern zu wollen: "Es muß ein besseres Mittel geben als Streiks, um den Arbeitenden nennenswerte Vorteile zu verschaffen. Die Kooperation zielt darauf ab, die Spanne zu erweitern, aus welcher der Vorteilszuwachs gewonnen wird. Sie erhöht die Produktivität der Gewerbe; sie verschafft dem Unternehmer etwas mehr und dem Arbeiter weit mehr, als beide heute gewinnen'... Nur bei einer Teilung der Erzeugnisse des Gewerbefleißes stehen beider Interessen einander gegenüber, bei ihrer Hervorbringung befinden

sie sich in völliger Harmonie." (95) "Es ist, als wenn auf dem ganzen Feld die Arbeit mit dem Kapital Hand in Hand ginge; und beide nähmen in Empfang, was sie selbst dem Ergebnis der unabhängigen Wirksamkeit des anderen hinzufügten." (96)

Gegen die Grenzproduktivitätstheorie sind eine Reihe marginaler Kritikpunkte vorgebracht worden (97), auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden soll, aber nur relativ wenig essentielle Kritik. Nur marginal erscheint zunächst die Kritik an der Annahme der vollständigen Konkurrenz: so ändert sich z.B. an der Gewinnmaximierungsregel überhaupt nichts, wenn anstelle von Konkurrenzpreisen auf den Faktor- und Absatzmärkten Monopol- oder Oligopolpreise angenommen werden. Ändern würde sich hierdurch lediglich der Verlauf der zugrundegelegten Kurven und damit auch die gewinnmaximale Einsatzmenge. Bestehen bleibt jedoch die Entscheidungsregel, von einem Faktor gerade soviel einzusetzen, daß sein Grenzprodukt gleich seinem Faktorpreis ist. Was sich aber durch das Aufgeben der Annahme von der vollständigen Konkurrenz in bezug auf die Schlußfolgerung einer gerechten Verteilung ergibt, hat durchaus essentiellen Charakter: Angenommen, z.B., ein Unternehmen

95) J.B. Clark, 2, The Distribution of Wealth, S. 179 nach W. Hofmann, 2, Einkommenstheorie - vom Merkantilismus bis zur Gegenwart (Sozialökonomische Studententexte), Berlin 1965, S. 218

(96) J.B. Clark, 1, The Possibility of a Scientific Law of Wages, in: "Contributions to the Wages Question", Publications of the American Ec.Ass. Bd. IV/1, Baltimore 1889, S. 37 ff, S. 61, nach W. Hofmann, 2, S. 218

(97) Vgl. hierzu insbesondere W. Hofmann, 2, 219 ff W. Krelle, Verteilungstheorie, Tübingen 1962

habe ein gewisses Nachfragemonopol nach Arbeitskräften innerhalb eines Gebietes und habe die Löhne stark gedrückt; zu diesem niedrigen Lohnsatz wird es zwar Arbeiter wiederum nun solange einstellen, als diese mindestens das einbringen, was sie kosten. Damit ist aber nicht gesagt, daß ihre Entlohnung in irgendeiner Form gerecht ist. "Statt daher zu sagen, daß er (der Unternehmer) den Arbeiter nach seinem Produkt bezahlt, sollte man vielmehr sagen, daß jeder Unternehmer sich so einrichten wird, daß der Arbeiter mindestens soviel erbringt, wie er kostet." (98)

W. HOFMANN schreibt in diesem Zusammenhang: "Man kann allerdings das Grenzproduktivitätstheorem ohne Mühe auf Monopolverhältnisse aller Art anwenden: Denn wie schon nach der Grenznutzenlehre die Verknappung des Angebots etwa eines Konsumprodukts dessen Grenznutzen erhöht, so steigert die Verknappung des Angebots irgendeines "Faktors" auch dessen "Grenzproduktivität" ... Die Redensart, es sei die Grenzproduktivität irgendeines "Faktors" gestiegen oder gesunken, ist nur eine gelehrte Umschreibung des banalen Sachverhalts, daß die "Preise" dieses oder jenes "Faktors" herauf- oder herabgegangen, daß etwa bestimmte Kapitalgewinne oder bestimmte Löhne gestiegen oder gefallen seien. Zur E r k l ä r u n g dieses Sachverhalts trägt die inhaltsleere Redewendung nichts bei." (99)

98) A. Aftalion, Les trois notions de la productivité et les revenue, in: Rev. d'economie politique 1911, S. 172, nach W. Hofmann, 2, Einkommenstheorie - vom Merkantilismus bis zur Gegenwart, S. 234

99) W. Hofmann, 2, S. 236

Damit wird deutlich, daß die Grenzproduktivitätstheorie das Problem der Verteilung bzw. das Zustandekommen einer bestimmten Lohn-, Zins- oder Rentenhöhe nicht erklärt, sondern aus ihrer Betrachtung ausklammert und als gelöst voraussetzt. "In der Tat liefert das Grenzproduktivitätstheorem als solches keine originäre Erklärung der Einkommensbildung. Es sagt nur, wie bei gegebenen Preisen der sachlichen Kapitalelemente und bei gegebenen Löhnen die Unternehmungen ihr Produktivkapital am wirtschaftlichsten für bestimmte Zwecke verwenden oder diese Zwecke selbst ändern. Die Grenzproduktivitätstheorie ist also eigentlich keine Theorie der Einkommensverteilung, sondern eine Theorie der Produktion." (100) In dieser Begrenztheit kann sie allenfalls aufgefaßt werden als eine Entscheidungsregel zur Gewinnmaximierung innerhalb eines Unternehmens, nicht aber als Rechtfertigung einer bestimmten Einkommensverteilung, deren Existenz sie ja gerade als gegeben voraussetzt. Als Entscheidungsregel ist sie aber lediglich geeignet, Rezepte zur Erreichung vorgegebener Unterziele (Gewinnmaximierung) zu liefern; ob diese Unterziele in einem konsistenten Zusammenhang mit gesellschaftlichen Oberzielen stehen, bleibt dabei völlig offen.

Dort, wo die Grenzproduktivitätstheorie zu fragen aufhört, müßte das Fragen erst beginnen, wenn es darum geht, die Einkommens- und Vermögensverteilung einer kritischen Prüfung zu unterziehen: Warum spielt sich selbst unter der Annahme der freien Konkurrenz - ein bestimmter Lohnsatz ein? Warum sind von Anfang an einige mit Vermögen ausgestattet, andere nicht? Warum können einige den Einsatz ihrer Produktionsfaktoren (Kapital,

100) W. Hofmann, 2, Einkommenstheorie - vom Merkantilismus bis zur Gegenwart, S. 231

Grund und Boden) bei zu niedriger Bezahlung verweigern, andere (nämlich die Arbeiter, die auf den ständigen Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind) nicht? - In diesen Unterschieden, die nicht naturgesetzlich, sondern gesellschaftlich bedingt sind, liegen die tieferen Ursachen und Wurzeln für das Verständnis der Einkommens- und Vermögensverteilung, nicht aber in der vordergründigen Analyse der Grenzproduktivitätstheorie, die die gesellschaftliche Machtverteilung als gegeben hinnimmt, gleichzeitig aber den Anspruch erhebt, allgemeingültige Verteilungsgesetze abzuleiten.

Um die Fragwürdigkeit der Grenzproduktivitätstheorie als Verteilungstheorie herauszuarbeiten, ist es allerdings nicht einmal notwendig, die Annahme der vollständigen Konkurrenz auf allen Märkten (so fragwürdig diese bereits ist) aufzugeben. Selbst unter Zugrundelegung dieser Annahme verfängt sich die Theorie in ihren eigenen Widersprüchen: Ausgangspunkt aller Überlegungen ist das Streben nach Gewinnmaximierung in den einzelnen Unternehmungen, und auf dieser Basis gelangt die Grenzproduktivitätstheorie schließlich zu dem überraschenden Ergebnis, daß volkswirtschaftlich alle entstandenen Erlöse voll und ganz - ohne einen Rest - von der Summe der Faktorenentlohnungen (Löhne, Zinsen, Bodenrenten) verschlungen, "ausgeschöpft" werden, für Gewinne also gar kein Platz ist. Das würde bedeuten, daß entweder - trotz des Strebens nach Gewinnmaximierung - kein einziges Unternehmen einen Gewinn realisieren kann, oder aber daß Gewinne bei den einen Unternehmen ihr Gegenstück haben müssen in entsprechenden Verlusten bei anderen Unternehmen (101) - beides

101) Zur Frage der Herkunft volkswirtschaftlicher Gewinne vgl. B. Senf/D. Timmermann, Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen - eine kritische Einführung, Bd. 2, 14 ff

Annahmen, die mit der Realität wohl kaum in Einklang zu bringen sind. Die Grenzproduktivitätstheorie (die den Anspruch erhebt, Naturgesetze der Verteilung aufzudecken) hat damit bei der Erklärung der für die Verteilung grundlegenden Frage nach dem Verhältnis zwischen Löhnen und Gewinnen restlos versagt. Hierfür hat erst PREISER einen befriedigenden Ansatz geliefert, der freilich zunächst nicht viel mehr darstellt als einen Hinweis darauf, in welcher Richtung eine Verteilungstheorie ihr Blickfeld zu öffnen hätte, um nicht in der Sackgasse der Grenzproduktivitätstheorie stecken zu bleiben. x)

x) PREISER hebt hervor, daß sogar schon bei der Annahme der vollständigen Konkurrenz davon ausgegangen werden müsse, daß die Unternehmerkaptalisten insgesamt eine ganz andere Ausgangsposition besitzen als die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesenen Arbeiter: "Die in erster Linie durch die Eigentumsverteilung gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnisse erlauben es dem Unternehmerkaptalisten, auf die Arbeitskosten des von ihm produzierten Guts einen Gewinnaufschlag zu machen. Dadurch wird die Auseinandersetzung über Löhne und Profite vom Arbeitsmarkt, wo die Geldlöhne ausgehandelt werden, auf den Gütermarkt verlegt, wo über den realen Lohn entschieden wird. Das Verhältnis des Stückgewinns zum Preis ... ist dann der Monopolgrad." (102) Dieser Monopolgrad hat - das muß betont werden - nichts zu tun mit der Monopolstellung eines einzelnen Unternehmens, sondern betrifft die Machtstellung der Unternehmen als Gruppe gegenüber den Konsumenten als Gruppe. Daß dieser Monopolgrad auch durch eine zunehmende Monopolisierung oder Oligopolisierung des Unternehmenssektors beeinflußt wird, bedarf keiner Frage.

102) E. Preiser, 3, Wachstum und Einkommensverteilung, Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Jg. 1961, 5. Abhandlung, Hier nach der 2. Aufl., Heidelberg 1964, nach W. Hofmann, 2, Einkommensverteilung - vom Merkantilismus bis zur Gegenwart, S. 270

Aus dem PREISERSchen Ansatz wird deutlich, daß es ein Naturgesetz der Verteilung nicht gibt, sondern allenfalls ein "Gesetz der gesellschaftlichen Macht". Woraus diese Macht resultiert, bzw. wodurch sie entstanden ist und warum sie einigen zufällt und anderen nicht, diese Frage bleibt freilich auch bei PREISER unbeantwortet. Immerhin hat PREISER mit seinem Ansatz die Türen zur Soziologie wieder aufgestoßen, die die Neoklassiker - nach dem umfassenden gesellschaftskritischen Ansatz von MARX - am liebsten für immer verschlossen gehalten hätten (und bis heute noch verschlossen halten). ^{x)}

x) Aber auch für die ökonomische Theorie eröffnen sich aus dem PREISERSchen Ansatz neue Perspektiven, die W. HOFMANN kurz angedeutet hat: "Das Spannungsverhältnis, das sich so aus der allgemeinen Oligopolisierung und dem verallgemeinerten Streben nach Vorzugsgewinnen auf der einen Seite und aus der notwendigen Erhaltung einer ausreichenden Massenkaufkraft, auch zur V e r w i r k - l i c h u n g dieses Strebens selbst, ergibt, stellt offenbar ein vorwärtstreibendes Element der modernen öffentlichen Konjunktur- und Kaufkraftpolitik dar. Seine Deutung würde weiterführen zu einem tieferen Verständnis der institutionalisierten schleichenden Inflation unserer Tage." (103)

103) W. Hofmann, 2, Einkommenstheorie - vom Merkantilismus bis zur Gegenwart, S. 279

Der schwerwiegendste Einwand gegen die Grenzproduktivitätstheorie als allgemeingültiger Verteilungstheorie liegt jedoch in der Kritik an der impliziten Gleichsetzung von produktions-technischen und verteilungs-mäßigen Aspekten: Aus der Tatsache, daß neben der Arbeit auch Kapital und Boden für den Produktionsprozeß benötigt werden, wird automatisch gefolgert, daß den *Privateigentümern* von Kapital und Boden eine entsprechende Entlohnung zuzufallen müsse. Das Privateigentum an Produktionsmitteln wird damit implizit als Naturgegebenheit unterstellt. Auf diese Weise wird genau der Punkt aus der Diskussion ausgeklammert, den MARX in den Mittelpunkt seiner Kritik gestellt hatte. Nichtsdestoweniger werden die Ergebnisse der Grenzproduktivitätstheorie dazu herangezogen, um die MARXsche Kritik als wissenschaftlich widerlegt hinzustellen. (Die wissenschaftliche Unsicherheit einer solchen Argumentation kann gar nicht genug hervorgehoben werden!) Folgt man den Ergebnissen der Grenzproduktivitätstheorie, so scheint eine Alternative zum kapitalistischen System überhaupt nicht zu existieren, oder aber jede Lösung, die die unter kapitalistischen Verhältnissen entstehende Einkommens- und Vermögensverteilung korrigieren will, scheint zwangsläufig mit einem Nachteil für die gesamte Gesellschaft verbunden zu sein.

Dieser Argumentation liegt ein entscheidender Trugschluß zugrunde: "Selbst wenn den eingesetzten Mitteln ("Kapital", "Boden") eine selbstständige Ertragskraft zukäme, so bliebe unerklärt, wieso das "funktionelle" Einkommen auf "Kapital" und "Boden" den *Eigentümern* eines Kapitals oder eines Bodenstücks zufällt." (104)

"Denn bei der Ertragsbildung hat zwar der Boden eine Funktion, nicht aber der Bodenbesitzer." Entsprechendes gilt für das Kapital. Schon TUGAN-BARANOWSKIJ hat auf den "fundamentalen Fehler" hingewiesen, nämlich "die Verwechslung des Kapitals als eines Produktionsfaktors, mit dem Kapitalisten - dem Besitzer dieses Produktionsfaktors; die Verwechslung der Kategorie der Technik mit den Kategorien der sozialen Ordnung. Der Profit ist eine Kategorie der Verteilung, also eine Kategorie der sozialen Ordnung, und darum muß jeder Versuch, den Profit und Kapitalzins außerhalb des sozialen Gebildes zu begründen, notwendigerweise mißlingen." (105) "Verstehen wir als Ideologie den Irrtum mit gesellschaftlicher Tendenz, so werden wir nach allem Vorausgegangenem die Grenzproduktivitätstheorie als Ideologie zu werten haben - unbeschadet der Gutgläubigkeit vieler ihrer Anhänger." (106)

Daß sich ein Eingriff in die Einkommensverteilung innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft fatal auf die Gesamtheit auswirken kann, liegt nicht in irgendwelchen Naturgesetzen begründet, sondern lediglich darin, daß die Eigentümer an Produktionsmitteln (bzw. diejenigen, die darüber verfügen) den Einsatz ihrer Produktionsmittel dann verweigern können, wenn ihnen Gewinne, Zinsen oder Grundrente zu niedrig erscheinen. Auf ihr Wohlwollen ist die Gesamtheit angewiesen; s i e zum Einsatz ihrer für den Produktionsprozeß erforderlichen Produktionsfaktoren in irgendeiner Weise zu motivieren - anzureizen -, ist für die Gesamtheit lebenswichtig, solange

105) E. Preiser, 2, Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitätstheorie, SchZ 1953, abgedruckt in: E. Preiser, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1963³, S. 282

106) Tugan-Baranowskij, Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England, Jena 1901 (Petersburg 1894), S. 207

sie nicht über Möglichkeiten verfügt, um die Eigentümer zum Einsatz dieser Produktionsfaktoren zu zwingen.

Eine verteilungspolitische Alternative (die sich freilich nicht allein auf den Verteilungsaspekt beschränkt!) kann hier nur kurz angedeutet werden: In einem sozialistischen System ohne Privateigentum an Produktionsmitteln (einschließlich Grund und Boden) wird es zwar - will man die Verschwendung knapper Produktionsmittel (knapp aufgrund natürlicher und technischer, nicht aufgrund gesellschaftlicher Gegebenheiten!) vermeiden - ebenfalls erforderlich sein, die Knappheiten der einzelnen Produktionsfaktoren bei der Entscheidung über verschiedene Produktionsalternativen zu berücksichtigen, z.B. durch Zugrundelegung von Knappheitspreisen: Für die Nutzung von Maschinen bzw. für die Bereitstellung entsprechender Geldmittel kann ebenfalls ein "Zins" angesetzt werden, für die Nutzung von Boden eine "Bodenrente". Der fundamentale Unterschied zu einem kapitalistischen System aber liegt darin, daß diese abgeführten Beträge nicht den Eigentümern der Produktionsmittel, sondern einem "großen Topf", einem gesellschaftlichen Fonds zufließen, aus dem heraus gesellschaftliche Aufgaben bestritten werden können. ^{x)}

x) "Der Zins in allen kapitalistischen Systemen vereinigt in sich demnach zwei Funktionen, die nicht notwendigerweise miteinander verkoppelt sein müssen: die Steuerungsfunktion (oder Lenkungsfunktion) auf der einen Seite und die "Einkommensfunktion" auf der anderen Seite. Erst durch diese Verkoppelung kann sich ein Automatismus ergeben, der dazu führt, daß sich ökonomische Macht immer mehr konzentriert und verselbstständigt." (107)

107) B. Senf/D. Timmermann, Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen - eine kritische Einführung, Bd.2, S. 66

An der mikroökonomischen Entscheidungsregel, die sich aus der Grenzproduktivitätstheorie ableitet, braucht sich dabei gar nichts zu ändern. Dadurch aber, daß die Produktionsfaktoren nicht mehr beliebig von den Eigentümern zurückgehalten werden können, um die Faktorenentlohnung (Zins, Grundrente und auch Gewinne) in die Höhe zu treiben bzw. die Löhne zu drücken, können die Knappheitspreise für "Kapital" und Boden von dem Machtelement gereinigt werden, das ihnen unter kapitalistischen Bedingungen anhaftet.

Ein weiteres kommt hinzu: Die mikroökonomischen Entscheidungsregeln mögen zwar formal dieselben sein, aber die Unterziele selbst können inhaltlich einen anderen Charakter annehmen und in einem anderen Zusammenhang zu gesellschaftlichen Oberzielen stehen: Es macht einen erheblichen Unterschied, ob die in die Kalkulation des Unternehmens eingehenden Faktor- und Absatzpreise monopolistisch oder oligopolistisch durchgesetzt sind, oder ob sie auf einem von solchen verzerrenden Einflüssen gereinigten Preissystem basiert, wie es in einem sozialistischen System planmäßig geschaffen werden könnte. Schließlich: Es macht einen erheblichen Unterschied, ob die entstandenen Gewinne zur Ausdehnung von Marktmacht eingesetzt werden können, oder ob sie - aufgrund eines planmäßigen Gewinnverwendungssystems im Sozialismus - zu einem festgesetzten Prozentsatz z.B. für Sozialaufwendungen innerhalb der Betriebe verwendet werden m ü s s e n .

Daraus wird deutlich: Als produktionstechnische mikroökonomische Entscheidungsregel behält das Grenzproduktivitätstheorem auch in einem sozialistischen System

seine Bedeutung. Diese Übereinstimmung mit der Anwendung unter kapitalistischen Bedingungen ist allerdings rein formal. Der entscheidende Unterschied liegt erstens darin, daß die Daten, die in diese Rechnung eingehen, sich in ihrem Charakter bzw. in ihrer Aussagekraft fundamental von denen unter kapitalistischen Verhältnissen unterscheiden können, und zweitens darin, daß die gesellschaftlich bedingte Gleichsetzung von Produktionsfaktoren und deren Privateigentümern aufgehoben wird: Aus der Tatsache, daß Kapital und Boden aus produktionstechnischen Gründen für den Produktionsprozeß benötigt werden, folgt nicht mehr automatisch, daß irgendwelche Eigentümer zur Bereitstellung dieser Faktoren erst durch eine entsprechende Belohnung motiviert werden müssen.

Damit ist deutlich, daß - den von der Grenzproduktivitätstheorie scheinbar abgeleiteten Naturgesetzen zum Trotz - in den Verteilungsprozeß bewußt und planmäßig eingegriffen werden kann, ohne die Produktion zu gefährden, wenn erst einmal die gesellschaftlichen Bedingungen hierfür geschaffen sind.

3) DIE LEHRE VOM ÖKONOMISCHEN GLEICHGEWICHT

Während es das Anliegen von MARX gewesen war, die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft aufzudecken und sie abzuleiten aus den ständig sich bildenden Widersprüchen, die immer wieder auf eine Veränderung hindrängen, wurde im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts die Grundlage gelegt für die Entwicklung einer Theorie vom ökonomischen Gleichgewicht.

"Der Gleichgewichtslehre ging es darum zu prüfen,

- 1) ob die Konkurrenz unter statischen Voraussetzungen wirklich zu stabilen Verhältnissen auf dem Markt führe, so daß für die Haushalte und Erwerbsunternehmen kein Anlaß besteht, die getroffenen Dispositionen zu ändern,
- 2) ob jede Abweichung von diesem Gleichgewicht durch das freie Spiel der Kräfte zu einem neuen Gleichgewicht am Markt führe und
- 3) ob dadurch den Tauschpartnern ein Optimum an Nutzen und Ertrag gesichert werde.

Das waren die Fragen, die die Lehre vom partiellen Gleichgewicht zu beantworten suchte. Daneben und darüberhinaus suchte man

- 4) Klarheit darüber, ob sich wirklich - was oft behauptet, dennoch nie bewiesen worden war - bei Konkurrenz im gesamten Wirtschafts-

system ein a l l g e m e i n e s Gleichgewicht der Märkte einstelle, bei dem zugleich das wirtschaftliche Optimum, d.h. eine optimale Versorgung der Konsumenten bei gegebenen Bedürfnissen und gegebener Einkommensverteilung realisiert ist. " (108)

Aus diesen Formulierungen wird deutlich, daß sich die Gleichgewichtstheorie sowohl bezüglich des Erkenntnisziels als auch bezüglich des methodologischen Ausgangspunkts in fundamentaler Weise vom MARXschen Ansatz unterscheidet. Ausgangspunkt der Gleichgewichtstheorie ist die Suche nach einem Ruhezustand, nach einem Ausgleich zwischen Kräften bzw. ökonomischen Größen (Angebot und Nachfrage), nach einem Gleichgewicht, das allenfalls durch äußere Einflüsse und Anstöße gestört werden kann. In den Mittelpunkt der Analyse rückt die Frage nach den Bedingungen eines Gleichgewichts, und äußere Störungen des Gleichgewichts werden lediglich im Hinblick darauf untersucht, zu welchem neuen Gleichgewicht sie hindrängen.

Diese Betrachtungsweise steht in völligem Gegensatz zur dialektischen Betrachtungsweise von MARX, die davon ausgeht, daß nicht der Ruhezustand die Regel ist, sondern die Bewegung, die Veränderung, und daß in jedem scheinbaren Ruhezustand bereits die Kräfte angelegt

108) A. Kruse, Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien, S. 216

sind, die auf eine Veränderung hindrängen. Und daß das Verständnis der bewegenden Kräfte nur dadurch gewonnen werden könne, daß die Widersprüche in den Dingen selbst aufgedeckt werden, durch deren Spannungsverhältnis diese Kräfte hauptsächlich entstehen. - Indem die Gleichgewichtstheorie sämtliche Veränderungen lediglich auf äußere, nicht weiter untersuchte und erklärte Anstöße zurückführt, lenkt sie das Interesse von der Suche nach den Widersprüchen in den Dingen selbst ab. Nicht zuletzt in der Anwendung dieser Methode ist es begründet, daß mit Hilfe der Gleichgewichtsmodelle im wesentlichen der Eindruck einer Interessenharmonie erzeugt wird, bei der den "Tauschpartnern ein Optimum an Nutzen und Ertrag" (KRUSE) gesichert werde.

a) DIE THEORIE VOM TOTALEN KONKURRENZGLEICHGEWICHT

Die von WALRAS (109) begründete und von PARETO (110) weiterentwickelte Theorie des totalen Konkurrenzgleichgewichts stellt in gewisser Weise eine Integration von Haushaltstheorie, mikroökonomischer Produktionstheorie sowie der Grenzproduktivitätstheorie als Verteilungstheorie dar. Worum es WALRAS in erster

109) L. Walras, *Eléments d'économie politique pure*, Lausanne-Paris-Basel 1874/77 (1900⁴), hier nach dem Neudruck von 1952

110) V. Pareto, *Economie mathématique*, London 1968
Vgl. W. Hofmann, 1, Wert- und Preislehre

Linie ging, war der Nachweis eines interdependenten Zusammenhangs aller Preise in einer Marktwirtschaft sowie der Tendenz zu einem allgemeinen Gleichgewicht auf allen Märkten (Gütermärkte, Kapitalmarkt, Märkte für Produktionsfaktoren einschließlich Arbeitsmarkt). Unter der Annahme, daß sich die Haushalte über ihre Präferenzen klar sind und sich rational im Sinne der Nutzenmaximierung verhalten, daß die Unternehmen nach Gewinnmaximierung streben und daß auf allen Märkten vollständige Konkurrenz bestehe, gelangte WALRAS (111) zu einem Ergebnis, das von A. KRUSE wie folgt zusammengefaßt wird: "Bei vollständiger Konkurrenz besteht ein allgemeines Gleichgewicht, und die voneinander unabhängigen ökonomischen Größen sind determiniert ... Es besteht bei allgemeinem Gleichgewicht auch ein Gleichgewicht auf allen Märkten. Die Verbraucher erreichen hierbei ihr Nutzenmaximum, während die Produktion bei Vollbeschäftigung aller Faktoren zu den geringsten Kosten erfolgt." (112) "Im Gleichgewichtszustand der Produktion machen die Unternehmen weder Gewinne noch Verluste." (113)

Folgt man den Ergebnissen der WALRASschen Theorie, so scheint eine kapitalistische Marktwirtschaft bei Verwirklichung der Konkurrenz aus sich heraus keinerlei Kräfte in Richtung einer Veränderung zu entfalten; die Anstöße zu Veränderungen können nur von außen kommen, sei es durch Veränderung der Bedürfnisstrukturen, sei es durch Bevölkerungswachstum, oder sei es

111) Einzelheiten vgl. bei W. Hofmann, 1, Wert- und Preislehre, S. 256 ff

112) A. Kruse, S. 221

113) L. Walras, S. 195

durch die Veränderung der Produktionsfunktionen (d.h. durch technischen Fortschritt). Das Konsistenzproblem erscheint bei vollständiger Konkurrenz in optimaler Weise gelöst zu werden: Nicht nur werden die Unternehmen im Konkurrenzkampf zum sparsamen Einsatz der Mittel gezwungen, sondern auch noch zur Orientierung der Produktion an der Nachfrage und damit an den Bedürfnissen. Im Gleichgewicht "gehen alle Pläne in Erfüllung". (114)

"Unter den Bedingungen der vollständigen Konkurrenz funktioniere daher der Wirtschaftsprozess so, als ob er nach einem einheitlichen Plan gelenkt werde, einem Plan, der mit den Interessen aller, mit dem "Tauschinteresse" ... übereinstimme und daher Produktion und Verteilung auf die Bedürfnisse der Gesamtheit abstimme." (115)

Zu den tragenden Säulen dieser Theorie werden die Haushaltstheorie und die Grenzproduktivitätstheorie, letztere implizit dadurch, daß auch von einer vollständigen Konkurrenz am Arbeitsmarkt ausgegangen wird. Der Preismechanismus wird schließlich gedeutet als eine "Rechenmaschine" (116), die nicht nur die gerechte Verteilung entsprechend dem produktiven Beitrag jedes Einzelnen herstelle, sondern auch dafür Sorge, daß sich die gesamte Produktion am Willen der Konsumenten ausrichte: "Im Preismechanismus setzt sich unter idealen Bedingungen ein übergreifender Zurechnungszusammenhang von den Bedürfnissen der Konsumenten (Nutzen) zum Ablauf

114) E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, 3 Bände, Band 2, Tübingen 1965¹⁰

115) H. Albert, 3, Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied und Berlin 1967, S. 56

116) H. Albert, 3, S. 53

und zum Gesamtergebnis der Produktion als kausaler Zusammenhang durch, wodurch eine im Sinne des Konsumentenwillens ideale Produktion und Verteilung garantiert ist." (117)

Damit scheint die klassische Vorstellung von der "unsichtbaren Hand" (SMITH) des Marktmechanismus, die das Wirtschaftsgeschehen im Sinne aller in optimale Bahnen lenkt, seine theoretisch exakte Fundierung erfahren zu haben. (Dabei darf freilich nicht unbeachtet bleiben, daß die Realität des kapitalistischen Systems - zunehmende Verelendung der Arbeiter und regelmäßige konjunkturelle Schwankungen - zu dieser Zeit erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der klassischen Vorstellung hätte aufkommen lassen müssen.) "Erklärung und Rechtfertigung des Wirtschaftsprozesses scheinen zusammenzufallen, ein typisches Zeichen einer pseudo-kausalen und krypto-normativen Theorie." (118)

Es bedarf keiner Frage, daß ein Gebäude dessen tragende Säulen zusammenbrechen, seinerseits in sich zusammenstürzen muß. Daß die tragenden Säulen des Modells vom totalen Konkurrenzgleichgewicht einmal die Haushaltstheorie, zum anderen die Grenzproduktivitätstheorie sind, wurde oben erwähnt. - Daß beide Säulen - ganz zu schweigen von der Annahme der vollständigen Konkurrenz - keine Tragfähigkeit besitzen und einer essentiellen Kritik nicht standhalten, wurde von uns an anderer Stelle gezeigt. Damit dürfte deutlich sein, daß der "Rettungsversuch" der neoklassischen Theorie,

117) A. Albert, 3, S. 54

118) A. Albert, 3, S. 54

das System der kapitalistischen Marktwirtschaft als ein konsistentes Zielsystem zur Lösung eines gesellschaftlichen Oberziels im Sinn der individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse nachzuweisen, mißlungen ist. x) Die zunehmende Formalisierung der ökonomischen Theorien, die ihren ersten Höhepunkt in der Theorie von WALRAS findet, hat allerdings einiges dazu beigetragen, daß das Bewußtwerden dieses "Mißerfolgs" außerordentlich erschwert wurde (wird).

Einige Annahmen dieser Theorie wurden freilich so offensichtlich unhaltbar, daß sich in der weiteren Entwicklung der Theorie verschiedene Versuche zeigten, ihre schwersten Mängel zu heilen. Einmal war es die zunehmende Marktvermachtung, die Monopolisierung und Kartellierung bzw. das Erstarken von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, die nicht mehr übersehen und von der Theorie einfach ausgeklammert werden konnte. Aus diesem Dilemma schien die mikroökonomische Partialanalyse, die sich mehr und mehr mit monopolistischen und oligopolistischen Marktformen befaßte, einen Ausweg anzubieten. Es wird sich freilich zeigen, daß die Beschäftigung der

x) Daran ändert auch der Versuch PARETOs nichts, an die Stelle von kardinaler Meßbarkeit des Nutzens - wie sie noch von WALRAS unterstellt wurde und wie sie sich als unwirksam erwiesen hatte - ein System von Indifferenzkurven mit ordinaler Meßbarkeit zu setzen. Die Tatsache, daß - wie oben dargelegt - rationales Verhalten der Individuen nicht nachgewiesen werden kann (auch gerade nicht mit dem behaviouristischen Ansatz der empirischen "Ermittlung" von individuellen Präferenzen!), erschüttert zwar nicht den formalen Apparat der Gleichgewichtstheorie, wohl aber die inhaltlichen Aussagen: Daß sich die Produktion - selbst unter Konkurrenzbedingungen - an den Bedürfnissen (!) ausrichtet, kann nicht mehr als theoretisch fundiert gelten.

Theorie mit diesen Phänomenen eindeutig auf Kosten der übergeordneten Fragestellung nach der Konsistenz des kapitalistischen Systems ging und sich insofern kaum dazu eignete, die Folgerungen der WALRASSchen Theorie bezüglich der Konsistenz des gesellschaftlichen Zielsystems überhaupt in Frage zu stellen. Die Zuständigkeit für die Beantwortung dieser Frage wurde vielmehr auf die sich in den 20er Jahren entwickelnde Wohlfahrtsökonomik geschoben.

Ein zweiter Anstoß für eine Korrektur der neoklassischen Theorie war schließlich die Weltwirtschaftskrise nach 1929, die in einem so krassen Ausmaß deutlich werden ließ, daß die Vorstellung von einer sich selbst regulierenden Marktwirtschaft und der automatisch sich immer wieder herstellenden Vollbeschäftigung unhaltbar war. Wollte die ökonomische Theorie samt ihren Aussagen wieder glaubwürdig werden, so konnte sie derartigen Erscheinungen der Realität nicht mehr länger ratlos gegenüberstehen. Insofern wurden von dieser Seite her einige fundamentale Korrekturen am neoklassischen Theoriegebäude erforderlich, die von KEYNES vorgenommen wurden und die Entwicklung eines selbständigen Theorienzweiges, der Makroökonomie, einleiteten. Es wird sich jedoch auch hier zeigen, daß die Makroökonomie zur Lösung des Konsistenzproblems so gut wie nichts beiträgt und stattdessen einseitig den Aspekt der "Funktionsfähigkeit" eines kapitalistischen Systems im Sinne von Vollbeschäftigung und Wachstum in den Mittelpunkt stellt. Wir kommen auf diesen Zusammenhang zurück.

b) THEORIE VOM PARTIELLEN GLEICHGEWICHT

Wie schon angedeutet, machte die mikroökonomische Partialanalyse den Versuch, sich nicht allein an die Annahme der vollständigen Konkurrenz zu klammern, sondern auch andere Marktformen und ihre Auswirkung auf die Preisbildung auf einem Partialmarkt zu untersuchen. "MARSHALL war immer bestrebt, die Theorie unmittelbar praktischen Erfordernissen dienstbar zu machen. Die Nationalökonomie müsse eine praktische Wissenschaft sein in dem Sinne, daß sie Ratschläge geben und die Wirtschaftspolitik beeinflussen könne. An diesem Ziel war auch sein wissenschaftlicher Apparat ausgerichtet." (119) Das Erkenntnisziel bestand für ihn dabei weder in der Frage nach der Konsistenz des gesamten Zielsystems noch etwa in der Frage nach den Motivationen, sondern im wesentlichen in der Frage nach den Bestimmungsgründen einzelner Marktpreise. Diese Entwicklung in der Theorie wäre dann unbedenklich, ja sogar zu begrüßen, wenn es gelungen wäre, die Ergebnisse der Detailuntersuchungen einzelner Partialmärkte zu reintegrieren in den größeren Rahmen der Konsistenz- und Motivationsproblematik. Stattdessen aber hat sich mehr und mehr eine Auflösung dieser umfassenden Fragestellung vollzogen: Was noch für MARX im Mittelpunkt der Untersuchung stand, wird bei MARSHALL ausgeklammert oder als gelöst vorausgesetzt: Die mikroökonomische Partialanalyse fragt weder nach der Herkunft der Motivationen noch nach dem Wesen der Bedürfnisse. Nachfrage ist für sie

119) A. Kruse, Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien, S.218

Ausdruck der Bedürfnisse, ungeachtet der Verzerrung durch ungleiche Kraftverteilung, ungeachtet der irrationalen Elemente beim Käuferverhalten. Nicht mehr das kapitalistische System und dessen Auswirkungen auf die Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen werden untersucht, sondern das Oberflächenphänomen der Bildung von Preisen. Die Preistheorie wurde seither zu einem selbständigen Theoriegebiet, losgelöst vom Problem der Einkommensverteilung (ohne das die Interpretation von Preisen inhaltsleer bleibt), losgelöst erst recht von den sozialen Beziehungen, die sich hinter dem Marktgeschehen verbergen (bzw. durch eine so geartete Preistheorie verborgen werden). In der gesamten Preistheorie wird mit Nachfragekurven gearbeitet, die entweder - in Anlehnung an HICKS - gedanklich aus den individuellen Präferenzfunktionen abgeleitet werden, oder aber die man unmittelbar empirisch fundieren zu können glaubt.

Sowohl die eine wie die andere Methode ist allerdings geeignet, um - selbst bei gleichmäßiger Einkommensverteilung - irgendwelche Rückschlüsse von der Nachfrage auf die Bedürfnisse der Individuen zu ziehen: Denn die Ableitung einer Nachfragekurve aus individuellen Präferenzfunktionen setzt die Kenntnis dieser Präferenzfunktionen voraus. Es wurde aber bereits gezeigt, daß derartige Funktionen allenfalls über die unzulässige Annahme rationalen Verhaltens empirisch "ermittelt" werden können. Genausowenig wie eine behaviouristisch ermittelte Präferenzfunktion wirkliche Auskunft über die Bedürfnisse des Individuums geben kann (weil unklar bleibt, ob das Individuum rational oder irrational gehandelt hat) genauso wenig kann aus einer daraus abgelei-

teten Nachfragefunktion auf die Bedürfnisse der Individuen geschlossen werden.

Die zweite Möglichkeit der empirischen "Fundierung" der Nachfragefunktion muß sich nicht nur den gleichen Einwand gefallen lassen, sondern krankt darüberhinaus noch an einer methodologischen Schwäche: Bei der empirischen Ermittlung der Veränderung der Nachfrage durch Veränderung des Preises muß per defibitionem ausgeschlossen werden, daß sich neben dem Preis andere Größen verändern ("ceteris-paribus-Klausel"), ^{x)} eine Annahme, die ganz offensichtlich unrealistisch ist. Indem sich empirisch ohnehin nur einzelne Konstellationen zwischen Preis und Menge ermitteln lassen, bleibt völlig offen, ob diese Punkte Teile e i n e r

x) Vgl. hierzu insbes. H. ALBERT, der darauf hinweist, daß die Verwendung der ceteris-paribus-Klausel zur Formulierung von tautologischen Aussagen führt, die "immun" sind gegenüber empirischen Widerlegungsmöglichkeiten. Der ceteris-paribus-Klausel fällt hierbei eine "Alibifunktion" zu: Immer dann, wenn die empirischen Überprüfungen eine Aussage zu widerlegen scheinen, kann der Einwand damit abgewehrt werden, daß sich eben wahrscheinlich doch irgendwelche nicht bekannten Umstände geändert haben, die in der Theorie als konstant (ceteris paribus) angenommen wurden. (ALBERT: Modellplatonismus: Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Betrachtung, in: Marktsoziologie und Entscheidungslgik, S. 340 ff)

Nachfragekurve sind ^{x)} oder ob sie zu verschiedenen Nachfragekurven gehören, die jeweils durch Verschiebung (weil sich die Umstände geändert haben!) aus der ursprünglichen, aber nicht feststellbaren Nachfragekurve hervorgegangen sind (Abb. 26 b).

x)

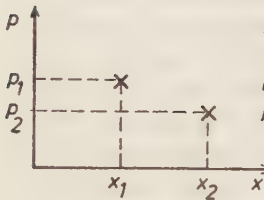


Abb. 26a

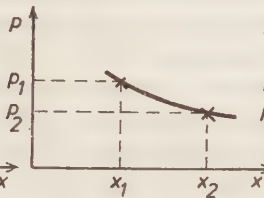


Abb. 26b

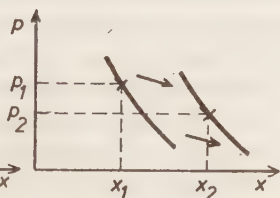


Abb. 26c

Problematik der empirischen Ermittlung von Nachfragekurven

Daraus wird deutlich, daß jede Nachfragekurve bezüglich ihrer empirischen "Fundierung" und erst recht bezüglich ihres Verhältnisses zu den zugrundeliegenden Bedürfnissen der Individuen "in der Luft hängt". Nichtsdestoweniger bedient sich die gesamte Preistheorie in ihrer Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage dieser "tragenden" Säule und erhebt dabei den Anspruch, das Zustandekommen der Preise in einer Marktwirtschaft zu erklären.

Während sich die mikroökonomische Partialanalyse immer weiter von der umfassenden Fragestellung des gesellschaftlichen Konsistenzproblems wegbewegt, entwickelt sie sich

im wesentlichen in der Richtung einer rein instrumentellen Anwendung aus der Sicht der Betriebswirtschaft: Der von MARSHALL entwickelte Begriff der Nachfrageelastizität, der gewissermaßen die Empfindlichkeit der Nachfrage auf Preisänderungen beinhaltet ^{x)}, erlaubt zwar - wie oben dargelegt - keine Ermittlung einer Nachfragekurve, aber verschafft dem einzelnen Unternehmen immerhin die Möglichkeit, durch "Abtasten des Marktes" eine ungefähre Vorstellung darüber zu erlangen, wie sich marginale Preisänderungen auf die Absatzchancen auswirken und wo dementsprechend der gewinnmaximale Preis liegen dürfte. Mit der Einführung des Begriffs "konjekturale Preis-Absatz-Funktion" (120), der lediglich die Vorstellungen des Unternehmers über die Absatzchancen, nicht aber die tatsächliche Nachfragekonstellation beinhaltet, ist vollends - wenngleich für die Theoretiker selbst unmerklich - der Bruch mit der ursprünglich umfassenden Fragestellung der Konsistenz des ge-

x) Welche ökonomischen, soziologischen und psychologischen Implikationen in der Nachfrageelastizität eines bestimmten Gutes enthalten sind, bleibt im allgemeinen unbefragt. Dem mit dem Instrument der Nachfrageelastizität arbeitenden Ökonomen ist es z.B. gleichgültig, ob die Unempfindlichkeit der mengenmäßigen Nachfrage gegenüber Preiserhöhungen darauf zurückzuführen ist, daß die Nachfrager das betreffende Gut (z.B. Luxusgut) stark begehren und sich freiwillig trotz Preiserhöhung zum Kauf entschließen, oder ob es sich dabei um ein Gut handelt, auf das die Individuen (selbst bei geringer Kaufkraft) beim besten Willen nicht verzichten können, sei es aus physiologischen Gründen oder aufgrund psychischer (sozial bedingter) Zwänge.

120) E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Bd. 2

gesellschaftlichen Zielsystems vollzogen. Das Ziel, was in der theoretischen Betrachtung seit der Abspaltung der Partialanalyse immer mehr in den Vordergrund rückte, ist die Entwicklung von Methoden, die dem Unternehmen bestmöglich die Erreichung von Unternehmensspeziellem, insbesondere der Gewinnmaximierung, ermöglichen. Die Unternehmensziele, die aus gesellschaftlicher Sicht nur Unterziele sein können, werden dabei im wesentlichen unbefragt übernommen und auf ihre Konsistenz oder Inkonsistenz zu gesamtwirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Zielen hin nicht mehr überprüft. Das Anliegen von MARSHALL, "die Theorie unmittelbar praktischen Erfordernissen dienstbar zu machen", hat somit eine Erfüllung in der Weise erfahren, daß seine Theorie mehr und mehr unmittelbar in den Dienst von Unternehmerinteressen gestellt wurde.

4) DIE WOHLSTANDSÖKONOMIK

Während die bisher skizzierten Ansätze der neoklassischen Theorie von ihren Vertretern als "reine Theorie" verstanden wurden, deren Aufgabe lediglich darin bestehe, die wirtschaftlichen Abläufe, wie sie sich vollziehen, zu beschreiben und zu erklären, entwickelte sich seit den 20er Jahren ein Theoriegebiet der Ökonomie, das sich zur Aufgabe setzte, Maßstäbe für gezielte Eingriffe in den Wirtschaftsablauf zur Erreichung bestimmter Ziele zu entwickeln: "Neben einer Analyse des So-Seins der Dinge ... ist also zudem zu erörtern, wie die Dinge am besten sein sollen und welche Mittel zur Erreichung dessen gewählt werden müßten." (121) Dieses Gebiet erhielt in der Folgezeit den Namen "Wohlstandsökonomik" (welfare economics) oder auch "normative Ökonomik" (im Gegensatz zur sog. "positiven Ökonomik", die sich nach ihrem Selbstverständnis lediglich mit t a t s ä c h l i c h e n Abläufen befassen will (!). "Nicht, damit wir wissen, was Wohlstand ist, sondern damit wir ihn verwirklichen können, betreiben wir Wohlstandsökonomik. Dazu ist allerdings Voraussetzung, daß ein fest umrissener Wohlstandsbegriff entwickelt wird." (122)

Wohlstandsökonomik wäre in unserer Terminologie demnach als der explizite Versuch aufzufassen, gesellschaftliche Oberziele zu formulieren und Maßnahmen abzuleiten,

121) R. Jochimsen, Ansatzpunkte der Wohlstandsökonomik, Versuch einer Neuorientierung im Bereich der normativen Lehre vom wirtschaftlichen Wohlstand, Tübingen 1961, S. 5

122) R. Jochimsen, S. 6

die bestmöglich die Erreichung dieser Oberziele ermöglichen. Was wir als Konsistenz- und Motivationsproblematik bezeichnet haben, wäre demnach überhaupt nur im Rahmen einer normativen Ökonomik, einer Theorie des Seinsollens, zu erörtern. Insofern wird es unserem Rahmen von besonderem Interesse sein, welche Versuche die Wohlfahrtsökonomik zur Lösung der Konsistenz- und Motivationsproblematik anbietet und welche Vorstellungen über die menschlichen Bedürfnisse in diese Theorie eingehen.

Bei dem Versuch der Formulierung gesellschaftlicher Oberziele erhebt sich die zentrale "Frage nach der Begründbarkeit und Exaktheit der Wertvorstellungen". (123) JOCHIMSEN betont, daß sich "die Ökonomik als Wissenschaft vom praktischen wirtschaftlichen Handeln bewußt sein (muß), wie die Ziele, Zwecke und Wertvorstellungen der Menschen zustandekommen. Berücksichtigt sie diese Grundlagen der Wertlehre nicht, so ergeben sich allenfalls 'Leerformeln' in den wissenschaftlichen Aussagen." (124) Damit scheint die Wohlfahrtsökonomik nach dem Selbstverständnis (mindestens einiger) ihrer Vertreter endlich den Weg zu bahnen zu den für die Lösung des Konsistenz- und Motivationsproblems notwendigen Grundlagen, nämlich der Frage nach dem Wesen der menschlichen Bedürfnisse und Wertvorstellungen.

Im Anschluß an die von MAX WEBER eingeleitete "Werturteilsdebatte" setzte sich immer mehr die Auffassung durch, "daß es niemals Aufgabe einer Wissenschaft sein kann, bindende Normen und Ideale zu ermitteln, um daraus

123) R. Jochimsen, S. 6

124) R. Jochimsen, S. 7

für die Praxis Rezepte ableiten zu können." (125)
Lediglich in drei Fällen habe sich die Wissenschaft mit Werturteilen auseinanderzusetzen:

- "1) Die Prüfung der 'Geeignetheit der Mittel bei gegebenem Zweck'. (S. 25)
- 2) Die Feststellung der Nebenwirkungen eines von außen gesetzten Werturteils oder Zwecks. (S. 24-26)
- 3) Die Prüfung der Werturteile (Zwecke) an dem Postulat der inneren Widerspruchslosigkeit des Gewollten (S. 26-27)." (125)

Im übrigen wird gewissermaßen als Axiom unterstellt, daß sich die Wertvorstellung in den Individuen bilden und als solche keiner wissenschaftlichen Kritik unterzogen werden können: "Jedes Werturteil ist letztenendes in der persönlichen Weltanschauung des Menschen verankert ... Sie geht in Sphären hinein, die außerhalb der empirischen Welt liegen, und in diese Tiefen der Weltanschauung reicht kein Senkblei der wissenschaftlichen Erkenntnis." (126)

Damit zieht diese Wissenschaftsauffassung freilich ihre Erkenntnisgrenzen per definitionem gerade dort, wo sich für die Psychoanalyse das Feld wissenschaftlicher Untersuchung erst öffnet: dort nämlich, wo untersucht wird, aufgrund welcher psychischen Mechanismen und welcher Umwelteinflüsse das Individuum bestimmte, von außen vorgegebene Wertvorstellungen verinnerlicht

125) M. Weber, Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 19 (N.F.1), 1904, S. 22-37 (auch abgedruckt in: Gesammelte Aufsätze, S. 25)

126) Nach R. Jochimsen, S. 10

("internalisiert") und so fest in seiner Psyche verankert, daß sie ihm als seine innersten, individuellen Wertvorstellungen erscheinen. Indem die oben skizzierte Wissenschaftsauffassung diesen Verbindungsfaden zwischen Gesellschaft und Individuum bereits in ihrem methodologischen Ansatz durchschneidet und als nicht existent aus ihrer Untersuchung ausklammert, versperrt sie sich von vornherein den Zugang zum Verständnis der gesellschaftlichen Bedingtheit des Bewußtseins (und Unterbewußtseins) der Individuen.

Die gesellschaftliche (und systemstabilisierende) Relevanz einer solchen Wissenschaftsauffassung ist nicht zu übersehen: Anstatt diejenigen Mechanismen in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Betrachtung zu rücken, die dem Individuum bestimmte Wertvorstellungen "einverleiben", werden solche Maßnahmen gesucht und gerechtfertigt, die sich an den "individuellen" (!) Wertvorstellungen orientieren; die gesellschaftlichen Machteinflüsse, die die Individuen in einer bestimmten Weise prägen und formen, bleiben damit verschleiert. x)

x) Angesichts dieses Vorgehens drängt sich ein - wenngleich kraß überzeichneter - Vergleich auf: Die Individuen werden mit Tonbändern verglichen, ihre Wertvorstellungen mit dem, was auf den Tonbändern gespeichert ist. Politische Maßnahmen sind dann legitimiert, wenn sich bei Abspielen aller Tonbänder eine Zustimmung ergeben würde. Die oben skizzierte wissenschaftliche Auffassung besteht nun darin, Maßnahmen zu entwickeln, die bestmöglich der "individuellen Meinung der Tonbänder" entsprechen. Auf welche Weise und mit welchen Inhalten die Tonbänder aber erst besprochen wurden und wer das Mikrophon hierzu in den Händen hat bzw. wie er an diese Macht gekommen ist und wie er sich an der Macht hält, diese Fragen bleiben per definitionem aus der "wissenschaftlichen" Betrachtung ausgeklammert. - Ergibt sich hingegen aus dem Abspielen der Tonbänder kein allgemeiner Konsensus, so liegt es ohnehin außerhalb der so verstandenen Wissenschaft, irgendwelche Werturteile abzugeben. (Mit dem Vergleich

- Forts. s. S. 156 -

Dessenungeachtet bezeichnet sich eine solche Wissenschaft aus ihrem Selbstverständnis heraus als "wertfrei", weil sie vorgibt, keine Werturteile zu fällen bzw. weil sie Werturteile nur dann zuläßt, wenn sie explizit gemacht und als persönliche Meinungen deklariert werden, die wissenschaftlich nicht zu untermauern sind: "Nach dieser erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Position in der Beurteilung der Sozialwissenschaften verbleibt entweder eine vollständig "wertfreie" positive Wissenschaft oder eine normative Wissenschaft, bei der zu Beginn die zugrundegelegten Werturteile bekenntnishaft, klar und vollständig aufgeführt werden. Ganz deutlich muß herausgestrichen werden, daß diese Werturteile in der Wurzel außerwissenschaftlicher Herkunft sind und nur im Rahmen der logischen Konsistenz, der Zweck-Mittel-Abwägung und der Erörterung der Nebenfolgen des Gewollten wissenschaftlich untersucht werden können." (127)

Forts. x) von S. 155:

Individuum - Tonband soll nicht ausgedrückt werden, daß das Individuum grundsätzlich nicht zur Bildung eigener Urteile befähigt ist!) Damit legt sich die Wissenschaft durch ihr methodologisches Vorgehen "selbst" die Scheuklappen an, die es ihr unmöglich machen, das Phänomen gesellschaftlicher Macht und Unterdrückung aufzudecken. Sie wirkt damit objektiv herrschaftsstabilisierend. Zu untersuchen bliebe freilich, warum sich gerade eine solche Wissenschaftsauffassung hat durchsetzen können. Daß es hierzu eines anderen wissenschaftstheoretischen Ansatzes bedarf, der diese engen methodologischen Fesseln sprengt, ist keine Frage.

127) R. Jochimsen, S. 11

Daß aber ein fundamentales Werturteil bereits darin liegt, vom Axiom der individuell sich bildenden Wertvorstellungen auszugehen, muß einer solchen "wert-freien" Wissenschaft verschlossen bleiben. Wir kommen deshalb nicht umhin, bei der Kritik der ökonomischen Theorie, insbesondere auch der Wohlstandsökonomik, andere wissenschaftstheoretische Maßstäbe anzulegen, die ihre nähere Begründung und Untermauerung insbesondere im vierten Teil dieser Arbeit erfahren werden. Das bedeutet: Wir können uns nicht von vornherein einer Position anschließen, die davon ausgeht, daß die Bildung von Wertvorstellungen selbst keiner wissenschaftlichen Untersuchung zugänglich ist. Die Berücksichtigung der psychoanalytischen Erkenntnisse dürfte diese unsere Position nur untermauern.

Wenn JOCHIMSEN schreibt: "So vermag die normative Ökonomik unter Umständen dem die Werturteile Akzeptierenden Hilfestellung geben, denn vielleicht wird er die Zwecke selbst ablehnen, wenn ihm die Nebenwirkungen oder die Mittel nicht zusagen bzw. ihm durch Wertexplikation andere Normen in den Vordergrund getreten sind, die er für wichtiger hält", so läßt sich dieser Gedanke - wie wir meinen - direkt auf die gesamte Wohlstandsökonomik selbst bzw. das ihr zugrundeliegende "Axiom der individuell sich bildenden Wertvorstellungen" übertragen: indem deutlich wird, daß eine solche Wissenschaftsauffassung den Blick gerade für solche Zusammenhänge versperrt, die das Zustandekommen der "individuellen" Wertvorstellungen erklären könnten, müßte das Aufdecken solcher Zusammenhänge auch das von der Wohlstandsökonomik zugrundegelegte Axiom ernsthaft in Frage stel-

len. Wir sind der Meinung, daß die Berücksichtigung der psychoanalytischen Erkenntnisse - die im dritten Teil dieser Arbeit ausführlich beschrieben werden - gar keine andere Konsequenz zuläßt, als dieses Axiom der Wohlstandökonomik aufzugeben.

Was ALBERT bereits als Möglichkeit skizziert hat, nämlich die Begründbarkeit einer wissenschaftlichen Ethik, die "das Problem der Entscheidung (Wertvorstellung, B.S.) in irgendeiner Weise auf die Erkenntnisebene transponiert ..." (128) scheint uns unter Berücksichtigung der psychoanalytischen Erkenntnisse unter Einbeziehung der Sexualökonomie von W. REICH in greifbare Nähe gerückt: die Möglichkeit nämlich, auf dem Wege über eine "N e g a t i v a b g r e n z u n g" naturwissenschaftlich das zu fundieren, was den Bedürfnissen der Menschen in jedem Fall widerspricht (selbst wenn die Individuen in der Mehrzahl glauben, daß es ihren Bedürfnissen entspreche). Eine auf diese Weise naturwissenschaftlich fundierte Ethik bestände nicht aus einem Katalog von p o s i t i v e n Zielen, sondern aus einer Formulierung derjenigen Maßnahmen und Einflüsse, die in einer Gesellschaft in jedem Fall ausgeschaltet werden müssen, weil sie im Widerspruch zur Triebnatur des Menschen stehen. (Wir kommen auf dieses Problem im dritten Teil unserer Arbeit zurück.)

Daß die Wohlstandsökonomik, die ja mit wissenschaftlichen Mitteln zu einer Steigerung des Wohlbefindens der

128) H. Albert, 1, Ökonomische Ideologie und politische Theorie. Das ökonomische Argument in der ordnungspolitischen Debatte. Göttingen 1954, S. 18

Individuen in einer Gesellschaft beitragen will, von vornherein die gesellschaftliche Machtverteilung als gegeben hinnimmt und vor ihr kapituliert, wird immer deutlicher: "Je mehr eine Gesellschaft in verschiedene Interessengruppen und rivalisierende Klassen zerfällt, je weniger sie eine einheitliche Staats-, Gesellschafts- und Weltauffassung aufweist ..., desto weniger kann die Wohlstandsökonomik einen universellen Gültigkeitsanspruch stellen bzw. unbedingte Nachvollziehbarkeit erwarten." (129) Unter dem Vorwand, das Wohlbefinden der Individuen steigern zu wollen, schimmert sogar immer wieder der systemstabilisierende Charakter dieser Disziplin durch: "Aus diesem gewichtigen Grund (den Interessenkonflikten in der Gesellschaft, B.S.) muß neben die Schaffung voll ausgebildeter wohlstandsökonomischer Systeme (z.B. bestmögliche Verfolgung des Ziels Gewinnmaximierung, B.S.) eine allgemeine Wohlstandsökonomik treten, in die die gemeinsamen Wertvorstellungen der verschiedenen Gesellschaftsgruppen (oder doch mindestens der staatstragenden (!)) zum Ausgangspunkt genommen werden." (130)

Der systemstabilisierende Charakter dieser scheinbar so wertfreien und um das Wohl der Menschen besorgten Wohlstandsökonomik wird zunehmend deutlicher, wenn es um eine Definition dessen geht, was als Glück, als Wohlbefinden, als "Wohlstand" der Menschen bzw. der Gesellschaft definiert wird: "Über die positive oder negative Korrelierung von allgemeinem und wirtschaft-

129) R. Jochimsen, S. 15

130) R. Jochimsen, S. 15

lichem Wohlstand kann der Ökonom als Wissenschaftler keine Aussagen machen.^{x)} Als heuristische Arbeitsthese^{xx)} nimmt er für gewöhnlich an, daß jede Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes den allgemeinen Wohlstand wachsen läßt sowie daß Rückwirkungen des allgemeinen auf den wirtschaftlichen Wohlstand ausgeschlossen sind." (131)

Damit wird unmittelbar deutlich, daß auch die Wohlstandsökonomik das Problem für die Beurteilung eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems erkannt haben,

x) Im vierten Teil dieser Arbeit wird zu zeigen versucht, daß sich auch die anderen wissenschaftlichen Disziplinen einer Aussage darüber enthalten bzw. schon den Versuch unterlassen, diese Zusammenhänge überhaupt zum Gegenstand ihrer Untersuchung zu machen. M.a.W.: Dieses Problem des Verhältnisses zwischen gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rationalität wird aus dem wissenschaftlichen Bewußtsein weitgehend "verdrängt".

xx) Es ist übrigens von seiten der Wohlstandsökonomien niemals der Versuch gemacht worden, diese "heuristische Arbeitshypothese" unter Berücksichtigung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (z.B. der Psychoanalyse) einer kritischen Prüfung zu unterziehen oder gar zu revidieren. (Genau dieser Versuch ist aber Kernpunkt unserer Abhandlung.) Um so mehr weckt es Erstaunen, daß der Ökonom, der "über die positive oder negative Korrelierung von allgemeinem und wirtschaftlichem Wohlstand ... als Wissenschaftler keine Aussagen machen (kann)", plötzlich dennoch zu (niemals in Frage gestellten) Arbeitshypothesen einer positiven Korrelierung gelangen kann.

131) R. Jochimsen, S. 18

nicht zum Gegenstand ihrer Untersuchung erhebt, sondern als gelöst voraussetzt: das Problem der Konsistenz zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen. Ganz abgesehen davon, daß sie die Motivationen der Individuen als gegeben annimmt, lenkt sie durch diese Arbeitshypothese - übrigens unter Aufwendung eines ungeheuren formalen Apparates - das Erkenntnisinteresse systematisch von den Punkten ab, die für die Beurteilung der Menschlichkeit oder Unmenschlichkeit eines Gesellschaftssystems ganz wesentlich sein dürften: welche Formung und Verformung die menschlichen Bedürfnisse, die menschliche Psyche und damit die Gesellschaft als Ganze dadurch erfahren, daß allein der wirtschaftliche Wohlstand zum Fetisch erhoben wird und der Mensch in seiner Totalität reduziert wird auf ein Individuum mit Konsumbedürfnissen, die über Kaufkraft befriedigt werden können.

Wir wollen kurz in groben Zügen die Entwicklung der Wohlstandsökonomik skizzieren (132) und uns dabei auf die Herausarbeitung der für unseren Zusammenhang wesentlich erscheinenden Punkte konzentrieren. - Die Wurzeln wohlstandsökonomischer Überlegungen gehen in gewisser Weise auf den englischen Philosophen und Soziologen BENTHAM (1748-1832) zurück: "BENTHAM war in weit stärkerem Maß Sozialreformer als Philosoph. Er empfand die zu seiner Zeit vorherrschende Gesellschaftsordnung - die Konzentration der Macht in Händen einer dünnen Schicht von Geistlichen, Juristen und Angehörigen des Adels - als höchst unvollkommen und dem Gemeinwohl abträglich.

132) Einzelheiten siehe R. Jochimsen

Sein Ziel war es, durch eine umfassende Umgestaltung vor allem des Rechts- und Erziehungswesens die notwendigen Bedingungen dafür zu schaffen, daß ein Zustand des größtmöglichen Glücks der Gesellschaft verwirklicht werden konnte." (133) Das "größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl von Menschen" war - auf einen kurzen Nenner gebracht - sein gesellschafts-politisches Ziel. x)

In der Entwicklung der Wohlstandsökonomik erfuhr diese Problemstellung zunehmend eine Verkürzung, die bereits darin zum Ausdruck kommt, daß wirtschaftlicher Wohlstand gleichgesetzt wird mit allgemeinem Wohlstand. Implizit waren bereits in der SMITHschen Theorie wohlstandsökonomische Überlegungen enthalten, indem das von ihm unterstellte Oberziel in einer Steigerung der Güterproduktion bestand. Die Verteilung dieser Güter-

133) Bohnen, A., Die utilitaristische Ethik als Grundlage der modernen Wohlfahrtsökonomik, Göttingen 1964, S. 3

x) Dabei schwebte ihm vor, dem Inhalt dessen, was als Glück zu bezeichnen ist, eine erfahrungswissenschaftliche Basis zu geben: "Es ging ihm vor allem darum, die Ethik auf eine empirische Grundlage zu stellen." (134) BENTHAM stützte sich dabei auf die Vorstellung der sog. hedonistischen Psychologie, "daß Lust und Unlust die einzigen Motive oder Antriebskräfte menschlichen Handelns sind." (135) - Das, was BOHNEN als "höchst eigenartige Vermengung von Ethik und Psychologie bezeichnet, findet übrigens durch die Psychoanalyse (die BENTHAM nicht kennen konnte, die aber immerhin seit mindestens 50 Jahren eine relativ geschlossene, empirisch fundierte Theorie liefert) volle Bestätigung, wenn auch in viel komplizierterer Weise, als der Hinweis auf Lust und Unlust zunächst auszudrücken scheint (komplizierter vor allem durch die Entdeckung des Unbewußten und durch die Gegenüberstellung von "Lustprinzip" und "Realitätsprinzip" bei FREUD).

134) A. Bohnen, S. 5

135) A. Bohnen, S. 6

produktion war für SMITH noch unproblematisch. "Die klassische Auffassung vom Volkswohlstand impliziert somit, daß die Einkommensverteilung irrelevant ist." (136) Diese Auffassung vom Wohlstand wurde später als unzureichend empfunden, und das Problem der Einkommensumverteilung rückte mehr und mehr in das Blickfeld der theoretischen Betrachtung. Das Problem schien seine Lösung darin zu finden, daß auf dem Weg über eine nachträgliche Umverteilung, d.h. über direkte Steuern und Transferzahlungen, die gesellschaftlich erwünschte Einkommensverteilung hergestellt werde. (137) Auf der Basis der subjektivistischen kardinalen Nutzentheorie glaubte man, den durch Einkommensumverteilung entstehenden Nutzenentgang bei den Beziehern hoher Einkommen gegenüberstellen zu können dem Nutzenzuwachs bei den Beziehern kleiner Einkommen. Weil gemäß dem "Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen" der Nutzenentgang bei den höher Verdienenden geringer angesehen wurde als der Nutzenzuwachs bei den geringer Verdienenden, schien eine Einkommensumverteilung ihre theoretische Rechtfertigung gefunden zu haben.

Ein anderer Ansatz stammt von MARSHALL: Ihm schwebte vor, auf dem Weg über indirekte Steuern und Subventionen in die Preisbildung einzugreifen und auf diese Weise den Wohlstand, den Gesamtnutzen der Gesellschaft, zu erhöhen. Als Maßstab für staatliche Eingriffe sollte deren Wirkung auf die "Konsumentrente" bzw. "Produzentenrente" herangezogen werden. Beide Größen ergeben sich

136) H. Giersch, Das Problem der Objektivität des wirtschaftspolitischen Urteils und der Lösungsversuch der neueren Lehre vom wirtschaftlichen Wohlstand, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 107, 1951, S. 246-264, S. 255

137) Vgl. R. Jochimsen, S. 34

unmittelbar aus dem Verlauf von Angebots- und Nachfragekurven. ^{x)} "MARSHALL glaubte, die Wohlfahrt durch zweckmäßige Kombination von Steuern und Staatssubventionen erhöhen zu können. Bei der Subvention müßten sich die Preise ermäßigen und damit die Konsumentenrente vergrößern, wohingegen auf einem anderen Markte durch eine Steuer (deren Ertrag die Mittel zur Subvention erbringt) sich die Preise erhöhen und damit hier die Konsumentenrente senken würde. Jeder Konsument auf dem ersten Markt würde somit gewinnen, jeder Konsument auf dem anderen Markt verlieren ... Wenn der Gewinn den Verlust übersteigt, dann kann, so meinte MARSHALL, gefolgert werden, daß durch diesen Eingriff in den Markt die Wohlfahrt vergrößert werde." (138)

x) Grundgedanke der Konzeption von der Konsumenten- bzw. Produzentenrente ist der, daß sich durch das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage zwar ein Gleichgewichtspreis bilde, der Angebot und Nachfrage zum Ausgleich bringe, daß aber selbst bei höherem Preis einige Nachfrager zum Kauf bereit gewesen wären (was sich im Verlauf der Nachfragekurve ausdrückt), während andererseits auch einige Anbieter zu niedrigerem Preis angeboten hätten (wie die Angebotskurve zeigt). So gesehen "sparen" einige Konsumenten dadurch Geld ("Konsumentenrente"), daß der Marktpreis niedriger liegt, als sie im äußersten Fall bereit gewesen wären zu zahlen, während andererseits einige Produzenten beim selben Marktpreis insofern "dazugewinnen" ("Produzentenrente"), als sie schlimmstenfalls auch zu einem niedrigeren Preis angeboten hätten. (Graphisch kommt die Konsumentenrente durch die Fläche zwischen Nachfragekurve, Preisachse und Marktpreisgerade zum Ausdruck, die Produzentenrente entsprechend durch die Fläche zwischen Angebotskurve, Preisachse und Marktpreisgerade.)

138) A. Kruse, Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien, S. 331

Die in dieser Vorstellung enthaltenen Implikationen liegen auf der Hand: Ausgangspunkt aller Wohlfahrtsüberlegungen sind die Angebots- und Nachfragekurven auf einzelnen Partialmärkten. Wohlfahrt mißt MARSHALL demnach einzig und allein in Geldeinheiten: Was in der Nachfrage zum Ausdruck kommt, wird gleichgesetzt mit den Bedürfnissen der Menschen. Dabei bleibt nicht nur die verzerrende Wirkung einer ungleichen Kaufkraftverteilung außer Betracht, sondern es wird auch unterstellt, daß die Individuen bei ihren Kaufentscheidungen rational handeln. Im übrigen entscheidet über ein Mehr oder Weniger an Wohlfahrt einzig und allein der Konsumbereich und die dort sich bildenden Preise. Die Einwände gegen diese Vorstellungen haben wir schon an früherer Stelle ausführlich erörtert. Hinzu kommt der schon früher vorgetragene Einwand, daß die empirische Ermittlung von Nachfragekurven (auf denen die ganze Konzeption der Konsumentenrente aufbaut) auf unüberwindbare methodologische Schwierigkeiten stößt. Der Einwand, der in der weiteren wohlfahrtstheoretischen Diskussion im Mittelpunkt stand, scheint uns demgegenüber von nur untergeordneter Bedeutung: der Vergleich zwischen dem Zuwachs der Konsumentenrente bei einem Gut (dem subventionierten) mit dem Rückgang der Konsumentenrente bei dem anderen (besteuerten) Gut gehe stillschweigend davon aus, daß Nutzenzuwachs und Nutzenentgang bei verschiedenen Personen vergleichbar und meßbar seien.

Hauptsächlich gegen die implizite Annahme der kardinalen Meßbarkeit des Nutzens (die auch der oben skizzierten Vorstellung von der Einkommensumverteilung zugrunde

lag) richtete sich im folgenden die Kritik: "PIGOU ist der englische Hauptvertreter der an dem kardinalen utilitaristischen Nutzenbegriff geübten Kritik, die einen ordinalen subjektivistischen Wohlstandsbegriff ihren Untersuchungen zugrundelegte. Er beschränkte sich in der Analyse auf eine bloße Erörterung der Faktoren, die jeweils ein Mehr oder Weniger an wirtschaftlichen Wohlstand hervorrufen, ohne messen und auswerten zu können, um w i e v i e l sich der wirtschaftliche Wohlstand verändert habe." (139)

Die hierin enthaltenen Werturteile sind kaum zu übersehen. ^{x)} Der Begriff "Glück" oder "Nutzen" wird ein-

x)

JOCHIMSEN hat die impliziten Werturteile explizit gemacht, ohne damit freilich deren Relevanz deutlich werden zu lassen: "Der Begriff des wirtschaftlichen Wohlstands der Gesellschaft umfaßt in der subjektivistisch-utilitaristischen Deutung als Elemente die Bewußtseinszustände der Individuen, die mit dem Maßstab des Geldes in Verbindung gebracht werden können. Bis zum Gegenbeweis wird postuliert, daß der wirtschaftliche Wohlstand als eine Seite des allgemeinen Wohlstands sich auf diesen voll auswirkt, aber die umgekehrte Abhängigkeit wird nicht berücksichtigt. Es wird unterstellt, daß das Gesetz des abnehmenden Grenznutzens des Geldeinkommens für alle Individuen in gleicher Weise gelte. Daraus folgt, daß jede Umverteilung der Geldeinkommen wohlstandssteigernd wirkt, bis für alle Individuen der gleiche Grenznutzen in allen Verwendungsrichtungen des Geldeinkommens gegeben ist, d.h. wenn die Einkommensumverteilung bei allen Personen gleich hohe Einkommen herbeigeführt hat." (140) Weil dieses Ergebnis wohl doch zuviel gesellschaftspolitischen Sprengstoff enthält, wird von JOCHIMSEN sogleich kritisch eingewendet: "Es bleibt jedoch vollständig unklar, warum bei den Reichen nicht etwa die Kapazität, aus dem Einkommen Befriedigung zu ziehen, im Zuge des Reichwerdens erst anwächst oder warum die der Armen nicht grundsätzlich niedriger als die der Reichen ist." Warum freilich die einen erst reich geworden und die anderen arm geblieben sind, geht den Wohlstandsökonomem nach seinem Selbstverständnis nichts an!

139) R. Jochimsen, S. 34

140) R. Jochimsen, S. 35/36

zig und allein reduziert auf den "wirtschaftlichen Wohlstand", der in unmittelbaren Zusammenhang gebracht wird mit der Kaufkraft eines Individuums. Dabei wird von der Vorstellung ausgegangen, daß sich das Individuum "Glück" oder "Nutzen" im wesentlichen auf dem Weg über den Kauf von Konsumgütern verschaffen kann. (Die Verkürzung der Problemstellung gegenüber BENTHAM ist unverkennbar!) Dabei wird von allen Bedürfnissen abstrahiert, die sich nicht in der Konsumsphäre auswirken, und der Konsum wird identifiziert mit dem Kauf von Konsumgütern, also mit einer Markttransaktion. Das ... Individuum der Indifferenzkurvenanalyse ist hervorragend geeignet, den Ökonomen von der Analyse der tatsächlichen Konsumtion und der dahinterstehenden Bedürfnisbildung der Individuen zu dispensieren und auf die Analyse von Marktentscheidungen zu beschränken. Mit seiner Hilfe scheint ein wasserdichtes Abschliessen der Ökonomik gegen sozialpsychologische und soziologische Untersuchungen aller Art möglich zu sein. Man hat manchmal den Eindruck, als sei dieses Instrumentarium eigens zu diesem Zweck erfunden worden." (141)

Bereits MYRDAL hat "mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß das Interesse der Menschen an der Produktion sich nicht auf das Produktionsresultat und seine Verteilung beschränkt. Es richtet sich vielmehr zweifellos auch in starkem Maße auf ihre Wohlfahrt als Produzenten, also z.B. auf ihre Arbeitsbedingungen." (142) Diese fundamentale Kritik am wohlstandsökonomischen Ansatz blieb freilich auch in der Weiterentwicklung der Wohlstandsökonomik unberücksichtigt.

141) H. Albert, 3, Marktsoziologie und Entscheidungslogik, S. 164

142) H. Albert, 3, S. 164

Stattdessen trug man zunächst lediglich dem Einwand Rechnung, daß das Verhältnis von Einkommen und jeweiligem Grenznutzen nicht bei allen Individuen als gleich unterstellt werden könne und daß insofern ein Nutzenentgang bei einer Person nicht dem Nutzenzuwachs bei einer anderen Person gegenübergestellt werden könne. Aus diesem Einwand ergibt sich die Folgerung, daß irgendwelche Eingriffe in die Einkommensverteilung keine objektive theoretische Fundierung finden könne, weil der dadurch entstehende Nutzenentgang bei dem Reichen möglicherweise noch höher sei als der Nutzenzuwachs, der dem Armen aufgrund der Unterstützungszahlung zukomme. Daraus wurde - unter Rückgriff auf Gedanken von PARETO - die Folgerung abgeleitet, daß wirtschaftspolitische Eingriffe überhaupt nur dann vom wissenschaftlichen Standpunkt her als zulässig und wohlstandssteigernd betrachtet werden können, wenn hierdurch kein einziges (!) Individuum schlechter gestellt werde als vorher: "Wohlstandsökonomisch bedeutet das PARETO-Kriterium, daß eine Situation, in der es mindestens einer Person ökonomisch besser geht und keiner gleichzeitig schlechter, für die Gesellschaft insgesamt - also für die einzelnen Individuen genauso - eine Wohlstandssteigerung mit sich bringt." (143)

Damit hat sich die Wohlstandsökonomik vollends und in nicht mehr zu übersehender Weise zu einer systemstabilisierenden Disziplin entwickelt. In gewisser Weise ist dies auch JOCHIMSEN nicht verborgen geblieben, wenn er schreibt: Theoretisch wird von dem Kriterium auch der

143) R. Jochimsen, S. 51

Fall gedeckt, daß fortlaufend allein eine Person begünstigt wird, während die anderen absolut in der gleichen Position bleiben, relativ zur besser gestellten Person jedoch immer weiter absinken. Damit scheidet die relative Position der Individuen im Verhältnis zu den anderen Individuen an der wohlstandsökonomischen Bewertung durch das PARETO-Kriterium aus." (144) x)

Unsere Kritik zu diesem Vorgehen der Wohlstandsökonomik haben wir bereits an anderer Stelle formuliert. (145) Hier sei lediglich noch einmal ein Aspekt hervorgehoben, der uns in diesem Zusammenhang wesentlich erscheint: die von uns so genannte "Asymmetrie in der Fragestellung der Wohlstandsökonomik" (S. 54); "Es wird nicht nach dem Ausmaß und der unterschiedlichen Verteilung des "Leids" gefragt, das sich hinter dem Zustandekommen des Produktionsergebnisses und hinter dem Zustandekommen einer ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung verbirgt, sondern einzig und allein danach, wie hoch der Nutzenentgang bei den Reichen wäre, wenn man ihnen von ihrem großen Einkommen zwecks Umver-

144) R. Jochimsen

x) Die Implikationen dieses Vorgehens sind klar: Daß über eine Einkommens- und Vermögensanhäufung wirtschaftliche und politische Macht entfaltet werden kann, die die Individuen, wenn auch nicht unmittelbar, einkommensmäßig schlechter stellen, so aber doch in eine starke Abhängigkeit bringen kann, wird mit Hilfe des PARETO-Kriteriums von vornherein als unwesentlich abgetan.

145) B. Senf/ D. Timmermann, Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen - eine kritische Einführung, 3 Bände, Bd. 2, S. 51 ff

teilung etwas wegnimmt (von Vermögen wird schon gar nicht geredet), und ob man ihnen diesen Nutzenentgang zumuten darf. Diese Asymmetrie in der Fragestellung der Wohlfstandsökonomik ist auffallend."

(146) Wie schon dargelegt wurde, scheidet nach dem PARETO-Kriterium sogar die Möglichkeit einer Umverteilung von vornherein aus. Jeder Versuch einer Veränderung des Bestehenden erscheint damit wissenschaftlich als unzulässig nachgewiesen zu sein. "Damit hat sich aber ein konservatives Werturteil gegen revolutionäre Veränderungen eingeschlichen, welches nur ganz wenige evolutionistische Reorganisationen zuläßt und damit die Betätigungsmöglichkeit einer wohlfstandsökonomisch orientierten Wirtschaftspolitik stark einengt." (147) JOCHIMSEN kommt schließlich zu dem Ergebnis: "Der Versuch der paretianischen Wohlfstandsökonomik, einen 'ökonomischen' Bereich als von ethischen und anderen Wertannahmen unabhängig zu isolieren, ist als gescheitert anzusehen." (148)

Aus diesem Dilemma versuchen BERGSON (149), SAMUELSON (150) und GRAAF (151) einen Ausweg, der darin besteht,

146) B. Senf/ D. Timmermann, Bd. 2, S. 54

147) R. Jochimsen, B. 56

148) R. Jochimsen, S. 64

149) A. Bergson, 1, A Reformulation of Certain Aspects of Welfare Economics, Vol. 52, 1938, S. 310-344; 2, Essays in normative economics, Cambridge/Mass. 1966 (VVG 59)

150) P.A. Samuelson, 1, Foundations of Economic Analysis, Cambridge/Mass. 1947

151) J. de Graaf, Theoretical Welfare Economics, Cambridge 1957

die unterstellten Werturteile explizit zu machen bzw. allgemein eine sog. Wohlfandsfunktion zu unterstellen, die mit jedem beliebigen Inhalt, mit jedem beliebigen Ziel ausgefüllt werden konnte. (Beispiel für eine solche Wohlfandsfunktion wäre z.B. ein politisches Programm zur Einkommensumverteilung.) Die Bemühungen gingen dahin, allgemeine formale Kriterien abzuleiten, um die Erfüllung einer wie auch immer gearteten Zielfunktion zu ermöglichen. Per definitionem wird unterstellt, daß sich die Gesellschaft über die anzustrebenden Ziele einig ist (und zwar in allen Punkten). Damit wird die Gesellschaft "als eine kooperative Einheit angesehen, die in gemeinsamer Arbeit bestrebt ist, die natürliche Knappheit zu überwinden und eine maximale Bedürfnisbefriedigung aller Mitglieder zustande zu bringen. Unter Ausklammerung aller Interessenkonflikte wird die Idee des rationalen Verhaltens, des Handelns nach dem ökonomischen Prinzip, in der Gesellschaft als gegeben projiziert, so daß der Eindruck einer fundamentalen Harmonie der Interessen entsteht. Damit ist ein struktureller Tatbestand des sozialen Lebens von größter Bedeutung durch einen Kunstgriff aus der Betrachtung ausgeschlossen worden." (152) Es wird abermals deutlich, daß sich die ökonomische Theorie nicht um die Bewußtmachung der ökonomischen und sozialen Konflikte bemüht, um daraus Möglichkeiten zu ihrer Überwindung abzuleiten, sondern daß sie mit zu deren Verschleierung beiträgt, indem sie diese Konflikte als gelöst voraussetzt.

Da allein das Aufstellen allgemeiner Wohlfandsfunktionen ohne inhaltliche Präzisierung "vollständig

152) H. Albert, 3, Marktsoziologie und Entscheidungslogik, S. 160

inhaltsleer (bleibt) und in keiner konkreten Analyse (hilft)" (153), bemühen sich SAMUELSON und LITTLE schließlich um eine Fundierung dieser Wohlfandsfunktion auf dem Weg über behaviouristisch ermittelte individuelle Präferenzkurven (in bezug auf politische Programme), die sie zu einer gesellschaftlichen Wohlfandsfunktion aggregieren wollen. Hierin scheint endlich die Rettung der Wohlfandsökonomik zu liegen: "In dieser Theorie der offenbarten Präferenzen kann ein eigentlicher Zielbegriff für das Verhalten des Individuums entbehrt werden; eine Maximierung des Nutzens usw. braucht nicht gefordert zu werden. Das Verhalten wird nämlich allein durch die Annahme der Konsistenz der Wahlakte (d.h. auch der Annahme rationalen Verhaltens! B.S.) bestimmt." (154)

Damit also die Wohlfandsökonomik gerettet werden kann, muß sich das Individuum rational verhalten! Eine Unterstellung, die, wie gesagt, in krassem Widerspruch zu den Ergebnissen der Psychoanalyse steht. Aber ohne diese Annahme, ohne die definitiorische Gleichsetzung von "offenbarten Präferenzen" mit den tatsächlichen und fundamentalen Bedürfnissen der Individuen, könnte schließlich nicht nachgewiesen werden, was offensichtlich unbedingt nachgewiesen werden soll: daß sich in einer kapitalistischen Marktwirtschaft mit parlamentarischer Demokratie die Produktion bestmöglich an den individuellen Bedürfnissen ausrichtet.

153) R. Jochimsen, S. 66

154) R. Jochimsen, S. 75

An dieser Stelle kann nur wiederholt werden, was wir schon im Zusammenhang mit der Grenzproduktivitätstheorie zitiert haben: "Jede Theorie folgt in ihrer Fragestellung legitimerweise den Bedürfnissen der Zeit. Wo allerdings das Bedürfnis nicht die Frage, sondern das Ergebnis bestimmt, wo der Wunsch nach einem bestimmten Resultat sich des Forschens bemächtigt, da ist eine allgemeine Voraussetzung der Ideologisierung einer Lehre gegeben." (155)

ALBERT schreibt zu diesem Vorgehen: "Alle diese Manipulationen ... scheinen mir Komponenten eines großen Versuchs zu sein, die aus der klassischen politischen Ökonomie stammende und durch die Neoklassik ausgearbeitete Konzeption selbst um den Preis zu retten, daß von der ursprünglich behandelten Problematik so gut wie nichts übrigbleibt. Dieser Versuch hat zu einer außerordentlichen Verfeinerung des ökonomischen Instrumentariums und zu äußerst geistreichen Argumenten und Diskussionen geführt, aber die dadurch erreichte Formalisierung der Lösungen und die Eleganz der Darstellungen verbirgt nur die Tatsache, daß das Ergebnis eine völlige Sterilisierung der Probleme gewesen ist." (156) "Das Resultat (der Wohlstandsökonomik) war ein in hohem Maße künstliches, ziemlich inhaltloses und in bezug auf das grundlegende Problem völlig irrelevantes formales System ..." (157) ALBERT betrachtet diese Tendenz nicht als ein spezifisches Charakteristikum der Wohlstandsökonomik, sondern als eine allgemeine Eigenschaft der neoklassischen Theorie: "Meiner Ansicht nach zeigen sich gerade in der Wohlfahrtsökonomik am stärksten

155) W. Hofmann, 3, Universität, Ideologie und Gesellschaft, S. 119 f

156) H. Albert, 3, S. 167

157) H. Albert, 3, S. 169

die inhärenten Schwierigkeiten des gesamten ökonomischen Ansatzes, Schwierigkeiten, die auch an anderer Stelle zu beobachten sind. Sie ergeben sich aus dem Versuch, eine rein ökonomische Perspektive herauszuarbeiten, die die theoretische Analyse des sozialen Lebens mit Hilfe des aus der klassischen politischen Ökonomie stammenden und durch die Neoklassik modifizierten und verfeinerten Begriffsapparats involviert, eines Begriffsapparats, der letztenendes auf den kommerziellen Sektor des sozialen Lebens, das System der Marktbeziehungen, zugeschnitten ist, aber implizit mit dem Anspruch versehen wird, die entscheidenden Faktoren für die Bestimmung der sozialen Wohlfahrt aufzuzeigen." (158)

Nachdem SAMUELSON und LITTLE die Fäden zwischen gesellschaftlicher Wohlfandsfunktion und individuellen Wohlfandsfunktionen geknüpft hatten, setzte sich besonders ARROW (159) mit der Möglichkeit der Zusammenfassung individueller Wohlfandsfunktionen zu einer gesellschaftlichen Wohlfandsfunktion auseinander. BOHNEN schreibt hierzu: "Es geht jetzt nicht mehr um die Addition subjektiver Nutzenempfindungen, sondern um die Zusammenfassung oder 'Verschmelzung' aller individuellen Präferenzrangfolgen zu einer Rangskala der einzelnen Alternativen für die Gesellschaft. Das Problem lautet: Wie kommt man von einer Vielzahl unterschiedlicher individueller Nutzenskalen (in bezug auf politische Programme, B.S.) zu einer k o l l e k - t i v e n Nutzenskala, in der die Präferenzen aller

158) H. Albert, 3, S. 157

159) K. J. Arrow, Social Choice and Individual Values, New York 1966²

Mitglieder der Gesellschaft berücksichtigt sind?"

(160) "Hier wird ganz offensichtlich, daß die traditionelle utilitaristische Idee vom gesellschaftlichen Glücksmaximum zu neuem Leben erweckt worden ist." (!)
(161)

ARROW untersucht, unter welchen Bedingungen sich individuelle Präferenzen zu einer kollektiven Wohlfahrtsfunktion zusammenfassen lassen, an der sich dann die Politik zu orientieren hätte. "Es kam ihm darauf an, aus der Klasse aller denkbaren Wohlfahrtsfunktionen diejenigen auszuwählen, die mit ganz bestimmten sozial-ethischen Grundsätzen im Einklang stehen. Er hat diese Grundsätze in Gestalt von fünf Bedingungen niedergelegt, die in ihrer Gesamtheit nichts anderes darstellen als eine Präzisierung der individualistischen demokratischen Prinzipien der utilitaristischen Gesellschaftsphilosophie." (162) Diese Bedingungen lauten (163):

- 1) Vollständigkeit der Präferenzordnungen
(vollständige Information)
- 2) Strenge Transitivität der Präferenzen
(rationales Entscheiden)
- 3) Das Individuum entscheidet unabhängig von anderen Individuen
- 4) Konsumentensouveränität und Wählersouveränität
- 5) Demokratische Mehrheitsentscheidung als Verfahren
für die Bestimmung der gesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion

160) A. Bohnen, S. 102

161) A. Bohnen, S. 103

162) A. Bohnen, S. 107

163) Vgl. R. Jochimsen, S. 78/79

Bereits für diese einschränkenden Bedingungen weist ARROW nach, daß sich aus individuellen Wohlfunktionsfunktionen schon dann keine eindeutige gesellschaftliche Wohlfunktionsfunktion ermitteln läßt, wenn die Individuen zwischen mehr als zwei Alternativen zu wählen haben. ^{x)} Daraus folgert er, daß allein "ein Zwei-Parteien-System, welches zu jeder politischen Frage jeweils eine Möglichkeit pro Partei anbietet, die logische Konsistenz der gefällten Entscheidungen gewährleistet." (164) - BOHNEN kommt zu dem abschließenden Urteil, daß es dieser Theorie "trotz mancher noch offenstehender Probleme gelungen (ist), den Prinzipien des Utilitarismus eine Interpretation zu geben, die eine exakte Explikation dessen darstellt, was wir - meist nur höchst verschwommen - mit den Begriffen "Demokratie" und "Individualismus" verbinden." (165)

x) Nicht eindeutige Lösungen ergeben sich z.B. schon dann, wenn 3 Individuen (I, II, III) jeweils zwischen 3 Alternativen (x, y, z) wählen können:

I	x	y	z	Die Rangfolge der Alternativen stellt jeweils die Präferenzordnung der Individuen dar
II	y	z	x	
III	z	x	y	

Dabei zeigt sich:

x vor y findet eine Zustimmung von 2 (I, III) : 1
y vor z " " " " 2 (I, II) : 1

Daraus müßte streng genommen folgen, daß auch x vor z eine Zustimmung findet. Tatsächlich aber ergibt sich im Widerspruch hierzu umgekehrt z vor x mit einer Zustimmung von 2 (II, III) : 1 (166)

164) R. Jochimsen, S. 80

165) A. Bohnen, S. 120

166) Vgl. R. Jochimsen, S. 79

Damit scheint der theoretische Nachweis gelungen, daß ein Zwei-Parteien-System auf der Basis demokratischer Mehrheitsentscheidungen die Idee vom "gesellschaftlichen Glückmaximum" in optimaler Weise verwirklichte und daß diese Form der politischen Willensbildung, daß die "Wählersouveränität" die notwendige und sinnvolle Ergänzung der "Souveränität des Konsumenten" auf wirtschaftlichem Gebiet sei. Das, was bei freiem Lauf des Marktgeschehens noch an gesellschaftlich unerwünschten Erscheinungen auftritt, etwa die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung oder die Vermächtung der Märkte oder das Auftreten von Arbeitslosigkeit, all das kann nunmehr - wie es scheint - auf dem Weg über mehrheitliche Entscheidungen gemäß den Wünschen der Wähler korrigiert werden. So wie auf wirtschaftlichem Gebiet die Unternehmen lediglich die Wünsche der Konsumenten registrieren und in bestmöglicher Weise erfüllen, so nun auch in der Politik die Regierung, die lediglich als durchführendes Organ des Wählerwillens fungiert, der sich in jedem Individuum unabhängig bildet, aus voller Informiertheit, unter rationaler Abwägung des Für und Wider sämtlicher Alternativen.

Damit geschieht unter der Fahne der Wissenschaftlichkeit nun auch noch für den politischen Bereich das, was die Wohlstandsökonomik in ihren früheren Fassungen schon für den wirtschaftlichen Bereich geleistet hatte: das Herausdefinieren und damit das Ablenken von Machtphänomenen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. "Die Machtstruktur einer demokratischen Gesellschaft wird nicht analysiert, sondern weginterpretiert und auf diese Weise implizit gerechtfertigt." (167)

Wir kommen damit zu dem abschließenden Ergebnis, daß auch dasjenige Teilgebiet der Nationalökonomie, dem die Prüfung der Konsistenz oder Inkonsistenz des kapitalistischen Systems und die Frage nach der Berücksichtigung menschlicher Bedürfnisse in diesem System hätte zufallen müssen, nichts zur Lösung dieses Problems beiträgt. Anstatt die Frage nach dem Wesen der menschlichen Bedürfnisse und den gesellschaftlichen Einflüssen ihrer Formung und Verformung in den Mittelpunkt zu stellen und Maßstäbe zu entwickeln, die es erlauben, wirtschaftliche und gesellschaftliche Machtstrukturen aufzudecken, die eine Herrschaft über die Individuen, ihr Bewußtsein und ihr Unbewußtsein ermöglichen, und anstatt Mittel zur Überwindung von (u.U. sehr subtiler) Herrschaft auszudenken, um das Leid der Menschen zu mindern und sie aus ihren ökonomischen und psychischen Fesseln zu befreien bzw. solche Fesseln gar nicht erst entstehen zu lassen - anstatt dies alles zum Gegenstand einer "Wohlstandsökonomik" zu machen, werden genau diese Probleme ausgeklammert. Damit können wir die Wohlstandsökonomik in ihrer objektiven Funktion nicht anders deuten als ein Alibi der bürgerlichen Wissenschaften, sich mit dem Problem des gesellschaftlichen Fortschritts wissenschaftlich auseinandergesetzt und nachgewiesen zu haben, daß - so bedauerlich diese oder jene Erscheinung in unserer Gesellschaft auch sei - diese Probleme im Grunde viel besser gar nicht zu lösen sind. Angesichts dieser "wissenschaftlichen" Ergebnisse muß die marxistische Kritik am Gesellschaftssystem des Kapitalismus als überholt und widerlegt angesehen werden. - Wir können uns des Eindrucks

nicht erwehren, daß unter dem Aushängeschild, wissenschaftlich nach den optimalen Möglichkeiten gesellschaftlichen Fortschritts zu forschen, die Wohlstandsökonomik in Wirklichkeit die Funktion erfüllt, fundamentale Gesellschaftskritik "wissenschaftlich" zu "entschärfen".

Die vielen Irrwege in der Entwicklung der Wohlstandsökonomik und der Trend zu immer inhaltsloseren Aussagen ist - so gesehen - kein bedauerlicher Fehlschlag einer wissenschaftlichen Disziplin, sondern erfüllt eine konkrete systemstabilisierende Funktion: "Viele der hervorragendsten Wissenschaftler" (so kann nunmehr argumentiert werden) "haben sich jahrzehntelang den Kopf zerbrochen, um wissenschaftlich fundierte Mittel zur Vorantreibung des gesellschaftlichen Fortschritts zu entwickeln; es hat sich aber gezeigt, daß letztlich doch alles eine Frage des individuellen Werturteils ist."

Jede weitere Auseinandersetzung mit der Frage nach den Bedürfnissen und den gesellschaftlichen Zielen erscheint so gesehen als nichts anderes als Zeitverschwendung. Damit scheint wissenschaftlich die Legitimation geliefert zu sein, um das Interesse (statt auf die Ziele) nur noch auf die Mittel zur Erreichung vorgegebener Ziele zu konzentrieren. Welche Implikationen die Zielsetzungen enthalten, braucht nicht mehr zu interessieren.

Diese Entwicklung hin zur sog. "speziellen Wohlstandsökonomik" wird entsprechend von JOCHIMSEN (konsequen-

terweise) als Fortschritt angesehen: "Alle bisherigen Versuche spezifischer Wohlstandsökonomik zeichnen sich durch scharf umrissene, arbeitsfähige (!) Zielsetzungen aus, von denen sich eine normativ-axiomatische Theorie der Entscheidung ableiten läßt. Sie stellen somit gewissermaßen die 'Technologie' für wirtschaftspolitische Entscheidungen dar ... Die Ansätze spezieller Wohlstandsökonomik lassen sich sowohl um die moderne makroökonomische Theorie des Wirtschaftskreislaufs und Wachstums unter Ein-schluß der Beschäftigungslehre als auch um die mikro-ökonomische Theorie einzelner Wirtschaftsinstitutio-nen wie Unternehmen, staatliche und militärische Behörden usw. gruppieren." (168) "In der zweiten Gruppe sind vor allem die Technik der linearen und nicht-linearen, statischen und dynamischen Programm-planung für die Allokation von Gütern zum Zwecke der Erreichung einer höchstmöglichen Position auf einer irgendwie (!) gearteten Zielfunktion, die einschrän-kenden Nebenbedingungen unterworfen ist, zu rech-nen." (169)

Damit hat sich die bürgerliche Wissenschaft selbst den "Freibrief" ausgestellt, um sich "in medias res" zu stürzen, um sich auf die Entwicklung von Techno-logien (einschließlich Sozialtechnologien) zu konzen-trieren zur Erreichung vorgegebener, nicht hinterfrag-ter Unterziele. Das Problem "einzelwirtschaftliche Rationalität - gesellschaftliche Irrationalität",

168) R. Jochimsen, S. 99

169) R. Jochimsen, S. 100

die Frage nach der Konsistenz zwischen Unterzielen und gesellschaftlichen Oberzielen und das Verhältnis der gesellschaftlichen Oberziele zu den menschlichen Bedürfnissen erscheint nach diesem Wissenschaftsverständnis unlösbar und gar nicht wert, überhaupt noch diskutiert zu werden.

Von diesem Verständnis hebt sich auch LOWE nicht ab, der zwar das Problem der Konsistenz zwischen einzelwirtschaftlichen Unterzielen und gesamtwirtschaftlichem Oberziel und auch die Frage nach den Motivationen und deren gezielter Stimulierung erkennt und in den Mittelpunkt seiner Untersuchung stellt, der aber wiederum in einem rein ökonomistischen Ansatz insofern steckenbleibt, als er einfach das Wirtschaftswachstum als Oberziel postuliert. Die Stimulierung der Motivationen betrachtet er rein "instrumental", der Mensch wird als völlig manipulierbar aufgefaßt, und die gezielte Manipulation ist für LOWE das geeignete Mittel, um die Individuen in Richtung auf Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Damit ist auch explizit der Schritt vollzogen, der schon implizit in der Entwicklung der ökonomischen Theorie enthalten war: Das ursprüngliche Selbstverständnis der ökonomischen Theorie hat sich in geradezu fataler Weise umgekehrt: Nicht mehr die Wirtschaft steht im Dienst menschlicher Bedürfnisse, sondern der Mensch wird in den Dienst wirtschaftlicher Interessen gestellt. Die "Verselbständigung wirtschaftlicher Interessen" hat damit auch ihre "wissenschaftliche" Absicherung erhalten.

VI. DER KEYNESIANISMUS UND DIE ENTWICKLUNG ZUR MAKRO-
ÖKONOMIE

Die Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre schien in krasser Form eine Bestätigung dessen zu bringen, was MARX bereits 60 Jahre vorher vorausgesagt hatte: daß sich die Krisen innerhalb des Kapitalismus immer weiter verschärfen, bis das System schließlich zusammenbrechen und einem neuen Gesellschaftssystem Platz machen würde. Die klassische und neoklassische Theorie von der Selbstregulierung des marktwirtschaftlichen Kapitalismus hatte sich so offensichtlich als unbrauchbar erwiesen, daß es dringend einer Umorientierung innerhalb der ökonomischen Theorie bedurfte, wollte die Theorie überhaupt noch ernstgenommen werden bzw. zu einer theoretischen Rechtfertigung des kapitalistischen Systems beitragen. Diese Wendung in der ökonomischen Theorie wurde von KEYNES mit seiner "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" (1936) eingeleitet. x)

x) In marxistischer Betrachtungsweise ist es kein Zufall, daß die KEYNESsche Lehre sich gerade zu dieser Zeit durchsetzte und immer mehr Verbreitung fand: "Es wurde einfach unmöglich, solche offensichtlichen Tatsachen wie die allgemeine Überproduktion von Waren, die sich während der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 zeigten, zu leugnen." (170) - "Vom theoretischen Standpunkt aus gesehen, war KEYNES keinesfalls originell, denn theoretische Versuche zur Abänderung der zeitgenössischen politischen Ökonomie in der Richtung, wie sie von KEYNES zusammenfassend

- Forts. S. 183 -

170) Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, S. 336

Ähnliche Gedanken wie KEYNES hatte allerdings bereits vorher u.a. L. ALBERT HAHN ("Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits", Tübingen 1920) vertreten, ohne sich zu dieser Zeit durchsetzen zu können.

Forts. v. S. 182 x):

vertreten wurden - also Versuche zur Sanierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems -, gab es bereits v o r Erscheinen des KEYNESschen ökonomischen Hauptwerks." (171) "Die gewaltige Erschütterung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems durch die große Weltwirtschaftskrise ... in erster Linie eine in diesem Ausmaß noch nie aufgetretene Massenarbeitslosigkeit in allen kapitalistischen Ländern - sowie die Angst der Bourgeoisie vor Wiederholungen derartiger Erscheinungen trugen wesentlich zu KEYNES' Erfolg bei, da er vorgab, mit seiner Theorie den Kapitalismus vor derartigen Übeln retten zu können." (172) - Bei der Analyse der Entstehungsfaktoren des Keynesianismus "ist aber auch die Tatsache einzubeziehen, daß die moderne bürgerliche Ökonomie seit dem Bestehen des ersten sozialistischen Staates in der Welt und dessen planmäßigem und schnellem wirtschaftlichen Aufschwung mehr als je zuvor mit den Problemen der Regulierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses konfrontiert wurde. Die Hinwendung der bürgerlichen Ökonomie zu Fragen der Regulierung der kapitalistischen Volkswirtschaft war unter diesen ökonomischen Bedingungen ein zwangsläufiger Prozeß." (173)

- 171) Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, Bönisch, A./Gündel, R. u.a., Berlin/Ost 1967, S. 80
- 172) Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus
- 173) Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, S. 79/80

Worum es KEYNES ging, war erstens eine theoretische Erklärung dafür, daß sich ein marktwirtschaftlich-kapitalistisches System nicht automatisch aus sich heraus aus einer wirtschaftlichen Krise erholen müsse (daß also ein Gleichgewicht auch bei Arbeitslosigkeit existieren könne), und zweitens der Nachweis, daß bei gezieltem Einsatz wirtschaftlicher Instrumente unter Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems Vollbeschäftigung hergestellt und die wirtschaftliche Krise überwunden bzw. von vornherein vermieden werden könne. Im Mittelpunkt seiner Überlegungen stand demnach allein die Frage nach der **F u n k t i o n s f ä h i g k e i t** eines kapitalistischen Systems sowie nach den geeigneten wirtschaftspolitischen Mitteln, um diese Funktionsfähigkeit sicherzustellen.

Besondere Beachtung verdient hierbei die Einführung makroökonomischer Größen (Gesamtkonsum, Gesamtinvestition, Volkseinkommen, Beschäftigung usw.) in die ökonomische Theorie. Mit Hilfe solcher Gesamtgrößen versucht KEYNES aufzuzeigen, daß der durch Sparen entstehende Nachfrageausfall nicht immer und automatisch kompensiert werde durch eine entsprechend hohe Investitionsnachfrage, und daß auf diese Weise ein gesamtwirtschaftlicher Nachfragemangel entstehen könne, der Absatzschwierigkeiten, Produktionseinschränkungen, Entlassungen, Einkommensrückgänge und daraus folgend wiederum eine Nachfrageminderung nach sich ziehe usw. (Multiplikatorprozeß).

Die Tatsache, daß der Zins nicht automatisch für einen Ausgleich zwischen Sparen und Investieren sorgt (wie

dies die Klassiker angenommen hatten), führt er im wesentlichen auf zwei Faktoren zurück: Zum einen würden nicht alle Spargelder dem Kapitalmarkt zugeführt, sondern aus spekulativen Gründen - je nach Zinserwartungen - mehr oder weniger zurückgehalten (Horten, Liquiditätspräferenz), zum andern brauche ein noch so niedriger Zins dann nicht zur Aufnahme von Investitionskrediten zu führen, wenn - wie in Zeiten langanhaltender Depression - die Gewinnerwartungen der Unternehmen zu schlecht seien. Die Starrheit der Nominallohne nach unten (bedingt durch die Rolle der Gewerkschaften) würde schließlich auch den "Lohnmechanismus" außer Kraft setzen, so daß bei Absatzschwierigkeiten keine Lohnsenkungen in Frage kommen, sondern lediglich Kurzarbeit und Entlassungen. Aus diesen Überlegungen folgert KEYNES, daß die Krise allein dadurch überwunden werden könne, daß die Gewinne bzw. Gewinnerwartungen der Unternehmen ("Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals") durch wirtschaftspolitische Maßnahmen aufgehoben werden - entweder auf dem Weg über eine Politik des billigen Geldes (Kreditschöpfung, Zinssenkung) oder - falls diese Maßnahme nicht ausreiche - durch Schaffung zusätzlicher Nachfrage, insbesondere Staatsnachfrage, die den Unternehmen unmittelbar Absatzmöglichkeiten verschaffe und Gewinne garantiere und sie zur Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte veranlasse, die dadurch ihrerseits Nachfrage entfalten könnten usw. (Multiplikatorprozeß). - Da eine Anhebung der Gewinne auf dem Weg über Lohnsenkungen durch die Existenz der Gewerkschaften unmöglich erschien, sah KEYNES das geeignete Mittel darin, auf dem Weg über gezielte Inflationsie-

rung die Kaufkraft der Löhne, d.h. der Reallöhne, zu senken und den Unternehmen auf diese Weise Inflationsgewinne zu verschaffen.

Über die Motivationen der Individuen entwickelte KEYNES explizit eine Reihe von Vorstellungen. Als Haupttriebfeder der menschlichen Tätigkeit betrachtet er den Gelderwerb: (174) "Manche wertvollen menschlichen Betätigungen" würden ohne den "Beweggrund des Gelderwerbs und die Umgebung des privaten Besitztums" nicht erfolgen. Zugleich würden "durch Gelegenheit für Gelderwerb gefährliche menschliche Triebe" in harmlosere Kanäle geleitet: "Es ist besser, daß ein Mensch sein Bankguthaben tyrannisiert als seine Mitmenschen ...". - An anderer Stelle schreibt KEYNES: "Mir wird es in jedem Fall täglich klarer, daß das moralische Problem unseres Zeitalters sich auf die Liebe zum Geld bezieht, auf den gewohnheitsmäßigen Anruf des Geldmotivs in neun Zehntel der Tätigkeiten des Lebens, mit dem allgemeinen Streben nach persönlicher Sicherheit als der ersten Aufgabe unseres Mühens, mit der gesellschaftlichen Anerkennung des Geldes als dem Maßstab aufbauenden Erfolgs." (175)

Die Annahmen über menschliches Verhalten spielen im KEYNESSchen Theoriegebäude eine entscheidende Rolle.^{x)}

x) SCHMÖLDERS vertritt sogar den Standpunkt, das Wesentliche der KEYNESSchen Theorie bestehe darin, daß sie dem Verhalten des Menschen als ökonomischem Faktor entscheidende Bedeutung zumesse. (176)

174) J.M. Keynes, 1, The General Theory of Employment, Interest and Money - deutsch: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München und Leipzig 1936, Berlin (o.J.) S. 315

175) J.M. Keynes, 2, Politik und Wirtschaft, Ausgewählte Abhandlungen, Erlenbach-Zürich 1956, S. 243 f

176) G. Schmolders/W.v.Schröder/H.St. Seidenfus, J.M. Keynes als Psychologe, Berlin 1956, S. 10

Daß die Gewinnerwartungen der Unternehmer in seinem System die zentrale Größe sind, mit denen die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems steht und fällt, wurde bereits erwähnt. Daneben werden der sog. "Hang zum Verbrauch" (bzw. die sich daraus ergebende "Sparneigung") sowie die "Vorliebe für Liquidität" zu den entscheidenden Determinanten des wirtschaftlichen Ablaufs. Bei der Untersuchung dieser Verhaltensweisen glaubt KEYNES, auf "fundamentale psychologische Gesetze" gestoßen zu sein: "Das grundlegende psychologische Gesetz, auf das wir uns mit großer Zuversicht stützen dürfen, sowohl a priori, aus unserer Kenntnis der menschlichen Natur (!) als auch aus den einzelnen Erfahrungstatsachen, besagt, daß die Menschen in der Regel und im Durchschnitt dahin tendieren, ihren Konsum zu vergrößern, wenn ihr Einkommen wächst, jedoch nicht um ebensoviel, wie ihr Einkommenszuwachs." (177) Ebenso erklärt er die "Vorliebe für Liquidität", d.h. "das Verlangen, das Vermögen in der Form von Bargeld zu halten", als eine natürliche Veranlagung des Menschen. (178)

Auf den ersten Blick scheint es KEYNES gelungen zu sein, eine Verbindung zwischen Ökonomie und Psychologie zu knüpfen (was SCHMÖLDERS als besonderes Verdienst von KEYNES hervorhebt!). Was hier allerdings unter dem anspruchsvollen Namen "fundamentales psychologisches Gesetz" angeboten wird, stützt sich nicht einmal annähernd auf die Untersuchung der Psyche des Menschen,

177) J.M. Keynes, 1, S. 96, nach Kruse, S. 315

178) J.M. Keynes, 1, S. 167, nach A. Kruse, S. 315

geschweige denn auf die Untersuchung der Einflüsse, die die menschlichen Verhaltensweisen und Motivationen formen ("dynamische Stimulierung"), sondern stellt nichts anderes dar als eine vordergründige Plausibilitätsannahme. KEYNES bleibt damit in einer vulgär-psychologischen Deutung von Erscheinungsformen stecken, ohne auch nur in Ansätzen zum Wesen menschlicher Bedürfnisse und Motivationen bzw. deren entscheidenden Bestimmungsgründen vorzudringen (dies zu einer Zeit, wo die Psychoanalyse bereits einen tiefen Einblick in diese Zusammenhänge ermöglichte!).

Wenn KEYNES als einen wesentlichen psychologischen Faktor die "Vorliebe für Liquidität" entdeckt zu haben glaubt und aus diesem "natürlichen Hang" eine Erklärung des Zinses ableitet, verdeckt er mit diesem "psychologischen" Ansatz völlig die Systembedingtheit derartiger Verhaltensweisen, die sich im wesentlichen nur verstehen lassen vor dem Hintergrund der in kapitalistischen Systemen immer wieder auftretenden Konjunkturschwankungen: "Tatsächlich ist das für einzelne Momente des kapitalistischen Zyklus kennzeichnende forcierte Streben nach Geld in seiner Bargeldform nur ein abgeleiteter, durch Wirtschaftskrisen und Störungen in den Kreditbeziehungen bedingter Faktor." (179)

Während KEYNES der Frage nach den Motivationen nur eine sehr vordergründige Analyse widmet, bleibt bei ihm die Frage nach der Konsistenz zwischen wirtschaft-

179) Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, S. 399

lichen und gesellschaftlichen Zielen im Kapitalismus völlig aus der Betrachtung ausgeklammert. Im Mittelpunkt steht allein die Frage nach der Funktionsfähigkeit des Systems, die er dann gewährleistet glaubt, wenn den Unternehmen ausreichende Gewinnchancen garantiert werden. Welche Methoden bei der Verfolgung maximaler Kapitalverzinsung angewendet werden und wie sich die Methoden auf Körper, Geist und Psyche der Menschen und auf die Gesellschaft als Ganzes auswirken können, interessiert ihn dabei wenig: "So widerlich und ungerecht (bestimmte wirtschaftliche Praktiken im Kapitalismus) in sich selbst auch sein mögen," so müsse man sie doch "mit allen Mitteln aufrechterhalten, weil sie ungeheuer nützlich sind, die Anhäufung von Kapital fördern." (180)

Damit spricht KEYNES deutlich aus, was ohnehin in seiner gesamten Theorie durchschimmert: daß das gesellschaftliche Oberziel für ihn in einer möglichst großen "Anhäufung von Kapital" besteht und daß zur Erreichung dieses Ziels fast alle Mittel recht sind. Dem Staat wird die Aufgabe übertragen, ausreichende Möglichkeiten der Kapitalverwertung sicherzustellen.

Sowenig wie KEYNES die zur maximalen Kapitalverwertung angewandten Methoden interessieren, so uninteressant sind für ihn auch Art und Qualität des "Sozialprodukts". Entscheidend ist allein, daß ausreichend Nachfrage geschaffen wird; w o f ü r sie geschaffen wird, hat den Makroökonomem nicht zu interessieren. Beauftragt der Staat die einen Unternehmen mit dem Ausschaufeln von Gruben und die anderen Unternehmen

180) J.M. Keynes, 2, S. 263 ff

mit dem Zuschaufeln der selben Gruben, und werden diese Aufträge über Geldschöpfung finanziert, so entspricht ein solches Vorgehen voll und ganz der beschäftigungspolitischen Konzeption von KEYNES, vorausgesetzt, daß die Unternehmen hierbei ausreichende Gewinne machen. Unproduktive, unnütze, verschwenderische Ausgaben (aus der Sicht der Gesellschaft) werden geradezu zu dem Mittel erklärt, um durch Schaffung zusätzlicher Nachfrage eine ausreichende Kapitalverzinsung zu gewährleisten und die Eigentümer der Produktionsmittel zum Einsatz ihres Kapitals und zur Beschäftigung von Arbeitskräften zu veranlassen. Alle Arten von Produktion, die keine entsprechende Verzinsung des privaten Kapitals garantieren, müssen demgegenüber als "ökonomisch unvernünftig" erscheinen.

Die auf dem KEYNESSchen Begriffsapparat später aufgebaute Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (ex-post-Analyse) trägt in "hervorragender Weise" dazu bei, den Unterschied zwischen gesellschaftlich sinnvoller und notwendiger bzw. gesellschaftlich sinnloser, verschwenderischer oder gar schädlicher und destruktiver Produktion zu verwischen und das Problem der "Verschwendung", der "Verschleißproduktion" usw. aus dem Bewußtsein der ökonomischen Wissenschaft bzw. der Gesellschaft überhaupt zu verdrängen. In der "Wertschöpfung" der Unternehmen und damit auch im Sozialprodukt der Volkswirtschaft erscheint ohne Unterschied alles, was auf irgendeine Weise zu Umsätzen und daraus fließend zu Einkommen und Gewinnen geführt hat. Je schneller der gezielte Wechsel in der

Mode, je größer der eingeplante Verschleiß usw., um so höher wird das Sozialprodukt. Die Absurdität einer derartigen Betrachtungsweise kann kaum genug hervorgehoben werden.

Die auf KEYNES zurückgehenden gezielten staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsablauf auf dem Weg über eine globale Steuerung (Geld- und Kreditpolitik, Budgetpolitik) scheint zwar geeignet, um die Wiederkehr einer langanhaltenden Arbeitslosigkeit zu verhindern, aber mit der Anwendung des KEYNESSchen Instrumentariums in den westlichen Industrieländern ist mehr und mehr ein neues Phänomen in den Vordergrund getreten, dem die bürgerliche Ökonomie bis heute im wesentlichen ratlos gegenübersteht: das Phänomen der schleichenden Inflation bzw. der Währungskrisen innerhalb des westlichen internationalen Währungssystems. So sehr es auf den ersten Blick scheint, als habe KEYNES die MARXsche These von der langfristigen Funktionsunfähigkeit des kapitalistischen Systems endgültig widerlegt, so deutlich wird bei näherer Betrachtung, daß er im Grunde nur die wirtschaftspolitischen Instrumente entwickelt hat, um die von MARX angekündigten "Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals" durch Schaffung zusätzlicher Nachfrage (auf dem Weg über Geldschöpfung) hinauszuzögern. Ob damit tatsächlich die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems auch langfristig garantiert ist, bleibt - insbesondere angesichts der im Gefolge der KEYNESSchen Wirtschaftspolitik auftretenden schleichenden Inflation - im höchsten Maße fragwürdig.

Ganz abgesehen davon besagt jedoch allein die Funktionsfähigkeit des Systems - selbst unter der Annahme der Vollbeschäftigung - nicht das Geringste über die Lösung des gesellschaftlichen Konsistenzproblems, über die Menschlichkeit oder Unmenschlichkeit des Systems aus. Auf den Kernpunkt der MARXschen Kritik am Kapitalismus, nämlich auf die Herausarbeitung der Unmenschlichkeit dieses Systems, das die Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen unterdrücke und die Menschen körperlich, geistig und psychisch verstümmele, auf diesen Kernpunkt geht die KEYNESsche Theorie an keiner Stelle ein. Insofern ist die KEYNESsche Theorie nicht geeignet, die MARXsche Kritik am kapitalistischen System zu entkräften. -

Damit wird deutlich, daß es auch dieser Theorie nicht um die Klärung der Frage geht, wie die Wirtschaft bestmöglich in den Dienst menschlicher Bedürfnisse gestellt werden kann, sondern allein um den Nachweis, daß das kapitalistische System überlebensfähig und in der Lage ist, Massenarbeitslosigkeit zu verhindern.

Die im Anschluß an KEYNES immer konsequenter vollzogene Trennung der ökonomischen Theorie in die Gebiete "Mikroökonomie" und "Makroökonomie", die praktisch voneinander isoliert behandelt werden, fördert geradezu die Tendenz, die Problematik der Konsistenz zwischen einzelwirtschaftlichen, gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen aus dem Bewußtsein der ökonomischen Theorie zu verdrängen: Während die Mikroökonomie und ihre spezielle Ausprägung in Form der Betriebswirtschaftslehre sich im wesentlichen einsei-

tig auf die Entwicklung von Mitteln zur Erreichung vorgegebener betriebswirtschaftlicher Unterziele (wie Gewinnmaximierung u.ä.) konzentriert, steht im Mittelpunkt makroökonomischer Betrachtungen die Globalgröße "Sozialprodukt". Ein eingeplanter Verschleiß, eine noch so verdummende Werbekampagne, die Forcierung der Rüstungsproduktion, der Verkauf von Kriegsspielzeug, die Produktion von brutalen Filmen oder auch nur das Auf- und Zuschaukeln von Gruben erscheinen - sofern damit der Umsatz bzw. Gewinn gesteigert werden kann - nicht nur aus betriebswirtschaftlicher (mikroökonomischer) Sicht sinnvoll, sondern auch aus makroökonomischer Betrachtung, weil sie zur Steigerung des Volkseinkommens beitragen. Auch die Wohlstandsökonomik erklärt sich - wie gezeigt - für die Beurteilung von Sinn und Unsinn der Verfolgung bestimmter Unterziele für unzuständig und bemüht sich lediglich noch um die theoretische Bereitstellung der entsprechenden "optimalen" Mittel.

VII. DIE BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE

Es wurde bereits angedeutet, daß sich im Zuge der Aufspaltung der ökonomischen Theorie in Mikroökonomie und Makroökonomie insbesondere im deutschen Sprachraum ein spezieller Zweig, die Betriebswirtschaftslehre, herausbildete, die sich ausschließlich mit einzelwirtschaftlichen Problemen aus der Sicht der Unternehmung befaßt und die Ziele, an denen sich die betriebliche Tätigkeit orientiert, als gegeben hinnimmt. In unserem Zusammenhang interessieren nicht die einzelnen Teilgebiete der Betriebswirtschaftslehre, sondern ihre Stellung zu der Frage der Konsistenz zwischen einzelwirtschaftlichen, gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen.

In der "Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre" von GÜNTHER WÖHE, einem Standardlehrbuch der Betriebswirtschaftslehre, steht zu dieser Problematik folgendes zu lesen: "Woher weiß aber der einzelne Betrieb, wie er handeln muß, um seine "gemeinwirtschaftliche Aufgabe" am besten zu erfüllen, d.h. um vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus den größtmöglichen Beitrag zum Sozialprodukt zu erbringen? Wann ist in einer Volkswirtschaft die "beste" Güterversorgung erreicht? Bedeutet größte Menge an Gütern auch optimale Versorgung? Wie muß die Zusammensetzung des Sozialprodukts sein, welche Güter sind "wichtig", welche nicht? Das alles sind Fragen, die nicht (!) von der Betriebswirtschaftslehre oder vom Betrieb gelöst werden können. Folglich kann sich der einzelne

Betrieb auch nicht das Ziel setzen, den Markt mit Gütern zu versorgen oder eine gemeinwirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Der Privatbetrieb im marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem (Unternehmung) kennt nur ein Ziel: langfristig den maximalen Gewinn zu erreichen; und dies erreicht er dann, wenn er sich an den Gegebenheiten des Marktes, d.h. an den Preisen der Produktionsfaktoren und der produzierten Güter orientiert." (181)

Damit wird auch der Betriebswirt der Aufgabe entledigt, sich über die Frage der Konsistenz zwischen einzelwirtschaftlichen, gesamtwirtschaftlichen und (wovon WÖHE überhaupt gar nicht erst spricht) gesellschaftlichen Zielen Gedanken zu machen und sowohl die vorgegebenen Ziele als auch die Methoden zur Erreichung dieser Ziele kritisch zu hinterfragen. (Daß auch der Volkswirt - sowohl der Makroökonom als auch der Wohlstandsökonom - sich für die Behandlung dieser Frage entweder inkompetent fühlt oder aber aufgrund des Herausdefinierens dieser Probleme nichts zu ihrer Lösung beitragen kann, wurde weiter oben herausgearbeitet.)

Weil sich die Betriebswirtschaftslehre nicht mit den Implikationen der vorgegebenen Ziele befaßt (und mit den Implikationen der angewandten Methoden nur insofern, als sie sich auf das vorgegebene Ziel auswirken), wird die Betriebswirtschaftslehre von ihren Vertretern als "wertfreie" (!) Wissenschaft bezeichnet: "Die Betriebswirtschaftslehre ist also eine wertfreie Wissenschaft. Sie hat sich der Abgabe ech-

181) G. Wöhe, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 7. Auflage, Berlin, Frankfurt/M. 1967, S. 33

ter Werturteile zu enthalten, da diese nicht mit rationalen Mitteln in ihrer Wahrheit gesichert werden können und folglich zu keiner wissenschaftlichen Erkenntnis führen, sondern lediglich persönliche Erkenntnisse darstellen." (182) Aus dieser Auffassung werden Konsequenzen wie die folgende abgeleitet: "Die Erfahrung zeigt, daß in der Marktwirtschaft die Bildung wirtschaftlicher Machtstellungen möglich ist. Die Betriebswirtschaftslehre hat derartige Machtstellungen nicht zu werten, sondern zur Kenntnis zu nehmen und ihre betrieblichen Probleme zu erforschen und zu klären" (183) (bzw. Mittel zu entwickeln, die einen Ausbau der Machtposition erlauben! B.S.)

Über die Auswirkungen und Implikationen der angewendeten Methoden hat der Betriebswirt nur insofern nachzudenken, als sie sich mittelbar oder unmittelbar auf die Zielsetzung der Unternehmung auswirken. "Die Maximierung eines Periodengewinns, der im Konkurrenzkampf 'unter Verwendung der Ellenbogen' und u.U. mit Methoden erreicht wird, die - wenn man sie ethisch beurteilt - an der Grenze des Vertretbaren liegen können, kann vom Standpunkt der langfristigen Gewinnmaximierung (und nur das ist für den Betriebswirt entscheidend! B.S.) unzweckmäßig sein, da sie Gewinnminderungen in der Zukunft (z.B. durch Verärgerung der Geschäftspartner) zur Folge haben kann." (184)

182) G. Wöhe, S. 41

183) G. Wöhe, S. 35

184) G. Wöhe, S. 34

Dem Betriebswirt wird damit von vornherein die Absolution erteilt für die Anwendung jeglicher Methoden, auch wenn sie sich möglicherweise auf die Menschen und die Gesellschaft schädlich und verhängnisvoll auswirken, sofern diese Methoden nur geeignet sind, das betriebswirtschaftliche Ziel zu verwirklichen: "Zweifellos kommt dem arbeitenden Menschen eine zentrale Stellung im Betrieb zu. Aber vom Standpunkt der Betriebswirtschaftslehre ist er nicht Zweck, sondern Mittel (!), einer der Produktionsverfahren, die zur Realisierung der mit dem Betriebsprozeß erstrebten praktischen Zielsetzungen eingesetzt werden kann. Die Betriebswirtschaftslehre muß bei der Berücksichtigung von Erkenntnissen der Betriebssoziologie, der Betriebspsychologie, der Wirtschaftsethik u.a. ihre rein wirtschaftliche Betrachtung beibehalten (Wirtschaften heißt: sparsame Produktion für menschliche Bedürfnisse!) B.S.) und muß bei allen Maßnahmen, die z.B. zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen können, überprüfen, ob diese Maßnahmen die Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung erhöhen ... Diese Feststellung mag vom sozialen Standpunkt aus hart erscheinen, aber vom Standpunkt der Betriebswirtschaftslehre ... ist sie konsequent (!)" (185)

WÖHE versucht sogleich den Eindruck zu erwecken, als sei es jedem Unternehmer unbenommen, ethische und soziale Überlegungen in sein unternehmerisches Handeln einzubeziehen: "Das Handeln eines Unternehmers wird ja nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von

ethischen und sozialen Motiven beeinflußt. Die Betriebswirtschaftslehre kann ihm stets nur eine Komponente - die rein wirtschaftliche - für seine Entschlüsse liefern, niemals aber fertige Rezepte für sein Handeln. Diese Entschlüsse faßt der Unternehmer nicht als "reiner Wirtschaftler", sondern als Mensch, in dessen Leben es auch andere Bereiche gibt, die in einer Rangordnung der Werte über den wirtschaftlichen stehen können." (186)

Damit entsteht der Eindruck, als habe "der Unternehmer" (bzw. das Management) in einem kapitalistischen System jegliche Freiheit, um neben den rein wirtschaftlichen Überlegungen auch noch soziale und ethische Erwägungen mit ins Spiel zu bringen und die betrieblichen Entscheidungen daran auszurichten. ^{x)} Daß aber einem Unternehmen, das im Konkurrenzkampf mithalten

^{x)} Diesen Eindruck erzeugt in verstärktem Maße die moderne "entscheidungsorientierte Betriebswirtschaftslehre", wenn sie vom "Zielsystem der Unternehmung" spricht und dabei das Ziel der Gewinnmaximierung auf eine Stufe stellt mit anderen möglichen Unternehmenszielen. Vgl. E. Heinen, Das Zielsystem der Unternehmung, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, Wiesbaden 1966

und nicht aus dem Felde geschlagen werden will und das auf eine ausreichende Rentabilität angewiesen ist, um überhaupt kreditwürdig zu sein, gar nichts anderes übrigbleibt, als derartige Überlegungen weitgehend zu verdrängen, wird von WÖHE und anderen Vertretern seiner Disziplin bewußt oder unbewußt unterschlagen. Ob der Unternehmer "als Mensch" neben den rein wirtschaftlichen Werten andere - ethische - Werte verspürt, ist für das Verständnis der kapitalistischen Produktion völlig irrelevant; entscheidend sind die Zwänge, denen er bzw. das Management im Konkurrenzkampf unterliegen und die es weitgehend verbieten, unternehmerische Entscheidungen von derartigen "Sentimentalitäten" auch nur in irgendeiner Weise beeinflussen zu lassen, soll nicht die Existenz des Unternehmens aufs Spiel gesetzt werden.

Der Hinweis von WÖHE, daß das Prinzip der Gewinnmaximierung schon deshalb nicht negativ gewertet werden dürfe, weil entstandene Gewinne schließlich auch für soziale Zwecke verwendet werden könnten, schießt völlig am Kernpunkt der marxistischen Kritik am Kapitalismus vorbei: "Das Prinzip der Gewinnmaximierung ist häufig negativ bewertet worden, weil sich mit ihm die Vorstellung verbindet, daß sich der Unternehmer zur Realisierung dieses Prinzips über ethische und soziale Vorstellungen hinwegsetze und nur einen persönlichen "Profit" suche. Diese Vorstellung ist - von Ausnahmen abgesehen - falsch. Maximale Gewinn e r z i e l u n g sagt nichts über die Gewinn v e r w e n d u n g aus (was auch niemand behauptet! B.S.). Wenn ein Unternehmer unter Ausnut-

zung der am Markt gegebenen Möglichkeiten den größtmöglichen Gewinn erzielt, so besagt das nicht, daß er ihn nur für seine persönlichen Bedürfnisse verwendet. Ein großer Teil der Gewinne wird zur Selbstfinanzierung zurückbehalten, d.h. die Gewinne werden zur Sicherung und Erweiterung des Betriebs verwendet, es werden neue Arbeitsplätze geschaffen, Rationalisierungen durchgeführt, die es zulassen, daß Güter, die bisher zum 'Luxusbedarf' gehörten, zu Massenkonsumgütern werden usw." (187) "Die M o - t i v e , die dem Ziel der Maximierung der Gewinne zugrundeliegen können, sind zahlreich. Während ein Unternehmer den Betrieb als Quelle laufender Einkünfte zur Deckung seiner Konsumbedürfnisse betrachtet, versucht ein anderer durch Ansammlung eines Privatvermögens sein Sozialprestige zu vermehren, während ein dritter aus Freude an wirtschaftlicher Macht seinen Marktanteil zu vergrößern sucht und wieder ein anderer seinen Gewinn (den er vielleicht mit rücksichtslosen Methoden erwirtschaftet hat! B.S.) überwiegend zugunsten anderer Menschen zu verwenden, indem er ihn im Zuge der Gewinnbeteiligung an seine Arbeitnehmer auszahlt oder zum Bau von Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen zur Verfügung stellt." (188)

Dieser Hinweis schießt deshalb am Kern vorbei, weil sich (zumindest die marxistische) Kritik am Kapitalismus nicht in erster Linie auf die Art der V e r - w e n d u n g der Gewinne erstreckt, sondern vor

187) G. Wöhe, S. 33/34

188) G. Wöhe, S. 34

allem auf die Umstände ihrer Entstehung und auf die Tatsache, daß der Mensch lediglich als Mittel betrachtet wird, der sich den verselbständigten wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen habe. (Im übrigen können langfristige Gewinne nur entstehen, wenn die bereits entstandenen Gewinne weitgehend investiert werden und so zur Expansion beitragen. Insofern zeugt eine losgelöste Betrachtung der Gewinnverwendung von einem Unverständnis kapitalistischer Systemzwänge.

Indem WÖHE lediglich die Gewinnverwendung anspricht, erscheint ihm die Entstehung von Gewinnen und die Aussagekraft des Gewinns im Hinblick auf gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele völlig unproblematisch zu sein. Gerade hierin liegt aber - wie noch zu zeigen sein wird - der Hauptangriffspunkt einer Kritik: daß nämlich eine am Gewinn orientierte Produktion und die dabei angewendeten Methoden nicht automatisch im Einklang stehen mit gesellschaftlichen Zielen, sondern in krassen Widerspruch hierzu geraten können. Ob und inwieweit dies der Fall ist, kann freilich nicht aufgrund der oberflächlichen Feststellung beurteilt werden, daß sich die Produktion am Gewinn ausrichtet, sondern allein durch eine tiefergehende Analyse derjenigen Faktoren, die auf die Höhe sowie auf die Verwendung der Gewinne einwirken. Genau hierin können aber die wesentlichen Unterschiede zwischen einem kapitalistischen und einem sozialistischen System liegen. Wenn auch in sozialistischen Ländern zunehmend der Gewinn zur Zielgröße der Unternehmen wird, so handelt es sich zunächst um nicht mehr als eine rein formale Übereinstimmung mit dem Kapita-

lismus, hinter der sich eine inhaltlich völlig andere Lösung des Konsistenzproblems verbergen kann.

Fassen wir kurz zusammen: Auch die Betriebswirtschaftslehre leistet keinen Beitrag zu dem Problem, wie die Unterziele, an denen sich die Handlungen der Menschen orientieren, gestaltet werden können, damit ihre Verfolgung zur Verwirklichung gesellschaftlicher Ziele beiträgt, ohne in Widerspruch zu fundamentalen menschlichen Bedürfnissen zu geraten. Für die Betriebswirtschaftslehre ist nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bzw. der Abbau menschlichen Leides das Oberziel, sondern die einzelwirtschaftliche Gewinnmaximierung bzw. die maximale Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Der Mensch ist nur Mittel zur Erreichung dieses Ziels. ^{x)} - Die Frage bleibt offen, welche Disziplin der bürgerlichen Wissenschaften das Konsistenz- und Motivationsproblem überhaupt sieht und sich ernsthaft mit diesem Problem auseinandersetzt, ohne es vorher als gelöst herauszudefinieren.

^{x)} (Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die moderne "systemorientierte Betriebswirtschaftslehre" vom Unternehmen als einem "offenen sozialen System" spricht. Vgl. H. Ulrich, Die Unternehmung als produktives soziales System, Berlin 1970²)

VIII. DIE WETTBEWERBSKONZEPTION DES NEOLIBERALISMUS

Die vorangegangenen Ausführungen haben deutlich werden lassen, daß sich weder die Betriebswirtschaftslehre noch die Makroökonomie mit der Konsistenz- und Motivationsproblematik auseinandersetzen: Die Betriebswirtschaftslehre orientiert sich in der Entwicklung von Methoden im wesentlichen an den am Markt sich bildenden Faktor- und Absatzpreisen; die Makroökonomie andererseits betrachtet im wesentlichen nur die Globalgrößen, ihren kreislauftheoretischen Zusammenhang und die Möglichkeiten einer globalen Beeinflussung über Kredit- und Budgetpolitik. Die Frage nach den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Ablauf und das Aufeinanderwirken der einzelnen Wirtschaftseinheiten bleibt in beiden Gebieten ausgeklammert; die Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist Hauptgegenstand der "Wettbewerbstheorie".

Die ursprünglichen klassischen Vorstellungen gingen - wie schon erwähnt - davon aus, daß das System der freien Konkurrenz die bestmögliche Lösung darstelle, um die Aktivitäten der einzelnen in gesamtwirtschaftlich sinnvolle Bahnen zu lenken und den Einzelnen in Form von Marktpreisen Orientierungsdaten an die Hand zu geben, an denen sie ihre Aktivität ausrichten können. Die zunehmende Monopolisierung und der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise hatten dieses Prinzip der freien Konkurrenz jedoch zunehmend fragwürdig erscheinen lassen, trug es doch offensichtlich die Keime zu

seiner eigenen Zerstörung in sich. Die Frage der Vermachtung der Märkte und das Problem der Ausschaltung des Konkurrenzmechanismus rückten mehr und mehr in den Vordergrund.

Der auf WALTER EUCKEN zurückgehende Neoliberalismus entwickelte eine Konzeption, in der die grundsätzliche Leistungsfähigkeit des Konkurrenzsystems und der Aspekt der größtmöglichen wirtschaftlichen Freiheit jedes Einzelnen hervorgehoben, gleichzeitig aber gezielte staatliche Maßnahmen gefordert wurden, um eine Zerstörung dieses Konkurrenzmechanismus möglichst zu unterbinden. ALEXANDER RÜSTOW, ein führender Vertreter des Neoliberalismus, formulierte den Grundgedanken wie folgt: "Die Marktwirtschaft hat, was Steigerung der Produktivität und des Volkswohlstands betrifft, ja alle Erwartungen erfüllt und übertroffen. Diese positive Wirkung sollte man ... beibehalten. Aber man hat in verhängnisvoller Weise übersehen, daß das nicht durch Abwarten und "laissez-faire" zu erreichen, sondern daß das an ganz bestimmte Voraussetzungen gebunden ist. Erstens findet nämlich das Zusammenfallen von Einzelinteresse und Gesamtinteresse nur innerhalb der fairen Leistungskonkurrenz statt. Wenn man also von diesem Marktpatent sozusagen Gebrauch machen will, weil es so ungeheuer produktiv ist, dann muß der Staat dafür sorgen, daß die Grenzen der fairen Leistungskonkurrenz eingehalten werden. Er muß eine strenge Marktpolizeigewalt ausüben und muß insbesondere die Bildung von monopolistischen Machtpositionen verhindern. Aber damit ist es noch nicht getan. Denn es gibt eine große Reihe von Dingen, die dem Markt-

mechanismus unzugänglich, die aber von größter Wichtigkeit für die menschlichen Belange sind. Dazu gehört z.B. der weite Bereich der Sozialpolitik." (189)

Im Gegensatz zur Auffassung des klassischen Liberalismus, dem es vor allem darum ging, die Wirtschaft von den Fesseln feudalistischer Eingriffe zu befreien, wird in der neoliberalen Konzeption dem Staat eine wesentliche Aufgabe im Rahmen der Wirtschaft übertragen, nämlich die Schaffung von gesetzlichen Rahmenbedingungen, um wirtschaftliche Vermachtungstendenzen innerhalb der Marktwirtschaft zu bekämpfen und für die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Konkurrenz auf möglichst allen Märkten zu sorgen. Diese Rahmenbedingungen sollten das Konsistenz- und Motivationsproblem gleichermaßen in bestmöglicher Weise lösen: Die "Reinigung" der Märkte von Vermachtungen sollte ein Preissystem gewährleisten, in dem die Preise vor allem Ausdruck von Knappheiten im Verhältnis zu den individuellen Bedürfnissen darstellen und nicht Ausdruck von Marktmacht sind; das Privateigentum an Produktionsmitteln sollte - ausgehend von den "natürlichen Veranlagungen des Menschen" zum Gewinnstreben - die Motivationen der Einzelnen in Richtung auf das Unterziel Gewinnmaximierung stimulieren, das in einem konsistenten Zusammenhang zu den gesellschaftlichen Oberzielen gesehen wurde: dem Oberziel der maximalen Bedarfsdeckung unter Aufrechterhaltung einer möglichst weitgehenden (wirtschaftlichen) Freiheit.

189) A. Rüstow, Paläoliberalismus, Kommunismus und Neoliberalismus, in: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, Westberlin/München 1961, S. 67

Ihre Vorstellungen von einer Marktwirtschaft im Rahmen einer staatlich gesicherten Wettbewerbsordnung versuchten die Neoliberalen vor allem durch eine Abgrenzung von sozialistischen Ideen zu untermauern. Hierbei bedienten sie sich verschiedener Begriffspaare, die die Unterschiede zwischen beiden Vorstellungen besonders deutlich machen sollten. Ein Begriffspaar besteht in der Gegenüberstellung von "Zentralverwaltungswirtschaft" und "freier Verkehrswirtschaft", die als Idealtypen verstanden werden: Während in der "Zentralverwaltungswirtschaft" - auch "Zwangsverwaltungswirtschaft" oder "Kommandowirtschaft" genannt - ein einziger Plan über den gesamten Ablauf bestimmt und sämtliche Individuen diesem Plan unterworfen seien, würden in einer "freien Verkehrswirtschaft" die Wirtschaftspläne unabhängig und frei von den einzelnen Wirtschaftseinheiten aufgestellt und über den Markt zu einem einheitlichen Ganzen koordiniert. - Ein anderes Begriffspaar bildet die Gegenüberstellung von "Kollektivismus" und "Individualismus", wobei "Kollektivismus" verstanden wird als die Unterwerfung des Individuums unter eine gesellschaftliche Zwangsherrschaft, während der Individualismus mit größtmöglicher Freiheit des Individuums gleichgesetzt wird.

WILHELM RÖPKE, einer der eifrigsten Verfechter des Neoliberalismus, benutzt diese Begriffe geradezu zu einer Verteufelung des Sozialismus, indem er Sozialismus gleichsetzt mit "Zwangsverwaltungswirtschaft" und "Kollektivismus", was in seiner Interpretation einer Gesellschaftsverfassung gleichkomme, in der "Charakter-

losigkeit, krumme Rücken und geschlossene Lippen das unzweifelhafte Ergebnis (190) wären. "Die Individualnatur des Menschen ist für RÖPKE der letzte Grund, warum der Sozialismus, die kollektivistische "Überintegration", zum Scheitern verurteilt ist ...: als Dauerzustand laufe sie der 'innersten Natur des Menschen' zuwider." (191)

"Die Menschauffassung dieser Theorie läßt sich ... insgesamt charakterisieren als Setzung eines abstrakten "allgemeinen" Menschen, dessen Wesen überzeitlicher, geistiger Natur ist und der in seinem wirtschaftlichen Handeln durch ewige Konstante bestimmt wird, wobei der eine Hauptvertreter (EUCKEN, B.S.) den Bedarfsdeckungstrieb, der andere (RÖPKE) ... das Gewinnstreben zugrundelegt. Ein weiterer Grundzug des so konstruierten Menschen ist sein Individualismus." (192)

Angesichts solcher Axiome und Begriffe, auf denen die gesamte neoliberale Konzeption einer Wettbewerbsordnung auf der Grundlage des Privateigentums aufbaut, muß eine sozialistische Wirtschaft fast zwangsläufig als undenkbar und der menschlichen Natur zutiefst zuwiderlaufend erscheinen. "Die Spitze der neoliberalen Konzeption von Wirtschaft und Gesellschaft richtet sich gegen den vordringenden Sozialismus. Es geht ihnen um die Konservierung der in neuer Weise organi-

190) W. Röpke, 2, Civitas humana - Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsform, Zürich 1946², S. 214

191) Mensch und Wirtschaft, S. 239 f

192) Mensch und Wirtschaft, S. 230

sierten "Verkehrswirtschaft" gegenüber der sozialistischen "Zwangsverwaltungswirtschaft" mit ihrem Kollektivismus. x) Der Kapitalismus erscheint als die Wirtschaftsweise, die der vorgegebenen "ewigen" Natur des Menschen - dem abstrakten bürgerlichen Individuum - einzig angemessen sei. Neben dem Versuch, den Sozialismus als ökonomisch unhaltbar hinzustellen, steht deshalb das Bemühen, ihn als dem Wesen des Menschen widersprechend nachzuweisen. Dieses Wesen wird prinzipiell unhistorisch gefaßt als im Grunde unveränderliche Gegebenheit." (193)

Das neoliberale Gedankengut fand nach dem Zusammenbruch 1945 in Westdeutschland schnelle Verbreitung und wurde zur Grundlage für die Schaffung der "Sozialen

x) Zwei Dinge bedürfen an dieser Stelle einer kurzen Klarstellung: "Zentralverwaltungswirtschaft", "Zwangswirtschaft" und "Kommandowirtschaft" sind ungeeignete Begriffe, um eine generelle Charakterisierung sozialistischer Systeme zu liefern. Zentrale Planwirtschaft kann zwar, muß aber nicht bedeuten, daß den einzelnen Unternehmen Planaufgaben bis ins Detail vorgegeben werden; vielmehr kann sich in einer zentralen Planwirtschaft - und die neuere Entwicklung in verschiedenen sozialistischen Staaten weist immer mehr in diese Richtung - die Planbehörde auf die Festlegung von Prioritäten (z.B. die Aufteilung zwischen Konsum und Investition) sowie auf die Ausgestaltung eines Lenkungs-systems (System ökonomischer Hebel) beschränken, innerhalb dessen die einzelnen Betriebe frei disponieren können. Zum zweiten beinhaltet der Begriff "Kollektivismus" - jedenfalls in der MARXschen Deutung - von der Zielsetzung her nicht die "Versklavung des Menschen" durch die "Gesellschaft", sondern genau umgekehrt die Befreiung der Menschen aus ihrer psychischen und gesellschaftlichen Isoliertheit durch das frühzeitige Lernen sozialen Verhaltens in Gruppen.

193) Mensch und Wirtschaft, S. 209

Marktwirtschaft". Daß sich in der BRD zunächst der Neoliberalismus und nicht der KEYNESianismus durchsetzte, erklärt sich aus der marxistischen Sicht durch die besondere wirtschaftliche und politische Situation im Nachkriegsdeutschland: "Nach dem Fiasko des "Dritten Reiches" war diese Doktrin als neue Orientierung für die Wirtschaftspolitik und auch als Gegenkonzeption zur marxistischen politischen Ökonomie für die deutsche Bourgeoisie dringend erforderlich geworden." (194)

Eine besondere Rolle spielten in dieser Zeit die reglementierenden Eingriffe der Besatzungsmächte in den Wirtschaftsablauf, die ein Wiederaufleben der industriellen Produktion stark beeinträchtigten. Eine Wirtschaftstheorie, die der westdeutschen Monopolbourgeoisie in dieser Situation nützen sollte, mußte gegen die ökonomischen Fesseln polemisieren, die der westdeutschen Wirtschaft auferlegt waren, und für ein 'freies Spiel der Kräfte' eintreten. Daher verbirgt sich hinter der neoliberalen Losung von der 'Rückkehr zur freien Marktwirtschaft mit ihrem Marktautomatismus' in erster Linie die praktisch-politische Emanzipation privatkapitalistischer Unternehmen von der Bevormundung durch zentrale Machtapparate." (195)

"In der neoliberalen Agitation spiegelt sich auch der Widerstand der Bourgeoisie gegen gewisse Zentralisierungstendenzen wider, gegen die sie eine Aversion an den Tag legte, solange sie selbst den Staatsapparat noch nicht fest genug im Griff hatte." (196)

194) Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, S. 52

195) Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, S. 53

196) ebenda, S. 55

"Die Aufgabe der Neoliberalen erschöpft sich allerdings keineswegs in der Diskussion um die Gestaltung des Wirtschaftslebens. Der Neoliberalismus war vielmehr gleichzeitig wesentlicher Bestandteil der Propagandaoffensive gegen den Sozialismus." (197) (Daß sich die neoliberalen Ideen insbesondere in Westdeutschland - in unmittelbarer geographischer Nachbarschaft zu sozialistischen Staaten - durchsetzte, erklärt sich wohl nicht zuletzt aus dieser ihrer Funktion.) "Die Neoliberalen stellten die Wirtschaftsform der freien Konkurrenz der zentralgeleiteten Planwirtschaft gegenüber. Diese Version bot sich in der anti-kommunistischen Propaganda als Verleumdungsmittel und Schreckwaffe an. Die Neoliberalen identifizierten die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Hitler-faschistischen Staates mit dem planmäßigen Aufbau des Sozialismus und warfen somit die Praxis des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die des sozialistischen Wirtschaftssystems in einen Topf." (198)

Gegen diese Interpretation, daß der Neoliberalismus die geeignetste Theorie im Sinne des Großkapitals im westdeutschen Nachkriegsdeutschland darstellte und sich aus diesem Grund durchgesetzt hat, scheint vor allem die Anti-Monopolkonzeption des Neoliberalismus zu prechen, die schließlich (1958) Grundlage des "Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen" wurde. Aber auch dieser scheinbare Widerspruch fügt sich nahtlos in die oben skizzierte Interpretation ein:

197) Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, S. 56

198) Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, S. 66

"Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten die westdeutschen Neoliberalen der Bevölkerung einzureden, daß mit der Herrschaft der Monopole endgültig Schluß gemacht würde. Sie verkündeten eine "Anti-Monopol-Politik", die angeblich nach RÖPKE "eine solche der echten, der radikalen Art" sei. Die Monopole sollten nicht mehr toleriert und nur überwacht, sondern abgeschafft werden. In der Tat handelte es sich um einen vorgetäuschten 'Anti-Monopolismus'." (199) Mit diesem 'Anti-Monopolismus' gelang es allerdings, "zugleich in die Reihen des Klein- und Mittelbürgertums eine Verwirrung hineinzutragen (und) sich die Gunst der westlichen Besatzungsmächte zu erwerben ..." (200)

Dem westdeutschen Großkapital hingegen konnte diese Konzeption nie wirklich gefährlich werden. Im Gegenteil wurde der Monopolbegriff so gefaßt, daß er sich mehr gegen die "Monopolmacht der Gewerkschaften" richtete als gegen Vermachtungen innerhalb der Industrie: "Die Monopoltheorie der Neoliberalen basiert auf der Annahme, daß von einem Monopol nur dann gesprochen werden könnte, wenn eine hundertprozentige Beherrschung des Marktes vorliegt." (201)

Die Kritik an den Monopolen ist damit im wesentlichen nur gegen Kartelle gerichtet, nicht aber gegen andere Formen der Marktvermachtung. Das Kartellgesetz von 1958 hat sich im Kampf gegen wirtschaftliche Vermachtung praktisch als stumpfe Waffe erwiesen: "Ganz abgesehen davon, daß dieses 'Gesetz gegen Wettbewerbsbe-

199) Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, S. 448

200) Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, S. 449

201) Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, S. 448

schränkungen' durch eine Reihe von Vorbehalten die Wirksamkeit der Kartellverbote aufhebt und den Monopolen (im MARXschen Sinne, B.S.) selbst eine legale Umgehung ermöglicht, stellt sein Zustandekommen nur ein taktisches Manöver im Propagandafeldzug dar. Niemand vermag heute mehr zu bestreiten, daß es in der Bundesrepublik kein einziges Organ mit staatlicher Sanktion gibt, das die Macht der Monopole wirkungsvoll begrenzt." (202)

Wir kommen zu dem Ergebnis, daß der Neoliberalismus sich zwar mit dem Konsistenz- und Motivationsproblem auseinandergesetzt hat, aber dies in einer Weise, die bezüglich ihrer grundlegenden Implikationen kaum als wissenschaftlich bezeichnet werden kann. ^{x)} Die Be-

x) Im Gegensatz zu der Aufsplitterung der ökonomischen Theorie in einzelne Problembereiche (Betriebswirtschaftslehre, Wachstumstheorie, Beschäftigungstheorie usw.) handelt es sich beim Neoliberalismus immerhin um eine umfassende Fragestellung mit gesellschaftlichem Bezug. HERBERT MEIßNER spricht in diesem Zusammenhang von einer "Systemlehre" im Gegensatz zu den "Problemlehren". "Während die Literatur, die den Problemlehren zuzurechnen ist, sprunghaft anwächst, nimmt die Darstellung eindeutig sozialökonomisch deutender Positionen ab und wird auch in ihren Aussagen zurückhaltender." (S. 678) MEIßNER stellt die These auf, daß die "vulgärökonomischen" Elemente in den bürgerlichen "Systemlehren" (wie dem Neoliberalismus) deshalb überwiegen, weil diesen Lehren in erster Linie die ideologische Funktion der Rechtfertigung eines kapitalistischen Systems zufalle." (203)

202) Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, S. 69

203) Vgl. A. Meißner, in: Theoretische und methodologische Grundfragen des Verhältnisses des Marxismus zur gegenwärtigen bürgerlichen Ökonomie, in: Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1967, B. 692

griffspaare "freie Verkehrswirtschaft" und "Zentralverwaltungswirtschaft" sowie "Individualismus" und "Kollektivismus" sind in keiner Weise geeignet, die realen Erscheinungsformen innerhalb kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsformen zu analysieren und auf tieferliegende Ursachen zurückzuführen. Die Vorstellung einer "freien Verkehrswirtschaft", in der die einzelnen Wirtschaftseinheiten nach eigenem Plan unabhängig voneinander wirtschaften, klammert wiederum - ähnlich wie die subjektivistische Nutzentheorie und die Wohlstandsökonomik - die Frage aus, durch welche gesellschaftlichen Einflüsse die Individuen erst in bestimmter Weise geformt werden. Die Vorstellungen über menschliche Bedürfnisse und Motivationen bleiben an der Oberfläche stecken und resultieren aus der Verallgemeinerung von Erscheinungsformen, die allenfalls als Produkt einer bestimmten historischen Epoche unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen gedeutet werden können.

Bleiben den Neoliberalen schon die für die Formung von Motivationsstrukturen verantwortlichen gesellschaftlichen Einflüsse verborgen, so erst recht die Auswirkungen einer solchen Formung auf außerökonomische Bereiche: Die Verherrlichung des Individualismus übersieht, daß die Neurotisierung und Brutalisierung der kapitalistischen Gesellschaft nicht losgelöst gesehen werden kann von denjenigen Einflüssen, die im Individuum eine individualistische Einstellung fördern. (Wir kommen auf diese Zusammenhänge im einzelnen zu sprechen.

Woran der Neoliberalismus schließlich selbst scheiterte, war eine krasse Fehleinschätzung der Rolle des Staates im modernen Kapitalismus. In den Augen der Neoliberalen hätte es möglich sein müssen, dem Staat eine neutrale Rolle zuzuweisen, um die Herstellung und Aufrechterhaltung einer Wettbewerbsordnung zu gewährleisten und die Eindämmung von ökonomischer Macht zu garantieren. Die Erfahrungen sowohl in den USA als auch in der BRD haben jedoch gezeigt, daß die Zusammenhänge eher umgekehrt liegen: daß nicht der Staat die Wirtschaft kontrolliert, sondern die Wirtschaft den Staat. Aus dem individualistischen und idealistischen Ansatz des Neoliberalismus heraus muß es immer unverständlich bleiben, warum in einer Demokratie die Eindämmung ökonomischer Macht nicht gelungen ist, und warum schließlich nicht die Praxis im Sinne der neoliberalen Theorie umgestaltet wurde, sondern umgekehrt die Theorie fallengelassen und durch eine andere (die "Theorie vom funktionsfähigen Wettbewerb") ersetzt wurde, die die inzwischen eingetretene Kapitalkonzentration nicht mehr verdammt, sondern rechtfertigte.

Aus marxistischer Sicht ist diese Wandlung in der "herrschenden (!) Lehre" kein Zufall: "Was sich hier abspielt, ist ein üblicher Vorgang in den politischen Wissenschaften: Eine Lehre, die der Bourgeoisie dienlich erschien und daher eine aktive Rolle zu spielen vermochte, entspricht nicht mehr den Voraussetzungen, die ihrem Erfolg einmal den Weg geebnet hatten. Wie bereits betont, entsprachen die neoliberalen Lehren einem aktuellen Bedürfnis der westdeutschen Bourgeoisie. Heute hat sich die westdeutsche

Monopolbourgeoisie wichtige Positionen wieder zurückerobert, spricht im Kreise der ausländischen Konkurrenten längst ein gewichtiges Wort mit und sieht sich veranlaßt, die Staatsautorität für die Durchsetzung ihrer Interessen aktiv einzusetzen. Der von den Neoliberalen so geschmähte 'Dirigismus' oder 'Interventionismus' gelangt angesichts des Zwangs ökonomischer Gesetzmäßigkeiten in der Bundesrepublik zur Auferstehung und kommt zu neuen Ehren." (204)

Was WERNER KRAUSE - aufbauend auf einer derartigen Analyse - schon zu Ausbruch der ersten schärferen Rezession in der Bundesrepublik 1967 ankündigte, findet durch die inzwischen eingetretene Wende in der Wirtschaftspolitik der BRD und in ihrer theoretischen Rechtfertigung volle Bestätigung: "Unter dem Druck des gegenwärtigen und sich andeutenden zukünftigen Konjunkturverlaufs und der damit verbundenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der westdeutschen Bundesregierung bricht das neoliberale Dogma von der sozialen Marktwirtschaft zusammen. Mit dem Prozeß des Abflauens der Konjunktur werden die Historiker ökonomischen Denkens nun endgültig das Ende des westdeutschen Neoliberalismus konstatieren können." (205)

Die Wende erfolgte in zweierlei Hinsicht: Zum einen wurde die neoliberale Vorstellung von einer möglichst weitgehenden Abstinenz des Staates in Sachen Konjunkturpolitik fallengelassen und mit dem Antritt KARL SCHILLERS als Wirtschaftsminister ersetzt durch eine

204) Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, S. 72

205) W. Krause, Der westdeutsche Neoliberalismus, in: Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1967

an KEYNES orientierte Wirtschaftspolitik der Globalsteuerung. Zum ändern mußte die neoliberale Vorstellung von der freien Konkurrenz einem anderen wettbewerbspolitischen Leitbild das Feld räumen: dem Leitbild vom "funktionsfähigen Wettbewerb", das auf den Amerikaner JOHN MAURICE CLARK zurückgeht und von ERHARD KANTZENBACH im deutschen Sprachraum in die Diskussion geworfen wurde.

IX. DIE THEORIE VOM FUNKTIONSFÄHIGEN WETTBEWERB

In seinem Buch "Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs" formuliert KANTZENBACH die Gründe, die seiner Ansicht nach ein Überdenken der neoliberalen Wettbewerbskonzeption erforderlich machen. Er weist darauf hin, "in welchem starkem Maße sich gerade bei der Beurteilung des Wettbewerbs die praktische Wirtschaftspolitik und die entsprechenden Vorstellungen und Leitbilder voneinander entfernt haben. Zwar hat sich in der theoretischen Sozialökonomie allgemein die Ansicht durchgesetzt, daß die vollständige Konkurrenz nicht realisierbar sei. Dennoch hat sie als ideales Orientierungsmodell nach wie vor große Bedeutung, da die Vorstellung vorherrscht, die vollständige Konkurrenz bilde die denkbar intensivste und gleichzeitig gesamtwirtschaftlich funktionsfähigste Marktform. Jede andere Marktform wird als weniger leistungsfähig, jede Form der Wettbewerbsbeschränkung als Funktionsstörung beurteilt." (206)

Anstatt theoretisch Instrumente zu entwickeln, die es erlauben, die Rationalität oder Irrationalität eines kapitalistischen Systems zu beurteilen, geht es KANTZENBACH umgekehrt darum, eine inzwischen eingetretene und von ihm als "befriedigend" bezeichnete Entwicklung theoretisch abzusichern und wirtschaftspolitisch zu forcieren: Obwohl die Verhältnisse in der Realität (gemeint ist die Kon-

206) E. Kantzenbach, Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, Göttingen 1967², S. 10

zentration des Kapitals, B.S.) sich also sehr erheblich von den theoretischen Vorstellungen unterscheiden, wird die Funktionsfähigkeit des Systems im großen und ganzen als befriedigend beurteilt." (207) (Von wem? B.S.) Daraus folgert er, daß es vor allem darauf ankomme, "die Kluft zwischen den theoretischen Wettbewerbsvorstellungen und Leitbildern einerseits und den konkreten Orientierungsgrößen der Wettbewerbspolitik andererseits zu verringern. Zu diesem Zweck soll versucht werden, realistische Neuansätze für eine Wettbewerbstheorie zu entwickeln, die einer rationalen Wettbewerbspolitik auch in Einzelfragen als Basis dienen können." (208) Im Zentrum seiner Überlegungen steht dabei die Frage nach den "Bedingungen einer optimalen Wettbewerbsintensität ..., die ein Höchstmaß erwünschter, gesamtwirtschaftlicher Antrieb- und Steuerungsfunktionen erfüllt." (209)

Damit spricht KANTZENBACH sowohl das Konsistenz- als auch das Motivationsproblem an; das Konsistenzproblem insofern, als es ihm um eine optimale Steuerungsfunktion geht, d.h. im Grunde um die Schaffung eines Zielsystems mit Unterzielen, an denen sich die einzelnen Unternehmen orientieren sollen;

207) E. Kantzenbach, S. 10

208) E. Kantzenbach, S. 11

209) E. Kantzenbach, S. 11

das Motivationsproblem insofern, als er nach den optimalen Bedingungen sucht, um die Motivationen der Individuen bzw. der Unternehmen in Richtung auf die Unterziele hin zu stimulieren. Als Oberziel formuliert Kantzenbach fünf verschiedene "Funktionen", die von einer zu entwickelnden Wettbewerbsordnung in optimaler Weise erfüllt werden sollen:

"I. Auf den Märkten der Produktionsfaktoren steuert der Wettbewerb die funktionelle Einkommensverteilung nach der Marktleistung und verhindert damit eine Ausbeutung aufgrund von Marktmacht. Obwohl die Entlohnung nach der Grenzproduktivitätstheorie keine Gerechtigkeit im ethischen Sinn impliziert, wird sie - nach vorherrschendem Normativurteil (!) - anderen in der Marktwirtschaft realisierbaren Primärverteilungsprinzipien vorgezogen. Sie macht keinesfalls eine staatliche Umverteilungspolitik überflüssig, stellt aber für diese die bestmögliche Ausgangsbasis dar.

II. Durch den Wettbewerbsprozeß wird die Zusammensetzung und Verteilung des laufenden Angebots an Waren und Dienstleistungen nach den Käuferpräferenzen (!) gesteuert. Bei gegebener Einkommensverteilung und gegebenem Produktionsvolumen wird durch diese Steuerung das Maß der Befriedigung individueller Bedürfnisse (!) gesteigert.

- III. Der Wettbewerb lenkt die Produktionsfaktoren in ihre produktivsten Einsatzmöglichkeiten. Dadurch werden die Gesamtkosten gegebener Produktionsvolumina bei gegebener Produktionstechnik gesenkt bzw. die Wertschöpfung gegebener Faktoreinsatzmengen gesteigert.
- IV. Der Wettbewerbsprozeß bewirkt die laufende flexible Anpassung der Produktion und der Produktionskapazität an die außerwirtschaftlichen Daten insbesondere an die sich ständig ändernde Nachfragestruktur und Produktionstechnik. Dadurch wird das Ausmaß der Fehlinvestitionen begrenzt und die durch die Strukturwandlungen hervorgerufenen volkswirtschaftlichen Kosten werden verringert.
- V. Der Wettbewerb beschleunigt die Durchsetzung des technischen Fortschritts bei Produkten und Produktionsmethoden ..." (210)

Diese fünf expliziten Werturteile sowie "die grundsätzliche Priorität des Wettbewerbs unter den möglichen Steuerungsprinzipien der Wirtschaft", (211) von deren Gegebenheit Kantzenbach ausgeht, indem er "die politische Entscheidung für die Marktwirtschaftsordnung als Datum" ansieht, bilden die Grundlage für seine wettbewerbstheoretische und -politische Konzeption. Wir brauchen auf diese Werturteile

210) E. Kantzenbach, S. 16 f

211) E. Kantzenbach, S. 12

nicht mehr im einzelnen einzugehen. Was die Vorstellung einer Entlohnung nach dem Grenzprodukt (I), die Vorstellung von der Konsumenten-souveränität (II) und der Begriff "Wertschöpfung" (III) implizieren, haben wir an anderer Stelle herausgearbeitet. Die Implikationen sollten unserer Meinung nach Grund genug sein, um der Setzung dieser Werturteile außerordentlich skeptisch gegenüberzustehen. ^{x)}

Indem Kantzenbach zu dem Ergebnis kommt, daß nicht die vollständige Konkurrenz, sondern die oligopolistische Konkurrenz, der Wettbewerb zwischen wenigen Großunternehmen, die angegebenen Funktionen bestmöglich erfüllt, liefert er die theoretische "Rechtfertigung" für die inzwischen schon weit fortgeschrittene Konzentration des Kapitals in der Bundesrepublik ^{xx)}.

x) Indem allerdings derartige Werturteile gleich zu Anfang eine Theorie expliziert werden, ist zwar scheinbar dem Postulat "wissenschaftlicher Sauberkeit" Tribut gezollt, aber der Leser wird gleichzeitig nicht gerade motiviert, auf die Bedeutung der in diesen Werturteilen steckenden Implikationen auch nur einen Gedanken zu verwenden. - Am wenigsten dann, wenn es sich um ein "vorherrschendes Normativurteil" handelt.

xx) Auf die Theorie von Kantzenbach haben sich kurz nach Erscheinen sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie als auch die Bundesregierung und das Bundeskartellamt berufen. (Vgl. J. HUFFSCHMID: Die Politik des Kapitals, S. 128)

JÖRG HUFFSCHMID, der diesen Konzentrationsprozeß im einzelnen analysiert hat, schreibt hierzu: "Mit dieser Theorie ist das liberale Wettbewerbskonzept auf den Kopf gestellt. Denn nicht die Funktionen des Wettbewerbs standen bei ihm im Mittelpunkt, sondern die Freiheit des (besitzenden) Individuums zu jeder beliebigen wirtschaftlichen Tätigkeit. Nun wird der Wettbewerb nicht nur instrumentalisiert, um andere Ziele zu erreichen, sondern darüber hinaus motiviert, um sie erreichen zu können. In dem Maße, in dem Wettbewerb ursprünglich Freiheit meinte, bedeutet jede Modifizierung des Wettbewerbs in Richtung auf Einschränkung dieser Freiheit die Abschaffung des Wettbewerbs als Ziel und Grundlage der Wirtschaftsordnung." (212)

Das Oberziel lautet bei Kantzenbach weder "wirtschaftliche Freiheit für den Einzelnen", noch "sozialer" oder "gesellschaftlicher Fortschritt" oder "Abbau gesellschaftlicher Irrationalitäten", sondern ist einzig und allein orientiert an einer gesamtwirtschaftlichen Rationalität. "Eine Beurteilung unterschiedlicher Wettbewerbsformen allein aufgrund ihrer gesamtwirtschaftlichen Rationalität ist nicht von vornherein ausgeschlossen. Die Frage, ob sich die Wettbewerbspolitik allein an wirtschaftlichen Kriterien orientieren sollte, ist allerdings strittig.

212) J. Huffs Schmid, Die Politik des Kapitals (edition suhrkamp 313), Frankfurt/M. 1970, S. 129 f

Von verschiedenen Seiten wird mit Nachdruck auf die gesellschaftspolitischen Konsequenzen der jeweiligen wettbewerbsspolitischen Konzeptionen hingewiesen ... Nun soll keinesfalls geleugnet werden, daß auch die Wettbewerbspolitik gesellschaftspolitische Auswirkungen hat; dennoch lassen sich diese wohl kaum auf eine so einfache Formel bringen (!) ... Wegen der mangelnden Zwangsläufigkeit ihrer gesellschaftspolitischen Auswirkungen und der Schwierigkeit, diese vorher abzuschätzen, halte ich persönlich eine ausschließlich wirtschaftliche Orientierung der Wettbewerbspolitik für gerechtfertigt."x)
(213)

x) Ob die Auswirkungen zwangsläufig sind oder nicht, liesse sich freilich erst durch eingehende wissenschaftliche Analysen beantworten, die den Rahmen der rein ökonomischen Betrachtung sprengen müßten, und nicht - wie es Kantzenbach tut - durch eine Plausibilitätsannahme bzw. ein persönliches Bekenntnis. Es gibt mindestens e i n e n anderen - nämlich den marxistischen Ansatz, der die Zwangsläufigkeit der Kapitalkonzentration und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft und das Bewußtsein der Individuen behauptet und der heute in einer entsprechenden Weiterentwicklung nicht minder aktuell sein dürfte als zur Zeit von Marx. - Daß es sich bei den Werturteilen von Kantzenbach lediglich um "persönliche" Meinungen handelt und daß es "dem Leser überlassen (bleibt), nach persönlicher Überzeugung die Ergebnisse durch die zusätzliche Berücksichtigung von außerökonomischen Zielen zu relativieren", (214), ist übrigens für die Beurteilung seiner Theorie irrelevant; entscheidend ist vielmehr, daß sich eine solche Theorie zu einer bestimmten Zeit und bestimmten politisch-ökonomischen Verhältnissen durchgesetzt hat.

213) E. Kantzenbach, S. 13

214) E. Kantzenbach, S. 14

Ebenso, wie die Betriebswirtschaftslehre die Verbindung zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Rationalität gedanklich und methodisch durchgeschnitten hat, erfolgt nunmehr durch Kantzenbach das Durchtrennen der Verbindung zwischen gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rationalität. Seine Wettbewerbskonzeption ist zwar geeignet, die von der Betriebswirtschaftslehre als vorgegeben betrachteten Unterziele in einem konsistenten Zusammenhang zu stellen, zu einem gesamtwirtschaftlichen Oberziel und somit die von seiten der Betriebswirtschaftslehre erfolgte Durchschneidung bis zu einem gewissen Grade zu "heilen". Betrachtet man die Theorie vom funktionsfähigen Wettbewerb und die moderne Betriebswirtschaftslehre als eine Einheit, in der die Wettbewerbstheorie den wettbewerbspolitischen Rahmen liefert, d.h. das Verhältnis zwischen einzelwirtschaftlichen Unterzielen und gesamtwirtschaftlichen Oberzielen beeinflusst, während die Betriebswirtschaftslehre die Instrumente bereitstellt, um die in diesen Rahmen eingebetteten Unterziele bestmöglich zu erreichen, so liefert diese Einheit zweifellos einen Beitrag zur Lösung des Konsistenz- und Motivationsproblems zwischen der einzelwirtschaftlichen und der gesamtwirtschaftlichen Ebene. Die Frage aber, ob und unter welchen Bedingungen eine Steigerung gesamtwirtschaftlicher Rationalität zu einer wachsenden gesellschaftlichen Irrationalität führt, bleibt von KANTZENBACH nicht nur unbeantwortet, sondern wird aus der Fragestellung ganz ausgeklammert.

Das Motivationsproblem beschränkt sich bei KANTZENBACH auf die Frage nach der "statistischen Stimulierung" (in unserem Sinne), d.h. er geht von bestimmten Motivationsstrukturen (Gewinnstreben) aus. Worauf es für ihn ankommt, ist die Schaffung eines Wettbewerbssystems, das die Leistungen möglichst stark in Richtung auf die einzelwirtschaftlichen Unterziele hin stimuliert: Bei der Suche nach einem System mit "optimaler Wettbewerbsintensität", d.h. einem optimalen Stimulierungssystem in Richtung auf gesamtwirtschaftliche Rationalität, kommt er zu dem Ergebnis, daß nicht eine monopolisierte, sondern eine oligopolisierte Wirtschaft die größtmögliche Stimulierung - den "dynamischen Wettbewerb" - gewährleistet: "Die Funktionsfähigkeit hat zwei Ursachenkomplexe: Erstens spornen das Existenzrisiko und die Wachstumsmöglichkeiten zu optimalem Faktoreinsatz und nachfrageorientiertem Angebot sowie technischem Fortschritt und hoher Anpassungsflexibilität innerhalb der einzelnen Unternehmen an. Zweitens werden die in der Erfüllung dieser Funktion weniger erfolgreichen Unternehmen zu Gunsten der erfolgreichen eliminiert, wodurch die gesamtwirtschaftliche Funktionsfähigkeit gesteigert wird. Ist auf einem Markt das Angebot monopolisiert, so ist die externe Funktionsfähigkeit durch den Auslesemechanismus völlig beseitigt und die unternehmensinterne durch den Fortfall des Existenzrisikos stark eingeschränkt." (215)

Wie aus diesen Ausführungen deutlich wird, mißt KANTZENBACH nicht allein den Anreizen (Gewinnen), sondern in viel stärkerem Maße den Sanktionen des Systems eine entscheidende Bedeutung bei. In seiner Hervorkehrung des "Existenzrisikos" und dessen stimulierender Wirkung ist KANTZENBACH wesentlich realistischer als z.B. WÖHE, weil letztlich nicht der persönliche Wille und die ethischen Wertvorstellungen des einzelnen Unternehmers entscheidend sind, sondern die Zwänge des Systems, denen er sich zu unterwerfen hat, wenn er nicht untergehen will. KANTZENBACH interessiert sich allerdings wenig - ebensowenig wie die Betriebswirtschaftslehre ! - für die Auswirkungen dieser Zwänge auf Körper, Geist und Psyche der Menschen, die unter ihnen arbeiten müssen, sondern einzig für die Auswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Rationalität, also im wesentlichen auf die Höhe des Sozialprodukts. Sein Konzept besteht geradezu darin, auf dem Weg über die Förderung wirtschaftlicher Konzentration die Zwänge zu verschärfen, um die Leistungen in Richtung Sozialproduktsteigerung zu stimulieren.

Hat die wirtschaftliche Konzentration dagegen schon ein Ausmaß erreicht, in dem die Stimulierungsfunktion nicht mehr "optimal" gewährleistet ist, so besteht für KANTZENBACH die Lösung nicht etwa in einer Entflechtung, sondern in einer Duldung der schon bestehenden wirtschaftlichen Macht: "Eine generelle Dekonzentration aller Konzerne, die in engen Oligopolen untereinander in überoptimaler Interdependenz stehen, kommt als wettbewerbspoliti-

schες Mittel nicht in Betracht. Sie wäre undurchführbar (!), weil sie eine Umstrukturierung der Wirtschaft in einem solchen Ausmaß verlangen würde, daß die reibungslose Aufrechterhaltung (!) der Produktion in Frage gestellt wäre, und sie wäre wirtschaftlich (!) unerwünscht, weil sie den Verzicht auf überwiegende Kostenvorteile erfordern würde." (216)

Wo es also um die Förderung der Konzentration geht, plädiert KANTZENBACH für eine "dynamische" Theorie des Wettbewerbs und stellt die Stimulierungsfunktion in den Vordergrund; wohingegen diese Stimulierung aufgrund weit fortgeschrittener Machtkonzentration nicht mehr "optimal" erfolgt, wird seine Theorie "statisch", wirkt sie in ihren Konsequenzen stabilisierend. "Diese Theorie verdient es, genau bedacht zu werden. Sofern durch weitgehende Konzentration ein gesamtwirtschaftlich überoptimaler, also eigentlich unerwünschter Zustand bereits eingetreten ist, soll man davon absehen, ihn zu verändern und den erwünschten Zustand herstellen zu wollen, weil dies "den Verzicht auf überwiegende Kostenvorteile erfordern würde." (217)

Es ist HUFFSCHMID voll zuzustimmen, wenn er in diesem Zusammenhang schreibt: "Es spricht ... nichts dagegen, einen wünschenswerten Gesamtzustand auch dann herzustellen, wenn dies auf Kosten der einzelnen Unternehmen geht. Wenn KANTZENBACH dafür plädiert,

216) E. Kantzenbach, S. 139

217) J. Huffschnid, S. 130

dies nicht zu tun, kapituliert er nicht nur vor der faktischen Macht der Unternehmen ("undurchführbar"), er läßt auch erkennen, daß er die Kostenvorteile der Unternehmen, ihre Gewinne, höher bewertet als das gesamtwirtschaftliche Optimum." Dieser Einwand bleibt auch dann gültig, wenn unter "Kostenvorteilen" nicht betriebswirtschaftliche, sondern gesamtwirtschaftliche Größen gemeint sind.

Wir kommen zu dem Ergebnis, daß KANTZENBACH sich mit dem Konsistenz- und Motivationsproblem nur insoweit auseinander gesetzt hat, als es sich auf das Verhältnis zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Rationalität bezieht. Zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Rationalität plädiert er für eine förderungswirtschaftliche Konzentration in Richtung auf zunehmende Oligopolisierung der Märkte und für eine Bremsung von Monopolisierungstendenzen, um eine "optimale" Wettbewerbsintensität", d.h. ein optimales Stimulierungssystem in Richtung auf gesamtwirtschaftliche Rationalität sicherzustellen. Seine Zielvorstellung von gesamtwirtschaftlicher Rationalität wird allerdings dort geopfert, wo sie in Konflikt mit schon bestehenden wirtschaftlichen Machtinteressen geraten könnte. Während er auf diese Weise die gegebenen wirtschaftlichen Machtverhältnisse weitgehend akzeptiert, unterläßt er es gleichzeitig, das Verhältnis zwischen gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rationalität zu durchleuchten

und eben diese Machtverhältnisse daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie zu einer Steigerung gesellschaftlicher Irrationalität beitragen könnten. Er unterläßt es ebenso, die in seinem Konzept implizierten Stimulierungsmechanismen daraufhin zu durchleuchten, inwieweit sie -neben ihrer Auswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Rationalität - in Widerspruch zu anderen als den Konsumbedürfnissen geraten können und inwieweit hierdurch die Menschen geistig, körperlich und psychisch so verformt werden, daß durch die Forcierung gesamtwirtschaftlicher Rationalität die gesellschaftliche Irrationalität immer weiter ansteigt.

Indem bei KANTZENBACH "der Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft... nicht an dem Grad der Befriedigung gesellschaftlicher und individueller Bedürfnisse, sondern an den Unternehmensexpansionen und Unternehmensgewinnen gemessen (werden)", (218) leistet seine Theorie zwar einen Beitrag dazu, "daß die wirtschaftspolitischen Entscheidungen immer zu Gunsten der Kapitalexpansion und -rentabilität ausfallen müssen"; (219) was aber ungelöst bleibt und von dieser Theorie abermals ein Stück mehr aus dem wissenschaftlichen Bewußtsein verdrängt wird, ist die Frage, ob nicht gerade die Forcierung wirtschaftlicher Rationalität in einem kapitalistischen System wesentlich zu einer gesteigerten gesellschaftlichen Irrationalität beiträgt.^{x)}

x) HUFFSCHMID sieht in diesem Vorgehen nicht nur eine Unterlassung, sondern eine geschickte Verschleierung: Der Staat werde zwar als unabhängige Instanz
Forts. S. 230

218) J. HUFFSCHMID, S. 135

219) J. HUFFSCHMID, S. 135

x) Fortsetzung von Seite 229

... hingestellt, gleichzeitig aber in seinen wirtschaftspolitischen Entscheidungen so an die Kapitalinteressen gebunden, daß ihm die Verfolgung anderer - im Widerspruch zu Kapitalinteressen stehender - Ziele kaum möglich werde: "Damit erweist sich die Verlagerung der Kompetenz für die Feststellung allgemeiner wirtschaftlicher Zielfunktionen von dem Bereich der privaten Unternehmen auf den der staatlichen Träger der Wirtschaftspolitik als Scheinmanöver, das die Herrschaft der Unternehmerinteressen als Gesamtinteressen der Gesellschaft verschleiert und damit zu stabilisieren versucht. (220) Indem schließlich nicht mehr die "wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen" und die Verfügungsgewalt des privaten Unternehmers über sein Eigentum als selbständige Werte in die Theorie eingehen, sondern der Wettbewerb nur noch nach seiner Effizienz beurteilt werde, trage die Theorie von KANTZENBACH dazu bei, "die faktische Ausschaltung von Eigentum, Wettbewerb und Verbraucherkontrolle, die einmal als ideologische Legitimationsgrundlage des kapitalistischen Eigentums - und Gesellschaftsordnung dienten, in einem neuen Konzept zu legitimieren. (S. 134).

220) J. Huffs Schmid, S. 134

X. DIE FINANZWISSENSCHAFT

Der zunehmende Einfluß des Staates auf den Wirtschaftsablauf in den modernen kapitalistischen Staaten bezieht sich nicht allein auf die Wirtschaftsordnungspolitik, sondern vor allem auf die Staatsausgabenpolitik, die bei steigendem Anteil des Staates am Sozialprodukt ein immer größeres Gewicht erhält. Insofern entstand immer mehr das Bedürfnis, einmal den wachsenden Staatsanteil theoretisch zu rechtfertigen, und zum Zweiten Kriterien zu entwickeln, um eine "rationale" Staatsausgabenpolitik zu ermöglichen. Es galt, den Nachweis zu führen, daß die wachsende Staatstätigkeit einen entscheidenden Beitrag leisten kann, um die Inkonsistenzen eines rein marktwirtschaftlichen Systems (ohne staatliche Aktivität) zu beseitigen.

Eine besondere Rolle spielt hierbei die Abgrenzung zwischen solchen Bereichen, die der Privatwirtschaft zufallen, und solchen, in denen allein die wirtschaftliche Aktivität des Staates gerechtfertigt erscheint; M.a.W. die Frage nach den Kriterien zur Bestimmung der Ausgabentätigkeit des Staates. Wenn der Nachweis gelingt, daß die Staatstätigkeit überall dort einsetzt, wo eine gesellschaftlich notwendige oder wünschenswerte Versorgung durch die Privatwirtschaft versagt, wäre dies die theoretische Legitimation für den wachsenden Anteil des Staates am Sozialprodukt.

SAMUELSON glaubt, die Lösung für dieses Abgrenzungsproblem darin zu finden, daß er eine soziale Wohlfahrtsfunktion unterstellt, die die Präferenzen der Gesellschaft bezüglich einer privatwirtschaftlichen Versorgung einerseits und einer öffentlichen Versorgung andererseits wiedergibt. (221) - Daß die Verwendung einer sozialen Wohlfahrtsfunktion das Problem der Zusammensetzung zwischen öffentlicher und privater Versorgung nicht erklären oder lösen kann, sondern im wesentlichen als gelöst voraussetzt, brauchen wir nicht mehr im einzelnen zu erläutern. Unsere Ausführungen im Zusammenhang mit der Behandlung der Wohlstandsökonomik dürften zur Untermauerung dieser These genügen.

Nicht weniger problematisch ist das Vorgehen von MUSGRAVE, der die Staatstätigkeit mit dem Hinweis darauf rechtfertigen will, daß es verschiedene Arten von Bedürfnissen gäbe, die "privaten Bedürfnisse" (private wants) und die "öffentlichen Bedürfnisse" (public wants), wobei die "öffentlichen Bedürfnisse" allein durch staatliche Versorgung befriedigt werden können. (222) Die "öffentlichen Bedürfnisse" unterteilt er in "spezifisch öffentliche Bedürfnisse" (social wants) und "meritorische Bedürfnisse" (merit wants), wobei die "social wants" - genauso wie die "privaten Bedürfnisse" - individuell empfun-

221) P.A. Samuelson, 2, The pure theory of public expenditure, in: Review of Economics and Statistics, 1954

222) R.A. Musgrave, 1, Finanztheorie, Tübingen 1969, S. 8 ff;
derselbe, 2, Fiscal Systems, New Haven/London 1969, S. 7 ff

den, aber durch öffentlich bereitgestellte Güter befriedigt werden. Auf diese Weise können auch diejenigen in den Genuß von Gütern kommen, denen ansonsten die Kaufkraft gefehlt hätte, um sich die Güter am Markt zu kaufen: "Spezifisch öffentliche Bedürfnisse sind solche, die durch Leistungen befriedigt werden, die von allen in gleichem Ausmaß konsumiert werden müssen. Diejenigen, die nicht für die Leistungen zahlen, können trotzdem nicht von deren Genuß ausgeschlossen werden." (223)

Die "meritorischen Bedürfnisse" hingegen sind im Grunde keine individuell empfundenen Bedürfnisse, sondern sind Bedürfnisse der Gesellschaft als Ganzes, die zwar befriedigt werden müssen, um die sich aber das Individuum alleine nie kümmern würde. Sie müssen dem Individuum insofern "auferlegt" ("imposed") werden.

Mit dieser Einteilung glaubt MUSGRAVE, die Staats-tätigkeit e r k l ä r e n zu können. Was er in Wirklichkeit anbietet, ist nichts anderes, als ein Begriffsapparat, der es erlaubt, jede Art von Staatstätigkeit ex post zu r e c h t f e r t i - g e n . Selbst diejenigen Staatsausgaben, von denen die Individuen unmittelbar keinen Nutzen haben, die also in keiner Weise den individuell empfundenen Bedürfnissen entsprechen, können in jedem Fall "wissenschaftlich" damit begründet werden, daß es

223) R.A. Musgrave, 1, S. 8 f

sich bei ihnen um "meritorische Güter" handele, die ja gerade dadurch charakterisiert sind, daß dem Individuum gewissermaßen die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Güter fehle.

Indem der Staat wiederum als autonomes und neutrales Wesen hingestellt wird (von dem angenommen wird, daß es die Interessen der Mehrheit vertrete), bleiben alle diejenigen Einflüsse aus der Betrachtung ausgeklammert, die den Staat zu immer höheren Ausgaben treiben, und zu einer Verwendung der Ausgaben, die mehr im Sinne privater Kapitalverwertung zu liegen scheint als im Sinne eines Abbaues gesellschaftlicher Irrationalitäten. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Finanzwissenschaft unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit eine Funktion erfüllt, die auf eine "wissenschaftliche" Rechtfertigung gerade solcher Staatsausgaben hinausläuft, die zwar die drohenden Verwertungsschwierigkeiten des Privatkapitals hinauszögern, aber gleichzeitig die Irrationalität des Gesellschaftssystems immer weiter vorantreiben. Als Stichworte mögen an dieser Stelle die Ausgaben für Rüstung, Weltraumfahrt und Autostraßen genügen. (Wir kommen auf die Frage der Irrationalität kapitalistischer Systeme im vierten Teil zurück.) (224)

224) Vgl. hierzu insbesondere P.A. Baran/ P.M. Sweezy, Monopolkapital - Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (1966), Frankfurt/M. 1970

Ein derartiger Begriffsapparat, wie ihn MUSGRAVE vorschlägt, und eine Vorstellung, die den Staat als neutrale Instanz definiert (bzw. als Repräsentant der Mehrheit), ist in keiner Weise geeignet, das Problem gesellschaftlicher Irrationalität und den Beitrag des Staates zur Forcierung der gesellschaftlichen Irrationalität überhaupt erst einmal als Problem zu sehen, geschweige denn irgendeinen Beitrag zur Lösung dieses Problems zu leisten. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die sich innerhalb kapitalistischer Systeme hinter der Fassade einer "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" und einer von der Mehrheit gewählten Regierung verbergen, werden auch von der Finanzwissenschaft nicht durchleuchtet, sondern vielmehr aus dem wissenschaftlichen Bewußtsein verdrängt.

COST-BENEFIT-ANALYSE

Als ein spezieller Zweig der Finanzwissenschaft hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr die sogenannte COST-BENEFIT-ANALYSE entwickelt, die mit dem Anspruch auftritt, Maßstäbe für eine "rationale" Verwendung der Staatsausgaben für bestimmte vorgegebene (!) Ziele zu entwickeln. (225) "Die Cost-Benefit-Analyse (CBA) soll bei einem vorgegebenen

225) Vgl. G. Elsholz, Cost-Benefit-Analysis (CBA), in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1967, S. 286 f

und zugleich operational definierten Ziel ... aus den möglichen Programmalternativen, mit denen dieses Ziel realisierbar ist, die "kostengünstigste" auswählen oder es ermöglichen, mit den vorhandenen Mitteln das größte Maß an Effizienz (!) in bezug auf das in diesem nicht quantifizierten Ziel ... zu erzielen."

(226) "Die CBA soll somit eine 'Technologie' zur Festlegung der Prioritäten verschiedener, auf das gleiche Ziel gerichteter Projekte bei begrenzten Mitteln darstellen, d.h. zur Ermittlung der optimalen (!) Handlungsalternative beitragen." (227)

Die Frage, in welchem Verhältnis die vorgegebenen Ziele zu übergeordneten gesellschaftlichen Zielen stehen, ist nicht Gegenstand der Cost-Benefit-Analyse (genausowenig wie dies Gegenstand der Finanzwissenschaft insgesamt ist!). Damit wird unmittelbar deutlich, daß auch dieser Zweig der bürgerlichen Ökonomie nichts zur Lösung des Konsistenzproblems anzubieten hat. Wir wollen dennoch einen kurzen Blick auf die Anstrengungen werfen, mit denen die Cost-Benefit-Analyse versucht, den öffentlichen Ausgaben den Mantel der Rationalität umzuhängen, um damit die Frage nach der Rationalität oder Irrationalität der vorgegebenen Ziele selbst wiederum ein Stück weiter aus dem Bewußtsein zu verdrängen.

226) K.H. Hansmeyer / B. Rürup, Die Cost-Benefit-Analyse, in: Das Wirtschaftsstudium, 1.Jg., Nr. 1, Tübingen/Düsseldorf 1972, S. 26

227) ebenda, S. 26

Die Cost-Benefit-Analyse stellt im wesentlichen eine Investitionsrechnung für öffentliche "Investitionen", d.h. öffentliche Ausgaben für bestimmte Zwecke, dar. Ebenso wie in der Betriebswirtschaftslehre zur Ermittlung der Vorteilhaftigkeit einer privaten Investition wird es auch hier erforderlich, die Kosten und den Nutzen alternativer Projekte zu ermitteln und gegenüberzustellen. Der Unterschied zur betriebswirtschaftlichen Investitionsrechnung liegt nicht in der formalen Apparatur zur Lösung dieses Optimierungsproblems, sondern in den unterschiedlichen Inhalten von Kosten und Nutzen: Während sich z.B. der Nutzen in der Betriebswirtschaftslehre aus den durch eine Investition zusätzlich ermöglichten Erlösen ergibt und (mindestens bei sicheren Erwartungen über die zukünftigen Erlöse) sich exakt zahlenmäßig erfassen läßt, ist die Ermittlung des Nutzens öffentlicher Projekte, die nicht am Markt verkauft werden und insofern keinen Marktpreis erzielen, äußerst problematisch. Ein anderer Unterschied liegt darin, daß sich das Unternehmen nur für den unmittelbar als betriebswirtschaftlichen Erlös anfallenden Nutzen interessiert, während der Staat auch die Fernwirkungen der öffentlichen Projekte mit in die Überlegungen einbeziehen müßte.

"Wenn man nun realistischere Weise annimmt, daß die Mittel des Entscheidungsträgers begrenzt sind und somit die Realisation eines Ziels nur mit dem (teilweisen) Verzicht auf ein anderes Ziel erkaufte werden kann, folgt daraus, daß bei Vorliegen mehrerer Ziele, was die Regel sein dürfte, alle Kosten (Nutzen) immer

Opportunitätskosten (-nutzen) sind. In der gängigen Literatur wird dieser notwendige Opportunitätskostencharakter aller Kosten übersehen, stattdessen ist man geneigt, das Volkseinkommen bzw. das Brutto-sozialprodukt als die geeignete Zielgröße bzw. als den geeigneten Maßstab für das Zielrealisationsniveau anzusehen." (228) M.a.W.: Ein Projekt ist - bei gleichen Kosten - einem anderen dann vorzuziehen, wenn es einen höheren Beitrag zur Steigerung des Sozialprodukts leistet. (So gesehen erscheint z.B. die Einrichtung von Kindergärten völlig unvernünftig gegenüber einem staatlichen Auftrag an die Rüstungsindustrie.)

Daß die Höhe der volkswirtschaftlichen "Wertschöpfung" (des Sozialprodukts) nichts darüber aussagt, inwieweit die Produktion den individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen entspricht oder zuwiderläuft, haben wir bereits im Zusammenhang mit der KEYNESschen Theorie herausgearbeitet. Erscheint schon dieser Maßstab (des Volkseinkommens) als ein höchst fragwürdiges Kriterium bei der Auswahl öffentlicher Projekte, so verstärken sich die Bedenken gegenüber denjenigen Verfahren, die in der Praxis Anwendung finden: "In der praktischen Anwendung der CBA nimmt man auf diese Überlegungen (wie hoch der Beitrag eines Projekts zum Volkseinkommen ist, B.S.) in der Regel keine Rücksicht und sieht als "Benefits" eines

228) K.H. Hansmeyer / B. Rürup, S. 27

Projekts alle realen Nettoeinkommenszuflüsse derjenigen Personen an, die in den Genuß der durch das Projekt hervorgebrachten Güter und Dienstleistung kommen." (229) Es wird zwar immer wieder darauf hingewiesen, daß auch die Fernwirkungen der Projekte (externe Kosten und Ersparnisse) Berücksichtigung finden müßten, aber die löbliche Absicht scheitert sogleich an der quantitativen Bewertungsfrage: "Da sich die externen Kosten und Ersparnisse normalerweise einer Erfassung und damit Bewertung entziehen, fließen regelmäßig nur die direkten Nutzen- und Kostenströme in die Berechnung ein, die in Ermangelung eines besseren Bewertungsmaßstabes in der Regel zu (hypothetischen, B.S.) 'Marktpreisen' bewertet werden." (230)

Anstatt also den Versuch zu machen, die irrationalen Ergebnisse des Marktprozesses durch staatliche Eingriffe zu korrigieren, werden von der Cost-Benefit-Analyse genau dieselben Daten wie in der Betriebswirtschaftslehre unhinterfragt übernommen und gehen (nachdem die Ziele ohnehin bereits vorgegeben sind) als die entscheidenden Größen in die "rationale" Gestaltung öffentlicher Ausgaben ein. Damit erhärtet sich mehr und mehr der Eindruck, daß es der Cost-Benefit-Analyse nicht darum geht, einen - wenn auch nur partiellen - Beitrag zum Abbau gesellschaftlicher Irrationalität zu leisten, sondern sich im Mantel einer vergrößerten Rationalität genau dieser Irratio-

229) K.H. Hansmeyer / B. Rürup, S. 27

230) K.H. Hansmeyer / B. Rürup, S. 28

nalität zu unterwerfen. Der Hinweis auf die zu berücksichtigenden Fernwirkungen, die schließlich - weil sie nicht quantifizierbar bzw. nicht in Marktpreisen zu bewerten - doch keinen Eingang in die rationale Rechnung finden, erscheint als nichts anderes als ein Alibi, sich mit gesellschaftlichen Zusammenhängen auseinandergesetzt zu haben.

HANSMEYER/RÜRUP, die sich durchaus der Schwächen dieser Annahmen bewußt sind, ziehen daraus nicht etwa den Schluß, die Scheinexaktheit der Cost-Benefit-Analyse aufzugeben und sich mehr qualitativen Aspekten zuzuwenden, sondern finden eine - für unsere Begriffe äußerst fragwürdige - Rechtfertigung für dieses Vorgehen, wenn sie schreiben: "Trotz dieser schwerwiegenden Einwände gegen die Verwendung von Marktpreisen wird man in der Praxis in Anwendung einer Art Methodensubstitution (eine theoretisch weniger exakte Methode ist einer theoretisch exakten Methode vorzuziehen, wenn sie sichere Ergebnisse 'billiger' hervorbringt) aber eben doch mit Marktpreisen als Knappheits- und damit Wertindikatoren arbeiten müssen." - Damit schleicht sich ein Werturteil ein, dessen sich die Verfasser kaum bewußt sein dürften und das sich durch die gesamte bürgerliche Ökonomie zieht: das Werturteil, daß quantifizierbare Erscheinungen ein größeres Gewicht beanspruchen als nicht quantifizierbare, qualitative Erscheinungen. Diesem Werturteil können wir uns nicht von vornherein anschließen. Es gibt Erscheinungen in Natur und Gesellschaft, die lediglich qualitativer Art sind, die aber für den Ablauf eines Geschehens von weit größerer Bedeutung, weit wesentlicher sind

als quantifizierbare, aber für den Ablauf unwesentliche Erscheinungen. (Wir kommen auf diese Problematik im Zusammenhang mit der Erörterung psychischer Faktoren zurück.)

Die Scheinexaktheit bei gleichzeitiger Verdrängung qualitativer gesellschaftlicher Aspekte erreicht ihren Höhepunkt bei der Erörterung der Frage, wie die Kosten und Nutzen miteinander verglichen werden sollen, wenn sie zu verschiedenen Zeitpunkten anfallen. Während in der Betriebswirtschaftslehre eine Diskontierung (Abzinsung) der in der Zukunft anfallenden Erlöse auf der Hand liegt (um etwa dem Umstand Rechnung zu tragen, daß früher anfallende Erlöse mindestens auf dem Kapitalmarkt angelegt werden können, dort eine Verzinsung erfahren und insofern den später anfallenden gleichhohen Erlösen vorzuziehen sind), erscheint der Streit um die richtige "soziale Diskont-rate" für die Abzinsung von Costs und Benefits geradezu als Spitzfindigkeit: Zum Abwägen und Vergleichen des "Nutzens heute" und des "Nutzens morgen" wird u.a. Zuflucht gesucht bei dem Begriff "social time preference", (231) der die Präferenzen der Gesellschaft zwischen Gegenwartskonsum und Zukunftskonsum zum Ausdruck bringen soll. Teilweise wird der Zins am Kapitalmarkt unmittelbar als Ausdruck dieser gesellschaftlichen Zeitpräferenzen gedeutet, weil aus ihm hervorgehe, daß sich die kapital anbietenden Individuen dann eines unmittelbaren Konsums enthalten, wenn sie mit dem entsprechenden Zins für diese Konsumabstinenz ("Abstinenztheorie") belohnt werden. Ein solcher Zins

231) Vgl. K.H. Hansmeyer/B. Rürup, S. 29

als das Ergebnis einer Summe von rationalen Abwägungen zwischen individuellem Gegenwarts- und Zukunfts-konsum soll nunmehr auch als Maßstab für die Bewertung von sozialem Gegenwarts- und Zukunftsnutzen herhalten.

Die Krampfhaftigkeit derartiger Rechtfertigungen und das Suggestieren einer (scheinbar!) rationalen Verwendung der Staatsausgaben sind kaum noch zu übersehen. Ganz abgesehen davon, daß nur derjenige, der über ein entsprechend hohes Einkommen und Vermögen verfügt, überhaupt spürbar sparen (und insofern eine "Zeitpräferenz" entwickeln) kann, und auch abgesehen davon, daß bei derartigen Annahmen wiederum ein völlig rationales Verhalten bei vollkommener Information vorausgesetzt wird, wird bei diesem Ansatz offensichtlich übersehen, daß der Zins am Kapitalmarkt bei zunehmender Kreditschöpfung des Staates und der Geschäftsbanken immer weniger vom freiwilligen Kapitalangebot bestimmt wird, sondern ganz wesentlich von den Kräften, die den Staat zu einer permanenten inflationären Geldschöpfung treiben. (232) Ob diese Kräfte Ausdruck der "sozialen Zeitpräferenz" sind oder nicht vielmehr Ausdruck der Verwertungsinteressen des Kapitals, dem eine ständige Aufblähung der Gesamtnachfrage zu-

232) Vgl. E. Borchers/W. Laaser/ O. Hübler, Kritische Anmerkungen zur Bestimmung der Ausgabentätigkeit des Staates - (unveröffentlichtes Manuskript), Berlin 1972

gutekommt, sei hier nur als Frage in den Raum gestellt.

HANSMEYER/RÜRUP sind sich auch dieser Schwächen bewußt und plädieren unter dem Motto: "Die Notwendigkeit zu handeln ist jedoch auch hier stets größer als die Möglichkeit zu erkennen" (!) (233) für die "Notiösung", als soziale Diskontrate den landesüblichen Zins anzusetzen. Damit ist ein weiteres "wissenschaftliches" Alibi geschaffen, um den Ökonomen von der Beachtung qualitativer gesellschaftlicher Aspekte zu entlasten und seinen Blick auf diejenigen Fragen zu konzentrieren, die sich unmittelbar berechnen lassen. Die "soziale Diskontrate" ist - neben der Erfassung der Costs und Benefits - der dritte Baustein einer Fassade von Exaktheit, hinter der sich nichts anderes verbirgt als die - noch dazu unvollkommene - Übernahme der Maßstäbe einzelwirtschaftlicher Rationalität. Befinden sich die einzelwirtschaftlichen Unterziele in einem inkonsistenten Zusammenhang zu gesellschaftlichen Oberzielen, so trägt eine gesteigerte Rationalität der Cost-Benefit-Analyse die gleichen Gefahren in sich wie eine Steigerung einzelwirtschaftlicher (betriebswirtschaftlicher) Rationalität: die Gefahr nämlich, daß durch sie gesellschaftliche Irrationalität nicht abgebaut, sondern vergrößert wird. Die Frage, ob es sich bei den kapitalistischen Systemen um konsistente oder inkonsistente gesellschaftliche Ziel- und Motivationssysteme handelt, ist freilich bisher von allen behandelten Teildisziplinen der bürgerlichen Ökonomie ausgeklammert und damit aus dem wissenschaftlichen Bewußtsein verdrängt worden.

233) K.H. Hansmeyer/B. Rürup, S. 29

XI. DIE THEORIE DER EXTERNEN EFFEKTE

Eine Ausnahme scheint in diesem Zusammenhang die Theorie der externen Effekte zu bilden. (234) Hier wird geradezu das Problem der Konsistenz von Zielsystemen in den Mittelpunkt gerückt und die Frage untersucht, unter welchen Bedingungen die Verfolgung von Unterzielen *n i c h t* automatisch zur Realisierung des Oberziels führt. Ausgangspunkt dieser Theorie, deren Grundlagen schon PIGOU (235) gelegt hatte, ist die Erkenntnis, daß bei Verfolgung einzelwirtschaftlicher Ziele (Gewinnmaximierung) nicht automatisch auch das gesamtwirtschaftliche Ziel (Sozialproduktsmaximierung) erreicht werde. Der Grund hierfür kann darin liegen, daß bei der Erfassung des einzelwirtschaftlichen Gewinns, der sich aus betriebswirtschaftlichen Erlösen und Kosten ergibt, nur ein Teil der für eine Volkswirtschaft tatsächlich entstandenen Kosten bzw. Nutzen Berücksichtigung findet. "Die Divergenz zwischen mikro- und makroökonomischem Ergebnis - um einen neutralen Ausdruck zu verwenden, der Produktion, Kosten, Nutzen und Interessen umfassen kann - ist ein konstitutives Merkmal für externe Effekte." (236)

234) Zur Geschichte der Theorie der externen Effekte vgl. W. Michalski, Grundlegung eines operationalen Konzepts der Social Costs, Tübingen 1965

235) A.C.Pigou, The Economics of Welfare, London 1932⁴ (repr. 1964)

236) E. Altvater, 3, Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität - Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus, Frankfurt/M. 1969, S. 27

Als Beispiel sei der Fall genannt, wo ein Unternehmen durch Luft- und Wasserverschmutzung der Allgemeinheit zwar Lasten (und im Fall der Beseitigung dieser Schäden: Kosten) aufbürdet, die Kosten hierfür aber nicht selbst trägt (external diseconomies = externe Nachteile aus der Sicht der Gesellschaft). Ein anderes Beispiel sind die Infrastrukturinvestitionen (Straßen usw.), die zwar von den einzelnen Unternehmen genutzt werden, für deren Nutzung ihnen aber keine betriebswirtschaftlichen Kosten entstehen. Aus der Sicht des Unternehmens spricht man in diesem Zusammenhang von "externen Ersparnissen" (external economies). Orientiert sich ein Unternehmen ausschließlich am einzelwirtschaftlichen Gewinn, so wird es auf die schädlichen Nebenwirkungen seiner Produktion dann nicht achten, wenn die Kosten hierfür von anderen getragen werden; ebensowenig wird es bei der Nutzung solcher Produktionsfaktoren, die entweder kostenlos oder unter dem Kostenpreis (z.B. vom Staat) bereitgestellt werden, um einen besonders sparsamen Einsatz bemüht sein. Hieraus können sich in zweierlei Hinsicht Fehlentwicklungen für das Gesamtsystem ergeben: Die Vernachlässigung dieser Faktoren durch die einzelnen Unternehmen kann dazu führen, daß zur Beseitigung der entstandenen Schäden bzw. zur Bereitstellung der "Produktionsvoraussetzungen" (Infrastruktur) viel höhere Kosten entstehen, als wenn die Unternehmen unmittelbar mit den von ihnen verursachten Kosten belastet bzw. für die Nutzung der "Produktionsvoraussetzungen" direkt zur Zahlung herangezogen würden. Daraus folgt, daß - volkswirtschaftlich betrachtet - ein Teil der Produk-

tionsfaktoren zur Beseitigung der Schäden bzw. zur Bereitstellung der Produktionsvoraussetzungen eingesetzt werden muß, der andernfalls (bei direkter Zurechnung der Kosten) hätte gespart werden bzw. zur Produktionsausdehnung hätte verwendet werden können. M.a.W.: Beim Auftreten von externen Effekten "wird das Selbstinteresse (der Unternehmen) nicht die Maximierung des Nationaleinkommens erwirken." (237) "Mit der Ausschaltung externer Effekte kann demnach das Volkseinkommen erhöht werden." (238)

Die Auswirkungen der externen Effekte auf die Höhe und Zusammensetzung des Volkseinkommens bezeichnet ALTVATER als "materiellen Aspekt": "Wenn (von einigen Autoren, B.S.) die Bedeutungslosigkeit externer Effekte betont wird, ist in der Regel und Auswirkung der materiellen Erscheinungen auf den Allokations- und Koordinationsmechanismus der Wirtschaft gemeint. Dabei wird angenommen, daß externe Effekte die Effizienz marktwirtschaftlicher Steuerung trotz ihrer materiellen Bedeutung nicht mindern." (239) Daneben stellt ALTVATER den "informationellen Aspekt" externer Effekte, der darin besteht, daß die betriebswirtschaftlichen Kosten (Erlöse) bei Auftreten externer Effekte nur ein mehr oder weniger verzerrtes Abbild der tatsächlich für die Volkswirtschaft entstandenen Kosten (Nutzen) darstellen und daß insofern die Preise und die damit in Zusammenhang stehenden Gewinne eine sehr unvollkommene Information über die v o l k s w i r t s c h a f t l i c h e Leistungsfähigkeit eines Unternehmens sein können (bzw. die

237) A.C. Pigou, S. 172

238) E. Altvater, 3, S. 27

239) E. Altvater, 3, 11

Unternehmen ihrerseits in ungenügender Weise darüber informiert werden, welche Aktivitäten volkswirtschaftlich sinnvoll sind).

"Eine Definition ... der externen Effekte muß daher diese beiden Dimensionen (den materiellen und den informationellen Aspekt, B.S.) berücksichtigen. Externe Effekte sind demnach alle diejenigen Begleiterscheinungen ökonomischen Handelns, die einmal von den handelnden Subjekten nicht beabsichtigt sind und nicht von den formellen Leitungsmechanismen (Markt und/oder Plan) erfaßt werden ... und andererseits mit materiellen Auswirkungen auf das reale Sozialprodukt einer bestimmten Periode oder/und das reale Wachstumspotential einer Volkswirtschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt verbunden sind, wodurch nicht nur die handelnden Subjekte, sondern außerdem noch dritte oder die Gesamtgesellschaft betroffen werden." (240)

Die Trennung in den "materiellen" und "informationellen" Aspekt, wie sie von ALTVATER vorgenommen wird, erweist sich als außerordentlich wichtig: "Wenn sich die Gewinne beim Verursacher von sozialen Kosten und die Kosten beim Träger von sozialen Kosten zu Null saldieren, liegen in materieller Hinsicht wohl Effekte vor, die aber keine Änderungen in der Quantität und im Wert des materiellen Aggregats der Volkswirtschaft (dem Sozialprodukt, B.S.) hervorrufen; denn die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten zur Erstellung einer bestimmten Produktion bleiben unverändert. Wenn die Preise beispielsweise die ent-

240) E. Altvater, 3, S. 11

scheidenden Informationsträger der Volkswirtschaft sind, enthalten sie im Fall der Existenz von sozialen Kosten nicht alle Informationen über die Produktionskosten eines Produkts. Es kann daher zu Fehlallokation kommen, weil das informationelle Aggregat durch die sozialen Kosten verändert worden ist, obwohl das materielle Aggregat gleichgeblieben ist. Wegen der auf dieser Basis nicht mehr vorhandenen inneren Konsistenz des Informationssystems ergeben sich langfristig auch Änderungen auf der materiellen Seite der Volkswirtschaft." (241)

ALTVATER fährt an anderer Stelle fort: "Die Wirtschaftssubjekte, die auf der Basis von Preisen mit eingeschränkten Informationswerten handeln, können zwar mikroökonomisch rationale Aktivitäten entfalten; jedoch können sich die mikroökonomischen Aktivitäten nicht - wie es der Konkurrenzmechanismus bewerkstelligen soll - zur 'makroökonomischen Rationalität' aggregieren." (242) "Externe Effekte sind somit für das volkswirtschaftliche Informationssystem, den Leitungsmechanismus, unmittelbar relevant. Das heißt es ist notwendig, das volkswirt-

241) E. Altvater, 3, S. 32 f

242) E. Altvater, 3, S. 40

schaftliche Informationssystem und externe Effekte in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit zu untersuchen." x) (243)

Damit scheint dem Konsistenzproblem - das in allen anderen Teildisziplinen der bürgerlichen Ökonomie ausgeklammert wurde - wenigstens in der Theorie der externen Effekte ein ganz entscheidender Platz eingeräumt zu sein. Die Möglichkeiten der Divergenz zwischen einzelwirtschaftlicher Rationalität und gesamtwirtschaftlicher Rationalität werden hier klar erkannt, und es wird nach Wegen gesucht, um derartige Inkonsistenzen, die in entscheidender Weise vom Preissystem abhängen, zu beseitigen. Dabei spielt die Frage nach den Möglichkeiten der "Internalisierung externer Effekte", d.h. nach der direkten Belastung eines Unternehmens mit den von ihm verur-

x)

Daß es sich hierbei nicht nur um ein Problem kapitalistischer Systeme handelt, sondern daß sich diese Frage auch in sozialistischen Ländern bei der planmäßigen Gestaltung eines Preissystems stellt, sei an dieser Stelle nur angemerkt. So schreibt O. LANGE: "Damit die Wirtschaftssubjekte sich ökonomisch 'richtig' verhalten, müssen ... die Preise richtige Informationen über die volkswirtschaftlichen ... Produktions- und Konsumtionsbedingungen vermitteln. Ein 'richtiges' Verhalten ökonomischer Einheiten aufgrund von falschen Informationen durch falsche Preise bringt gerade die bereits oben erwähnte Divergenz zwischen mikroökonomischem und makroökonomischem Nettoproduct und damit letztlich die Fehlallokation knapper Faktoren hervor." (244) Auch FEDORENKO schreibt: "Ein Preis, der ... die tatsächliche volkswirtschaftliche Effektivität der verschiedenen Produkte und Ressourcen nicht zuverlässig ausweist, kann auf Betriebsebene Entscheidungen auslösen, die vom Standpunkt der gesamtgesellschaftlichen Erfordernisse nicht zu vertreten sind." (245) -S.249

243) E. Altvater, 3, S. 58

244) O. Lange, On the Economic Theory of Socialism, in: Oskar Lange, Fred M. Taylor: On the Economic Theory of Socialism, ed. by Benjamin E. Lippincott, Minneanopolis, second printing 1948

sachten Kosten (Verursacherprinzip) bzw. für die von ihm in Anspruch genommenen Leistungen (Nutzungen) eine entscheidende Rolle. Das bedeutet nichts anderes, als daß der Versuch gemacht wird, die einzelwirtschaftlichen Unterziele in einen konsistenten Zusammenhang zu bringen mit einem gesamtwirtschaftlichen Oberziel, um auf diese Weise die Inkonsistenzen des Marktmechanismus aufzuheben. Das Motivationsproblem wird hier freilich ausgeklammert bzw. als gelöst vorausgesetzt, indem davon ausgegangen wird, daß die Unternehmen alles Interesse daran haben, ihren einzelwirtschaftlichen Gewinn zu maximieren, unabhängig davon, ob die Konsistenz zwischen diesen Unterzielen und dem Oberziel gewährleistet ist oder nicht.

Bei kritischer Betrachtung stellt sich allerdings heraus, daß auch die Theorie der externen Effekte auf der Ebene der gesamtwirtschaftlichen Rationalität steckenbleibt und es unterläßt, die Verbindung zur gesellschaftlichen Rationalität zu durchleuchten. ALTVATER schreibt ausdrücklich: "Auf die Problematik des Begriffs 'Interessenlage des Gesamtsystems' (= gesellschaftliche Rationalität, B.S.) kann nicht eingegangen werden. Wir nehmen an, daß die Maximierung des Volkseinkommens (1) in einer gegebenen Periode dieser Interessenlage entspricht." (246)

245) s. S. 248: Fedorenko, Preis und optimale Planung, in: Sowjetwissenschaft - Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 11/1966

S. 1147

246) E. Altvater, 3, S. 24 (Fußn.)

Damit können gegen diesen Ansatz die gleichen Bedenken geltend gemacht werden, die wir schon im Zusammenhang mit der Behandlung der Wohlstandsökonomik, des Keynesianismus, der Theorie vom funktionsfähigen Wettbewerb sowie der Finanzwissenschaft angeführt haben: Die Höhe des Volkseinkommens wird zum obersten Ziel für gesellschaftliche Rationalität, ungeachtet dessen, daß diese Größe in keinem Zusammenhang stehen muß zu den individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen.

ALTIVATER hebt zwar hervor, daß die Wirtschaft ihrerseits nur als Subsystem eines übergeordneten Systems²⁴⁷ zu verstehen ist, das er als "Natur und Gesellschaft" bezeichnet: "Die Ökonomie ist ein Teilaspekt des Gesellschaftlichen und in ihrer Funktionsweise den natürlichen Bedingungen im weitesten Sinn unterworfen." (247) Und er fährt fort: "Nur bei Berücksichtigung der Wechselbeziehungen, die über den isolierten ökonomischen Bereich hinausgehen, können die Probleme der externen Effekte begriffen werden." (248) Indem er aber die Auswirkungen der Produktion auf die natürlichen und menschlichen Ressourcen anspricht, tut er dies wiederum nur unter dem Aspekt, daß der Raubbau an Mensch und Natur schließlich negative Rückwirkungen haben könnte auf die Produktion und damit auf die Höhe des Sozial-

247) E. Altvater, 3, S. 28

248) E. Altvater, S. 31

produkts. Nicht die Schädigungen an sich sind also relevant, sondern einzig und allein ihre (wenn auch langfristigen) Auswirkungen auf die Ökonomie. Nicht anders als in der Theorie vom funktionsfähigen Wettbewerb, nicht anders als in der Wohlfahrts-Ökonomik oder im Keynesianismus - so wird auch in der Theorie der externen Effekte Wirtschaft nicht verstanden als Instrument im Dienst menschlicher Bedürfnisse, sondern als der oberste Zweck, dem sich der Mensch zu unterwerfen hat. Auch in der Theorie externer Effekte wird kein Gedanke darauf verwendet, was das Wesen menschlicher Bedürfnisse ist, wodurch sie geprägt werden, und welche Verformung die Psyche der Menschen in einer Gesellschaft erfährt, die das Wirtschaftswachstum zum Selbstzweck erhoben hat. - Solange der Raubbau am Menschen nicht soweit geht, daß der Mensch in seiner Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt wird, solange ist er für die Theorie der externen Effekte uninteressant, selbst wenn die Individuen in ihrer Empfindungs- und Entfaltungsfähigkeit sowie in der Fähigkeit zum sozialen Kontakt immer mehr verkümmern und neurotisch werden. Damit entpuppt sich die Theorie der externen Effekte als ein **Ö k o n o - m i s m u s** in reinster Form.

Daß sich ALTVATER - im Gegensatz zu den meisten anderen Theoretikern - bei der einfachen Postulierung der Sozialproduktsmaximierung als gesellschaftliches Oberziel nicht wohlfühlt, wird gegen Ende seines Buches deutlich: "Wenn Rationalität so auf die Ebene der Mittel begrenzt bleibt, während

die Setzung von Zielen einem puren Dezionismus vorbehalten bleibt, dann wird aus umfassender Rationalität ein 'positivistisch halbiertes Rationalismus' (Habermas)". (249) - Was bei ALTVATER nur am Rande angeschnitten wird, versucht KAPP zur Grundlage einer vollständigen Neuorientierung wissenschaftlicher Forschung auszuweiten, wenn er schreibt: "Auch mit einer formalen Lösung unserer Probleme, wie sie z.B. im Rationalprinzip der theoretischen Nationalökonomie zum Ausdruck kommt, kann man dem Problem der Daseinsbewältigung und der Lebenserhaltung nicht gerecht werden. Eine formale Theorie, die auf der Annahme beruht, daß der Mensch etwas maximiert, und die dieses Etwas als Nutzen bezeichnet, läßt das konkrete Ziel des Handelns im Grunde völlig unbestimmt. M.a.W.: Die Kriterien der Rationalität eines neuen Humanismus müssen substantieller Natur sein, d.h. sie müssen in den Grad der Sicherstellung konkreter Lebensbedingungen bzw. in dem Grad der Befriedigung existentieller Grundbedürfnisse gesucht und gefunden werden. An die Stelle von inhaltlich unbestimmten Nutzenfunktionen müssen konkrete und relativ konstante Maßstäbe von Grundbedürfnissen oder Mindesttoleranzgrenzen treten ..." (250)

249) E. Altvater, 3, S. 169;

vgl. Habermas, J., Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus - Erwiderung eines Pamphlets, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16.Jg. 1964; S. 635 ff

250) Kapp, K.W., Nationalökonomie und rationaler Humanismus, in: Kyrlos, Vol, XXI 1968

Dieser Formulierung von KAPP können wir uns Wort für Wort anschließen. Was KAPP hier fordert, ist das genaue Gegenteil dessen, was für die Entwicklung der gesamten bürgerlichen Ökonomie seit MARX typisch ist, ist das Gegenteil einer Flucht vor dem Inhaltlichen in das Formale, von dem Qualitativen in das Quantitative, vom Problematischen in die Scheinexaktheit. Worum es geht, ist nicht das "Optimieren, egal was", ist nicht eine Virtuosität in der Entwicklung von Mitteln bei völliger Abstinenz in der Beurteilung von Zielen, sondern ist das wissenschaftliche Erarbeiten von Mindestbedingungen, die in einer Gesellschaft erfüllt sein müssen, bevor sich die Gesellschaft anderen Dingen zuwendet. Diese Schwerpunktverlagerung in der Fragestellung kann vielleicht am deutlichsten dadurch bezeichnet werden, daß man nicht mehr von einer "maximalen Bedürfnisbefriedigung" als oberster Zielsetzung spricht, sondern zunächst und vor allem von einem "Abbau menschlichen Leids". Solange in einer Gesellschaft die elementaren Grundbedürfnisse der Menschen nicht befriedigt sind, solange die Gesellschaft mit ihren Institutionen, mit den Methoden und Ergebnissen ihrer Produktion und Verteilung, im Widerspruch zu existenziellen menschlichen Bedürfnissen steht, erscheint uns nichts wichtiger, als diese existenziellen Bedürfnisse ins wissenschaftliche Bewußtsein zu rücken (bzw. in das Bewußtsein der Gesellschaft und ihrer Individuen), um ihnen den Raum zu schaffen, der zur Lebenserhaltung und Entfaltung erforderlich ist. Gleichzeitig - und in dieser Forderung gehen wir über KAPP hinaus - sind

alle diejenigen Kräfte in einer Gesellschaft aufzudecken, die sich einem Abbau menschlichen Leids entgegenstellen.

Für unser weiteres Vorgehen, (das sich dem Gegenstand der wirtschaftswissenschaftlichen Dissertation anschließt) bedeutet das zweierlei: Zunächst ist die Frage nach den elementaren Bedürfnissen nicht nur aufzuwerfen, sondern inhaltlich zu behandeln. Hierzu werden im dritten Teil der Arbeit die Erkenntnisse der (frühen) Psychoanalyse und der auf diesen Grundlagen weiterentwickelten Sexualökonomie von W. REICH herangezogen. Diese Erkenntnisse über die Triebnatur des Menschen, denen wir fundamentale Bedeutung für die Lösung der Menschheitsprobleme beimessen, erscheinen uns geeignet zur wissenschaftlichen Fundierung dessen, was als gesellschaftliche Irrationalität bezeichnet wird. Anschließend - im vierten Teil - ist zu untersuchen, ob und inwieweit sich in kapitalistischen Systemen gesellschaftliche Irrationalität manifestiert und welche Kräfte auf eine Steigerung der Irrationalität hinwirken. (Daß innerhalb dieser Arbeit nicht mehr geleistet werden kann als eine ganz grobe Skizzierung der für diesen Zusammenhang relevanten Aspekte, braucht kaum besonders betont zu werden.)

LITERATURVERZEICHNIS

AFTALION, A.: Les trois notions de la productivité et les revenue, in: Rev. d'economie politique 1911, S. 145 ff, 345 ff.

ALBERT, H.: 1, Ökonomische Ideologie und politische Theorie. Das ökonomische Argument in der ordnungs-politischen Debatte. Göttingen 1954.

- 2, Rationalität und Wirtschaftsordnung - Grundlagenprobleme einer rationalen Ordnungspolitik, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft (Festschrift für Andreas Predöhl) hrsg. v. Harald Jürgensen, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 14, 1963 (Sonderprägung).
- 3, Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied und Berlin 1967.

ALTVATER, E.: 1, Rationalisierung und Demokratisierung - Zu einigen Problemen der neuen ökonomischen Systeme im Sozialismus, in: Das Argument, 8.Jg. 1966.

- 2, Die Weltwährungskrise, Frankfurt/M. 1969.
- 3, Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität - Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus, Frankfurt/M. 1969.

- ARROW, K.J.: Social Choice and Individual Values,
New York 1966².
- BARAN, P.A. / SWEETZ, P.M.: Monopolkapital - Ein Essay
über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (1966), Frankfurt/M. 1970.
- BARAN, P.A.: Zur politischen Ökonomie der geplanten
Wirtschaft (edition suhrkamp 277), Frankfurt/M.
1969² (1968¹).
- BERGSON, A.: A Reformulation of Certain Aspects of
Welfare Economics, Quarterly Journal of Economics,
Vol. 52, 1938, S. 310-344.
- 2, Essays in normative economics, Cambridge/Mass.
1966 (VVG 59).
- BOHNEN, A.: Die utilitaristische Ethik als Grundlage
der modernen Wohlfahrtsökonomik, Göttingen 1964.
- BÜHMISCH, A.: Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus,
Berlin (DDR) 1967.
- BORCHERS, E. / LAASER W. / HÜBLER, O.: Kritische Anmerkungen zur Bestimmung der Ausgabentätigkeit des Staates (unveröffentlichtes Manuskript), Berlin 1972

BUCHARIN: Die politische Ökonomie des Rentners, Hamburg 1926.

CLARK, J.B.: 1, The Possibility of a Scientific Law of Wages, in: Contributions to the Wages Question, Publications of the American, Ec. Ass. Bd. 9/1, Baltimore 1889, S. 37 ff.

- 2, The Distribution of Wealth, A Theory of Wages, Interests and profits, New York and London 1899, Neudruck: New York 1956.

ELSHOLZ, G.: Cost-Benefit-Analysis (CBA), in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1967, S. 286 f.

FEDORENKO: Preis und optimale Planung, in: Sowjetwissenschaft-Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 11/1966.

FISCHER, E.: Was Marx wirklich sagte, Wien-München-Zürich 1968

FROMM, E.: Das Menschenbild bei Marx - Mit den wichtigsten Teilen der Frühschriften von Karl Marx, Frankfurt/M. 1969³ (1963¹)

GESCHICHTE DER ÖKONOMISCHEN LEHRMEINUNGEN (Übersetzung aus dem Russischen), Internationales Autorenkollektiv, Düsseldorf 1965.

GIERSCH, H.: Das Problem der Objektivität des wirtschaftlichen Urteils und der Lösungsversuch der neueren Lehre vom wirtschaftlichen Wohlstand, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 107, 1951, S. 246-264, S. 255.

GOSSEN, H.H.: Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, S.V. Berlin 1927³ (Braunschweig 1854¹).

GRAAF de, Jan: Theoretical Welfare Economics, Cambridge 1957.

HABERMAS, J.: Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus - Erwiderung eines Pamphlets, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16.Jg., 1964, S. 635 ff.

HAHN, L.A.: Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen 1920.

HANSMEYER, K.-H. / RÜRUP, B.: Die Cost-Benefit-Analyse, in: Das Wirtschaftsstudium, 1.Jg. Nr. 1, Tübingen/Düsseldorf 1972.

HEINEN, E.: Das Zielsystem der Unternehmung, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, Wiesbaden 1966.

HOFMANN, W.: 1, Wert- und Preislehre (Sozialökonomische Studententexte), Berlin 1964.

- 2, Einkommenstheorie - Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart (Sozialökonomische Studententexte), Berlin 1965.
- 3, Universität, Ideologie und Gesellschaft (edition suhrkamp 261), Frankfurt/M. 1968.

HUFFSCHMID, J.: Die Politik des Kapitals (edition suhrkamp 313), Frankfurt/M. 1970.

JEVONS, St.: The Theory of Political Economy, London 1871¹, 1931⁵, hier in Anlehnung an die deutsche Übersetzung: Die Theorie der politischen Ökonomie, Jena 1923 (auf Grund der 4. englischen Auflage).

JOCHIMSEN, R.: Ansatzpunkte der Wohlstandsökonomik, Versuch einer Neuorientierung im Bereich der normativen Lehre vom wirtschaftlichen Wohlstand, Tübingen 1961.

KADE, G.: Die Grundannahmen der Preistheorie - Eine Kritik an den Ausgangssätzen der mikroökonomischen Modellbildung, Berlin u. Frankfurt 1962.

KANTZENBACH, E.: Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, Göttingen 1967².

KAPP, K.W.: Nationalökonomie und rationaler Humanismus, in: Kyklos, Vol. 21, 1968.

KEYNES, J.M.: 1, The General Theory of Employment, Interest and Money - Deutsch: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München-Leipzig 1936, Berlin (o.J.), S. 315.

2, Politik und Wirtschaft - Ausgewählte Abhandlungen, Erlenbach-Zürich 1956.

KRAUSE, W.: Der westdeutsche Neoliberalismus, in: Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1967.

KRELLE, W.: Verteilungstheorie, Tübingen 1962.

KRUSE, A.: Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien, Berlin 1959⁴.

LANGE, O.: On the Economic Theory of Socialism, in: Oskar Lange, Fred M. Taylor: On the Economic Theory of Socialism, ed. by Benjamin Lippincott, Minneapolis, second printing 1948.

LITTLE, J.M.D.: A Reformulation of the Theory of Consumer's Behaviour, Oxford, Economic Papers, Vol. 1, 1949, S. 90-99.

LOWE, A.: Politische Ökonomik, Frankfurt/M. 1965.

MARX, K. / ENGELS, F.: 1, Gesamtausgabe (MEGA), Berlin 1932.

- 2, Werke (MEW), Berlin (DDR) 1956, Marx-Engels-Verlag, Berlin 1932.

MEIBNER, H.: Theoretische und methodologische Grundfragen des Verhältnisses des Marxismus zur gegenwärtigen bürgerlichen Ökonomie, in: Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1967.

MENGER, C.: 1, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre,
Wien u. Leipzig 1923² (Wien 1871¹).

- 2, Untersuchung über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie insbesondere. Urbana (Illinois), University of Illinois, Press 1963.

MENSCH UND WIRTSCHAFT (Zur Kritik der Auffassung des Menschen in der bürgerlichen politischen Ökonomie),
Autorénkollektiv HAAR, W. / LAUTERBACH, H. u.a.,
Berlin (DDR) 1967.

MEW: (Marx-Engels-Werke) Dietz-Verlag, Berlin (DDR) 1956

MICHALSKI, W.: Grundlagen eines operationalen Konzepts der Social Costs, Tübingen 1965.

MILL, J. St.: 1, Principles of Political Economy with Some of Their Applications to Social Philosophy, London 1948¹ (1871⁷, Neudruck 1965). Hier nach der deutschen Ausgabe: Grundsätze der politischen Ökonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie, Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, I.Bd. Jena 1924², II.Bd. Jena 1921 (auf Grund der Ausgabe letzter Hand von 1871), B. 4, K 7, § 1

2, Selbstbiographie, Stuttgart 1874

MILL, J.St.: 3, System der deduktiven und induktiven Logik, Leipzig 1884/85.

MÜLLER, Herbert: Bodeneigentum - Bodenrechtsreform - Das Bodeneigentum in der modernen Rechtsprechung, in: Mensch, Technik, Gesellschaft, 1965, H.Z.

MUSGRAVE, R.A.: 1, Finanztheorie, Tübingen 1969.

- 2, Fiscal Systems, New Haven, London 1969.

MYRDAL, Gunnar: Das politische Element in der ökonomischen Doktrinbildung, Berlin 1932.

MÜLLER, J.H.: Grundlagen einer allgemeinen Theorie der Wahlakte, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 164, 1952

FIGOU, A.C.: The Economics of Welfare, London 1932⁴, (rep. 1864)

PARETO, V.: Economie mathématique, London 1968

PREISER, E.: 1, Besitz und Macht in der Distributions-
theorie, in: Synopsis. Festgabe für Alfred Weber,
Heidelberg 1948, S. 333 ff. Abgedr. in: E. Preiser,
Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttin-
gen 1963³, S. 227 ff.

PREISER, E.: 2, Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitätstheorie, in: E. Preiser, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1963³, S. 265 ff.

- 3, Wachstum und Einkommensverteilung - Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse, Jg. 1961, s. Abhandlung, Heidelberg 1964.

RÖPKE, W.: 1, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach-Zürich 1942.

- 2, Civitas humana, Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsform, Zürich 1946².

RÜSTOW, Alexander: Paläoliberalismus, Kommunismus und Neoliberalismus, in: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, Westberlin-München 1961.

SAMUELSON, P.A.: 1, Foundations of Economic Analysis, Cambridge/Mass. 1947.

- 2, The pure Theory of public expenditure, in: Review of Economics and Statistics, 1954.

SCHMÖLDERS, G. / SCHRÖDER, W. / SEIDENFUS, H.St.: J.M. Keynes als Psychologe, Berlin 1956

SCHNEIDER, E.: Einführung in Wirtschaftstheorie,
3 Bände, Tübingen 1965¹⁰

.STAVENHAGEN, G.: Geschichte der Wirtschaftstheorie
(1951), Göttingen 1964³

SENF, B.: Die Bedeutung ökonomischer Hebel in kapitalistischen und sozialistischen Systemen, in:
B. Senf / D. Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen - Eine kritische Einführung,
Bonn-Bad Godesberg 1971, 3 Bände.

SENF, B. / TIMMERMANN, D.: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen - Eine kritische Einführung,
Bonn-Bad Godesberg 1971, 3 Bände.

SOMBART, W. / WEBER, M.: in: Verhandlungen der Wiener Tagung 1909, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 132, Leipzig 1910

SMITH, A.: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, London 1776, Deutsch: Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, Sammlung sozialwiss. Meister, 3 Bände, Bd. I Jena 1923³, Bd. II Jena 1923², Bd. III Jena 1923

PREISER, E.: 2, Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitätstheorie, in: E. Preiser, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1963³, S. 265 ff.

- 3, Wachstum und Einkommensverteilung - Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse, Jg. 1961, s. Abhandlung, Heidelberg 1964.

RÖPKE, W.: 1, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach-Zürich 1942.

- 2, Civitas humana, Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsform, Zürich 1946².

RÜSTOW, Alexander: Paläoliberalismus, Kommunismus und Neoliberalismus, in: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, Westberlin-München 1961.

SAMUELSON, P.A.: 1, Foundations of Economic Analysis, Cambridge/Mass. 1947.

- 2, The pure Theory of public expenditure, in: Review of Economics and Statistics, 1954.

SCHMÖLDERS, G. / SCHRÖDER, W. / SEIDENFUS, H.St.: J.M. Keynes als Psychologe, Berlin 1956

SCHNEIDER, E.: Einführung in Wirtschaftstheorie,
3 Bände, Tübingen 1965¹⁰

.STAVENHAGEN, G.: Geschichte der Wirtschaftstheorie
(1951), Göttingen 1964³

SENF, B.: Die Bedeutung ökonomischer Hebel in kapitalistischen und sozialistischen Systemen, in:
B. Senf / D. Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen - Eine kritische Einführung,
Bonn-Bad Godesberg 1971, 3 Bände.

SENF, B. / TIMMERMANN, D.: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen - Eine kritische Einführung,
Bonn-Bad Godesberg 1971, 3 Bände.

SOMBART, W. / WEBER, M.: in: Verhandlungen der Wiener Tagung 1909, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 132, Leipzig 1910

SMITH, A.: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, London 1776, Deutsch: Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, Sammlung sozialwiss. Meister, 3 Bände, Bd. I Jena 1923³, Bd. II Jena 1923², Bd. III Jena 1923

TUGAN-BARANOWSKIJ: Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England, Jena 1901 (Petersburg 1894), S. 207

ULRICH, H.: Die Unternehmung als produktives, soziales System, Bern 1970²

WALRAS, L.: 1, Eléments d' économie politique pure, Lausanne-Paris-Basel 1874/77, (1900⁴), hier nach dem Neudruck von 1952

- 2, Mathematische Theorie der Preisbestimmung der wirtschaftlichen Güter, Stuttgart 1881

WEBER, M.: Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 19 (N.F. 1), 1904, S. 22-37 (Auch abgedruckt in: Gesammelte Aufsätze)

WENDT, S.: Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Berlin 1968²

WÖHE, Günther: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 7. Aufl., Berlin-Frankfurt/M. 1967

L e b e n s l a u f :

- 25.2.1944 geboren in Bad Elster als Sohn des Dr. Willy Senf und seiner Frau Feodora geb. Richter, wohnhaft in Leipzig
- 1950 Übersiedlung von Leipzig nach Bad Godesberg
- 1951 - 1954 Volksschule "Rheinallee", Bad Godesberg
- 1954 - 1963 Gymnasium Otto-Kühne-Schule, Bad Godesberg
- SS 63 - SS 67 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn u.a. bei den Professoren W. Krelle, H. Albach, F.W. Meyer, F. Voigt, M.E. Kamp, G. Eisermann, E. Helmstädter.
Diplom-Abschluß (Dipl.-Volkswirt)
- Seit WS 1967 Wissenschaftlicher Assistent für Volkswirtschaftslehre an der Fakultät (später: Fachbereich) für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Berlin. Zunächst als Assistent bei Prof. Dr. Kurt Schmidt und seinem Nachfolger Prof. Dr. Hans Fecher. Seit Gründung des "Assistententeams für das volkswirtschaftliche Grundstudium" (dem die Gestaltung des volkswirtschaftlichen Grundstudiums zufällt) dessen Mitglied.
- 1971 zusammen mit Dieter Timmermann Veröffentlichung des dreibändigen Lehrbuchs "Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen - eine kritische Einführung", Bonn-Bad Godesberg 1971.
- SS 1972 Promotion im Fachbereich für Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität Berlin.

